

#prison-info

Das Magazin zum Straf- und Massnahmenvollzug 1/2023



Verwahrung 4 – 33

**Nationales Netzwerk für die
Angehörigenarbeit**
35

**Neue Erkenntnisse zur
Bewährungshilfe**
50



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Justiz BJ



Folco Galli,
Redaktor #prison-info

Die **Verwahrung** ist keine Strafe, sondern eine Sicherungsmassnahme und als letztes Mittel konzipiert. Selbst die Abolitionisten, die vehement die Abschaffung von Strafanstalten und anderen Gefängnisse fordern, räumen ein, dass zum Schutz der Gesellschaft einigen wenigen gefährlichen Straftätern die Freiheit entzogen werden muss. Allerdings muss die Verwahrung auf die Resozialisierung ausgerichtet sein und darf nicht zur Sackgasse werden.

Die **Nationale Kommission zur Verhütung von Folter** (NKVF) hat von 2019 bis 2021 den Verwahrungsvollzug untersucht und in ihrem 2022 veröffentlichten Schlussbericht eine Reihe von Verbesserungen empfohlen. Sie kritisiert namentlich «systembedingte» Mängel: Die meisten verwahrten Personen sind im Normalvollzug von geschlossenen Justizvollzugsanstalten untergebracht, wo kein lockeres Haftregime gewährleistet werden kann, das sich deutlich vom Strafvollzug unterscheidet und dem reinen Sicherungsgedanken der Verwahrung gerecht wird. Die NKVF empfiehlt deshalb nachdrücklich, Spezialeinrichtungen bzw. Spezialabteilungen in bestehenden Einrichtungen zu schaffen.

Eine solche Spezialabteilung ist der «**Verwahrungsvollzug in Kleingruppen**», der in der JVA Solothurn ab 2019 im Rahmen eines Pilotprojekts erfolgreich erprobt und 2021 definitiv eingeführt worden ist. Hier können verwahrte Personen nach Verbüssung ihrer Freiheitsstrafe in einer Wohngruppe unter sich ein freieres und autonomeres Leben führen. Dieses Modell kann allerdings nicht unbesehen und flächendeckend eingeführt werden, da es auf Freiwilligkeit beruht und die verwahrten Personen absprache- und gruppenfähig sein müssen. Es kann aber an deren Kompetenzen angepasst werden.

Auch das **Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweizer Kantone** hat in den letzten Jahren mit der Verabschiedung verschiedener Regelungen neue Wege im Verwahrungsvollzug eingeschlagen. Sie beruhen auf dem zentralen Grundsatz, dass sich angesichts des präventiven Charakters der Verwahrung die Haftbedingungen der verwahrten Personen nach Verbüssung ihrer Freiheitsstrafe deutlich unterscheiden müssen. Diese Personen sollen – unabhängig vom Vollzugsort – bei der Ausgestaltung ihres Vollzugsalltags mitwirken können. Wie bedeutsam dieser Grundsatz für einen humanistischen Werten verpflichteten Verwahrungsvollzug ist, belegt die **Feldforschung**. Das Leben der verwahrten Personen ist durch eine monotone, ereignisarme Gegenwart und durch Perspektivlosigkeit geprägt, was deren psychische Gesundheit beeinträchtigt. Demgegenüber wirken sich das Erleben von Individualität und Autonomie sowie das Wahrgenommen-Werden als Mensch positiv auf deren Wohlbefinden aus.

Online-Version:



Inhalt

Fokus: Verwahrung

Die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) hat den Verwahrungsvollzug untersucht und verschiedene Verbesserungen empfohlen. In der Praxis sind in den letzten Jahren Initiativen ergriffen worden, um verwahrte Personen bei der Ausgestaltung ihres Vollzugsalltags mitwirken zu lassen.

- 4 NKVF: Systembedingte Mängel beim Verwahrungsvollzug
- 8 Als letztes Mittel konzipiert
- 12 «Die Überprüfungen müssen mit hoher Qualität durchgeführt werden»
- 17 An der Ausgestaltung des Vollzugsalltags mitwirken
- 21 Ein mehrheitlich selbstbestimmtes, würdevolles, einfaches und sicheres Leben
- 26 Individuelle, konkrete und systematisch angepasste Vollzugspläne
- 30 Was im Alltag von Verwahrten bedeutungsvoll ist
- 34 Fünf Fragen an Regine Schneeberger
- 35 Ein nationales Netzwerk für die Angehörigenarbeit schaffen
- 38 Leichter Anstieg der inhaftierten Personen und der Belegungsrate
- 40 82 neue Stellen für das Gefängnis Zürich West

Die Bedürfnisse der Frauen angemessen berücksichtigen

In der Strafanstalt La Stampa wird eine Frauenabteilung mit elf Zellen geschaffen. Damit sollen die Bedürfnisse der Frauen im geschlossenen Strafvollzug angemessen berücksichtigt und ausserkantonale Unterbringungen auf das absolut Notwendige beschränkt werden.

- 41 Die Bedürfnisse der Frauen angemessen berücksichtigen
- 42 Ein Etappenziel auf einem langen Weg erreicht
- 44 Die Behandlung von Sexualstraftätern muss individualisiert werden
- 47 Die Gesundheitsversorgung, Sicherheit und Kosteneffizienz steigern
- 49 Tätigkeits-, Kontakt- und Rayonverbote: Hohe Erwartungen kontrastieren mit den Kontrollmöglichkeiten
- 50 Wie Betroffene die Probezeit und die Bewährungshilfe erleben
- 53 Der Desistance-Ansatz wird zum Standard
- 54 Untersuchungshaft für Brian bestätigt
- 55 Kein Beschwerderecht für die Staatsanwaltschaft
- 56 Kurzinformationen
- 61 Veranstaltung
- 62 Carte blanche: Justizvollzug im Wandel
- 65 Ihre Meinung ist uns wichtig!



Foto: Peter Schulthess



Foto: Peter Schulthess

Systembedingte Mängel beim Verwahrungsvollzug

Bericht der NKVF – Stellungnahme der KKJPD

Der Verwahrungsvollzug in der Schweiz entspricht nach Ansicht der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) teilweise nicht den menschenrechtlichen Standards. Dies sei in erster Linie systembedingt, weil verwahrte Personen mehrheitlich im Normalvollzug von geschlossenen Justizvollzugsanstalten untergebracht seien.

Die NKVF hat zwischen 2019 und 2021 – gestützt auf eine vertiefte Aktenanalyse sowie auf Gespräche mit verwahrten Personen in acht Einrichtungen – den Verwahrungsvollzug in der Schweiz überprüft. Am 27. Oktober 2022 veröffentlichte sie ihre Erkenntnisse und eine Reihe von Empfehlungen an die Behörden. Der Einbezug der Perspektive der Einweisungsbehörden und der Einrichtungen «hätte die Interpretation des Datenmaterials unterstützt», bemerkt die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) in ihrer Stellungnahme zum Bericht der NKVF.

Die NKVF stellte beim Verwahrungsvollzug grundlegende und weitreichende Unterschiede fest. Je nach Einweisungsbehörde bzw. Kanton würden mehr oder weniger Vollzugsöffnungen gewährt, und Vollzugspläne seien unterschiedlich ausgestaltet. «Aus grundrechtlicher Sicht sollten solche Unterschiede vermieden werden.» Die NKVF fordert deshalb die Strafvollzugskonkordate auf, den Verwahrungsvollzug zu vereinheitlichen. Diese Forderung widerspreche dem föderalen System der Schweiz, betont die KKJPD. «Der Strafvollzug ist eine kantonale Aufgabe. Unterschiede in der Ausgestaltung sind daher systemimmanent und in der Bundesverfassung so vorgesehen.» Wo sinnvoll und nötig würden die Vorgaben durch die KKJPD und die Strafvollzugskonkordate harmonisiert.

Überprüfung

Die Überprüfung der Verwahrung sowie der Umwandlung der Verwahrung in eine stationäre therapeutische Massnahme wird laut NKVF in vielen Fällen stereotypisch und kaum individualisiert durchgeführt. Die jährliche Überprüfung der Verwahrung habe zur Folge, dass Veränderungen kaum festgestellt und die Voraussetzungen für die Verwahrung nicht genügend abgeklärt werden könnten. Deshalb sollte die Überprüfung der Verwahrung

zusammen mit der Überprüfung der Umwandlung alle zwei Jahre durchgeführt werden. Die KKJPD begrüsst diesen Vorschlag, «auch wenn fraglich ist, ob damit das von der NKVF beanstandete Problem der z. T. stereotypen, nicht-vertieften Überprüfung tatsächlich gelöst wird». Sie weist darauf hin, dass sich die Situation der verwahrten Personen auch über längere Zeiträume in der Regel nicht verändere, weil bei diesen Personen die deliktrelevante Risikosenkung oftmals Gegenstand eines sehr langfristigen Prozesses sei.

Psychiatrische Gutachten

Um den Anschein von Befangenheit zu vermeiden, sollten laut NKVF psychiatrische Folgegutachten zur Neueinschätzung des Rückfallrisikos vorzugsweise durch eine psychiatrische Fachperson erstellt werden, die sich bisher nicht mit der verwahrten Person befasst hat. Da sich mit zunehmender Dauer des Verwahrungsvollzugs die Abstände zwischen den Begutachtungen vergrössern, sollte mindestens alle fünf Jahre ein neues psychiatrisches Gutachten erstellt werden. Die KKJPD ist hingegen der Ansicht, dass ein vorbefasster Gutachter häufig besser eine Entwicklung in der Legalprognose seit der letzten Begutachtung nachzeichnen könne. Und ob ein Gutachten noch hinreichend aktuell sei, richte sich nicht primär nach dem formellen Kriterium seines Alters. Massgebend sei vielmehr, ob die ärztliche Beurteilung mutmasslich noch immer zutreffe oder aufgrund der Entwicklung nicht mehr aktuell sei.

Das psychiatrische Gutachten sollte gemäss NKVF nur einen Teil der Gesamtbeurteilung ausmachen. Im Sinne der Multidisziplinarität sollten bei der Erstellung der Gefährlichkeitsprognose die Berichte aller relevanten, am Vollzug mitbeteiligten Personen einbezogen werden. Diese Multidisziplinarität sei bereits Realität, hält die KKJPD fest. Die Gewichtung der Disziplinen müsse jedoch im Einzel-

«Aus grundrechtlicher Sicht sollten solche Unterschiede vermieden werden.»

«Unterschiede in der Ausgestaltung sind systemimmanent und in der Bundesverfassung so vorgesehen.»

fall beurteilt werden. Falls eine psychische Störung ursächlich für die schwere Delinquenz war, müsse dem forensischen Gutachten und differenzierten Therapieberichten mehr Gewicht eingeräumt werden als z. B. dem Vollzugsbericht.

Vollzugsort

«Der Vollzugsort der Verwahrung muss sich erkennbar vom Strafvollzug unterscheiden und ist so auszuwählen, dass er ein für den Verwahrungsvollzug angebrachtes Haftregime ermöglicht», fordert die NKVF. Sie weist zudem darauf hin, dass sich bei der Unterbringung von verwahrten Personen mit schweren psychischen Störungen in Justizvollzugsanstalten grosse Schwierigkeiten ergäben. Diese Personen sollten in einer Einrichtung mit psychiatrischer Infrastruktur untergebracht werden und eine adäquate psychiatrische Betreuung erhalten. Die Forderung, der Verwahrungsvollzug müsse sich deutlich vom Strafvollzug abheben, erachtet die KKJPD als «zu absolut». Sie weist auf die Rechtsprechung des Bundesgerichts hin, wonach die Unterbringung in geschlossenen Anstalten des Freiheitsentzugs bundesrechts- und völkerrechtskonform ist. Hingegen stimmt sie mit Blick auf die Fürsorgepflicht der Behörden der Forderung zu, dass verwahrte Personen mit einer schweren psychischen

Störung in einer Einrichtung mit einer geeigneten Infrastruktur verlegt werden sollen.

Die NKVF würdigt den «menschlichen und verständnisvollen Umgang» des Vollzugspersonals mit den verwahrten Personen und begrüsst die Anstrengungen einzelner Einrichtungen, «trotz infrastrukturellen und systembedingten Zwängen den Verwahrungsvollzug weniger restriktiv als den Strafvollzug zu gestalten» (siehe «Verwahrungsvollzug in Kleingruppen: ein neues Modell, das sich bewährt hat», Seite 21). Sie kommt jedoch zum Schluss, dass zur Erfüllung der menschenrechtlichen Standards zwingend Spezialeinrichtungen bzw. Spezialabteilungen in bestehenden Einrichtungen geschaffen werden müssen.

Haftregime

Die Schaffung von Spezialabteilungen erleichtert es, ein spezielles Haftregime für verwahrte Personen einzuführen. Die NKVF empfiehlt insbesondere grössere Zellen oder die Zuteilung von zwei Zellen, die Berücksichtigung von individuellen Bedürfnissen bei der Ausstattung (z. B. eigene Möbel), einen gemeinsam genutzten Aufenthaltsraum und eine Küche. Sie empfiehlt zudem, Zelleneinschlusszeiten im Einzelfall zu prüfen, aber in der Regel auf diese zu verzichten. Bis zur Schaffung von genügend

«Der Vollzugsort der Verwahrung muss sich erkennbar vom Strafvollzug unterscheiden.»



Die NKVF würdigt den «menschlichen und verständnisvollen Umgang» des Vollzugspersonals mit den verwahrten Personen.
Foto: Massnahmenzentrum Bitzi (Peter Schulthess, 2019)

«Vollzugsöffnungen sind in jedem Fall individuell zu prüfen.»

Plätzen in Spezialabteilungen sollte für verwahrte Personen auf Abteilungen des Strafvollzugs ein gesondertes, weniger restriktives Haftregime umgesetzt werden. Die KKJPD weist darauf hin, dass die Kantone ein neues Merkblatt zur Ausgestaltung des Verwahrungsvollzugs erarbeiten, um im Sinne dieser Empfehlungen die Situation zu verbessern. (Das neue Merkblatt ist zwischenzeitlich von der Konkordatskonferenz des Strafvollzugskonkordats der Nordwest- und Innerschweizer Kantone genehmigt worden und am 1. April 2023 in Kraft getreten; siehe «An der Ausgestaltung des Vollzugsalltags mitwirken», Seite 17.)

Vollzugsplan

Der Vollzugsplan hat eine zentrale Bedeutung, weil er das Vollzugsziel – die Resozialisierung – individuell konkretisiert und der verwahrten Person Perspektiven aufzeigt, unterstreicht die NKVF. Der Vollzugsplan müsse deshalb immer erstellt werden und aktuell sein – in einem Fünftel der von der NKVF untersuchten Fälle lagen keine Vollzugspläne vor und die Hälfte der vorhandenen Vollzugspläne waren nicht aktuell. Das Erstellen umfassender und individualisierter Vollzugspläne und deren Umsetzung sei eine besondere Herausforderung.

Es brauche dazu mehr Ressourcen, und die verantwortlichen Mitarbeitenden seien zu schulen und zu unterstützen. «Die Gefahr, dass Vollzugspläne bei verwahrten Personen teilweise nicht genügend individualisiert und aktualisiert werden, scheint real», anerkennt die KKJPD. Sie unterstützt daher den Vorschlag, den diesbezüglichen Handlungs- und Schulungsbedarf zu prüfen.

Vollzugsöffnungen

Vollzugsöffnungen seien unabdingbar, um eine Gefährlichkeitsprognose zu erstellen, und wichtig im Hinblick auf die Resozialisierung. Schwere Rückfälle von einzelnen Straftätern während des Hafturlaubs haben jedoch zu einer restriktiven Praxis geführt, was nach Ansicht der NKVF eine Kollektivbestrafung ist. «Vollzugsöffnungen sind in jedem Fall individuell zu prüfen.» Die KKJPD betont, dass der Sicherheitsauftrag bei verwahrten Tätern grundsätzlich Vorrang vor Wiedereingliederungsbemühungen habe. Bevor eine verwahrte Person sich nicht mit ihren Delikten, deren Ursachen und Folgen mit fachlicher Unterstützung auseinandergesetzt, Verantwortung für ihre Handlungen übernommen und gelernt habe, Risikosituationen zu erkennen und zu vermeiden, könnten Vollzugs-



Die NKVF und die KKJPD sind sich einig, dass Vollzugsöffnungen individuell sorgfältig zu prüfen sind.
Foto: Colonie ouverte der Etablissements de la plaine de l'Orbe (EPO)
(Peter Schulthess, 2016)

öffnungen nicht verantwortet werden. Die KKJPD ist aber einverstanden, dass Vollzugsöffnungen bei verwahrten Personen individuell sorgfältig geprüft werden müssen.

Beschäftigung und Weiterbildung

Für die Arbeitseinsätze von verwahrten Personen sollten flexible und individuelle Lösungen gesucht werden, empfiehlt die NKVF. Dabei sollte der Schwerpunkt auf rehabilitative, soziale und freizeitorientierte Aspekte gesetzt werden. Zudem sollten die Einrichtungen bei verwahrten Personen nach dem Erreichen des Pensionsalters von einer Arbeitspflicht absehen und Arbeitsmöglichkeiten auf freiwilliger Basis anbieten. Das Weiterbildungsangebot sollte den besonderen Bedürfnissen von verwahrten Personen Rechnung tragen. Die Forderung, die Arbeitspflicht für über 65-jährige verwahrte Personen aufzuheben, stehe klar im Widerspruch zur Rechtsprechung des Bundesgerichts, hält die KKJPD fest. Die Arbeitspflicht sei zudem ein wichtiges strukturierendes Element des Vollzugs, das der Resignation und dem totalen Rückzug der Verwahrten entgegenwirke. Offene Türen rennt die NKVF hingegen mit ihrer Empfehlung für ein bedürfnisgerechtes Weiterbildungsangebot ein.

Freizeit

Das Freizeitangebot für verwahrte Personen sollte nach Ansicht der NKVF spezifisch erweitert werden und die Wünsche älterer Personen (z. B. Gesundheitsturnen, Altersturnen, Yogakurse oder Jass-Angebote) berücksichtigen. Zudem sollte der freie Zugang zu eigenen Fernsehern, Spielkonsolen sowie Computern mit kontrolliertem Internetzugang ermöglicht werden, sofern im Einzelfall nicht der Eigenschutz oder der Schutz von Dritten dagegenspricht. Ebenso sollte der Zugang zu legaler Pornografie und legalen Filmen mit Gewaltszenen gestattet werden; Einschränkungen müssten im Einzelfall gestützt auf ein bestehendes Gutachten begründet werden. Die KKJPD kann die Forderungen der NKVF nachvollziehen. Allerdings müsse sich der Kontrollaufwand zur Gewährleistung der einrichtungsinternen Sicherheit in einem vernünftigen Rahmen halten.

Kontakte mit der Aussenwelt

Die NKVF empfiehlt, verwahrten Personen einen einfachen, regelmässigen und grosszügigen Kontakt per Telefon oder Videotelefonie zu erlauben, um Aussenkontakte aufrechtzuerhalten und der graduellen Vereinsamung entgegenzuwirken. Zudem sollte bei der Planung der Spezialabteilungen für verwahrte Personen auf eine angemessene Ausgestaltung der Besuchsräume (z. B. mit Zugang zu einer Cafeteria oder mit einem Garten) geachtet werden. Die KKJPD unterstützt beide Empfehlungen der NKVF. In den Kantonen und Konkordaten werde geprüft, wie ein grosszügigerer Kontakt per Telefon oder Videotelefonie unter Berücksichtigung der sicherheitsrelevanten Aspekte ermöglicht werden könne. (gal)

«Die Gefahr, dass Vollzugspläne bei verwahrten Personen teilweise nicht genügend individualisiert und aktualisiert werden, scheint real.»

Verwahrung in Zahlen

Gemäss Abklärungen der NKVF befanden sich im August 2019 insgesamt 100 Personen in 17 Kantonen im Verwahrungsvollzug. Alle waren Männer, ihr Durchschnittsalter betrug 57 Jahre. 71 % waren Schweizer Bürger, 29 % ausländische Staatsangehörige. Über 80 % befanden sich in Strafvollzugsanstalten, der Rest in psychiatrischen Kliniken oder in Massnahmenvollzugsanstalten. Sie waren durchschnittlich seit 17,5 Jahren verwahrt. Der grösste Teil der verwahrten Personen leidet an einer Persönlichkeitsstörung. Mit zunehmender Vollzugsdauer erkranken zudem viele an psychischen Leiden.

Link

Der Bericht über die schweizweite Überprüfung der Grundrechtskonformität des Verwahrungsvollzugs sowie die Stellungnahme der KKJPD und der Kantone sind auf der Website der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter (www.nkvf.admin.ch) abrufbar.

Als letztes Mittel konzipiert

Die Verwahrung ist keine Strafe, sondern eine Sicherungsmassnahme

Die Verwahrung dient dem Sicherheitsbedürfnis der Gesellschaft. Sie ist keine Strafe, sondern als letztes Mittel konzipiert, wenn andere Sanktionen erfolglos waren oder keinen Erfolg versprechen. Die Verwahrung bildet zusammen mit der Freiheitsstrafe und den stationären therapeutischen Massnahmen ein System mit engen Wechselbeziehungen.

«Sanktionen» ist der Oberbegriff für die im Strafgesetzbuch (StGB) vorgesehenen Strafen und Massnahmen. Strafen orientieren sich an Straftaten, die der Täter in der Vergangenheit verübt hat, und bemessen sich nach der Schuld. Massnahmen orientieren sich an möglichen zukünftigen Straftaten und bemessen sich nach der Gefährlichkeit. Das Sanktionenrecht ist keine einfache Materie. Das liegt zum einen an der Interdisziplinarität der Materie, die das Recht und die Medizin gleichermassen beschäftigt, und zum anderen an den vielfältigen Wechselwirkungen zwischen den Sanktionen. Im Folgenden soll ein Schlaglicht auf drei Massnahmen geworfen werden, die immer wieder ein Thema in öffentlichen Diskussionen sind: die ordentliche Verwahrung, die lebenslängliche Verwahrung und die stationäre Behandlung von psychischen Störungen.

Ordentliche Verwahrung

Die ordentliche Verwahrung (Art. 64 Abs. 1 StGB) kann angeordnet werden, wenn der Täter die folgenden Voraussetzungen erfüllt:

- Er hat eine schwere Straftat begangen, durch die er jemanden schwer beeinträchtigt hat oder beeinträchtigen wollte. Die Straftat ist in einem (nicht abschliessenden) Katalog mit einer Generalklausel aufgeführt.
- Es besteht die Gefahr, dass der Täter mit gleichartigen Straftaten rückfällig wird – und zwar aufgrund der Persönlichkeitsmerkmale, der Tatumstände, der gesamten Lebensumstände oder aufgrund einer psychischen Störung, die mit der Tat in Zusammenhang steht.
- Im Fall einer psychischen Störung verspricht deren Behandlung keinen Erfolg.

Das Gericht stützt sich bei der Anordnung der Verwahrung auf das Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen. Damit soll verhindert werden, dass nur gestützt auf den Bericht eines behandelnden Arztes entschieden wird, bei dem eine gewisse Nähe zum Täter besteht und eine Voreingenommen-

heit nicht ausgeschlossen werden kann. Zentral für den Entscheid ist die Gefährlichkeitsprognose, die sich aus der Analyse des psychischen Zustandes und verschiedener weiterer Risikofaktoren zusammensetzt. Weil nicht jeder gefährliche Straftäter psychisch krank ist, kann die Verwahrung unabhängig von einer psychischen Störung angeordnet werden.

Zeitlich nicht beschränkt

Die Verwahrung wird erst nach der Freiheitsstrafe vollzogen. Da sie eine Sicherungsmassnahme ist, können zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit die Beziehungen zur Aussenwelt eingeschränkt werden. Die Verwahrung wird solange aufrechterhalten, wie davon auszugehen ist, dass der Täter in Freiheit erneut schwere Straftaten begehen wird. So wird regelmässig überprüft, ob die Voraussetzungen der Verwahrung immer noch gegeben sind. Sie ist aber zeitlich nicht beschränkt und kann deshalb unter Umständen auch lebenslänglich dauern.

Aber auch die Verwahrung schliesst eine mögliche Wiedereingliederung des Täters nicht aus. Das StGB sieht daher – wie für die übrigen freiheitsentziehenden Sanktionen – stufenweise Vollzugsöffnungen vor, die den Verurteilten auf eine bedingte Entlassung vorbereiten. Voraussetzung dafür ist, dass keine Gefahr besteht, dass der Verurteilte flieht oder eine neue Straftat begeht. Bevor die Vollzugsbehörde Vollzugsöffnungen bewilligt, lässt sie die Gefährlichkeit des Verurteilten regelmässig durch eine Fachkommission beurteilen.

Da auch die Verwahrung eine mögliche Wiedereingliederung des Täters nicht ausschliesst, sieht das StGB – wie für die übrigen freiheitsentziehenden Sanktionen – stufenweise Vollzugsöffnungen vor (Bild: offenes Massnahmenzentrum St. Johannsen), die den Verurteilten auf eine bedingte Entlassung vorbereiten.

Foto: Peter Schulthess, 2015

«Die Verwahrung wird solange aufrechterhalten, wie davon auszugehen ist, dass der Täter in Freiheit erneut schwere Straftaten begehen wird.»

Bedingte Entlassung

Die Vollzugsbehörde prüft mindestens einmal jährlich, ob der Täter aus der Verwahrung bedingt entlassen werden kann und mindestens alle zwei Jahre, ob die Voraussetzungen für eine stationäre therapeutische Behandlung gegeben sind. Sie stützt sich bei ihrer Entscheidung auf einen Bericht der Anstaltsleitung, auf ein unabhängiges Gutachten und auf die Anhörung einer Fachkommission. Dem psychiatrischen Gutachten und dem Bericht der Kommission kommt grosses Gewicht zu. Die Behörde darf nicht ohne triftige Gründe davon abweichen.

Der Täter wird aus der Verwahrung bedingt entlassen, sobald zu erwarten ist, dass er sich in der Freiheit bewährt. Erforderlich ist somit eine günstige Prognose in Bezug auf das künftige Verhalten. Im Vergleich zur bedingten Entlassung aus einer stationären therapeutischen Massnahme oder der Freiheitsstrafe ist die Regelung bei der Verwahrung deutlich strenger: Zweifel gehen zu Lasten der verwahrten Person und es ist der Beweis zu erbringen, dass sie nicht mehr gefährlich ist.

Die bedingte Entlassung erfolgt unter Ansetzung einer Probezeit von zwei bis fünf Jahren, die vom Gericht auf Antrag der Vollzugsbehörde verlängert werden kann. Für die Dauer der Probezeit können Weisungen erteilt und eine Bewährungshilfe bestellt werden. Hat sich der bedingt Entlassene bis zum Ablauf der Probezeit bewährt, so ist er endgültig zu entlassen.

Die Rückversetzung in die Verwahrung ist auch zulässig, wenn der Täter keine erneute Straftat begangen hat. Es genügt, wenn auf Grund des Verhaltens während der Probezeit ernsthaft zu erwarten ist, dass er weitere schwere Straftaten begehen könnte. Als Beispiel ist an einen Sexualdelinquenten zu denken, der dabei angetroffen wird, wie er Kinder überreden will, ihn zu begleiten. Der Schutz möglicher Opfer geht also vor.

Eine absolute Ausnahme

Der Begriff lebenslängliche Verwahrung (Art. 64 Abs. 1a StGB) ist irreführend, weil auch die ordentliche Verwahrung lebenslang dauern kann. Sie unter-

«Der Begriff lebenslängliche Verwahrung ist irreführend, weil auch die ordentliche Verwahrung lebenslang dauern kann.»



«Das Sanktionensystem bildet ein System von kommunizierenden Röhren. Es erlaubt, im Verlauf des Vollzugs auf die Entwicklung des Täters zu reagieren.»

scheidet sich von der ordentlichen Verwahrung dadurch, dass sie nur unter sehr strengen Voraussetzungen angeordnet, überprüft und aufgehoben werden darf.

Das Gericht ordnet sie an, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- Der Täter hat eine bestimmte schwere Gewalt- oder Sexualstraftat begangen, die in einem abschliessenden Katalog aufgeführt ist.
- Er hat mit dieser Tat die körperliche, psychische oder sexuelle Integrität des Opfers besonders schwer beeinträchtigt oder beeinträchtigen wollen.
- Er weist eine sehr hohe Rückfallgefahr auf.
- Er wird als dauerhaft nicht therapierbar eingestuft, weil die Behandlung langfristig keinen Erfolg verspricht.

Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts ist mit dem Kriterium «dauerhaft nicht therapierbar» ein mit der Persönlichkeit des Täters verbundener, nicht veränderbarer Zustand im Sinne einer definitiven Therapieresistenz auf Lebenszeiten gemeint. Dieses Kriterium macht die lebenslängliche Verwahrung zur absoluten Ausnahme, denn eine solche medizinische Prognose lässt sich kaum je stellen.

Hohe Hürden für die Entlassung

Auch bei der lebenslänglichen Verwahrung geht der Vollzug der Freiheitsstrafe der Verwahrung voraus. Wie die ordentliche Verwahrung wird auch die lebenslängliche Verwahrung in einer Massnahmenvollzugseinrichtung oder in einer geschlossenen Strafanstalt vollzogen. Im Unterschied zur ordentlichen Verwahrung sind für lebenslänglich verwahrte Personen jegliche Hafturlaube oder andere Vollzugsöffnungen ausgeschlossen. Auch die lebenslängliche Verwahrung kann überprüft werden und zur Entlassung führen. Die Hürden auf dem Weg dahin sind aber zahlreich und hoch. Ausnahmsweise kann das Gericht den Täter direkt bedingt entlassen, wenn er wegen andauernder Invalidität, hohen Alters oder schwerer Krankheit keine Gefahr für die Öffentlichkeit mehr darstellt.

Behandlung von psychischen Störungen

Die stationäre Massnahme zur Behandlung von psychischen Störungen (Art. 59 StGB) ist im Ausgangspunkt eine rein therapeutische Massnahme. Sie wird vor einer gleichzeitig ausgesprochenen Freiheitsstrafe vollzogen, wobei der mit der Massnahme verbundene Freiheitsentzug auf die Strafe angerechnet wird. Die stationäre Massnahme ist – anders die Verwahrung – nicht nur auf gefährliche Täter ausgerichtet. Sie kann gegen jeden Täter angeordnet werden,

- der ein Verbrechen oder Vergehen begangen hat, das in Zusammenhang mit einer psychischen Störung steht,
- und wenn zu erwarten ist, dass durch die Behandlung die Gefahr weiterer Taten abnimmt.

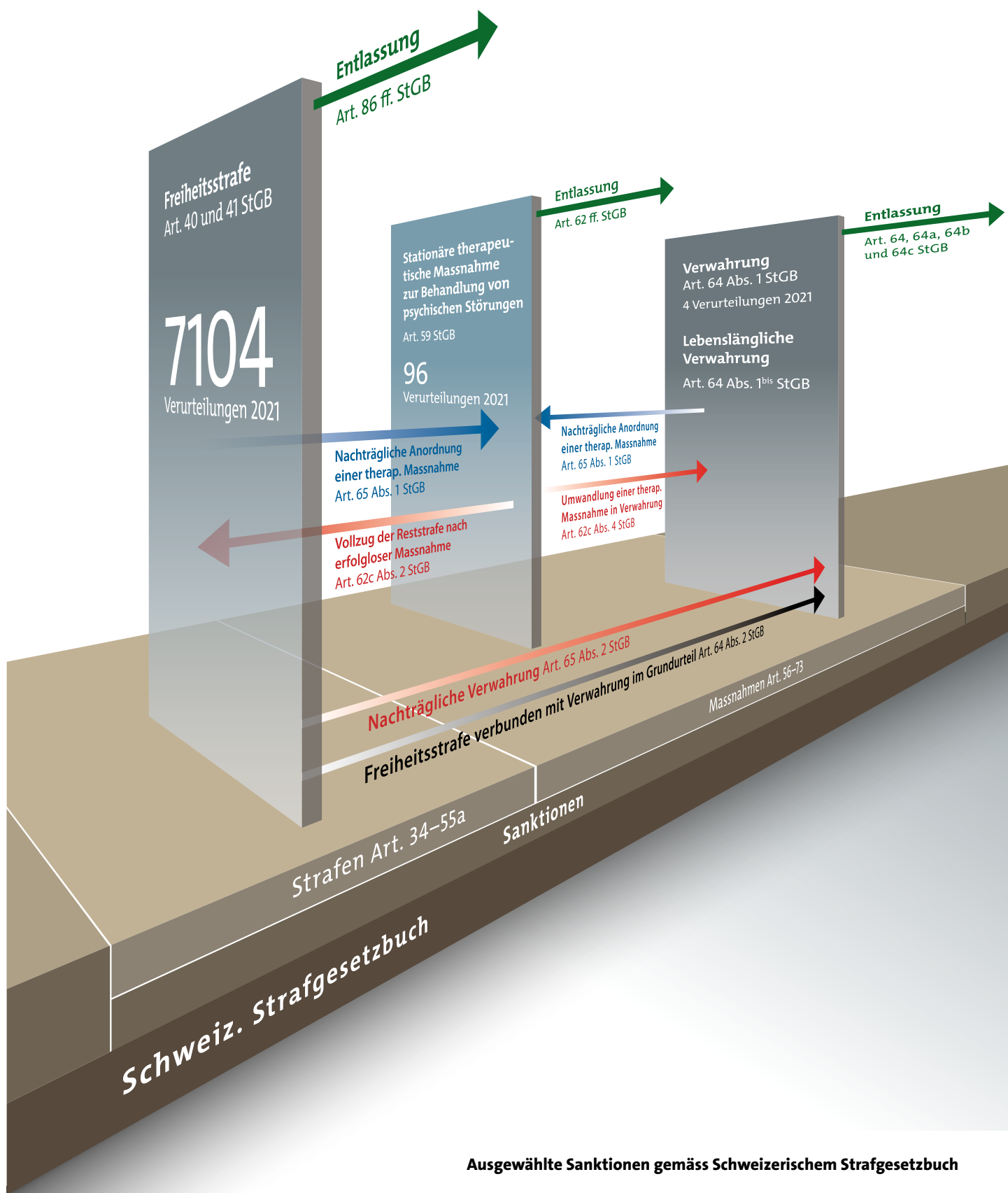
Die Behandlung erfolgt in einer psychiatrischen Klinik oder in einer Massnahmenvollzugseinrichtung. Zurzeit bestehen in der Schweiz insgesamt 305 Plätze in psychiatrischen Kliniken und 373 Plätze in Massnahmenvollzugseinrichtungen. Nach der Realisierung verschiedener Bauvorhaben wird sich bis 2026 die Anzahl Plätze in psychiatrischen Kliniken auf 381 erhöhen, was den Mangel an Therapieplätzen entschärfen wird.

Solange Flucht- oder Wiederholungsgefahr besteht, wird der Täter in einer geschlossenen Einrichtung behandelt – auch wenn er «nur» ein Vergehen begangen hat. Dies kann auch eine Strafanstalt sein, sofern die nötige therapeutische Behandlung gewährleistet ist. Auf der anderen Seite dürfen Täter, die eine sehr schwere Tat begangen haben, nur dann in einer offenen Einrichtung behandelt werden, wenn keine Flucht- oder Wiederholungsgefahr besteht.

Nachträgliche Änderung der Sanktion

Das Sanktionensystem bildet ein System von kommunizierenden Röhren (siehe Infografik). Es erlaubt, im Verlauf des Vollzugs auf die Entwicklung des Täters zu reagieren. Wichtig sind namentlich folgende Änderungsmöglichkeiten:

- Bei einem Täter, der sich im Vollzug einer Freiheitsstrafe oder der Verwahrung befindet, kann nachträglich eine stationäre therapeutische Massnahme angeordnet werden.
- Ist bereits eine stationäre therapeutische Massnahme aufgrund einer Straftat nach Art. 64 Abs. 1 StGB angeordnet worden und ist ernsthaft zu erwarten, dass der Täter weitere gleichartige Straftaten begeht, kann das Gericht nachträglich die Verwahrung anordnen. (gal-schk)



«Die Überprüfungen müssen mit hoher Qualität durchgeführt werden»

Interview mit Frank Urbaniok über die Beurteilung von verwahrten Straftätern

Der forensische Psychiater Frank Urbaniok warnt davor, im Umgang mit Verwahrten noch mehr starre Regeln aufzustellen. Handlungsbedarf sieht er bei der schlechten Qualität vieler psychiatrischer Gutachten – und bei den stationären therapeutischen Massnahmen.



Frank Urbaniok hat während 21 Jahren den Psychiatrisch-Psychologischen Dienst des ehemaligen Amtes für Justizvollzug des Kantons Zürich geleitet. Seit 2018 ist er selbständig als Gutachter, Therapeut, Supervisor und Berater tätig (www.frankurbaniok.com).

#prison-info: Sie haben als forensischer Gutachter vor Gericht ein gewichtiges Wort: Sie beurteilen, ob Straftäter therapierbar sind oder nicht, ob eine therapeutische Massnahme angesagt ist oder eine Verwahrung. Wie gehen Sie mit dieser Verantwortung um?

Die Rollentrennung ist vollkommen klar: Mein Job ist es, mit meinem Gutachten eine möglichst gute Entscheidungsgrundlage vorzulegen – und das Gericht, das stellvertretend für die Gesellschaft steht, nimmt dann eine Güterabwägung vor. Man kann hier natürlich fragen: Wo sind die Schwachstellen in der Praxis? Aber grundsätzlich ist das gut und klar geregelt.

Doch sehr oft folgt der Richter Ihrer Einschätzung. Sie tragen somit Verantwortung sowohl gegenüber der Gesellschaft als auch gegenüber dem Täter.

Verantwortung hat für mich nichts Abschreckendes, im Gegenteil; sie ist grundsätzlich etwas Gutes. Für mich bedeutet Verantwortung, dass ich die Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen mache und den hohen Anspruch, den ich an mich und an die Gutachten stelle, erfülle. Wenn es um Dinge geht, die folgenswer sind – und hierbei geht es um Folgensweres – ist die Konsequenz: Man muss es so gut wie möglich machen und so maximale Qualität gewährleisten.

Ihr Gutachten vor einer Verurteilung ist das eine. Bereits nach zwei Jahren wird jährlich geprüft, ob ein Straftäter wieder aus einer Verwahrung entlassen oder ob diese in eine stationäre therapeutische Massnahme umgewandelt werden kann. Macht das Sinn?

Bei der jährlichen Abklärung geht es nicht um eine umfassende Prüfung inklusive psychiatrisches Gutachten. Es gibt eine fallführende Person, meist ein Jurist, der nach einem Jahr den Fall wieder anschaut. Grundsätzlich ist es gut, dass derart einschränkende Massnahmen wie die Verwahrung regelmässig überprüft werden. Die Verwahrung ist ja keine Strafe, sondern eine Präventivhaft; viele Verwahrte haben die Strafe längst abgessen. Wir reden von einer Güterabwägung zwischen: Welches Risiko ist noch tolerierbar, welche Einflussmöglichkeiten gibt es und welche Perspektiven sind verantwortbar? Es geht hier nicht um einen Strafraum, das muss man gut auseinanderhalten. Nun könnte es ja sein, dass jemand fälschlicherweise verwahrt ist, weil man etwas verkannt hat, das man erst jetzt erkennt. Darum sage ich: Lieber einmal zu viel prüfen als einmal zu wenig. Der entscheidende Punkt und das grosse Aber sind: Die Überprüfungen müssen mit hoher Qualität durchgeführt werden.

Genau an diesem Punkt hakt die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter NKVF in ihrem jüngsten Bericht ein: Sie kritisiert, die jährlichen Überprüfungen würden stereotypisch und kaum individualisiert durchgeführt. Sie schlägt vor, die Überprüfung nur noch alle zwei Jahre vorzunehmen, dafür aber besser. Was sagen Sie dazu?

Die Kommission argumentiert: Man macht es gescheiter etwas seltener, dafür wird es dann gut. Dieser Ansatz überzeugt mich nicht. Der zweite Punkt der NKVF: Sie fordert mehr Individualisierung. Auch hier handelt es sich um eine theoretische Elfenbeinturm-Position. Ich spreche aus der Praxis und sage: Vielleicht ist schlicht nichts Individualisiertes da. Es

kann gut sein, dass sich bei einem Täter nichts verändert hat, und das sieht man sofort. Zum Beispiel dann, wenn ein Klient weiterhin nicht geständig ist und nicht mitarbeitet. In dem Fall muss ich nicht alles neu aufarbeiten und sagen: Ich individualisiere jetzt mal den Fall. Es gibt harte Fakten, die man überprüfen muss – Beeinflussbarkeit und Risiko – und da kann es sehr gut sein, dass es zehn Jahre lang nichts zu berichten gibt. Das ist sogar sehr wahrscheinlich, die Leute sind ja aus einem bestimmten Grund verwahrt. Man kann nicht sagen: Der Bericht liest sich wie letztes Jahr, der sieht stereotyp aus – der Bericht kann genau richtig sein, weil sich eben nichts verändert hat. Natürlich müssen der Einzelfall und relevante Veränderungen präzise erfasst werden, aber nur, wenn da etwas zu erfassen ist – aber nicht sich etwas aus den Fingern saugen, einzig damit es «individualisiert» aussieht. Was mich an der Argumentation der NKVF grundsätzlich stört: Man darf den Aufwand für eine Überprüfung nicht derart hochschrauben und in die Absurdität treiben, dass dann die Leute sagen, es sei zu aufwändig, man könne das nur noch alle zwei Jahre machen – das ist der falsche Weg.

In ihrem Bericht schlägt die NKVF gleichzeitig vor, dass mindestens alle fünf Jahre ein neues psychiatrisches Gutachten über Verwahrte erstellt werden soll.

Ich rate sehr stark ab von derart starren Mechanismen. Man kann auf Empfehlungsebene sagen: Nach fünf Jahren ist ein Gutachten in der Regel veraltet. Aber ich bin gegen starre Automatismen. Denn dann wird man plötzlich Fälle finden, wo nach zwei Jahren zum Beispiel aufgrund von Fortschritten des Klienten ein neues Gutachten fällig wäre – doch dann sagt jemand: Wir müssen ja erst nach fünf Jahren ein neues machen ... Darum bin ich gegen solche Regeln.

Ein weiterer Kritikpunkt der NKVF lautet, dass das psychiatrische Gutachten zu viel Gewicht hat, wenn es um die Frage geht, ob eine Verwahrung fortgeführt werden soll. Nicht nur der Gutachter, sondern alle beteiligten Personen des Vollzugs

sollten bei der Beurteilung miteinbezogen werden, sodass eine multidisziplinäre Betrachtungsweise zum Tragen komme. Haben Sie zu viel Einfluss?

Nein, das sehe ich überhaupt nicht so. Wofür sind Gutachten denn da? Das psychiatrische Gutachten ist genau der Ort, wo gewichtet und richtig eingeordnet wird. Es ist nicht der Führungsbericht, es ist auch nicht der wohlmeinende Bericht des Gefängnispfarrers – es ist exakt die Aufgabe des Gutachters, die unterschiedlichen Punkte zu gewichten. Nicht weil er Gutachter ist und er das für sein Ego braucht, sondern weil genau das die Funktion des Gutachtens ist. Der Gutachter gibt sich eben gerade nicht mit einem kleinen Ausschnitt zufrieden

«Es kann gut sein, dass sich bei einem Täter nichts verändert hat, und das sieht man sofort.»



Bei der Überprüfung der Verwahrung geht es um eine «Güterabwägung zwischen: Welches Risiko ist noch tolerierbar, welche Einflussmöglichkeiten gibt es und welche Perspektiven sind verantwortbar?»

Foto: Strafanstalt Bellechasse, (Peter Schulthess, 2016)

«Der Gutachter gibt sich eben gerade nicht mit einem kleinen Ausschnitt zufrieden – sondern er berücksichtigt alles, was wichtig ist, er bewertet es, er gewichtet es.»

– sondern er berücksichtigt alles, was wichtig ist, er bewertet es, er gewichtet es. Daher glaube ich, es ist vom Grundansatz her falsch, zu sagen: Der Gutachter hat zu viel Einfluss. Man kann darüber diskutieren: Ist das Gutachten richtig oder falsch gemacht – aber man kann nicht sagen, es hat zu viel Gewicht. Denn es hat genau das Gewicht, das einem Gutachten von seiner Funktion her zukommt: Das Gutachten muss das aktuelle Risiko und die aktuelle Beeinflussbarkeit des Täters beurteilen und dabei alle relevanten Faktoren und Beobachtungen berücksichtigen

Die NKVF ist der Meinung, dass Vollzugsöffnungen für die Beurteilung einer Legalprognose unabdingbar seien, wenn es um eine mögliche Entlassung aus der Verwahrung geht. Das birgt aber Risiken. Kann man die Gefährlichkeit eines Täters tatsächlich nur dann einschätzen, wenn der Vollzug gelockert wird?

Nein, das ist falsch. Ich sage nicht, man soll nicht gestuft vorgehen, wenn sich in einem bestimmten Fall eine Entlassungsperspektive ergibt. Aber die Aussage, man könne ohne Vollzugsöffnungen keine Legalprognose erstellen, ist einfach falsch. Es kommt immer auf den Fall an. Es gibt Fälle, da kann ich mit einem Klienten zwei Stunden lang Situationen durchspielen, und danach kann ich sagen, ob der Vollzug gelockert werden darf oder nicht. Ich sehe meinen Klienten wie in einem Film: Ich sehe ihn, als wäre er draussen und ich kann genau erkennen, wie er tickt und wie er an Grenzen stösst – das sehe ich, da muss ich mich mit ihm keinen Millimeter aus dem Zimmer hinausbegeben.

Ein weiterer Vorschlag der NKVF lautet, dass solche psychiatrische Folgegutachten nicht durch den gleichen Psychiater erstellt werden sollen, der die Person bereits zuvor beurteilt hat – weil sonst der Anschein von Befangenheit entstehen könne.

Auch das sehe ich ganz anders. Ich bin gegen solche Automatismen. Man macht starre Regeln – und dann findet man immer Einzelfälle, bei denen die starren Regeln nicht funktionieren. Ich würde diesen Entscheid dem Fallverantwortlichen überlassen. Man darf den Leuten nicht, nur weil man ihnen nicht genug zutraut, starre Regeln auferlegen, die ihren Spielraum einengen. Ich würde sagen: Wenn ein Gutachten nicht gut ist, dann muss man es halt besser machen, und das kann ein guter Grund für einen neuen Gutachter sein. Die Person, die ein Gutachten in Auftrag gibt, muss das im Griff haben. Unser gesamter Bereich, um nicht zu sagen die ganze Gesellschaft, krankt daran, dass wir die irri- ge Vorstellung haben, man könne die Schwachstellen im System mit Regeln zupflastern und danach

würde es besser. Ich sage Ihnen: Am Schluss wird es schlimmer. Ich sehe das täglich: Wo die Abläufe so sind, dass sie eine Eigendynamik entwickeln, denken viele nicht mehr über ihre konkreten kleinen Dinge hinaus, um sich zu fragen, worum es eigentlich in diesem Fall geht. Unser Problem ist nicht, dass wir zu wenig Regeln haben – das Gegenteil trifft zu. Ich beobachte die Tendenz, dass sich Leute vom Schreibtisch aus die Prozesse anschauen und irgendwelche tollen Ideen einbringen – und am Schluss haben wir eine Bürokratisierung, die atemberaubend ist. Im Endeffekt sind die Leute zu fünfzig bis sechzig Prozent damit beschäftigt, Papiere abzuarbeiten, statt sich ihrer eigentlichen Aufgabe umfassend zu widmen. Dieser Geist steckt auch in diesem Papier der NKVF.

Sie haben mehrmals Schwachstellen in der Praxis angesprochen. Wo sehen Sie die grössten Probleme?

Sie liegen bei den Gutachten. Ich sehe heute aus der ganzen Schweiz sogar mehr Gutachten als früher – und ich hadere sehr damit. Denn das, was ich sehe, ist total ernüchternd. Es gibt Gutachten von sehr guter Qualität, aber mehr als die Hälfte sind schlicht schlecht gemacht. Das bedrückt mich, weil ich mich selbst mit dieser Aufgabe identifiziere und sie sehr wichtig finde, und weil man mit einem richtigen Gutachten viel Gutes bewirken kann. Es stört mich wahnsinnig, wenn ein Gutachten unsorgfältig gemacht ist und der Einzelfall nicht genau abgebildet wird.

Wann ist das Ihrer Meinung nach der Fall?

Mit dieser Frage kommen wir zu den grössten Todsünden, die bei Gutachten gemacht werden. Todsünde Nummer eins ist, wenn jemand schubladenmässig vorgeht. Man hat drei, vier Schubladen, und dann wird eine davon auf den Klienten übergestülpt. Wir müssen unser Denken den Phänomenen anpassen und nicht die Phänomene unserem Denken. Der zweite Punkt: Man muss das Delikt psychologisch erklären. Ich nenne das den «Deliktmechanismus». Das bildet den Kern eines Gutachtens. Doch es gibt nach wie vor Gutachter, die sagen: Das ist nicht mein Job, das interessiert mich nicht, ich stelle einfach meine Diagnose. Doch die allgemeinpsychiatrischen Diagnosesysteme zur Diagnose von psychischen Erkrankungen sind nicht dafür gemacht, die Gefährlichkeit eines Menschen abzubilden. Diese Psychiater erstellen nach ihrem System ihre Diagnose über den Täter, während das Risikoprofil, das sich eben nicht mit der krankheitsorientierten Klassifikation erfassen lässt, wie ein grosser rosaroter Elefant mitten im Raum steht – doch den sehen sie nicht, da sehen sie daran vorbei.

Wie ist es möglich, dass so viele Gutachten, wie Sie sagen, von schlechter Qualität sind?

Es gibt auch seitens der Gerichte eine Fehlerquelle: Viele nehmen die Qualitätssicherungsfunktion nicht wahr. Dabei wäre es wichtig für den Markt, dass schlechte Qualität aussortiert wird, dass man die erkennt – aber das passiert viel zu wenig. Es gibt einige Staatsanwälte und Richter, die das interessiert und die das super machen, aber dann gibt es andere, die einfach alles durchwinken. Das sind Schwachstellen in der Praxis.

Mangelt es bei manchen Gutachten an Qualität, weil es bei der Ausbildung der Gutachter hapert?

Es reicht nicht, wenn man einfach sagt, es braucht mehr Weiterbildung. Das hilft in keinem Beruf. Denn es spielt natürlich auch so etwas wie Talent eine Rolle. Man muss grundsätzlich gut analytisch denken können, es muss einem liegen, akribisch, sorgfältig, strukturiert zu arbeiten. Wenn Sie mich nach dem Grundproblem fragen, dann sage ich: Arbeitet man in diesem Bereich auf hohem Niveau, handelt es sich um eine sehr spezialisierte Tätigkeit – und der Bedarf an solchen Gutachtern ist grösser als die Zahl der Personen, die man dahin spezialisieren kann. Das Fach ist meiner Ansicht nach nicht an dem Punkt, an dem es sein sollte. Es gibt gute und qualifizierte Gutachter. Aber ich bin mit dem, was ich sehe, überhaupt nicht zufrieden. Dabei wäre in der Theorie eigentlich alles gut geregelt: Gutachten sind etwas Gutes, sie schaffen einen Mehrwert, weil sie neue Informationen für das Fallverständnis bringen, weil sie es auf den Punkt bringen, weil sie transparent machen, wo das Problem liegt und wie man richtig handeln kann. Das nutzt dem Auftraggeber, potenziellen Opfern, aber auch dem Täter selbst, weil er im besten Fall seine eigene Problematik besser versteht und auf diesem Verständnis aufbauen kann.

Wenn Sie grundsätzlich die Situation der Verwahrten in der Schweiz beurteilen – zu welchem Schluss kommen Sie? Ist das Gleichgewicht zwischen der individuellen Freiheit und der kollektiven Sicherheit gewahrt? Oder werden tendenziell zu viele Menschen verwahrt, auch solche, die gar nicht mehr rückfällig würden?

«Gar nicht mehr rückfällig» ist ein grosses Wort. Dieser Anspruch ist mir zu hoch. Wir befinden uns eher in einem Spektrum, wo es um «nicht ganz schlecht» oder «nur halb schlecht» geht. Verwahrte sind indes keine homogene Gruppe, es gibt auch Verwahrte, die problemlos im offenen Vollzug funktionieren. Wenn wir uns fragen, ob es Verwahrte gibt, deren Rückfallrisiko nicht so hoch ist, dass es eine Verwahrung rechtfertigt – dann meine ich, dass diese Zahl

gering ist. Daher sage ich: Das System funktioniert eigentlich recht gut, im Bereich der Verwahrung haben wir nicht ein grosses Problem.

Wo denn dann?

Wo wir definitiv ein Problem haben, ist im Bereich der stationären therapeutischen Massnahmen nach Artikel 59. Da bleiben Leute zu lange drin. Auch hier sind wir in bürokratischen Prozessen festgefahren. Die Massnahme ist jeweils auf fünf Jahre befristet. Wenn sich dann der Richter für eine Entlassung oder aber für eine Umwandlung in eine Verwahrung entscheiden müsste und der Fall nicht eindeutig ist, beschliesst er gerne mal eine Verlängerung um fünf Jahre. Und nach fünf Jahren erfolgt noch eine Verlängerung um fünf Jahre. Da sieht man Leute, die sitzen seit 15 Jahren in einer stationären therapeutischen Massnahme und sie haben keine Ahnung, wie lange sie fortgeführt wird. Das ist definitiv ein Problem. Mittlerweile ist die stationäre therapeutische Massnahme eine halbe Verwahrung. Da bin ich ein grosser Kritiker. Eigentlich weiss man nach zwei Jahren, ob eine Therapie funktioniert oder nicht. Wenn in einer Frist von fünf Jahren keine deutliche Senkung der Rückfallgefahr erreicht werden kann, müsste – sofern man das Risiko nicht tolerieren und den Täter daher nicht entlassen kann – die Massnahme in eine Verwahrung umgewandelt werden. Das wäre auch dem Täter gegenüber fairer.

Trotz aller Massnahmen und selbst wenn sämtliche Schwachpunkte behoben werden könnten: Die Nullrisiko-Gesellschaft, die von der Öffentlichkeit so gern gefordert wird, wird es wohl auch in diesem Bereich nie geben?

Man kann keine Nullrisiko-Strategie fahren, sonst würden viel zu viele Leute weggesperrt. Aber es ist unsere Verpflichtung, das Risiko unter allen Umständen so tief zu drücken, wie wir nur können. Man kann wahnsinnig viel tun, um Rückfälle und schwere Taten zu verhindern, und das müssen wir komplett ausschöpfen.

Die Fragen stellte Christine Brand.

«Mittlerweile ist die stationäre therapeutische Massnahme eine halbe Verwahrung.»



Frank Urbaniok sieht ein Problem im Bereich der stationären therapeutischen Massnahmen: «Da bleiben die Leute zu lange drin».

Foto: Strafanstalt Bellechasse (Peter Schulthess, 2016)

An der Ausgestaltung des Vollzugsalltags mitwirken

Interview mit Tanja Zangger über neue Regelungen zum Verwahrungsvollzug

Das Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweizer Kantone hat in den letzten vier Jahren verschiedene neue Regelungen zum Verwahrungsvollzug verabschiedet. «Im Spannungsfeld zwischen Schutz der Öffentlichkeit und Resozialisierung zu arbeiten und dabei nicht nur eine Seite zu berücksichtigen, ist eine verantwortungsvolle und anspruchsvolle Aufgabe», betont Konkordatssekretärin a. i. Tanja Zangger.

#prison-info: Was hat das Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweizer Kantone bewogen, 2016 eine Arbeitsgruppe zum Verwahrungsvollzug unter Ihrer Leitung einzusetzen?

Tanja Zangger: In der Praxis stellten sich eine Reihe von Fragen und Herausforderungen. Ich leitete damals einen Bereich in den Bewährungs- und Vollzugsdiensten (BVD) des Kantons Bern und gelangte zusammen mit anderen Vertreterinnen und Vertretern der Praxis an das Konkordat mit der Anfrage, ob sich diese Fragen auch in anderen Kantonen stellten und ob ein Bedarf bestand, gemeinsam nach Lösungen zu suchen. So kam es dazu, dass uns das Konkordat beauftragte, eine Arbeitsgruppe zu bilden. Wir hatten uns namentlich mit folgenden Themen zu befassen: der juristischen und prognostischen Prüfung von Ausgängen und Urlauben, den Haftbedingungen, der Vollzugsplanung, den Anforderungen an eine Therapie und der Einweisung in private Einrichtungen, z. B. in ein Alters- und Pflegeheim. Letzteres ist vor allem aus dem folgenden Grund wichtig: Die verwahrten Personen stellen zwar insofern eine homogene Gruppe dar, als es sich fast nur um Männer handelt, die schwerste Gewalt- und Sexualdelikte begangen haben und mehrheitlich Rückfalltäter sind. Sie sind aber auch eine heterogene Gruppe, weil sie je nach Alter und psychischer und physischer Gesundheit unterschiedliche Bedürfnisse haben.

In der Arbeitsgruppe wirkten auch Vertreterinnen und Vertreter des Ostschweizer Strafvollzugskonkordats (OSK) mit. Weshalb war niemand aus dem Strafvollzugskonkordat der lateinischen Schweiz in der Arbeitsgruppe dabei?

Dies ergab sich aus der unterschiedlichen Praxis. In der Deutschschweiz erfolgt die Einweisung von

verwahrten Personen häufig über die Konkordatsgrenzen hinweg, z. B. von Bern nach Zürich oder von Zürich in den Aargau oder nach Zug. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass die Arbeitsgruppe in wechselnder Zusammensetzung tätig war. Je nach Thema arbeiteten mehr Personen aus Justizvollzugseinrichtungen oder von Einweisungsbehörden mit.

Aufgrund der Arbeiten der Arbeitsgruppe konnte die Konkordatskonferenz 2020 in einem ersten Schritt das Prüfschema für die Ausgangs- und Urlaubsgewährung im Verwahrungsvollzug verabschieden. Welcher Grundgedanke steht hinter diesem Prüfschema?

Der Grundsatz der Resozialisierung gilt auch für die verwahrten Personen. Auch bei ihnen müssen regelmässig geeignete Massnahmen für die schrittweise Resozialisierung geprüft werden. Der Schutz der Öffentlichkeit und die Resozialisierung sind kein Gegensatz, stellen aber ein Spannungsfeld dar. In diesem Spannungsfeld zu arbeiten und dabei nicht nur eine Seite zu berücksichtigen, ist eine verantwortungsvolle und anspruchsvolle Aufgabe. Das Prüfschema bietet eine Orientierungshilfe bei der Prüfung von drei komplexen Fragen: Sind die juristischen Voraussetzungen für den Ausgang oder Urlaub erfüllt? Wie hoch ist aufgrund der Lockungsprognose das Risiko eines Rückfalls oder einer Flucht? Welche Sicherheitsmassnahmen müssen getroffen werden, damit sich dieses Risiko vermeiden oder zumindest entscheidend verringern lässt?

Hat sich das Prüfschema in der Praxis bewährt?

Aufgrund von Rückmeldungen wissen wir, dass das Prüfschema als hilfreich empfunden wird. Die Prüfung von Ausgängen und Urlauben bleibt



Tanja Zangger ist Sekretärin a. i. des Strafvollzugskonkordats der Nordwest- und Innerschweizer Kantone. Sie hat von 2016 bis 2023 die Arbeitsgruppe zum Verwahrungsvollzug geleitet.

«Der Schutz der Öffentlichkeit und die Resozialisierung sind kein Gegensatz, stellen aber ein Spannungsfeld dar.»



Auch für verwahrte Personen (Bild: JVA Lenzburg) ist eine bedingte Entlassung zumindest ein Fernziel.
Foto: Peter Schulthess, 2019

zwar anspruchsvoll, aber das Schema erleichtert die Vorbereitung sowie die Nachvollziehbarkeit des Entscheides. Und sollte es trotzdem zu einem Zwischenfall kommen, könnte aufgezeigt werden, was geprüft wurde und was den Ausschlag für den Entscheid gegeben hat.

Das 2021 verabschiedete Merkblatt zum Vollzug der Verwahrung hält fest, dass dem Schutz der öffentlichen Sicherheit der Vorrang einzuräumen ist. Wie bedeutsam sind Resozialisierungsmassnahmen?

Der Hauptzweck der Verwahrung besteht darin, die Öffentlichkeit vor weiteren schweren Gewalt- und Sexualstraftaten zu schützen. Doch das Merkblatt hält auch fest, dass jeder Freiheitsentzug in einer Entlassungsperspektive steht und somit auch für verwahrte Personen eine bedingte Entlassung zumindest ein Fernziel ist. Dies entspricht auch der Rechtsprechung des Bundesgerichts. Deshalb nehmen die intramuralen und extramuralen Resozialisierungsmassnahmen einen wichtigen Stellenwert ein. Sie ermöglichen es, deliktrelevante Risikofaktoren zu bearbeiten und auf diese Weise das individuelle Rückfallrisiko zu senken. Intramurale Resoziali-

sierungsmassnahmen umfassen Interventionen in verschiedenen Bereichen (z. B. Therapie, Arbeitsagogik, Betreuung) und können für die Beurteilung, ob sich z. B. eine Person an Abmachungen hält, wichtige Aussagen ermöglichen. Vollzugslockerungen ausserhalb der Einrichtung wie etwa Ausgänge kommen erst in einem zweiten Schritt, wenn überhaupt, in Frage. Die individuellen Resozialisierungsmassnahmen werden im Vollzugsplan konkretisiert. Das klingt einfach, ist aber eine anspruchsvolle Aufgabe, die dem Betreuungspersonal obliegt.

Inwiefern ist in diesem Zusammenhang die therapeutische Behandlung bedeutsam?

Die therapeutische Behandlung kann ein zentraler Aspekt der intra- und extramuralen Resozialisierungsmassnahmen sein. Deshalb sollten die Behandlungswilligkeit der verwahrten Person gefördert und Behandlungsversuche unternommen werden. Dies stellt in der Praxis eine Herausforderung dar, weil viele verwahrte Personen grundsätzlich keine Therapie wollen oder nach jahrelanger Therapie ohne Veränderung ihrer Situation nicht mehr weitefahren mögen. Von der delikt- und störungsorientierten Therapie zu unterscheiden ist die psychiatrische Grundversorgung. Sie hilft der verwahrten Person, den Vollzugsalltag besser zu bewältigen, ermöglicht aber keine Aussage, inwieweit sich das Rückfallrisiko reduziert hat.

Gemäss Merkblatt können verwahrte Personen infolge ihres Gesundheitszustandes ausnahmsweise in privaten Einrichtungen untergebracht werden. Welche Voraussetzungen müssen dafür erfüllt sein?

Die Unterbringung von verwahrten Personen in privaten Einrichtungen ist nicht durch Artikel 379 des Strafgesetzbuches abgedeckt. Ein Rechtsgutachten von Jonas Weber und Jann Schaub von der Universität Bern ist allerdings zum Schluss gekommen, dass die Platzierung von besonders pflegebedürftigen Personen in privaten Einrichtungen möglich ist, wenn drei Voraussetzungen erfüllt sind. Erstens muss die Pflegebedürftigkeit einen ausgeprägten Schweregrad ausweisen und (voraussichtlich) über eine längere Dauer anhalten. Zweitens kann dieser besonderen Pflegebedürftigkeit im Justizvollzug nicht angemessen begegnet werden. Drittens muss die private Einrichtung die gebotenen Sicherheitsvorkehrungen erfüllen können.

Wird die Unterbringung in privaten Einrichtungen angesichts der demografischen Entwicklung eine Ausnahme bleiben?

Die Infrastruktur und Betreuung im Justizvollzug sind nicht auf ältere und pflegebedürftige Personen

ausgerichtet. Deren Bestand wird sich gemäss einer Analyse des Schweizerischen Kompetenzzentrums für den Justizvollzug (SKJV) bis 2035 verdoppeln oder sogar verdreifachen. Deshalb denke ich nicht, dass die Unterbringung von pflegebedürftigen verwahrten Personen in privaten Einrichtungen eine Ausnahme bleiben wird.

Am 24. März 2023 hat die Konkordatskonferenz ein weiteres Merkblatt zu den Haftbedingungen im Verwahrungsvollzug verabschiedet. Welches Anliegen steckt dahinter?

Der Justizvollzug ist in der Schweiz nicht auf den lebenslänglichen Freiheitsentzug, sondern auf die Resozialisierung ausgerichtet. Eine verwahrte Person bleibt aber nach Verbüssung ihrer Freiheitsstrafe aufgrund ihrer Gefährlichkeit aus präventiven Gründen weiterhin für eine meist sehr lange Zeit im Freiheitsentzug. Deshalb müssen sich die Haftbedingungen der verwahrten Personen nach Verbüssung ihrer Freiheitsstrafe deutlich unterscheiden. Diese Personen sollten bei der Ausgestaltung des Vollzugsalltags mitwirken können.

Bei der Ausarbeitung des neuen Merkblatts hat die Arbeitsgruppe nicht nur die Vollzugspraxis einbezogen, sondern auch externe Expertinnen und Experten angehört. Welchen Input hat sie erhalten?

Die Arbeitsgruppe, der unter anderem alle Direktorinnen und Direktoren der geschlossenen Justizvollzugsanstalten in der Deutschschweiz angehörten, stellte in verschiedener Hinsicht ein Novum dar. Sie führte Anhörungen von Vertreterinnen und Vertretern der Universität Bern, des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR) und der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) durch, um verschiedene juristische Fragen zu klären: zum Beispiel was unter Erleichterungen im Vollzugsregime zu verstehen ist, ob diese nur verwahrten oder auch zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilten Personen gewährt werden können und ob diese Erleichterungen nur in separaten Abteilungen möglich sind. Die Arbeitsgruppe hörte zudem Irene Marti von der Universität Bern an, die in ihrer Dissertation vertieft die Lebenssituation von verwahrten Personen untersucht hat. Sie übermittelte uns gewissermassen stellvertretend deren alltäglichen Bedürfnisse. Aufschlussreich waren namentlich ihre Ausführungen, wie wichtig die

persönliche Aktivierung – zum Beispiel durch nach den individuellen Interessen ausgewählte Weiterbildungsangebote – ist, damit verwahrte Personen geistig fit bleiben.

Ein weiteres Novum war, dass die Arbeitsgruppe auch verwahrte Personen befragt hat. Weshalb?

Auf Initiative der Direktorinnen und Direktoren befragte die Arbeitsgruppe auch verwahrte Personen, um deren Bedürfnisse zu klären. Die niederschwellige Befragung – zum Beispiel im Rahmen von Workshops – bestätigte vieles, was wir angedacht hatten. Die verwahrten Personen begrüßten die Schaffung von separaten Abteilungen. Sie betonten aber, dass die Verlegung freiwillig sein müsse, und äusserten teilweise die Befürchtung, in einer solchen Abteilung «vergessen» zu werden. Sie trugen zudem eindringlich ihr Anliegen nach arbeitsfreien Tagen vor, was dann den Ausschlag gab, diesen Punkt im neuen Merkblatt aufzunehmen. Demnach sollen verwahrten Personen drei bis fünf arbeitsfreie Tage pro Jahr gewährt werden. Diese Befragung ermöglichte es, den Betroffenen den Puls zu fühlen, und bildet überdies die Grundlage für die Umsetzung des neuen Merkblatts.

Das Merkblatt empfiehlt, unter bestimmten Voraussetzungen die Verlegung in eine auf den Verwahrungsvollzug spezialisierte Abteilung. Welche Voraussetzungen müssen dafür erfüllt sein?

Ich möchte vorausschicken, dass das Merkblatt an dem im Strafgesetzbuch festgelegten und vom Bun-

«Ich denke nicht, dass die Unterbringung von pflegebedürftigen verwahrten Personen in privaten Einrichtungen eine Ausnahme bleiben wird.»

«Diese Befragung ermöglichte es, den Betroffenen den Puls zu fühlen, und bildet überdies die Grundlage für die Umsetzung des neuen Merkblatts.»



Die Unterbringung von pflegebedürftigen verwahrten Personen in privaten Einrichtungen dürfte angesichts der demografischen Entwicklung nicht eine Ausnahme bleiben.

Foto: Peter Schulthess, 2016

desgericht bestätigten Grundsatz festhält, wonach der Verwahrungsvollzug im Normalvollzug einer geschlossenen Strafanstalt oder einer geschlossenen Massnahmenvollzugseinrichtung stattfindet. Um in eine spezialisierte Abteilung verlegt zu werden, muss sich die verwahrte Person insbesondere als gruppentauglich erweisen. Dies bedeutet auch, dass sie aus einer solchen Abteilung ausgeschlossen werden kann, wenn sie diese und weitere Voraussetzungen nicht (mehr) erfüllt.

Bisher besteht einzig in der JVA Solothurn eine auf den Verwahrungsvollzug spezialisierte Abteilung. Was unternimmt das Konkordat, um weitere entsprechende Vollzugsplätze zu schaffen?

Im Rahmen unserer regelmässigen Bedarfsanalyse sind wir mit den Kantonen im Gespräch, welches Angebot an Vollzugsplätzen besteht bzw. zu planen ist. Bereits fest steht, dass die JVA Bostadel durch eine Spezialabteilung für alte und langzeitverwahrte Gefangene erweitert wird. Zwei weitere Justizvollzugsanstalten prüfen zurzeit, ob spezialisierte Abteilungen im Rahmen laufender Bauprojekte geschaffen werden können.

Was ist für die wenigen verwahrten Frauen vorzusehen?

Die NKVF hat in ihrem Bericht zum Verwahrungsvollzug zu Recht festgehalten, dass für die Frauen keine Schaffung einer spezialisierten Abteilung in Betracht zu ziehen ist. Da sich kaum Frauen im Verwahrungsvollzug befinden, liefe dies nämlich auf eine faktische Einzelhaft hinaus. Entscheidend ist, dass das Merkblatt auch den Normalvollzug betrifft. Unabhängig vom Vollzugsort gilt für Männer wie für Frauen der bereits erwähnte zentrale Grundsatz, wonach angesichts des präventiven Charakters der Verwahrung den verwahrten Personen eine Mitwirkung in der Ausgestaltung ihres Vollzugsalltags ermöglicht werden soll.

Welche weiteren Empfehlungen des Merkblatts sind besonders wichtig?

Besonders wichtig sind die Empfehlungen zu einer regelmässigen Arbeit oder Beschäftigung. Die Arbeitspflicht besteht gemäss Rechtsprechung des Bundesgerichts über das ordentliche Rentenalter hinaus. Dabei sollen aber die individuellen Bedürfnisse der verwahrten Person angemessen berücksichtigt werden. Ferner sollen die Empfehlungen zur Wohnzelle eine individuelle Ausgestaltung auf eigene Kosten ermöglichen. Und angesichts der demografischen Entwicklung wird eine weitere Empfehlung immer wichtiger: Die Justizvollzugsanstalten sollten den Mitarbeitenden Praktika in Alters-, Pflege- und psychiatrischen Einrichtungen

ermöglichen, die spezifische Aus- und Weiterbildung fördern und den Zugang zur Supervision gewährleisten.

Inwiefern können die drei Merkblätter zur Harmonisierung der Vollzugspraxis im Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz beitragen?

Die Merkblätter sind rechtlich nicht verbindlich, aber sie haben ein gemeinsames Verständnis des Verwahrungsvollzugs gefördert. Sie werden zudem bei der Realisierung von Bauprojekten sowie in der Gerichtspraxis berücksichtigt.

Welche Bedeutung haben die drei Merkblätter für das Ostschweizer Strafvollzugskonkordat?

Die Merkblätter sind im Ostschweizer Strafvollzugskonkordat nicht direkt anwendbar. Die Strafvollzugskommission hat aber an ihrer Frühjahrskonferenz den Konkordatssekretär beauftragt, als Ersatz für die Empfehlung für den Vollzug der Verwahrung von 2008 ein neues Merkblatt vorzubereiten, das die Regelungen des Strafvollzugskonkordats der Nordwest- und Innerschweiz übernimmt und zusammenfasst. Somit dürften die Regelungen der beiden Deutschschweizer Strafvollzugskonkordate in absehbarer Zeit inhaltlich angeglichen werden.

Was steht nach der Erarbeitung und Verabschiedung der drei Merkblätter an? Bleibt die Arbeitsgruppe bestehen?

Mit den drei Merkblättern sind wichtige Pflöcke eingeschlagen worden. Nun geht es darum, die neuen Regelungen umzusetzen. Zurzeit erarbeiten verschiedene Institutionen Konzepte, wie die Haftbedingungen für verwahrte Personen in der bestehenden Infrastruktur verbessert werden können. Andernorts werden die neuen Regelungen – wie bereits erwähnt – bei der Realisierung von Bauprojekten berücksichtigt. Die Arbeitsgruppe ist aufgelöst worden. Bestehen bleibt aber die starke Vernetzung, die durch die Arbeitsgruppe unter den verschiedenen Akteuren gefördert worden ist.

Die Fragen stellte Folco Galli.

«Mit den drei Merkblättern sind wichtige Pflöcke eingeschlagen worden.»

Links

Die drei Merkblätter zum Verwahrungsvollzug (30.6, 30.7 und 30.8) sind auf der Website des Strafvollzugskonkordats der Nordwest- und Innerschweiz (www.konkordate.ch/home) abrufbar.

Ein mehrheitlich selbstbestimmtes, würdevolles, einfaches und sicheres Leben

«Verwahrungsvollzug in Kleingruppen»: ein neues Modell, das sich bewährt hat

Sechs verwahrte Personen können in einer Wohngruppe in der JVA Solothurn ein Leben mit mehr Selbstbestimmung und weniger Einschränkungen führen. Die neue Form des Verwahrungsvollzugs hat sich bewährt, ist aber nicht für alle Betroffenen gleichermaßen geeignet, sondern muss an ihre Kompetenzen angepasst werden.

Der ab 2019 im Rahmen eines Pilotprojekts erprobte und 2021 definitiv eingeführte «Verwahrungsvollzug in Kleingruppen» ermöglicht verwahrten Personen nach Verbüßung ihrer Freiheitsstrafe ein freieres und autonomeres Leben. Da die Verwahrung eine Sicherungsmassnahme ohne strafenden Charakter ist, reduziert das neue Vollzugsregime die Einschränkungen der Freiheit auf das Minimum, das für die uneingeschränkte Gewährleistung der internen und öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Im Vordergrund stehen gemäss Konzept «Themen wie sichere Lebensgestaltung, sinnvolle Beschäftigung an einem Arbeitsplatz und befriedigende Freizeitgestaltung». Damit soll ein für den Erwerb von sozialen Grundfertigkeiten förderliches Milieu aufgebaut und erhalten werden, das den verwahrten Personen «ein mehrheitlich selbstbestimmtes, würdevolles, einfaches und sicheres Leben innerhalb einer beruhigten Umgebung ermöglicht».

Unter sich

Die sechs Insassen in dem leicht abseits von den übrigen Gebäuden, aber immer noch im Sicherheitsperimeter der JVA gelegenen Haus C stellten zwar aufgrund ihrer unterschiedlichen Delikte und ihrer unterschiedlichen Vollzugserfahrung eine heterogene Gruppe dar, hält der Abschlussbericht des Projekts fest. Im Setting gelinge es jedoch, «die persönlichen Stärken gegenseitig zu schätzen und mit anspruchsvollen persönlichen Eigenschaften des anderen adäquat umzugehen». Von den Insassen gebe es überwiegend positive Rückmeldungen. Insbesondere die Sicherheit innerhalb der Wohngruppe bedeute für sie gesteigerte Lebensqualität. Sie seien sozusagen unter sich und müssten sich nicht mehr gegen andere Insassen der Institution behaupten.

Das gelockerte Vollzugsregime innerhalb der Wohngruppe lässt den Insassen eine grössere Freiheit bei der Gestaltung des Alltags, was sich gemäss Abschlussbericht positiv auswirkt: «Durch selbstverantwortliches Handeln und Partizipation in der Gestaltung des WG-Alltages werden die lebensnotwendigen Fähigkeiten aufrechterhalten bzw. eingeübt.» Wie in der ganzen Institution ist auch im Haus C eine klare Tagesstruktur wichtig. Während der Zellenaufschlusszeiten – an Werktagen von 6.45 bis max. 22.00 Uhr und am Wochenende von 8.30 bis max. 20.30 Uhr – können die Insassen das ganze Haus sowie die Terrasse und den eigenen Spazierhof frei nutzen. Sie werden von einem dreiköpfigen Team betreut und beaufsichtigt. Die Arbeitspflicht gilt auch für die Senioren, wobei die Arbeitszeit je nach Alter und Gesundheitszustand reduziert wird. Neben der Arbeit sollen auch die freiwilligen Freizeitaktivitäten zur Vermeidung von Haftschäden beitragen.

Keine Querschläger

Das Projekt «Verwahrungsvollzug in Kleingruppen» verläuft laut Abschlussbericht in eine «sehr gute Richtung» und wird stetig weiterentwickelt. «Es gibt noch Luft nach oben», sagt Direktor Charles Jakober, der weitere Vollzugslockerungen für möglich hält. Zugleich stellt er klar, dass sich dieses Vollzugsregime nicht für alle verwahrten Personen eignet. «Es braucht gewisse Kompetenzen, um in dieser Wohngruppe leben zu können.» Deshalb entscheidet die Vollzugsleiterin erst nach einem einwöchigen «Probewohnen» über die Aufnahme neuer Insassen. Dabei berücksichtigt sie auch die Meinung der Insassen. «Das Probewohnen garantiert», so Charles Jakober, «dass kein Querschläger aufgenommen



Charles Jakober: «Es braucht gewisse Kompetenzen, um in dieser Wohngruppe leben zu können.»

wird». Bisher mussten nur zwei Insassen, die sich nicht an die Regeln hielten und Unruhe stifteten oder nicht mitarbeiten wollten, aus der Wohngruppe ausgeschlossen werden. «Wir haben die Pflicht, die Wohngruppe zu schützen und die Lebensqualität der anderen Insassen aufrechtzuerhalten.»

«Ihre Wohngruppe»

«Die Insassen sind rücksichtsvoll und ruhig», beschreibt der Direktor die Stimmung in der Wohngruppe. Es gebe zwar hin und wieder einen verbalen Schlagabtausch (z. B. wegen abgelaufener Lebensmittel im Kühlschrank), es komme aber nie zu Beschimpfungen oder gar zu Gewalt. Die Insassen seien absprache- und gruppenfähig und wollten, dass die Wohngruppe bestehen bleibt. «Es ist ihre Wohngruppe, in der sie weitgehend selbstbestimmt und autonom ihr Leben gestalten können und die ihnen ein hohes Mass an Eigenverantwortung zugesteht. Sie können sich stark einbringen und – zusammen mit dem Betreuungsteam – auch die allgemeinen Wohnräume einrichten.» Dieses Modell funktioniere dank ihnen, deshalb wäre es falsch, dieses Modell für alle verwahrten Personen vorzusehen. «Es kann aber auch nach unten angepasste Formen geben.» So ist in der JVA Solothurn eine weitere Kleingruppe geplant, die den Insassen weniger Autonomie einräumt, weil sie stärker auf die Unterstützung durch das Betreuungsteam angewiesen sind.

Kritische Aussensicht

«Wir haben schon zu Beginn des Projekts eine interdisziplinär zusammengesetzte Begleitgruppe eingesetzt (siehe Kästchen), die eine kritische Aussensicht gewährleistet und zur Qualitätskontrolle beiträgt», unterstreicht Charles Jakober. «Sie ermuntert uns zudem, weitere Lockerungen zu planen, die Insassen regelmässig zur Therapie zu motivieren und das Fernziel – die Resozialisierung – im Auge zu behalten.» Es gelte allerdings das Potenzial im gesicherten Bereich auszunutzen und nicht leichtfertig Risiken in Kauf zu nehmen. So meint er etwa zur offenen Frage, ob auf den Zelleneinschluss während der Nacht verzichtet werden soll: «Die meisten Insassen haben Tötungsdelikte begangen und sind Hochrisikotäter. Wenn etwas in der Nacht geschähe, wäre diese Form des Verwahrungsvollzugs gestorben.» Dies will er nicht riskieren, denn die Wohngruppe «ermöglicht es Tätern mit einer ungünstigen Entlassungsperspektive in Würde alt zu werden».

Ein familiärer Rahmen

«Wir befinden uns in der Konsolidierungsphase», sagt Wohngruppenleiter Gerhard Imfeld. «Die Gruppe ist in den letzten Jahren zusammengewachsen und hat sich gefestigt. Es ist kein ständiges Kommen und Gehen wie im Normalvollzug. In diesem familiären Rahmen ist mehr Nähe möglich, wir können eingehendere Gespräche führen und besser auf die

Die Insassen können das ganze Haus C sowie die Terrasse (siehe Titelbild) und den eigenen Spazierhof freinutzen. Foto: Peter Schulthess, 2019



Nöte und Sorgen der Insassen eingehen.» Gespräche finden nicht nur in Form von Einzelgesprächen, sondern auch informell und ungezwungen statt, etwa während der Mahlzeiten, die während der Woche von der Küche geliefert und in der Regel gemeinsam im Aufenthaltsraum eingenommen werden. An den Wochenenden und Feiertagen können die Insassen mit Unterstützung der Betreuung selber kochen, was sie sehr schätzen.

Die tägliche Grundreinigung übernimmt ein Insasse, der zu 50 % in der Wohngruppe arbeitet. Die Insassen sind aber verpflichtet, sich in ihrer Freizeit an den Arbeiten im Haushalt zu beteiligen. Sie waschen selber ihre Wäsche und sind für die Ordnung in ihrer Zelle verantwortlich. Daneben müssen sie weitere Arbeiten übernehmen, wie etwa die Reinigung der Badezimmer, der Küche und der Fenster oder die Gartenpflege. «Trotz gelegentlicher Reibereien nehmen die Insassen aufeinander Rücksicht und helfen sich gegenseitig», schildert Gerhard Imfeld das Zusammenleben. Die Insassen können ein eigenständigeres Leben führen, übernehmen aber auch die damit verbundene Eigenverantwortung. «Deshalb wir können ihnen auch mehr Vertrauen entgegenbringen.»

Mehr Selbstbestimmung und Verantwortung

«Wir unterstützen die Insassen bei der Gestaltung ihres Alltags und ihrer Freizeit», erklärt der Wohngruppenleiter weiter. So organisieren die Insassen zusammen mit der Vollzugsleitung und dem Betreuungsteam an den monatlich oder nach Bedarf stattfindenden Gruppensitzungen das Zusammenleben. Es werden «Ämtli» verteilt, Informationen ausgetauscht, Details geklärt (etwa ob der Zelleneinschluss an Sylvester erneut erst um 00.30 Uhr vorgesehen ist) und grundsätzliche Fragen besprochen (etwa welche Verantwortung mit der Anschaffung einer Hauskatze verbunden wäre). Der Abschlussbericht zum Projekt unterstreicht die Bedeutung dieses Punktes: Weit wichtiger als Vollzugslockerungen wie die Benutzung eines eigenen Computers, die individuelle Einrichtung der Zelle und der erleichterte Zugang zur Terrasse und zum eigenen Spazierhof seien die Bestrebungen, den Insassen mehr Mit- und Selbstbestimmung zu ermöglichen und sie mehr Verantwortung übernehmen zu lassen.

Das Beste aus der Situation machen

«Wir ermutigen die Insassen, das Beste aus ihrer Situation zu machen», führt Gerhard Imfeld weiter aus. Das Betreuungsteam motiviert zum Beispiel die Insassen, von der Kunsttherapie oder anderen Therapie- und Freizeitangeboten Gebrauch zu machen. Und es unterstützt die Kontakte nach aussen: Die von einem Mitglied des Betreuungsteams und

des Sicherheitsdienstes begleiteten Ausgänge, die allerdings nicht allen Insassen gewährt werden können, werden eingehend vor- und nachbesprochen. Daneben gibt es weitere Formen von Kontakten nach aussen. So pflegen etwa drei Insassen intensive Brieffreundschaften.

Zwei der sechs Insassen sind Senioren, ein weiterer Insasse wird bald das AHV-Alter erreichen. «Wir werden eine Alters-Wohngemeinschaft», bringt der Wohngruppenleiter die demografische Entwicklung auf den Punkt. Diese Entwicklung wirkt sich unterschiedlich aus: Auf der einen Seite eröffnet der Bezug der AHV-Rente den Insassen einen grösseren Spielraum für Anschaffungen wie Computer, Fernseher, Möbel oder eine medizinische Matratze. Auf der anderen Seite werden Themen wie Alter und Gebrechlichkeit – ein Insasse ist auf regelmässige Pflege durch die Spitex angewiesen – und die Auseinandersetzung mit dem Sterben und Tod vermehrt in den Vordergrund rücken.

Die Stimme eines Insassen

Wie erleben die Betroffenen das neue Vollzugsregime? Hans (Name geändert), seit 1998 im Strafvollzug und seit 2013 im Verwahrungsvollzug, steht Rede und Antwort. Er ist 2019 als erster Auswärtiger nach dem einwöchigen Probewohnen in der Wohngruppe aufgenommen worden. «Schon als ich den Fuss über die Schwelle gesetzt habe, wusste ich, dass ich hierbleiben möchte», erzählt er und meint: «Mit diesem Übertritt hat sich meine Lebensqualität um 100 Prozent verbessert». Die Grösse der Gruppe sei perfekt. Zwar gebe es hin und wieder auch Meinungsverschiedenheiten, die aber den Zusammenhalt und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Gruppe nicht beeinträchtigten. «Wir passen gut zusammen.» Dies führt er namentlich darauf zurück, dass die Vollzugsleitung bei einer Neuaufnahme nach dem Probewohnen auf die Meinung der Wohngruppe hört. Auch die Altersunterschiede empfindet Hans nicht als störend: «Die Älteren sind langsamer, aber die Jüngeren können auch motivierend wirken».

«Man schaut zu uns», würdigt er das Engagement des Betreuungsteams. Die Insassen der Wohngruppe helfen sich aber auch gegenseitig. So macht Hans, der wegen verschiedener körperlicher Beschwerden reduziert zu 50 Prozent im Bereich «Bau und Unterhalt» arbeitet, etwa die Wäsche des Insassen, der gesundheitlich schwer angeschlagen ist. Pro Jahr werden Hans sechs begleitete Ausgänge gewährt. Weit komme man in fünf Stunden nicht herum, aber er habe das grosse Glück, sich während der Ausgänge mit der Familie treffen zu können. Daneben schätzt er besonders, dass die Insassen ihre Freizeit selber gestalten können. Er selber verbringt



Gerhard Imfeld: «In diesem familiären Rahmen ist mehr Nähe möglich, wir können eingehendere Gespräche führen und besser auf die Nöte und Sorgen der Insassen eingehen.»

«Wir unterstützen die Insassen bei der Gestaltung ihres Alltags und ihrer Freizeit.»

«Hier verbringe
ich meinen
Lebensabend.»

einen grossen Teil seiner Freizeit am Computer oder beim Fernsehen in seinem Zimmer. Dass die Zellen in der Wohngruppe als Zimmer angeschrieben sind, ist keine Sprachkosmetik, sondern entspricht dem Empfinden der Insassen. «Hinein in die gute Stube», sagt er einladend, als er sein Zimmer zeigt, das zwar nicht sehr gross ist, aber persönlich und seinen Bedürfnissen entsprechend (u. a. mit Spezialmatratze) eingerichtet ist.

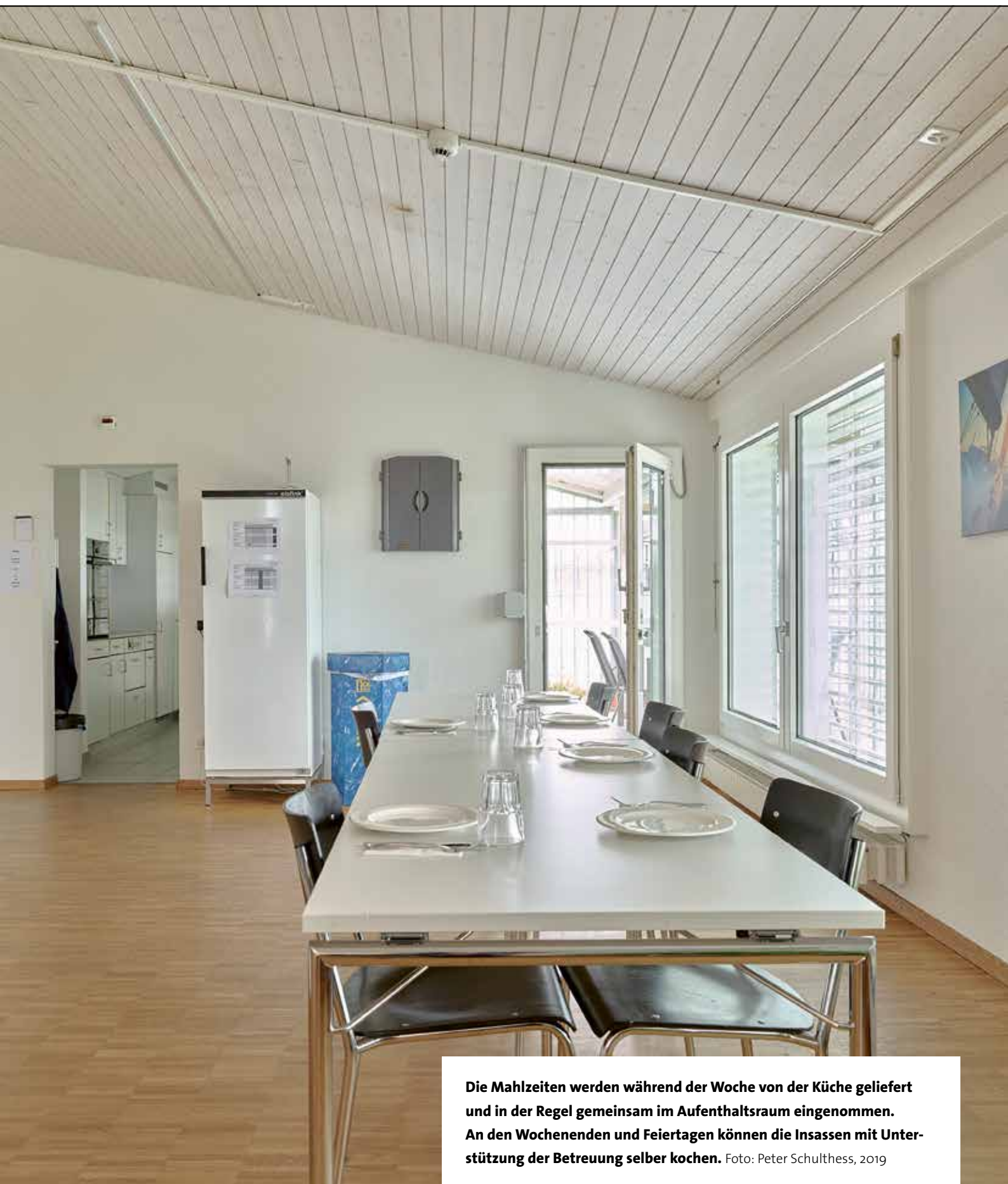
Offene Wünsche hat Hans wenige. So wünscht er sich namentlich einen einfacheren Zugang zu den Sportangeboten. Für seinen Lieblingssport Tischtennis müssen sich jeweils mindestens vier Interessenten anmelden. Vor anderthalb Jahren ist ihm, der sich während all der Jahre im Freiheitsentzug stets korrekt verhalten hat, die Verlegung in eine offene Anstalt vorgeschlagen worden. Die Verlegung ist dann allerdings an der ablehnenden Empfehlung der Konkordatlichen Fachkommission gescheitert. Die Enttäuschung ist ihm noch anzuhören: «Man hat mir den Speck durch den Mund gezogen». Zugleich beteuert er: «Ich weiss gar nicht, ob ich gegangen wäre und alles aufs Spiel gesetzt hätte, was ich hier habe. Ich bin dankbar, in dieser Wohngruppe leben zu können.» Deshalb kann er auch gelassen und gefasst sagen: «Hier verbringe ich meinen Lebensabend». (gal)

«Mit grossen Schritten sehr weit gekommen»

Die auf Initiative von Direktor Charles Jakober eingesetzte Begleitgruppe unterstützt als Sounding Board die Umsetzung und Weiterentwicklung des «Verwahrungsvollzugs in Kleingruppen». Die breit abgestützte Gruppe deckt die Wissenschaft, die Vollzugspraxis sowie die forensische Psychiatrie ab und ist zudem Bindeglied zum Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz, erläutert Jonas Weber, Prof. für Strafrecht und Kriminologie an der Universität Bern. Angesichts des grossen Potenzials dieser neuen Form des Verwahrungsvollzugs bleibt die Begleitgruppe nach dem erfolgreichen Abschluss des Pilotprojekts weiterhin im Amt.

«Wir sind im Pilotprojekt mit grossen Schritten sehr weit gekommen: Wir haben den verwahrten Personen gemäss dem Abstandsgebot deutlich mehr Freiheiten und Autonomie einräumen können ohne Abstriche an der Sicherheit zu machen», bilanziert Jonas Weber. Zugleich betont er, dass aus menschenrechtlicher Sicht die Freiheitsorientierung und die Persönlichkeitsentwicklung künftig noch stärker

berücksichtigt werden sollten. «Wir sollten ständig versuchen, die verwahrten Personen insbesondere durch Vollzugslockerungen auf die Freiheit vorzubereiten und auch Schritte in Richtung Resozialisierung zu machen.» Zudem sollte den Betroffenen vermehrt ermöglicht werden, im Rahmen einer Therapie in einem weiten Sinn über sich zu reflektieren und ihre Persönlichkeit weiterzuentwickeln. Die Verwahrung erweise sich infolge der nur äusserst zurückhaltend gewährten Vollzugslockerungen zunehmend als Sackgasse, hielt Jonas Weber vor zwei Jahren in einer Publikation fest. Den «Verwahrungsvollzug in Kleingruppen» schätzt er als möglichen Weg aus dieser Sackgasse ein. Allerdings ist er sich bewusst, dass es verwahrte Personen gibt, die durch weitgehende Vollzugslockerungen überfordert wären. Ihnen müsse wie im Haus C ein würdevolles und sinnhaftes Leben im Freiheitsentzug ermöglicht werden. «Für sie bleibt die Verwahrung eine Sackgasse, aber eine weniger triste.»



Die Mahlzeiten werden während der Woche von der Küche geliefert und in der Regel gemeinsam im Aufenthaltsraum eingenommen. An den Wochenenden und Feiertagen können die Insassen mit Unterstützung der Betreuung selber kochen. Foto: Peter Schulthess, 2019

Individuelle, konkrete und systematisch angepasste Vollzugspläne

Bericht der NKVF begrüsst die Waadtländer Praxis

Der Vollzugsplan nimmt eine zentrale Rolle beim Verwahrungsvollzug ein. Die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) hebt diesen Punkt besonders hervor. In der Hälfte der untersuchten Dossiers waren die Pläne jedoch nicht auf dem neuesten Stand, wobei es in 20 % der Fälle überhaupt keinen Plan gab! Die NKVF erteilt aber auch gute Noten, insbesondere dem Kanton Genf, dem Kanton Waadt, der JVA Pöschwies und den Établissements de la Plaine de l'Orbe (EPO). Gespräch mit Charles Galley, stellvertretender Leiter des Amtes für Strafvollzug des Kantons Waadt.



Charles Galley ist stellvertretender Leiter des Amtes für Strafvollzug des Kantons Waadt (Office d'exécution des peines, OEP).

#prison-info: In ihrem Bericht stellt die NKVF den Vollzugsplan als ein «sehr wichtiges» Instrument im Verwahrungsvollzug dar. Inwiefern ist dieser so wichtig?

Charles Galley: Die verwahrte Person muss Fortschritte in Richtung der festgelegten Ziele machen. Der Vollzugsplan ermöglicht es, einen individuellen, auf diese Ziele ausgerichteten Weg festzulegen. Von der Person wird somit erwartet, dass sie auf diesem Weg Fortschritte macht und im Rahmen ihrer Fähigkeiten ihre Veränderungen selbst herbeiführt. Der «sehr wichtige» Charakter des Vollzugsplans besteht darin, dass er diese Person leiten soll, sie in die Richtung lenken soll, welche die Behörden von ihr erwarten. Der Vollzugsplan ist auch eine Referenz für die Fachkräfte, welche die verurteilte Person im Alltag begleiten. So wissen sie, woran gearbeitet werden soll. Sie besitzen eine ganzheitliche Sicht auf die angestrebte Entwicklung, was ihren Interventionen eine grössere Bedeutung verleiht. Es ist zudem ein wertvolles Instrument für die Justizvollzugsbehörden, welche die Situation regelmässig überprüfen.

Was sind die Erwartungen der Behörden?

Die Behörden erwarten von der betroffenen Person, dass sie die ihr zur Verfügung stehenden Mittel nutzt, um an sich selbst zu arbeiten – idealerweise in therapeutischer Absicht – und um die sozialen und beruflichen Aspekte ihres Lebens zu verbessern, damit sie so das Risiko, das sie für die öffentliche Sicherheit darstellt, verringert. Die Behörden erwarten von ihr, dass sie, sofern dies möglich ist, eines

Tages wieder in die Gesellschaft integriert wird. Für jede Person im Freiheitsentzug muss man auf eine mögliche Entwicklung hoffen.

Die NKVF «begrüsst, dass die von den Justizvollzugsämtern der Kantone Genf und Waadt erstellten Vollzugspläne sehr detailliert auf die aktuelle Situation und die Bedürfnisse der verwahrten Personen eingehen». Welche Bedeutung haben diese lobenden Worte für Sie?

Es ist äusserst erfreulich, dass die NKVF die Qualität unserer Arbeit anerkennt. Und weil diese Arbeit interdisziplinär erfolgt, kommt der Verdienst uns allen zu. Die Bedeutung dieser Anerkennung liegt darin, dass sie uns in der Richtigkeit unserer Arbeitsweise, in unseren Werten – wie der Achtung und der Würde der verurteilten Personen –, aber auch in der erforderlichen Konsequenz zur Bewältigung dieser komplexen Situationen bestärkt. Diese Anerkennung ermutigt uns, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen.

Wie wird der Vollzugsplan erstellt?

Er wird interdisziplinär erstellt, um ein Gesamtbild der verurteilten Person zu erhalten. Diese Methode ermöglicht es dann, Ziele zu setzen, die mehrere Lebensbereiche dieser Person betreffen, was wir als «kriminogene Bedürfnisse» bezeichnen. Anschliessend müssen ihr unterschiedliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, um diese Ziele zu erreichen. Der Plan muss konkret und realistisch genug sein, damit die betroffene Person Fortschritte machen kann.

Wie lange dauert die Erstellung eines Vollzugsplans?

Die Erstellung eines solchen Plans wird nicht dem Zufall überlassen. Der Beurteilungs- und Beobachtungszeitraum erstreckt sich bei Personen, die zu einer Verwahrung verurteilt wurden, über 18 bis 24 Monate, manchmal auch weniger. Nach diesem Zeitraum wird der Vollzugsplan üblicherweise erstellt. Die Phase der Datenerhebung, Beobachtung, Beurteilung und Begleitung beginnt so früh wie möglich, d. h. beim Eintritt der Person in der Einrichtung, wo die Sanktion vollzogen wird. Dabei wird berücksichtigt, was bereits während der Untersuchungshaft unternommen wurde. Wenn es sinnvoll ist, werden natürlich bereits in dieser ersten Beobachtungsphase konkrete Schritte unternommen.

Sie haben erwähnt, dass die Arbeit interdisziplinär erfolgt ...

Im Anschluss an diese erste Überprüfungsphase findet ein interdisziplinäres Treffen statt, das gewöhnlich als «Netzwerk» bezeichnet wird. In den Waadtländer Einrichtungen müssen alle Beteiligten anwesend sein und sich einbringen, z. B. der Oberaufseher, die Psychologin oder der Psychiater, die Sozialarbeiterin, der Werkmeister und ein Vertreter des Amtes für Strafvollzug. Die für die kriminologische Beurteilung zuständige Person ist ebenfalls anwesend. Ihre Aufgabe besteht darin, die allgemeinen und spezifischen Risiken zu bewerten und die Schwerpunkte der psychosozialen Arbeit festzulegen. Dies ist jener Moment, in dem

jede beteiligte Person die anderen über ihre Beobachtungen informiert. Es handelt sich auch darum, die Wünsche der verwahrten Person im Hinblick auf das Netzwerk und damit auf die Projekte, die ihr besonders am Herzen liegen, einzugehen.

Anlässlich der «Rückgabe des Plans» trifft die betroffene Person alle Beteiligten. Worum geht es dabei?

Nach der Festlegung der Arbeitsziele und der Planung treffen sich die am Netzwerk beteiligten Personen und das Amt für Strafvollzug mit der Person im Sanktionenvollzug, um ihr den Vollzugsplan zurückzugeben. Dabei werden die Ergebnisse der Diskussionen sowie die Gründe für die Planung eines bestimmten Aspekts erläutert. Auch die Ziele, Arbeitsschwerpunkte und die Stufen des Zeitplans werden dargelegt. Die Absicht besteht darin, die Zustimmung der verurteilten Person zu erlangen, um die Erfolgsaussichten des Plans zu erhöhen. Die verurteilte Person soll dazu angeregt werden, entsprechend ihren Fähigkeiten Verantwortung zu übernehmen. Der Vollzugsplan wird dann vom Amt für Strafvollzug fertiggestellt und genehmigt. Bei Personen, die zu einer Verwahrung verurteilt wurden, wird der Vollzugsplan schliesslich sehr häufig der interdisziplinären Beratungskommission für gefährliche Straftäter des Kantons Waadt (Commission interdisciplinaire consultative pour délinquants dangereux du canton de Vaud) vorgelegt, damit das Amt vor seiner Entscheidungsfindung von deren Erkenntnissen profitieren kann.

«Für jede Person im Freiheitsentzug muss man auf eine mögliche Entwicklung hoffen.»

«Der Plan muss konkret und realistisch genug sein, damit die betroffene Person Fortschritte machen kann.»



Eine systematische und regelmässige Überprüfung und Anpassung der Vollzugspläne stellte die NKVF nur bei den Établissements de la Plaine de l'Orbe (Bild) und der JVA Pöschwies fest. Foto: Peter Schulthess, 2019

«Auch wenn im Freiheitsentzug die Bewegungsfreiheit eingeschränkt ist, bleibt dennoch ein Stück Freiheit auf psychischer Ebene, die jede verurteilte Person entsprechend ihren Wünschen anstreben wird.» Sie hat Zugang zu Therapien sowie zu sportlichen, intellektuellen, kulturellen oder anderen Freizeitaktivitäten.
Foto: Peter Schulthess, 2019

«Jede Bilanz kann als eine Momentaufnahme betrachtet werden, die den Weg zu den Zielen des Vollzugsplans veranschaulicht.»

«Unsere Praxis besteht nicht darin, altersabhängig zu denken, sondern bedürfnisorientiert.»



Die NKVF hat eine systematische und regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Vollzugspläne nur in den EPO und der JVA Pöschwies festgelegt. Der Kanton Waadt wird erneut als Beispiel genannt. Was ist das Geheimnis hinter dieser Systematik?

Das Geheimnis liegt gerade in der Systematik. Alle 18 bis 24 Monate wird ein neues Netzwerk geplant. Daraus ergibt sich ein neuer Vollzugsplan, der als «Phasenbilanz» bezeichnet wird. Jede Bilanz kann als eine Momentaufnahme betrachtet werden, die den Weg zu den Zielen des Vollzugsplans veranschaulicht. Erst wenn man sie nebeneinanderstellt, kann man den tatsächlich zurückgelegten Weg erkennen.

Welchen Zweck verfolgt der Vollzugsplan bei der Verwahrung?

Das Hauptziel ist die Risikominderung. Falls die verwahrte Person in die Freiheit entlassen wird, müssen ihr Mittel zur Verfügung gestellt werden, um das Risiko für die Gesellschaft zu verringern.

Bedeutet «Risikominderung», dass die «Gefährlichkeit» der verurteilten Person «verringert» wird?
Wir verwenden den Begriff «Gefährlichkeit» nur selten.

Weshalb?

Weil die Vorstellung, die mit diesem Begriff verbunden ist, zu starr ist. Da sich unsere Arbeit in eine dynamische Logik einfügt, ziehen wir es vor,

von «Risikomanagement» zu sprechen. Wir gehen nämlich davon aus, dass sich das Risiko je nach Fortschritt der verurteilten Person in therapeutischer, sozialer oder beruflicher Hinsicht oder auch situationsbedingt anpassen kann. Unsere Entscheidungen folgen der Logik des Risikomanagements.

Der Täter einer schweren Straftat kann zu einer Freiheitsstrafe und zu einer Verwahrung verurteilt werden. In beiden Fällen muss ein Vollzugsplan erstellt werden. Gibt es zwei verschiedene Pläne für die ein und dieselbe verurteilte Person, nämlich zuerst einen für die Strafe und dann einen für die Massnahme?

Nein. Die Vollzugspläne unterscheiden sich im Kanton Waadt weder in ihrer Zielsetzung noch in ihrer Form. Bei beiden Sanktionsarten basieren die Ziele auf dem Risikomanagement in einer Entwicklungslogik hin zu prosozialen Orientierungen, d. h. die in Richtung dessen gehen, was von der Gesellschaft akzeptiert wird. Die Praxis verlangt also, die beiden Vollzugsphasen nicht voneinander zu trennen. Um den Sinn des mit der inhaftierten Person erstellten Plans zu wahren, muss dieser Plan auf Kontinuität ausgelegt sein.

Was könnten nach einer langen Haftdauer von beispielsweise über 30 Jahren die Beweggründe der verwahrten Person sein, um in einem Lebensprojekt voranzukommen?

Auch wenn im Freiheitsentzug die Bewegungsfreiheit eingeschränkt ist, bleibt dennoch ein Stück

Freiheit auf psychischer Ebene, die jede verurteilte Person entsprechend ihren Wünschen oder ihren Gefühlen aufgrund der Inhaftierung anstreben wird. In der Einrichtung kann sie Zugang zu Therapien sowie zu sportlichen, intellektuellen, kulturellen oder anderen Freizeitaktivitäten haben. Sie kann u. a. lernen, sich zu strukturieren, mit ihren Aggressionen umzugehen, sich von einer Sucht zu befreien, kurz gesagt, aus den Mechanismen auszubrechen, die sie so weit getrieben haben, dass sie sich vor Gericht wiedergefunden hat. Diese Person kann selbst im Verwahrungsvollzug Lebensprojekte verfolgen. Für jede Person muss die Hoffnung bestehen bleiben, dass eine Entwicklung möglich ist, auch wenn diese Hoffnung oft sehr langfristig ist. Trotzdem weisen einige Personen nach vielen Jahren immer noch ein als hoch eingeschätztes Rückfallrisiko auf, was die Behörden dazu veranlasst, keine Vollzugslockerung in Betracht zu ziehen und ein geschlossenes Haftsetting beizubehalten.

Die NKVF erinnert daran, dass die Verwahrung eine Massnahme ist und keinen Strafzweck verfolgt. Was kann ein Vollzugsplan vorsehen, damit sich eine verwahrte Person nicht bestraft fühlt?

Die Rechtsnatur der Verwahrung weist in der Tat absolut betrachtet keinen Strafcharakter auf. Aber der ihr innewohnende Freiheitsentzug wird von den verwahrten Personen de facto als Strafe wahrgenommen. Dieser Strafaspekt der Realität hinter Gittern kann jedoch durch den Vollzugsplan sowie durch die tägliche Begleitung gemindert werden. Jede Berufsgruppe versucht, die Interessen, Wünsche und Bedürfnisse der verwahrten Person zu ermitteln.

Da die Verwahrung generell lange oder sogar sehr lange dauert, gibt es auch einige ältere verwahrte Personen. Wird der Vollzugsplan entsprechend angepasst?

Das Amt für Strafvollzug berücksichtigt die Entwicklung der verurteilten Personen im Rahmen der Neubeurteilungen des Vollzugsplans, und zwar im Rahmen der Phasenbilanzen. Allerdings denken wir in unserer Praxis nicht altersabhängig, sondern bedürfnisorientiert. Wenn eine Person im Freiheitsentzug – ob verwahrt oder nicht – eine besondere Verletzlichkeit aufweist, kann sie in einer Sondereinheit der EPO untergebracht werden und individuell betreut werden. Falls sie gesundheitliche Probleme hat, wird sie medizinisch versorgt und ihr Alltag – teilweise aufgrund eines Arztzeugnisses – entsprechend angepasst werden.

Einige verwahrte Personen gelangen an den Punkt, an dem sie die Einrichtung als ihr Zuhause betrach-

ten. Verliert der auf Wiedereingliederung ausgerichtete Vollzugsplan damit nicht seinen Sinn?

Wir gehen nie davon aus, dass sich eine Person, die zu einer freiheitsentziehenden Sanktion verurteilt wurde, nicht ändern kann. Das ist unter anderem der Grund, warum wir in regelmässigen Abständen Phasenbilanzen vornehmen. Im Laufe der Zeit und mit zunehmendem Alter ändern sich sicherlich die Ziele, die den jeweiligen Situationen angepasst werden. Wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, kann eine Person, die sich im Strafvollzug vor der Verwahrung befindet, bei einer günstigen Entwicklung bedingt entlassen werden. Dies ist im Kanton Waadt jedoch noch nie vorgekommen. Unsere Praxis zielt vor allem darauf ab, eine Person im Verwahrungsvollzug zu einem hinreichenden Entwicklungsprozess und einer Verringerung des von ihr ausgehenden Risikos zu führen, um eine Änderung der Sanktionen in Betracht ziehen und eine stationäre therapeutische Massnahme anordnen zu können. Dieser komplexe Prozess erfordert vor allem eine positive Entwicklung, die über einen längeren Zeitraum andauern und durch die Beobachtungen der Akteure vor Ort bescheinigt werden muss. Anschliessend kann die zuständige Gerichtsbehörde die Sanktion ändern, sofern die kriminologischen und gutachterlichen Beurteilungen dies zulassen. Um den Beginn eines Behandlungsprozesses zu fördern, können wir auch die Unterbringung von verurteilten Personen in der geschlossenen Einrichtung Curabilis ins Auge fassen, die auf die medizinische und therapeutische Betreuung im Rahmen von Massnahmen spezialisiert ist.

In ihrem Bericht betont die NKVF, dass die Aussichten auf eine Entlassung einer verwahrten Person gering seien. Wie ist es unter diesen Voraussetzungen möglich, die verwahrte Person zur Mitarbeit an der Erstellung eines Vollzugsplans zu motivieren?

Wenn auf Seiten der verurteilten Person die von ihr erwarteten Anstrengungen grossmehrheitlich ausbleiben, sind ihre Entwicklungschancen gleich null. Denn um das Risiko einschätzen zu können, benötigen wir Informationen ihrerseits. Dann müssen wir versuchen, eine Beziehung zu ihr aufzubauen – aus Respekt vor ihrer Würde und weil man mit der Zeit selten einer Person begegnet, die systematisch alles rigoros ablehnt. Wir müssen immer wieder versuchen, die Lücke zu finden, die den Zugang zu einem authentischeren Teil der Person ermöglicht, mit dem die Arbeit beginnen kann. Wir müssen daran glauben, dass die Hoffnung auf Veränderung immer besteht.

Die Fragen stellte Patricia Meylan.

«Diese Person kann selbst im Verwahrungsvollzug Lebensprojekte verfolgen.»

«Wir müssen immer wieder versuchen, die Lücke zu finden, die den Zugang zu einem authentischeren Teil der Person ermöglicht, mit dem die Arbeit beginnen kann.»

Individualität und Autonomie erleben

Was im Alltag von Verwahrten bedeutungsvoll ist



Irene Marti ist Ethnologin und Mitglied der Forschungsgruppe «Prison Research Group» am Institut für Strafrecht und Kriminologie an der Universität Bern.

Das Erleben von Individualität und Autonomie sowie das Wahrgenommen-Werden als Mensch wirken sich positiv auf die Lebensqualität von verwahrten Gefangenen aus. Auch unerwartete Begegnungen sowie die Atmosphäre der Räume und vielfältige Sinneseindrücke können ihr Wohlbefinden verbessern.

Irene Marti

Dieser Beitrag beleuchtet einige alltagsbezogene Aspekte, die für die Lebensqualität von verwahrten Gefangenen, die wahrscheinlich bis an ihr Lebensende im Vollzug bleiben, bedeutsam sind. Er stützt sich auf Daten, die mittels ethnografischer Forschungsmethoden (teilnehmende Beobachtung, verschiedene Formen von Interviews, Dokumentenanalyse) im Rahmen eines vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) geförderten Forschungsprojekts zum Thema Verwahrung in den Justizvollzugsanstalten Lenzburg und Pöschwies erhoben wurden.

Das Leben in der Verwahrung ist neben der Perspektivlosigkeit aufgrund der unbestimmten Dauer der Inhaftierung vor allem durch Zwang, Fremdbestimmung und Monotonie geprägt. Dies hat auch Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der Inhaftierten. Insbesondere die jüngeren Verwahrten (sowohl in Bezug auf das Alter als auch auf die bis anhin verbüsste Haftzeit) äussern ihre Befürch-

tungen hinsichtlich eines geistigen Verfalls und die Angst, sich selbst «zu verlieren»:

«Viele Verwahrte hier drin, die sitzen einfach stur irgendwie in ihrer Zelle, kommen gar nicht mehr raus, haben sich total isoliert, kapseln sich ab, interessieren sich nicht mehr für Menschen, für Emotionen, [mögen] nicht mehr so Gespräche führen, so wie wir das jetzt machen. Viele Verwahrte sind eben so. Und ich weiss ja auch, dass ich verwahrt bin, und ich habe immer diese Angst, dass ich eben auch so werde.»

Zelle: ein gewisses Mass an Privatsphäre

Für die Betroffenen ist es wichtig, Nischen zu finden oder zu schaffen, wo sie Individualität und Selbstbestimmung, aber auch Vertrautheit und Zugehörigkeit erfahren. Solche Nischen können im Rahmen von zwischenmenschlichen Beziehungen entstehen, aber auch an bestimmte Orte gebunden sein. Für viele Verwahrte ist es wichtig, ihre Zelle, wo sie Ruhe finden und ein gewisses Mass an Privatsphäre erfahren, wohnlich einrichten zu können.

«Ich habe ein paar Wellensittiche, die ich von einem Kollegen geschenkt bekommen habe. [...] Und ich habe Pflanzen gekauft. [...] Und am Boden habe ich einen Teppich. Und an den Wänden habe ich ein paar Bilder aufgehängt [...]. Wenn ich in mein Zimmer komme, [weiss ich nicht], ob ich in meinem Haus bin oder in einem Gefängnis (lacht). Einen Unterschied gibt es im Moment nicht, weil [ich bin schon] seit 10 Jahren hier.»

Für andere wiederum ist es zentral, mit der persönlichen Einrichtung ihrer Zelle Distanz zum System zu markieren: Eine Zelle soll eine Zelle bleiben.

«Meine Zelle ist zweckmässig eingerichtet. [...] Ich habe kein Poster an der Wand, [...] es ist sauber, ich habe alles, was ich brauche. Aber es ist nicht eingerichtet wie eine Wohnung, nach meinem Geschmack oder so. Ich sage mir, das ist nicht meins, [...] das ist

In ihrer Zelle (Bild: JVA Pöschwies) finden Verwahrte Ruhe und erleben ein gewisses Mass an Privatsphäre.
Foto: Peter Schulthess, 2013



nicht mein Zuhause. Und ich möchte es schon gar nicht so einrichten, wie wenn ich da zuhause wäre.»

Insgesamt wünschen sich Verwahrte, dass ihr Status unter anderem durch die Bereitstellung von Zellen anerkannt wird, die «weniger gefängnis­mäs­sig» ausgestaltet sind (z. B. mit mobilem Mobiliar, grösseren Fenstern), und dass sie mehr Möglich­keiten erhalten, den zur Verfügung gestellten Raum persönlich und individuell einzurichten und zu nutzen. Dies würde es ihnen erlauben, sich weniger als Gefangene, sondern vielmehr als Menschen wahrzunehmen, die an diesem Ort ihr Leben verbringen.

«Das ist für mich persönlich keine Zelle für einen, der verwahrt ist bis zum Tod, das ist eine Untersuchungsgefängniszelle. [...] Alles [ist] festmontiert, alles an einer Betonwand. Man kann gar nichts mehr bewegen. Vorher konnte ich den Tisch quer in die Zelle stellen, oder vors Bett stellen. Und mich so dennoch ein wenig so einrichten, wie ich es wollte. Auch mit dem Fernseher. Jetzt bin ich gezwungen, den Fernseher im Rücken zu haben. Wenn ich ihn aber auf dem Tisch haben möchte, dann möchte ich ihn auf dem Tisch haben. Das sind Sachen, die mich einfach aufregen. Als Verwahrter. Wenn ich nur drei, vier Jahre hätte, als Strafe, dann würde ich sagen: ja ok. Aber als Verwahrter sehe ich nicht ein, wieso ich so leben muss.»

Arbeitsplatz: Potenzial an Autonomie

Individualität und Autonomie können Gefangene potenziell auch am Arbeitsplatz erfahren. Je nach Arbeitsplatz sind Gefangene entweder physisch an eine Werkstatt gebunden oder können sich freier (d. h. unabhängiger und weniger direkt überwacht) im gesamten Gebäude oder sogar auf dem Anstalts­gelände bewegen. Insbesondere Gefangene, die in den Bereichen Reinigung und Unterhalt arbeiten, sind nicht nur körperlich, sondern auch mental mobil, da ihnen in der Regel mehr Autonomie und Bewegungsfreiheit gewährt wird. Im Rahmen solcher «Vertrauensjobs» erfüllen sie ihre Aufgaben im gesamten Gefängnisgebäude, arbeiten weitgehend allein und selbstständig und können den Rhythmus ihres Arbeitstages freier bestimmen.

«Seit zehn Monaten bin ich Hausarbeiter [...]. Ich bin mein eigener Chef, niemand befiehlt, niemand gibt mir das Tempo vor, ich mache alles, ich organisiere mich selber. Ich mache das, dann das, dann das, dann mache ich Pause, dann das, dann wieder Pause, dann das, und so kriege ich die Zeit hin [...] Die Arbeit tut mir gut irgendwie, ich bewege mich die ganze Zeit.»

Ebenso zentral sind die Berücksichtigung und Wertschätzung der individuellen Fähigkeiten und Kompetenzen der Gefangenen, zum Beispiel vonseiten eines Werkmeisters.

«Ich webe, Teppiche mache ich, ja, und ich werde geschätzt, weil ich sehr viele Arbeitsabläufe auch



in anderen Abteilungen kenne, intern, und sie dann fragen kommen: Sie haben das schon mal gemacht, wissen sie, wie das abläuft, wie das geht. [...] [Davor war ich] der Mann für alle Fälle. Ich machte alles, ich arbeitete mit Holz, ich arbeitete mit Glas, [...] mit Papier, Etiketten, Kärtchen, dann mit dem Schweissbrenner, Dosen machte ich, Windlichter, dann lötete ich [...] und dann brauchte [ein Werkmeister] einen Teppichnachfolger. Einer, der vertrauenswürdig ist, wo man sagen kann: doch, der kann das, der könnte das. Und dann kamen sie auf mich zu. [...] Und das gefällt mir.»

Vielfältige Sinneseindrücke

Der von Routine und Monotonie geprägte Vollzugsalltag wirkt sich auch auf das Zeiterleben der Verwahrten aus: «Immer das Gleiche zu erleben im gleichen Tempo macht müde und zermürbt mich langsam». Von Zeit zu Zeit erleben Gefangene jedoch auch Aussergewöhnliches. Etwa von der Institution organisierte Veranstaltungen (z. B. Weihnachtsfeiern, gemeinsames Grillieren) oder spontane, ungewöhnliche Situationen (z. B. Begegnung mit Tieren). Solche Momente sind im Leben der Verwahrten von entscheidender Bedeutung, da sie den strikten institutionell vorgegebenen Rhythmus vorübergehend unterbrechen und ihr Leben intensivieren.

[Wir mussten das Gerüste aufbauen], dann war Znünpause, ich war oben [auf dem Dach] am Vorberreiten, am Abkleben, [...] Und als ich da auf dem Giebel oben sass, sah ich die Schafherde. Das tönt eigentlich nicht speziell, aber wenn Sie sich vorstellen: ich habe seit [mehreren] Jahren kein Schaf gesehen, total komisch. Und ich sass da oben und genoss es einfach,

Am Arbeitsplatz (Bild: JVA Pöschwies) können Gefangene nicht nur Individualität und Autonomie, sondern auch Wertschätzung erfahren.
Foto: Peter Schulthess, 2016

«Individualität und Autonomie können Gefangene potenziell auch am Arbeitsplatz erfahren.»

«Obwohl Besuche den Verwahrten im Allgemeinen helfen, die Hoffnung nicht zu verlieren, können sie auch zu einer Belastung werden.»

«Momente der Normalität entstehen primär im Rahmen zwischenmenschlicher Begegnungen.»

[...] dass ich diese Schafe sah. [...] Ich sass eine halbe Stunde dort oben, rauchte eine Zigarette nach der anderen und schaute diesen Schafen zu. Völlig doof. [...] Aber für mich war das, es war speziell, ganz etwas Anderes. Und solche Momente, spezielle, schöne, ulkige, lässige, lustige, coole Momente sucht man hier drin genauso wie draussen auch. Weil was Anderes ist das Leben als die Suche nach solchen Momenten?

Auch die Lage der Zellen sowie die Grösse und Ausrichtung der Fenster sind bedeutsam. Eine Zelle im zweiten Stock ermöglicht es Gefangenen beispielsweise, über die Anstaltsmauer zu schauen und einen Blick auf die «freie Welt» zu erhaschen. Obwohl manche Gefangene diese Eindrücke als schmerzhaft erleben, da sie dadurch umso deutlicher an ihren Ausschluss aus der Gesellschaft erinnert werden, beschreiben die meisten visuelle und auch akustische Verbindungen zur Aussenwelt als wesentlich für ihr Wohlbefinden.

«Wichtig ist für mich einfach die Aussicht. Ich sehe doch noch ein bisschen Grün, den Wald, im Winter sieht man noch ein wenig mehr, sieht man noch die Strasse, die Autos, man sieht ein wenig das Leben von draussen. Das ist mir schon sehr, sehr wichtig. Dass man nicht komplett abgegrenzt ist. Dass man doch noch den Horizont sehen kann, das ist mir wichtig. [...] Darum ist es mir wichtig, dass [sich meine Zelle] oben [befindet] und nicht unten. [...] Ich stehe oft am Fenster, schaue in den Wald hinaus und geniesse es einfach. Es beruhigt mich auch.»

Momente der Normalität

Das Erleben von «Normalität» ist ein weiteres bedeutsames Element im Alltag von Verwahrten. Momente der Normalität entstehen primär im Rahmen zwischenmenschlicher Begegnungen, und zwar dann, wenn die von der Institution zugeschriebenen (oftmals antagonistischen) Rollen und Positionen in den Hintergrund treten und stattdessen Begegnungen «von Mensch zu Mensch» stattfinden. Solche Momente können sich während der offiziellen Freizeit ergeben. So können Gefangene beim Sport sowohl mit Mitgefangenen als auch mit Lehrpersonen (oftmals Vollzugsangestellte) als gleichberechtigte Partner bzw. Gegner interagieren. Kollektive Sportaktivitäten können somit die institutionell festgelegte Grenze und Hierarchie zwischen den beiden Gruppen temporär verwischen und Begegnungen zwischen Menschen ermöglichen. Oder in den Worten eines Werkmeisters:

«Klar, [die Gefangenen] wissen, dass ich trotzdem der Chef bin, aber ich sage immer: Sobald ich das Turnzeug trage, möchte ich nicht, dass ich für euch der Chef bin. Ich bin euer Gegner, oder euer Sportlehrer. [...] Du merkst, sie sind ganz anders, sie sind dann dadurch auch lockerer. Ja, sie müssen nicht irgend-

eine Rolle spielen, sie dürfen eben auch mal ein bisschen fluchen, Emotionen auch zeigen [...] und auch mal ein wenig Dampf ablassen [...] mal einfach nur der Sportler sein dürfen und nicht der Gefangene.»

Normalität lässt sich auch bei der Arbeit erleben. Denn zum einen werden die Arbeitsplätze von den Gefangenen zumeist als Räume wahrgenommen, die weniger stark vom Gefängnischarakter geprägt sind und oftmals an Arbeitsplätze in der Aussenwelt erinnern. Dies hängt sowohl mit der Ausstattung dieser Räume zusammen als auch mit den sozialen Interaktionen, die dort unter «Arbeitern» stattfinden. Zum anderen müssen Gefangene oft Aufträge von externen Kunden erledigen, was sie direkt mit der Aussenwelt verbindet und es ihnen ermöglicht, für die Gesellschaft «von Nutzen» zu sein.

«[Die Arbeit in der] Garage war wirklich schön. [...] Die Garage ist einer von diesen Orten da in der Anstalt, wo man sich am wenigsten in einer Kiste fühlt [...] Das Ding ist immer offen [...] natürlich ist sie hinter einer Mauer und alles, ist klar, aber Autos kommen von draussen und man macht den Service und alle anderen Dinge für die Autos, und, ja, man hat sehr viel Normalität dort.»

Beziehungen zur Aussenwelt ...

Obwohl Besuche den Verwahrten im Allgemeinen helfen, die Hoffnung nicht zu verlieren, können sie auch zu einer Belastung werden, denn durch den Kontakt mit Personen aus der Aussenwelt werden sie ständig an die unbestimmte Dauer der Gefangenschaft erinnert und somit auch an das, was sie verloren haben und womöglich auch nie (wieder) erleben werden. Deshalb brechen einige Verwahrte all ihre sozialen Kontakte zur Aussenwelt ab. Häufiger jedoch wird die Beziehung von den Angehörigen ausserhalb der Gefängnismauern beendet.

Inwiefern die Aufrechterhaltung des Kontakts zur Aussenwelt gelingt, hängt auch von den Kommunikationsmöglichkeiten (z. B. Telefonzeiten, Anzahl Gesprächsminuten) sowie den Besuchsmodalitäten und der Atmosphäre des Besucherraums ab. Während Gefängnisbesuche in der Regel in einem anstaltsinternen Raum stattfinden, wo sich Gefangene und ihre Gäste an einem Tisch sitzend begegnen, haben bestimmte Gefangene in der JVA Lenzburg beispielsweise auch Zugang zu einem Besuchsareal unter freiem Himmel, wo sie sich autonomer bewegen können, ähnlich wie in einem öffentlichen Park. Sie werden in diesem Bereich auch weniger direkt vom Personal beaufsichtigt als im Besucherraum. Viele der Gefangenen, die Zugang zu diesem Aussenhof haben, bezeichnen ihn als ihren «Lieblingsort», als «schönsten Ort» im Gefängnis.

«Die von draussen, die sagen immer: macht doch nichts, wenn man nicht raus kann. Ich finde, es macht

eben schon einen Unterschied, ob man zwei Stunden lang am Tisch sitzt, oder ob man draussen ein paar Runden dreht. [...] Das andere ist so statisch, so genormt. Drinnen hat es ja dann noch die Trennwände, also man ist dann wirklich in diesem Kästchen drin und weiss, jetzt werde ich zwei Stunden hier sitzen. Klar, es ist auch gut, wenn ich dort jemanden treffen kann, das ist natürlich schon so. [Aber draussen] ist es einfach viel, viel offener.»

... und Kontakte im Innern

Da die Beziehungen zur Aussenwelt in den meisten Fällen mit der Zeit verloren gehen, gewinnen die sozialen Kontakte innerhalb der Anstalt an Bedeutung. Zum einen betrifft dies die Mitgefangenen. Verwahrte Gefangene sehen sich jedoch häufig vor ein Dilemma gestellt: Jüngere Gefangene, die eine endliche Strafe verbüssen, bieten zwar eine Abwechslung und Zugang zu Informationen von ausserhalb, doch werden diese früher oder später wieder entlassen, was für jene, die drinnen bleiben müssen, häufig eine schmerzhaft Erfahrung ist. Zudem verfolgen sie oft auch andere Interessen als die älteren, langjährigen Gefangenen und beteiligen sich häufiger an illegalen Aktivitäten wie Drogenhandel oder Internetzugang. Damit gefährden sie bestimmte, für alle geltende Privilegien, wie z. B. den Besitz eines Computers in der Zelle.

Verwahrte ziehen es deshalb häufig vor, Kontakt zu Gefangenen «in der gleichen Situation» zu unterhalten. Dies betrifft Gefangene, die eine ähnliche Straftat begangen haben und/oder sich ebenfalls im Vollzug einer unbefristeten Massnahme befinden. Doch der repetitive, ereignisarme Gefängnisalltag erschwert auch diesen Kontakt: «Manchmal sitzen wir [er und ein Mitgefangener] schweigend zusammen, weil es keine Themen gibt, über die wir reden könnten, alles ist gesagt, diskutiert worden, aus unserer Vergangenheit... unsere Jugend, Sport, Urlaub, Familie.»

Aus diesen Gründen zählen für einige verwahrte Gefangene die Angestellten zu den wichtigsten, oftmals einzigen noch verbliebenen Bezugspersonen. Obschon dadurch die institutionell verankerte Balance zwischen Nähe und Distanz aus dem Gleichgewicht gebracht wird und bei Mitarbeitenden Rollenkonflikte entstehen können, sind einige bereit, auch ohne expliziten Auftrag den besonderen Status dieser Gefangenen zu berücksichtigen und – im Rahmen ihres Ermessensspielraums – Verwahrte bei der Suche nach Perspektiven innerhalb der Gefängnismauern zu unterstützen.

Organisation von Zeit und Raum

Für die Lebensqualität von verwahrten Gefangenen, die womöglich bis an ihr Lebensende von der Ge-



sellschaft ausgeschlossen werden, sind das Erleben von Individualität und Autonomie sowie das Wahrgenommen-Werden als Mensch besonders wichtig. Wenn das Gefängnis zwangsläufig zum Lebensmittelpunkt wird, gewinnt zudem die anstaltsinterne Organisation von Zeit und Raum an Bedeutung. Zum einen kann die Unterbrechung der vorgegebenen Rhythmen und Routinen – beispielsweise durch unerwartete Begegnungen – das Zeiterleben der Gefangene positiv beeinflussen. Zum anderen sind die Ausgestaltung sowie die atmosphärische Wirkung der Räumlichkeiten bedeutsam. So können beispielsweise mobiles (statt wie üblich festmontiertes) und somit frei platzierbares Zellenmobiliar oder die Möglichkeit, durch das Zellenfenster Sinneseindrücke von der Aussenwelt zu gewinnen, bereits einen bedeutenden Unterschied machen in Bezug auf ihr Wohlbefinden und ihr Erleben der zeitlich unbefristeten Inhaftierung.

Das Besuchsareal der JVA Lenzburg bezeichnen viele Gefangene als ihren «Lieblingsort», als «schönsten Ort» im Gefängnis.

Foto: Peter Schulthess, 2019

«Wenn das Gefängnis zwangsläufig zum Lebensmittelpunkt wird, gewinnt die anstaltsinterne Organisation von Zeit und Raum an Bedeutung.»

Literaturhinweis

Irene Marti: *Doing Indefinite Time: An Ethnography of Long-Term Imprisonment in Switzerland*. Basingstoke, Palgrave Macmillan, 2023.

Open Access DOI: [10.1007/978-3-031-12590-4](https://doi.org/10.1007/978-3-031-12590-4)

Fünf Fragen an Regine Schneeberger

«Klarheit in der Kommunikation scheint mir im Zwangskontext einer JVA sehr wichtig»

Regine Schneeberger Georgescu ist seit dem 1. Oktober 2022 Direktorin der Justizvollzugsanstalt Thorberg. Nach einem Lizentiat in Sozialarbeit, Pädagogik und Psychologie und einem MAS in Forensischen Wissenschaften war sie namentlich im Amt für Justizvollzug des Kantons Bern, im Schweizerischen Kompetenzzentrum für den Justizvollzug (SKJV) und zuletzt als stellvertretende Thorberg-Direktorin tätig. 2023 hat sie ein MBA in Change Management und Leadership an der Fachhochschule Burgenland erworben.



#prison-info: Sie haben bereits als stellvertretende Direktorin an der Entwicklung des Konzepts «Justizvollzug nach Mass» mitgearbeitet. Was konnte auf dem Thorberg bisher umgesetzt werden?

Regine Schneeberger: «Vollzug nach Mass» steht für einen individualisierenden Vollzug, bei dem die geltenden Standards und fachlichen Konzepte, die für den geschlossenen Strafvollzug heute massgeblich sind, auch auf dem Thorberg eingeführt werden. Fortschritte gibt es bezüglich einer neuen Kultur im Umgang mit den Eingewiesenen. Die Mitarbeitenden kümmern sich heute intensiver als früher um deren Anliegen und Sorgen und regeln viel direkt vor Ort.

Welche weiteren Veränderungen sind bis zum Abschluss der Neuausrichtung geplant?

Der «Vollzug nach Mass» beinhaltet auch verschiedene bauliche Anpassungen. Damit haben wir im März 2023 begonnen. Vorgeesehen sind Freizeitküchen für die Eingewiesenen und Betreuerbüros auf den Etagen, Bildungsräume, eine Mediathek, ein JVA-interner Laden, ein attraktiver Besuchsbereich, neue Arbeitsateliers, aber auch eine Personalkantine im bisher unterbelegten Schloss. Parallel dazu schreitet die Entwicklung in verschiedenen Teilprojekten voran.

Sie führen oft Einzelgespräche mit den Gefangenen und essen zweiwöchentlich mit den Neueingetretenen zu Mittag. Wie erleben Sie diese Begegnungen?

Beim gemeinsamen Mittagessen in der Eintrittsabteilung ergibt sich ein erster infor-

meller Kontakt. Wie in solchen Situationen auch ausserhalb des Gefängnisses üblich, machen wir «Smalltalk»: Wir versuchen, eine gemeinsame Sprache zu finden, sprechen über die jeweiligen Herkunftsländer, die Untersuchungsgefängnisse, aus denen die Eingewiesenen zu uns gekommen sind, das Essen etc. Ich platziere jeweils auch meine Botschaft: «Hier drinnen sprechen wir zusammen, suchen Lösungen. Die Mitarbeitenden können Ihnen bei fast allen Fragen helfen. An mich wenden Sie sich bitte nur dann, wenn es nicht mehr anders geht.»

Auch im Alltag führe ich viele informelle Gespräche, an Arbeitsplätzen und auf den Etagen. Natürlich gibt es auch geplante Gesprächstermine, etwa bei schwierigen Vollzugssituationen, mit Behörden und Anwälten oder bei einem rechtlichen Gehör, etwa in einer Disziplinarsache. In der Regel verlaufen die Gespräche auch von Seiten der Eingewiesenen respektvoll, ruhig und freundlich. Ab und zu müssen wir selbstverständlich auch dezidiert werden und Entscheide fällen, die den Gefangenen nicht passen. Klarheit in der Kommunikation scheint mir im Zwangskontext einer JVA sehr wichtig, für alle Mitarbeitenden, nicht nur für mich.

Wie nehmen Sie aufgrund Ihrer regelmässigen Kontakte mit den Mitarbeitenden und Gefangenen die Stimmung auf dem Thorberg wahr?

Der «Vollzug nach Mass» kann nicht befohlen werden, er muss zusammen mit den Mitarbeitenden entwickelt werden, die sich in den Projekten aktiv einbringen. Wichtig

ist auch, dass wir eine offene Gesprächs- und Fehlerkultur pflegen. Mir scheint die Stimmung unter den Mitarbeitenden heute besser als vor drei Jahren, als ich auf den Thorberg gekommen bin. Bei den Eingewiesenen handelt es sich um eine Zwangsklientel. Unzufriedenheit mit ihrem Aufenthalt liegt deshalb in der Natur der Sache. Viele anerkennen jedoch, dass wir uns bemühen, die Situation in der JVA zu verbessern und sind dankbar dafür. Dass manche wiederum der Meinung sind, es gehe zu langsam, dafür habe ich Verständnis.

Die meisten Gefangenen werden nach Verbüssung ihrer Freiheitsstrafe ausgeschafft. Wie gehen die Betroffenen mit dieser Belastung um und welchen Beitrag zur Resozialisierung können Sie leisten?

Die meisten haben ja keinen tieferen Bezug zur Schweiz und sind froh, nach der Strafverbüssung zu ihren Familien zurückkehren zu können. Oftmals herrscht aber in ihrem Heimatland hohe Arbeitslosigkeit und sie werden sich irgendwie durchschlagen müssen, was ihnen Sorgen bereitet. Andere sind hier aufgewachsen, haben gar keinen Bezug zur Heimat und werden trotzdem ausgeschafft. Für sie ist dies mit riesigen Sorgen verbunden bezüglich der eigenen Zukunft. Ausser Gesprächen mit der jeweiligen Bezugsperson, weiteren Fachkräften sowie den Rückkehrhilfeprogrammen können wir in solchen Fällen leider nicht viel bieten.

Ein nationales Netzwerk für die Angehörigenarbeit schaffen

Schlussbericht über die Situation von Kindern mit einem inhaftierten Elternteil

Im kommenden Herbst wird mit einem interdisziplinären Austausch der Anstoss gegeben, um ein nationales Netzwerk für die Arbeit mit den Angehörigen von inhaftierten Personen zu schaffen. Damit wird die Umsetzung einer zentralen Empfehlung des Schlussberichts «Die Situation von Kindern mit einem inhaftierten Elternteil» in die Wege geleitet.

Das Bundesamt für Justiz (BJ) hatte Ende 2021 die Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) beauftragt, unter Beizug der Haute école de travail social et de la santé Lausanne (HETSL) die Situation von Kindern mit einem inhaftierten Elternteil zu untersuchen. Für die Begleitung der Studie setzte das BJ eine breit zusammengesetzte Gruppe ein, der namentlich Fachleute aus der Vollzugspraxis angehörten. Die ZHAW reichte im Herbst 2022 ihren Schlussbericht beim BJ ein, der insbesondere auf 79 Interviews mit betroffenen Kindern und Eltern sowie mit Fachleuten aus der Wissenschaft und Praxis basiert und zehn Empfehlungen enthält.

Das BJ erarbeitete darauf einen zusammenfassenden und mit Inputs für die Umsetzung der Empfehlungen ergänzten Bericht, der von dem Bundesamt für Statistik, dem Schweizerischen Kompetenzzentrum für den Justizvollzug (SKJV), der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD), der Konferenz der Kantonalen Leitenden Justizvollzug (KKLJV), den drei Strafvollzugskonkordaten, der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK) sowie der Konferenz zur Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) zustimmend zur Kenntnis genommen wurde.

Untergeordnete Rolle

In der Schweiz existieren weder Statistiken zu der Anzahl Kinder mit einem inhaftierten Elternteil noch Studien zu den Folgen, welche die Inhaftierung eines Elternteils für

die Kinder hat. Wie aus dem Schlussbericht weiter hervorgeht, spielen die Kinder in der Vollzugsplanung des inhaftierten Elternteils eine untergeordnete Rolle; sicherheitsspezifische Aspekte überwiegen. Die Kontaktmöglichkeiten sind je nach Justizvollzugsanstalt und Region sehr unterschiedlich geregelt. Die lateinische Schweiz verfügt dank privaten Organisationen über bedeutend bessere Hilfsangebote. Die Akteure sind zwar zunehmend für diese Thematik sensibilisiert und schaffen vermehrt neue Angebote. Doch es besteht weiterer Entwicklungsbedarf, insbesondere zum Beispiel die Förderung von kinderfreundlich ausgestalteten Besuchszimmern und anderen Räumen oder von kindergerechten Grundhaltungen im Justizvollzug. Neue Angebote müssen die unterschiedlichen individuellen Bedürfnisse der Kinder und Angehörigen berücksichtigen.

Gute Praktiken

Der Schlussbericht weist auf verschiedene gute Praktiken hin, namentlich auf die Tätigkeit der Stiftung Relais Enfants Parents Romand (REPR) und der Tessiner Anlaufstelle Pollicino. Beide Organisationen unterstützen die Angehörigen und den inhaftierten Elternteil durch Beratungsstellen, Besuchsbegleitungen oder die Förderung des Austausches. Solche Angebote bestehen in der Deutschschweiz erst ansatzweise. Einen ersten Schritt in diese Richtung hat der 2018 gegründete Verein Perspektive mit dem Aufbau einer Informationsplattform für Angehörige von Inhaftierten unternommen. Als weitere gute Praktiken erwähnt der Bericht die Schaffung bzw. Planung von kinderfreundlichen Zugängen und Räumlichkeiten in Justizvollzugsanstalten sowie die Entwicklung von Leitfäden für Besuche von Kindern.

Der Schlussbericht umfasst *zehn Empfehlungen*. Aus den Stellungnahmen der vom BJ angeschriebenen Akteure und den Rückmeldungen einzelner Kantone geht hervor,

dass diese Empfehlungen sowie die Inputs für deren Umsetzung mit Interesse aufgenommen worden sind und teilweise bereits den Anstoss zu verschiedenen Vorhaben ausgelöst haben.

Umfassende Sensibilisierung

Das Bewusstsein für mögliche Folgen einer Inhaftierung eines Elternteils für Kinder sollte gestärkt werden, und zwar bei allen betroffenen Institutionen (Polizei, Staatsanwaltschaften, Vollzugsbehörden und Vollzugsanstalten) sowie bei weiteren Organisationen ausserhalb des Justizwesens. Die gesamte Gesellschaft (einschliesslich Schulen) sollte sensibilisiert werden, um eine Stigmatisierung der betroffenen Kinder zu vermeiden.

Das Thema der Kinder mit einem inhaftierten Elternteil ist vielschichtig, denn es treffen verschiedene Interessen wie Kinderrechte, Kindeswohl, Resozialisierung und Sicherheit aufeinander. Das Thema bewegt viele Menschen und wird vermehrt von den Medien aufgenommen. In den Justizvollzugsanstalten ist die Förderung einer positiven Elternschaft zunehmend ein Anliegen.

Statistik und Forschung

Anhand gesamtschweizerischer Informationen zur Situation von Kindern mit einem inhaftierten Elternteil sollte diese Problematik dokumentiert und sichtbar gemacht werden. Zudem sollte die Anzahl betroffener Kinder durch die Befragung von inhaftierten Personen zu ihrer Familiensituation eingeschätzt werden.

Im Rahmen der Statistik zu Freiheitsentzug und Untersuchungshaft des Bundesamtes für Statistik wird 2024 eine erneute Erhebung zur Frage «Welche Einrichtungen erheben welche Informationen über die Kinder der bei ihnen inhaftierten Personen?» ins Auge gefasst. Dies wird zeigen, wie sich die Datenlage in den Justizvollzugsanstalten seit der erstmals 2020 durchgeführten Er-

hebung entwickelt hat. Bereits vorgesehen ist, die Anzahl Kinder pro Insassen bzw. Insassinnen zu erheben.

Die Forschung zu den Folgen einer Inhaftierung auf Kinder sollte intensiviert und differenziert untersucht werden (negative und positive Effekte, differenziert nach Geschlechtern usw.). Zudem sollten die Auswirkungen des Kontakts genauer untersucht und spezifische Angebote evaluiert werden.

Im Rahmen der Finanzierung von Modellversuchen im Straf- und Massnahmenvollzug unterstützt das BJ das fünfjährige Projekt «Ressourcenorientierte Betreuung und Sozialarbeit in der Untersuchungshaft» der Kantone Bern und Zürich. Ein besonderer Fokus des wissenschaftlich begleiteten und evaluierten Projekts liegt auf der Familienarbeit. Die Kantone prüfen ihrerseits, ob das SKJV eine Forschung in diesem Bereich durchführen kann.

Familiensituation und Kinderperspektive

Die Kinder sollten von Beginn an als Angehörige mitgedacht werden: bei Verhaftung durch die Polizei, im Prozess und bei Entscheidungen der Staatsanwaltschaft und des Gerichts und schliesslich während des Justizvollzugs. Es sollten entsprechende Vorgehenskonzepte entworfen und Kinderbeauftragte in den Justizvollzugsanstalten geschaffen werden.

Die KKLJV prüft, welche Leitfäden und Konzepte bei den verschiedenen Instanzen (Polizei, Staatsanwaltschaft, Vollzugsbehörden usw.) bereits bestehen und inwieweit diese weiterentwickelt, harmonisiert oder auf regionale Gegebenheiten angepasst werden können. Die SODK wird mit einer Umfrage bei den Leitenden der kantonalen Sozial- und Jugendämter abklären, ob und welche Leitfäden im Umgang mit Kindern von Inhaftierten bestehen. Ergänzend ist eine Umfrage der KOKES bei den Behörden des Kindes- und Erwachsenenschutzes (KESB) vorgesehen. Diese Erhebungen sollen die Verantwortlichen zusätzlich für die Schnittstellen und die Zusammenarbeit zwischen den Instanzen des

Kindesschutzes und jenen der Strafverfolgung bzw. des Justizvollzugs sensibilisieren.

Auch bei Neu- oder Umbauten von Justizvollzugsanstalten sollten Kinder konsequent mitgedacht werden.

Das BJ überarbeitet zurzeit das Handbuch für Bauten des Straf- und Massnahmenvollzugs und sieht insbesondere folgende neue Empfehlungen vor: Die Zugänge zum Besuchsbereich sowie die Besuchsräume sollten familien- und kinderfreundlich gestaltet werden. Wo Besuche im Aussenbereich möglich sind, sollte ein Spielplatz vorgesehen werden. Zudem sollten durch technische Mittel die Flexibilität und Häufigkeit der Kontakte nach aussen verbessert werden. In verschiedenen Justizvollzugsanstalten sind bereits Multimedia-Systeme in den Zellen installiert worden. Damit werden die Kontaktmöglichkeiten verbessert und Erleichterungen für Kinder, ihre Betreuungspersonen, die inhaftierten Eltern sowie das Vollzugspersonal erzielt.

Auf Gesuch der Kantone wird das BJ prüfen, inwieweit es solche baulichen Massnahmen finanziell unterstützen kann.

Kontakte, Regelungen und Ressourcen

Es sollten familienfreundliche Kontaktmöglichkeiten gefördert und ausgebaut werden (z. B. Familienzimmer, Eltern-Kind-Nachmittage, Zell- und Arbeitsplatzbesichtigung). Insbesondere sollten die Kontaktmöglichkeiten in der Untersuchungshaft verbessert werden.

Kontaktmöglichkeiten wie Besuche, (Video-)Telefonie oder Briefe sollten flexibel gewährt werden. Besuche sollten kindgerecht gestaltet werden, namentlich durch die Schaffung entsprechender Zugänge, die kinderfreundliche Einrichtung der Besuchsräume und die altersgerechte Information der Kinder.

Die Kontaktmöglichkeiten in den Justizvollzugsanstalten sollten harmonisiert werden. Zudem sollten einheitliche, verbindliche Regelungen – und gegebenenfalls zusätzlich



Die Besuchsräume sollten laut Handbuch des BJ familien- und kinderfreundlich gestaltet werden.
Foto: Pollicino – Begegnungsort für Eltern und Kinder in der Strafanstalt La Stampa (Peter Schulthess, 2018)



Die vielfältigen Angebote für Kinder, wie sie die Westschweizer Stiftung REPR und die Tessiner Anlaufstelle Pollicino anbieten, sollten laut Schlussbericht auf die ganze Schweiz ausgedehnt werden. Foto: Peter Schulthess, 2018

gesetzliche Grundlagen – für den Umgang mit Kindern geschaffen werden. Die Familiensituation der Inhaftierten sollte systematisch und standardisiert erhoben werden.

Für die Angehörigenarbeit sollten zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, insbesondere durch einen Ausbau der Sozialdienste in den Vollzugsanstalten. Ferner sollten das Vollzugspersonal für die verschiedenen Aspekte des Kindeswohls geschult sowie praxistaugliche Richtlinien für Schulungen und Weiterbildungen verschiedener Berufsgruppen erarbeitet werden.

Wie aus dem Schlussbericht hervorgeht, unterscheiden sich die Situationen der einzelnen Kinder und des inhaftierten sowie des nicht-inhaftierten Elternteils deutlich. Deshalb müssen die Erstellung der Leitfäden und die Entwicklung von Angeboten interdisziplinär erfolgen und das Fachwissen aus den Bereichen Kinderrechte, Entwicklungspsychologie und Forensik einbezogen werden. Die KKLJV wird diese Empfehlungen analysieren und einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen formulieren.

Vernetzung und Austausch

Es sollten Gefässe für die Vernetzung, den Austausch und die Zusammenarbeit aller Akteure innerhalb und ausserhalb der Justizvollzugsanstalten geschaffen und deren Rollen geklärt werden. Zudem sollte ein nationales Netzwerk für die Angehörigenarbeit geschaffen werden.

Im Rahmen der Erstellung des Berichts wurden die Empfehlungen an einem Workshop mit 22 Fachpersonen aus allen Bereichen (Strafverfolgung, Justizvollzug, Kinderschutz,

private Vereinigungen) diskutiert. Obwohl diese Diskussionen vorrangig der Validierung der Studienergebnisse dienten, empfanden alle Teilnehmende den interdisziplinären Austausch als wertvoll. Das BJ wird deshalb im kommenden Herbst zu einem interdisziplinären Austausch einladen, um den Anstoss zur Schaffung eines nationalen Netzwerkes für die Angehörigenarbeit zu geben. Dieses Netzwerk sollte insbesondere dazu beitragen, die verschiedenen Initiativen zu verknüpfen und Doppelspurigkeiten zu verhindern. Es soll zudem die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren fördern sowie deren Rollen und Zuständigkeiten klären.

Mehr Anlaufstellen und eine nationale Ombudsstelle

Für Angehörige von inhaftierten Personen sollten – insbesondere in der Deutschschweiz – niederschwellige Anlaufstellen geschaffen bzw. ausgebaut werden. Zudem sollte eine nationale Ombudsstelle für Kinderrechte geschaffen werden

Die Stiftung REPR verfügt mit einigen Kantonen über Leistungsvereinbarungen für ihre Angebote für die Angehörigen von inhaftierten Personen. Auch die Tessiner Anlaufstelle Pollicino verfügt über eine entsprechende Leistungsvereinbarung mit dem Kanton Tessin. Die beiden Deutschschweizer Strafvollzugskonkordate prüfen, ob und wie weit sie den Verein Perspektive unterstützen können, damit in der Deutschschweiz vergleichbare Angebote bereitgestellt werden können. Mit der Annahme der Motion Noser 19.3633 ist der Bundesrat beauftragt

worden, die Rechtsgrundlagen für eine nationale Ombudsstelle für Kinderrechte zu schaffen. Die Ombudsstelle soll Kinder und ihnen nahestehende Personen bezüglich der Wahrnehmung ihrer Rechte beraten. Dazu gehört auch die Frage, wo und wie Kinder Unterstützung erhalten, um ihr Recht auf eine persönliche Beziehung zum inhaftierten Elternteil wahrnehmen zu können. (gal)

Links

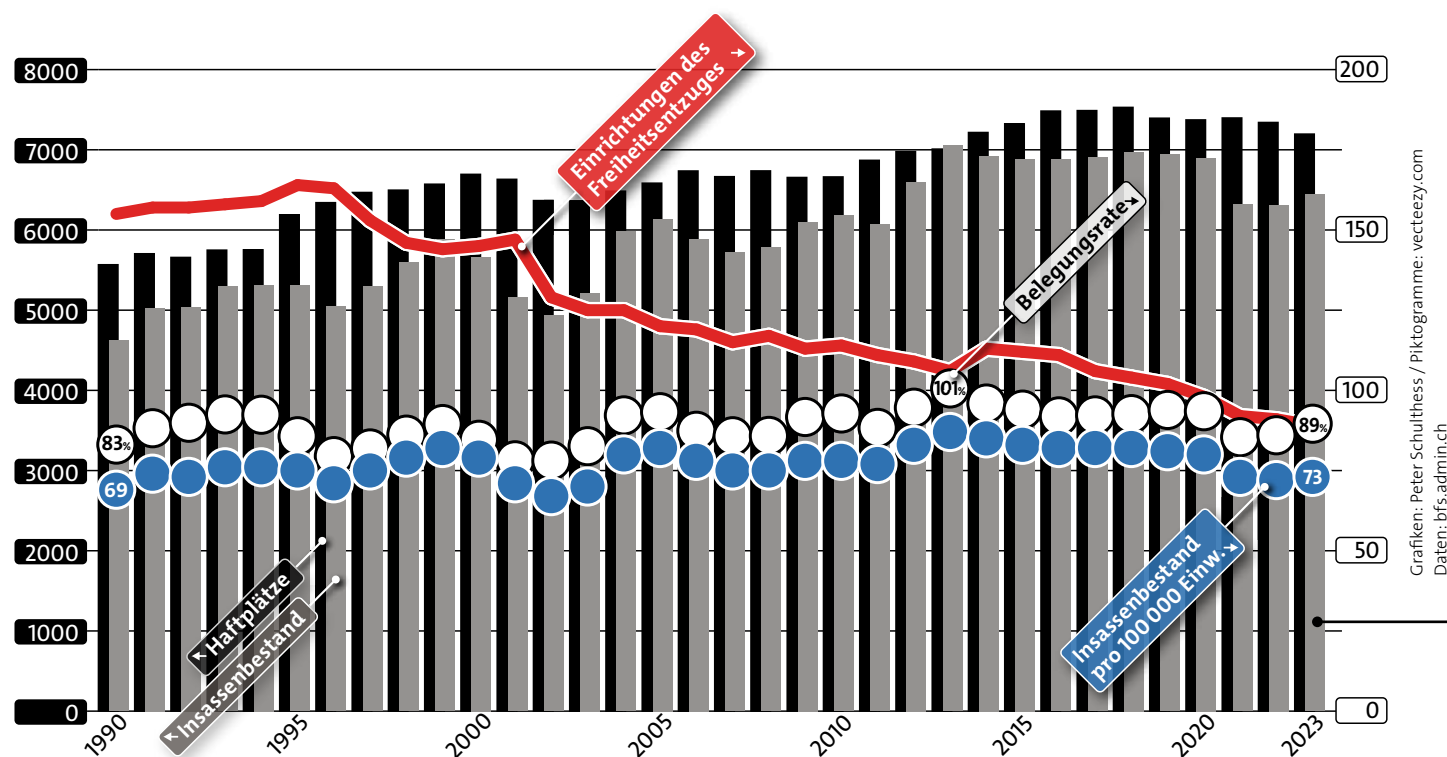
Der Schlussbericht «Die Situation von Kindern mit einem inhaftierten Elternteil in der Schweiz» sowie der Bericht des EJPD (BJ) ist auf der Website des Bundesamtes für Justiz (www.bj.amin.ch) sowie auf der Website der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (www.zhaw.ch) abrufbar.

Die Beziehung aufrechterhalten

Das Recht des Kindes, die Beziehung zu dem inhaftierten Elternteil aufrechtzuerhalten, ist in Artikel 9 KKK verankert: «Die Vertragsstaaten achten das Recht des von einem oder beiden Elternteilen getrennten Kindes, regelmässig persönliche Beziehungen und unmittelbaren Kontakt zu beiden Elternteilen zu pflegen, es sei denn, dies widerspricht dem Wohl des Kindes». Auf dieser Grundlage verabschiedete der Europarat im Jahr 2018 Empfehlungen über die Kinder von Inhaftierten. Demnach sollen Kinder die Beziehung zu ihren straffällig gewordenen Vätern und Müttern aufrechterhalten. Die Inhaftierten sollen ihrerseits unterstützt werden, auch im Freiheitsentzug soweit als möglich, ihre Rolle als Eltern wahrzunehmen. Laut Artikel 273 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches haben «Eltern, denen die elterliche Sorge oder Obhut nicht zusteht, und das minderjährige Kind [...] gegenseitig Anspruch auf angemessenen persönlichen Verkehr».

Leichter Anstieg der inhaftierten Personen und der Belegungsrate

Erhebung zum Freiheitsentzug des BFS



Grafiken: Peter Schulthess / Piktogramme: vecteezy.com
Daten: bfs.admin.ch

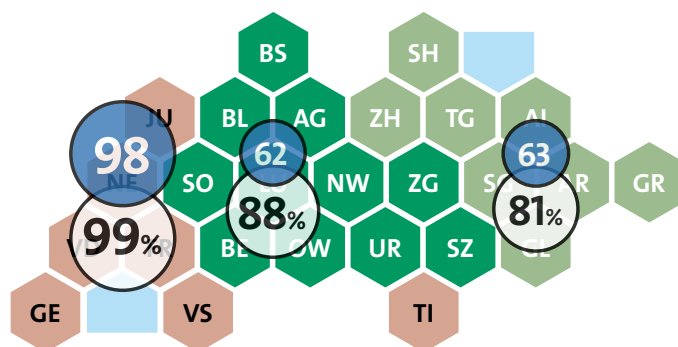
Am 31. Januar 2023 waren in der Schweiz **6445 Personen inhaftiert** ■. Das waren 135 Personen mehr (+ 2 %) als am gleichen Stichtag 2022, wie aus der Erhebung zum Freiheitsentzug des Bundesamtes für Statistik (BFS) hervorgeht. **Pro 100 000 Einwohner/innen** waren **73 Personen** inhaftiert ●.

Von 1990 bis 2023 stieg die Zahl der **inhaftierten Personen** stark von 4625 auf 6445 an. Die auf 100 000 Einwohner/innen bezogene Insassenrate blieb allerdings im gleichen Zeitraum weitgehend stabil. Ein Vergleich der letzten fünf Jahre zeigt, dass der Insassenbestand heute immer noch tiefer als vor Ausbruch der Covid-19-Pandemie ist. Zwar

sind die Massnahmen zur Bewältigung der Pandemie (insbesondere der Aufschub des Vollzugs von Kurz- und Ersatzfreiheitsstrafen) inzwischen aufgehoben worden. Doch der Rückgang der Kriminalität während der Pandemie wirkt sich immer noch auf den Insassenbestand aus.

Von den insgesamt **7196 Haftplätzen** ■ in 89 Einrichtungen des Freiheitsentzugs waren **89,6 % belegt** ○. Damit stieg die Belegungsrate im Vergleich zum Vorjahr um **3,6 %** an, liegt aber immer noch deutlich unter jener der Jahre von 2021 bis 2020 und blieb aber im Langzeitvergleich ebenfalls weitgehend stabil.

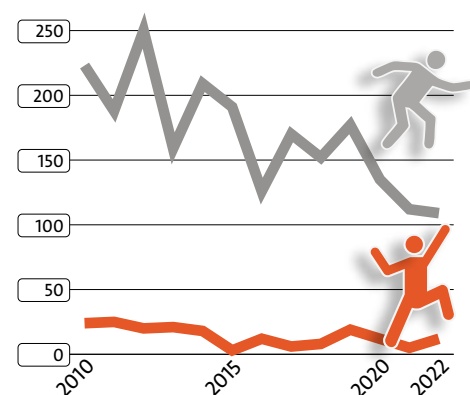
Von 1990 bis 2023 nahm die Zahl der **Einrichtungen des Freiheitsentzugs** ▼ nahezu kontinuierlich von 155 auf 89 ab. Da der Trend hin zur Schliessung kleinerer Einrichtungen zugunsten von grösseren Einrichtungen ging, nahm gleichzeitig ihre Gesamtkapazität von 5567 auf 7196 Haftplätze zu.



Beim Insassenbestand sowie bei der Belegungsrate zeigen sich deutliche **Unterschiede** zwischen den beiden Deutschschweizer Strafvollzugskordaten und jenem der lateinischen Schweiz .

● Am 31. Januar 2023 waren in der **Nordwest- und Innerschweiz** 2093 Personen inhaftiert bzw. 62 pro 100 000 Einwohner/innen, in der Ostschweiz 1756 bzw. 80 und in der **lateinischen Schweiz** 2596 bzw. 98.

○ Die Belegungsrate betrug in der **Nordwestschweiz** 87,5 %, in der **Ostschweiz** 80,5 % und in der lateinischen Schweiz 99 %.



2022 waren **12 Ausbrüche** aus geschlossenen Einrichtungen und **109 Fluchten** aus offenen Einrichtungen zu verzeichnen. Damit nahm die Anzahl Ausbrüche im Vergleich zum Vorjahr zwar deutlich zu (+ 7), lag aber immer noch unter dem Jahresdurchschnitt seit der erstmaligen Erhebung der Entweichungen im Jahr 2010. Die Anzahl Fluchten nahm im Vergleich zum Vorjahr leicht ab (- 3) und erreichte ein Rekordtief.

6445 : 4669

Am Stichtag befand sich ...

■ die Mehrheit der **6445** Inhaftierten (4171 bzw. **65 %**) im **Straf- oder Massnahmenvollzug** (inkl. vorzeitigem Strafantritt),

■ 1924 (**30 %**) sassen in **Untersuchungs- oder Sicherheitshaft**,

■ 350 (**5 %**) waren aus **anderen Gründen** inhaftiert.

71 %
Die Gefangenenspopulation setzte sich aus 71 % ausländischen und 29 % schweizerischen Staatsangehörigen zusammen.

29 %

Den Einrichtungen des Freiheitsentzugs standen am Stichtag insgesamt umgerechnet **4669 Vollzeitstellen** für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung. Insgesamt betrug das Verhältnis der Anzahl Vollzeitstellen zur Anzahl Insassen 1 zu 1,4.

Von den 4669 Stellen verteilten sich 2863 auf die Sicherheit (in einem weiten Sinn, einschliesslich Begleit- und Betreuungsaufgaben), 761 auf die Sozialarbeit und Bildung (einschliesslich Werkmeister/innen), 462 auf die Administration und 156 auf die Gesundheit (medizinisches und paramedizinisches Personal). Vor allem in kleineren Einrichtungen können die Mitarbeitenden aufgrund ihres vielseitigen Pflichtenheftes nicht genau einem dieser Bereiche zugeordnet werden.

Zusätzlich arbeiteten am Stichtag 307 externe Mitarbeitende gelegentlich innerhalb der Einrichtungen (z. B. Seelsorgerinnen oder Fitnesstrainer).

Sicherheit

Sozialdienst,
Bildung

Administration

Gesundheit

Externe

82 neue Stellen für das Gefängnis Zürich West

Trotz Unterbesetzung gab es keine schwerwiegenden Zwischenfälle

Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat 82 neue Stellen für das Gefängnis Zürich West (GZW) geschaffen. Der Stellenbedarf war auf der Grundlage von veralteten Planungen zu tief berechnet worden.

Das Gefängnis Zürich West (GZW) ist ein Teil des Polizei- und Justizzentrums (PJZ) und die zentrale Eintrittspforte und Drehscheibe des Zürcher Justizvollzugs. Seit April 2022 ist der Bereich der vorläufigen Festnahme des GZW mit Platz für 124 Inhaftierte in Betrieb. In der zweiten Jahreshälfte wird der Bereich Untersuchungshaft mit 117 Haftplätzen in Betrieb genommen werden. Nach Inbetriebnahme des GZW wurde rasch klar, dass der auf der Grundlage des PJZ-Gesetzes festgelegte Bedarf an 146 Stellen «deutlich zu tief berechnet» worden war, hält der Regierungsrat in seiner am 6. April 2023 veröffentlichten Medienmitteilung fest.

Bei der ursprünglichen Planung ging man fälschlicherweise davon aus, dass ein 24-Stunden-Betrieb dreimal mehr Personal braucht

als ein Einschichtbetrieb. Gemäss aktuellen Vorgaben des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) braucht es dafür aber fünfmal so viel Personal. Da ferner immer mehr Inhaftierte psychisch belastet sind, erfordert deren Betreuung mehr Zeit als angenommen.

Die Folgen der Unterbesetzung sind laut Regierungsrat «offensichtlich». Die Mitarbeitenden seien stark belastet und hätten in kurzer Zeit erhebliche Mehrzeiten angehäuft. Die Fluktuation sei hoch und die Stimmung angespannt. Dank dem grossen Engagement der Mitarbeitenden sei es bisher zu keinen schwerwiegenden Zwischenfällen gekommen. «Ein Andauern dieses Zustandes würde jedoch die Sicherheit des Betriebs und damit der zentralen Drehscheibe des Zürcher Sicherheitssystems gefährden», unterstreicht der Regierungsrat.

Stellenbedarf neu berechnet

Justizvollzug und Wiedereingliederung liess deshalb eine unabhängige Analyse durchführen. Demnach braucht es 105 zusätzliche

Stellen, um im GZW unter Einhaltung sämtlicher arbeits- und personalrechtlichen Vorgaben einen dauerhaften und stabilen Betrieb zu gewährleisten. Der Regierungsrat beschloss daher, 23 befristete Stellen sowie 82 neue Stellen zu bewilligen und «damit sicherzustellen, dass rund um das PJZ sämtliche Prozesse mit den Partnerorganisationen reibungslos funktionieren». Das Sicherheitssystem im Kanton dürfe nicht in Schieflage geraten.

Absolute Einzelfälle

Eine Schieflage konnte bisher vermieden werden. Zwar sind wegen der massiven Unterbesetzung vier vorläufig festgenommene Personen aufgrund einer Verwechslung zu früh aus der Haft entlassen worden. Doch gemessen an den 12 000 Ein- und Austritten pro Jahr sind es «absolute Einzelfälle», betont Roland Zurkirchen, Direktor der Untersuchungsgefängnisse des Kantons Zürich. Zudem handelte es in diesen vier Fällen um leichte Delikte. Dank der Bewilligung der neuen Stellen werde man in der zweiten Jahreshälfte den Bereich Untersuchungshaft in Betrieb nehmen können. Dies ist laut Roland Zurkirchen auch für die Mitarbeitenden wichtig, damit sie nicht immer im fordernden 24-Stunden-Betrieb der vorläufigen Festnahme arbeiten müssen. (gal)



Die Mitarbeitenden des GZW sind stark belastet, doch ihr Team wird dank der Bewilligung der neuen Stellen bald verstärkt werden können. Foto: Keystone

Die Bedürfnisse der Frauen angemessen berücksichtigen

Frauenabteilung in der Strafanstalt La Stampa geplant

In der Strafanstalt La Stampa wird in einem separaten Flügel eine Frauenabteilung geschaffen. Damit sollen die Bedürfnisse der Frauen im geschlossenen Strafvollzug angemessen berücksichtigt und ausserkantonale Unterbringungen auf das absolut Notwendige beschränkt werden, schreibt der Staatsrat des Kantons Tessin in seiner am 29. März 2023 verabschiedeten Botschaft.

Die 1968 in Betrieb genommene Strafanstalt La Stampa umfasste ursprünglich auch eine Frauenabteilung, die dem Vollzug der Untersuchungshaft und dem Normalvollzug diente. 2008 wurde die chronisch unterbelegte Frauenabteilung wegen des erhöhten Bedarfs an Plätzen für inhaftierte Männer geschlossen. Seither verbüssen die im Kanton Tessin verurteilten Frauen kurze Freiheits-

strafen im Gefängnis La Farera und lange Freiheitsstrafen in der JVA Hindelbank oder in der Strafanstalt La Tuilière VD.

Die Frauen im Gefängnis La Farera verbüssen ihre Strafe unter dem strengen Regime der Untersuchungshaft, die nicht auf das im Strafgesetzbuch festgelegte Ziel der Wiedereingliederung in die Gesellschaft ausgerichtet ist. Um diesem Problem zu begegnen, werden beträchtliche Ressourcen aufgewendet, betont der Staatsrat in seiner Botschaft. Die betroffenen Frauen können für gemeinsame Tätigkeiten wie Arbeit und Bildung ihre Zellen verlassen – allerdings für weniger als die Hälfte der Zeit, die ihnen im Strafvollzug zustehen würde. Ausserkantonale Unterbringungen erleichtern nicht die sozialen Kontakte mit nahestehenden Personen, wie dies vom Strafgesetzbuch vorgesehen

ist. Aufgrund der Zunahme der inhaftierten Frauen während der letzten Jahre hat sich diese problematische Situation zugespitzt.

Inbetriebnahme im Jahr 2025

Der Staatsrat will deshalb in der Strafanstalt La Stampa eine Frauenabteilung mit elf Zellen (davon eine Zelle für Mutter und Kind) für den geschlossenen Strafvollzug schaffen. Dies soll eine angemessene Berücksichtigung der Bedürfnisse der Frauen ermöglichen sowie ausserkantonale Unterbringungen auf das absolut Notwendige beschränken. Der Staatsrat will auch in einem weiteren Punkt die Entwicklung der Gesellschaft berücksichtigen: Angesichts der Zunahme älterer Personen im Freiheitsentzug sollen zugleich Räume für ältere Gefangene und Gefangene mit Behinderungen angepasst werden. Für den Umbau der Strafanstalt sind 1,25 Mio. CHF erforderlich, hinzu kommen jährliche Personalkosten von 1,8 Mio. CHF für den Betrieb der Frauenabteilung. Die Frauenabteilung dürfte nach Einschätzung des Staatsrates 20 Monate nach der Bewilligung des Kredits durch den Grossen Rat in Betrieb genommen werden.

Dynamische Sicherheit

«Die Schaffung einer Frauenabteilung in einer Strafanstalt für Männer setzt», so der Staatsrat, «unabdingbar einen Ansatz voraus, der sich am Konzept der dynamischen Sicherheit orientiert». Dieses Konzept, das die Interaktionen zwischen den inhaftierten Personen und dem Vollzugspersonal ins Zentrum des Strafvollzugs rückt, ist bereits 2020/21 bei der – auch unter dem Aspekt der Resozialisierung erfolgten – Auflösung der ausschliesslich für Sexualstraftäter bestimmten Abteilung angewandt worden.



Bis 2008 bestand bereits eine Frauenabteilung in der Strafanstalt La Stampa. Foto: Peter Schulthess, 2006

Diese Straftäter konnten nach wiederholten Treffen mit den anderen Straftätern und nach der Schulung des Vollzugspersonals ohne Sicherheitsprobleme in den verschiedenen Abteilungen der Strafanstalt untergebracht werden, führt der Staatsrat in seiner Botschaft aus.

Die Würde der inhaftierten Frauen wahren

Die Frauenabteilung – die einzelnen Zellen, Gemeinschaftsräume, Räume für Arbeit und Bildung sowie der Spazierhof – ist in einem separaten Flügel untergebracht. Für bestimmte Aktivitäten ausserhalb der Frauenabteilung – wie etwa Einkäufe im Kiosk, Coiffeurbesuche oder Gottesdienste – legt ein Wochenprogramm detailliert fest, wann die entsprechenden Räume von wem genutzt werden, und stellt so die Trennung von weiblichen und männlichen Inhaftierten sicher. Auf das Notwendige beschränkte gemischtgeschlechtliche Aktivitäten (namentlich im Bildungsbereich sowie bei der Arbeit in der Küche oder in der Wäscherei) finden unter strikter Aufsicht des Vollzugspersonals statt. Der Wahrung der Würde der inhaftierten Frauen in einem typischerweise männlichen Umfeld ist laut Staatsrat eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Das Personal wird nicht nur in solchen gemeinschaftlichen Momenten ständig präsent sein, sondern überdies eine Kultur der Integration und des gegenseitigen Respekts fördern. (gal)

Link

Die Botschaft des Staatsrates ist auf der Website des Kantons Tessin (www4.ti.ch) abrufbar.

Ein Etappenziel auf einem langen Weg erreicht

Bilanz des scheidenden Staatsrates Mauro Poggia

Dank seiner Vollzugsplanung kann der Kanton Genf dem Bedarf an Infrastrukturen entsprechen und so das Konzept für Wiedereingliederung und Ausstieg aus der Kriminalität umsetzen. Die laufende Reform des Gefängnisses Champ-Dollon verfolgt ebenfalls das Ziel, die Wiedereingliederung der inhaftierten Personen sowie deren Haftbedingungen zu verbessern.

«Genf muss seine Verantwortung wahrnehmen», hat Staatsrat Mauro Poggia am 25. Mai 2023 – wenige Tage vor dem Ausscheiden aus seinem Amt – an einer Medienkonferenz betont. Mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Justizvollzugsplanung, der Justizvollzugsstrategie und des dazugehörigen Infrastruktur-Richtplans habe der Grosse Rat ein starkes politisches Zeichen gesetzt und den Mitarbeitenden im Sicherheitsbereich einen Vertrauensbeweis erbracht.

Das Gesetz über die Justizvollzugsplanung legt insbesondere fest, dass Genf über angemessene Einrichtungen des Freiheitsentzugs in ausreichender Quantität und Qualität verfügen muss, um eine angemessene Betreuung der inhaftierten Personen zu gewährleisten. Es verankert die Notwendigkeit, neue Einrichtungen zu bauen und bestehende zu renovieren, um das Konzept für Wiedereingliederung und Ausstieg aus der Kriminalität des Kantonalen Amtes für Justizvollzug (Office cantonal de la détention, OCD) vollständig umsetzen zu können.

Champ-Dollon wird abgerissen

Vorgesehen sind verschiedene Projekte, deren Finanzierung vom Grossen Rat genehmigt werden muss:

- Das Gefängnis Champ-Dollon wird nach 2030 abgerissen. Stattdessen wird ein neues Gebäude mit 300 Plätzen für die Untersuchungshaft von Männern gebaut.
- Die Strafanstalt La Brenaz mit heute 168 Plätzen wird um 352 neue Plätze vergrös-

sert und wird dem Strafvollzug von Männern dienen.

- Für die Frauen sind für die Untersuchungshaft sowie für den Strafvollzug getrennte Infrastrukturen vorgesehen. Damit werden sie von den gleichen Haft- und Betreuungsbedingungen profitieren wie die Männer.
- Neben der Massnahmeneinrichtung Curabilis wird ein neues Gebäude mit 15 Plätzen gebaut, um junge Erwachsene unter 25 Jahren aufzunehmen, die zu einer stationären therapeutischen Massnahme verurteilt worden sind.

Zugleich werden Massnahmen ergriffen, damit mehr Personen ihre Strafe in einer alternativen Vollzugsform (elektronische Überwachung, Halbgefangenschaft oder gemeinnützige Arbeit) verbüssen können.

Reform von Champ-Dollon

Claude Bettex, Leiter des OCD, und Hakim Mokhtar, Direktor des Gefängnisses Champ-Dollon, gaben an der Medienkonferenz einen Einblick in die laufende Reform des grössten Gefängnisses der Schweiz. Die gemeinsamen Mahlzeiten, die nach den Unruhen von 2014 abgeschafft worden waren, sind am 1. Februar 2023 im Ost-Flügel wieder eingeführt worden und sollen schrittweise in weiteren Bereichen eingeführt werden. Zudem sind seit Jahresbeginn Gefangene, die eine Freiheitsstrafe verbüssen, in den Ost-Flügel verlegt worden; ihr Anteil konnte von 25 % auf 79 % erhöht werden. Damit können ihnen Haftbedingungen geboten werden, die sich dem Strafvollzug annähern. Vorgesehen sind ferner namentlich die Einrichtung von weiteren Telefonkabinen und die Einführung von Skype sowie die Erhöhung der Anzahl Besuchszimmer für Familien. Dank verschiedenen organisatorischen Massnahmen stieg schliesslich die Arbeitszufriedenheit des Vollzugspersonals innert sechs Monaten von 18 % auf 45 % an.

Die Verabschiedung des Gesetzes über die Justizvollzugsplanung sowie die laufende Reform des Gefängnisses Champ-Dollon sind das Ergebnis mehrjähriger Arbeit, bilanzierte Staatsrat Poggia. Es handle sich um ein

Etappenziel. Der Weg bis zum erfolgreichen Abschluss dieser ehrgeizigen Projekte werde noch lang sein, aber der Prozess sei in Gang gesetzt worden. (gal)

Die laufende Reform des Gefängnisses Champ-Dollon soll die Wiedereingliederung der inhaftierten Personen und deren Haftbedingungen verbessern. Das Gebäude wird nach 2030 abgerissen und durch einen Neubau ersetzt. Foto: Peter Schulthess, 2019



Die Behandlung von Sexualstraftätern muss individualisiert werden

Eine interdisziplinäre Untersuchung hebt das Tabu auf und räumt mit Mythen auf

Die Sexualdelinquenz wirft spezifische und komplexe Probleme auf. Um diese zu lösen, kann die Schweiz weder auf ein Standardprogramm für die Betreuung noch auf eine spezielle Einrichtung für Sexualstraftäter zählen. Die juristische Dissertation «Die strafrechtliche Behandlung von Sexualstraftätern – Analyse des gesetzlichen Rahmens und der Praxis in der Schweiz» listet die Profile auf, analysiert den medizinischen und rechtlichen Rahmen, widerlegt manchen Irrglauben und skizziert Lösungsansätze. Ein Gespräch mit Aimée Zermatten, der Autorin dieser Untersuchung.

#prison-info: Ihre Dissertation beginnt mit einer Passage aus Victor Hugos «Réponse à un acte d'accusation» (Antwort auf eine Anklageschrift). In den letzten Zeilen ist zu lesen: «Ich bin dieses riesige Monster». Ist der Sexualstraftäter ein Monster?

Aimée Zermatten: Die heutige Gesellschaft missbilligt Sexualdelinquenz in hohem Masse. Und die Bewegung wurde 2017 durch die #MeToo-Welle verstärkt. In politischen und medialen Diskussionen wird der Begriff «Monster» verwendet, um einen Sexualstraftäter zu personifizieren, insbesondere eine Person, die Kinder missbraucht. Einen solchen Täter als Monster zu bezeichnen, ermöglicht es, sich von ihm zu distanzieren. Es handelt sich um eine Art zu sagen: «Die Person ist nicht wie wir, wir sind nicht wie sie». Doch das Schweizer Recht behandelt den Sexualstraftäter nicht als Monster, sondern als natürliche Person. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Rechtswissenschaft nicht in Emotionen verfällt und objektiv bleibt.

Handelt es sich vielleicht um einen geborenen Straftäter?

Nein. Zudem gibt es auch kein typisches, allgemeingültiges Profil eines Sexualstraftäters.

Also eine kranke Person?

Nicht zwangsläufig. Der Ausdruck «Sexualdelinquenz» gehört nicht zum medizinischen Vokabular. Bestimmte Personen mit einer paraphilen Störung (wie Pädophilie) werden nie zur Tat schreiten, während andere ohne paraphile Störung möglicherweise ein Sexualdelikt an einem Kind begehen. Die «Sexualdelinquenz» ist ein Begriff, der in der Kriminologie und im Strafrecht definiert wird.

Ein Sexualstraftäter ist kein Monster, er ist weder genetisch vorbestimmt noch zwangsläufig krank. Welche anderen Formen von Irrglauben haben Ihre Recherchen widerlegt?

Die Sexualdelinquenz wird als eine homogene Gruppe von Individuen wahrgenommen, die Vergewaltiger oder Kinderschänder sind. Doch diese Form der Kriminalität umfasst im Gegenteil Täter (und ganz wenige Täterinnen), deren Handlungen sich stark unterscheiden. Gemäss Schweizer Strafrecht kann das strafbare Verhalten beispielsweise darin bestehen, dass einem Kind ein Zungenkuss aufgezwungen wird oder vor einem überpumpten Opfer masturbiert wird. Es kann sich aber auch um den Konsum harter Pornografie, eine sexuelle Handlung mit einem Kind, eine sexuelle Nötigung oder eine grausame Vergewaltigung handeln. Sexualstraftäter bilden eine heterogene kriminelle Bevölkerungsgruppe. Ein weiterer Irrglaube besagt, dass Täter, die Straftaten gegen die sexuelle Integrität begehen, nicht anders können, als rückfällig zu werden. Die Statistiken beweisen das Gegenteil. Gemäss Daten des Bundesamtes für Statistik (2003-2013) ist die spezifische Rückfälligkeit (Rückfall für die gleiche Straftat im Abstand von drei Jahren) für sexuelle Handlungen tiefer als für andere Arten von Straftaten. So beträgt die spezifische Rückfälligkeit 11 % für eine Widerhandlung gegen das Strassenverkehrsgesetz und 19 % für eine Widerhandlung gegen das

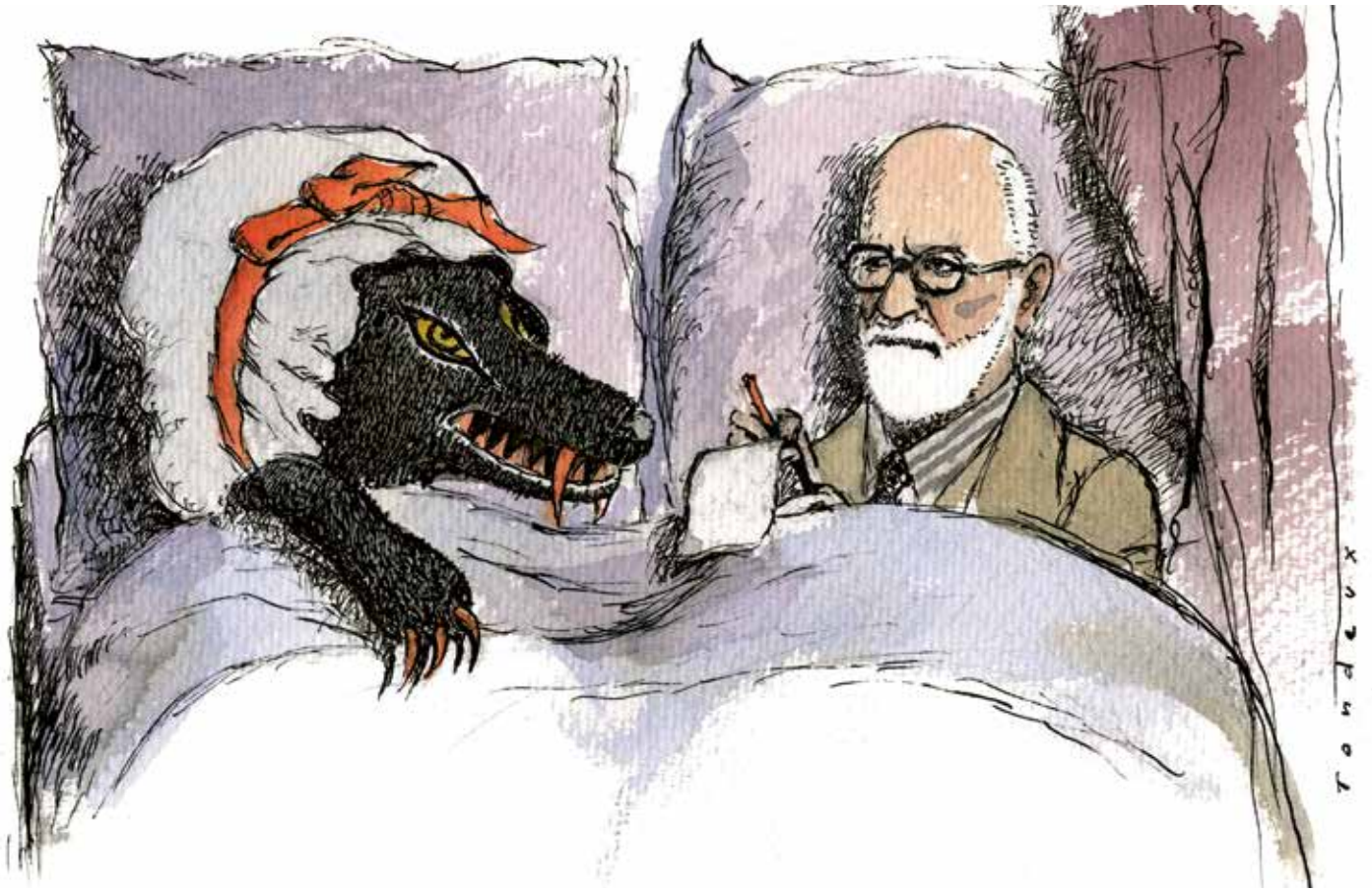
Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe, aber sie beträgt 3 % für sexuelle Handlungen mit Kindern (Art. 187 StGB) und 1 % für Vergewaltigungen (Art. 190 StGB).

Welche anderen Formen von Irrglauben gibt es in Bezug auf Sexualstraftäter?

Ein Mythos stellt den Vergewaltiger als einen vermummten Mann dar, der sich in einem Gebüsch versteckt und sich auf eine beliebige Frau beim Joggen stürzt. Ein anderer Mythos sieht den Pädokriminellen als einen Unbekannten, der einem Kind in einem öffentlichen Park Süßigkeiten anbietet und es dann in seinen Lieferwagen einsteigen lässt. Die Realität sieht anders aus: In den meisten Fällen von sexueller Gewalt kennen sich Opfer und Täter. Der Peiniger gehört zum Familienkreis, zum mehr oder weniger engen Umfeld; es kann sich um einen Cousin, einen Ex-Partner, einen Nachbarn, einen Trainer oder einen Arbeitskollegen usw. handeln. Es ist auch ein Irrtum zu glauben, dass missbrauchte Personen ihrerseits zu Sexualstraftätern werden. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es nicht stimmt, dass es einen einzigen Typus von Sexualstraftätern in Gestalt des Kinderschänders oder Vergewaltigers gibt, der ein unheilbarer Wiederholungstäter ist und sein Opfer auf dem Schulweg mit Süßigkeiten ködert oder hinter einem Baum oder in einer dunklen Gasse auf es wartet.

Gibt es trotz allem gemeinsame Merkmale der Sexualstraftäter?

Ja. In der Regel handelt es sich wie gesagt um Männer. Es gibt Sexualdelinquenz von Frauen, aber sie ist marginal (und unterscheidet sich). Sexualstraftäter weisen häufig, aber nicht immer, Faktoren auf, die sexuelle Übergriffe begünstigen, wie etwa von der Norm abweichende Sexualpräferenzen, nämlich illegale oder extrem seltene Sexualpraktiken. Stärker als der Rest der Bevölkerung



(einschliesslich der anderen Straftäter und Straftäterinnen) leiden sie an psychischen Störungen, insbesondere an paraphilen Störungen oder Persönlichkeitsstörungen. Ihre sozialen Kompetenzen sind oft defizitär: geringes Selbstwertgefühl, fehlendes Einfühlungsvermögen, mangelndes Selbstvertrauen. Sie haben Schwierigkeiten, Beziehungen aufzubauen, insbesondere intime Kontakte zu knüpfen. Und ihr familiäres Umfeld ist grundsätzlich ungünstig. Häufig konsumieren sie übermässig viel Alkohol oder Betäubungsmittel oder beides. In der Regel leugnen sie auch die Realität oder weisen kognitive Verzerrungen auf. Das bedeutet, dass sie die Realität verfälschen, indem sie zum Beispiel die ihnen vorgeworfenen Taten leugnen oder behaupten, das missbrauchte Opfer habe sie verführt oder die vergewaltigte Frau habe ihr Einverständnis gegeben. Bei rückfälligen Sexualstraftätern lässt sich eine erneute Straftat häufig aufgrund folgender Faktoren vorhersagen: von der Norm abweichende Sexualpräferenzen, ein instabiles Lebensumfeld und eine anti-soziale Orientierung.

Ihre Dissertation ist interdisziplinär. Sie beleuchtet kriminologische, soziologische, medizinische, psychiatrische und psychologische Aspekte, ist jedoch in erster Linie eine juristische Arbeit. Wie definiert diese strafrechtliche Dissertation den Sexualstraftäter?

Sie definiert ihn als eine Person, die aufgrund einer Störung mindestens eine der folgenden Straftaten gemäss Schweizer Strafrecht begangen hat: sexuelle Handlungen mit Kindern; sexuelle Handlungen mit Abhängigen; sexuelle Nötigung; Vergewaltigung; Schändung; sexuelle Handlungen mit Anstaltspfleglingen, Gefangenen, Beschuldigten; Ausnützung der Notlage; Exhibitionismus; Zoophilie und Nekrophilie.

In Ihrer Dissertation schreiben Sie, dass Straftaten gegen die sexuelle Integrität weit mehr als andere Verbrechen und Vergehen zum Teil Unausssprechliches in sich bergen und einen Schrecken hervorrufen, der von Neugierde geprägt ist. Sie schreiben auch, dass die Allgemeinheit auf Sexualverbrechen mit Angst, Ekel oder sogar Hass

reagiert. Aber warum haben Sie sich denn dazu entschieden, Ihre Dissertation über die Sexualdelinquenz zu schreiben?

Die Erklärung dafür ist die Realität vor Ort, mit der ich konfrontiert war, als ich von 2008 bis 2016 in einer Vollzugsbehörde arbeitete. Wir verfügten über Therapeuten, spezialisierte Einrichtungen und sogar Massnahmen im Strafgesetzbuch (Art. 60 und 63 StGB), um von Suchtstoffen abhängige Straftäterinnen und Straftäter zu behandeln. Für Sexualstraftäter gab es hingegen keine typischen Betreuungsformen. Und die Betreuung dieser Personen wirft in der Praxis vielfältige und spezifische Fragen auf, die komplexe Antworten erfordern. Zum Beispiel: Was ist die «gerechte» Strafe für einen Vergewaltiger? Kann die Behörde einen rückfälligen Sexualstraftäter dazu zwingen, ein Medikament einzunehmen, das sein sexuelles Verlangen hemmt? Wie kann man die Gesellschaft schützen und gleichzeitig den Schutz der Grundrechte gewährleisten? Wie kann die

«Die strafrechtliche Behandlung von Straftätern muss unbedingt individualisiert werden.»

Zeichnung: Patrick Tondeux

Wiedereingliederung von Sexualstraftätern nach Verbüßung ihrer Strafe gefördert und begleitet werden?

Sie erfassen und definieren Typologien wie die des Vergewaltigers, der ein wütender, mächtiger, sadistischer, opportunistischer oder rachsüchtiger Typ sein kann, die des innerfamiliären Kinderschänders oder die des Cyber-Sexualstraftäters. Wozu dienen diese Typologien?

Sie liefern wichtige Indikatoren für die Betreuung des Straftäters, für die Wahl der Behandlung. Der Nutzen von Typologien ist wertvoll und muss anerkannt werden.

Wie sieht also genau eine angemessene strafrechtliche Behandlung aus?

Die strafrechtliche Behandlung ist einerseits als Reaktion der Gesellschaft in Form einer Sanktion auf ein sexuelles Fehlverhalten zu verstehen, andererseits als Begleitung des Sexualstraftäters auf dem Weg zurück in die Gemeinschaft und als deren Schutz (das ist die Phase des Vollzugs mit eventueller therapeutischer Betreuung, Bewährungshilfe usw.). Die strafrechtliche Behandlung muss unbedingt individualisiert werden; sie muss den Täter umfassend berücksichtigen: die begangene Straftat, seine persönlichen Merkmale, insbesondere mögliche Störungen, Risikofaktoren, seine Behandlungsbereitschaft, seine Ressourcen sowie das Umfeld, in dem er lebt und leben wird, und auch seine Aussichten und Fähigkeiten zur Wiedereingliederung. In der Schweiz gibt es zwar weder ein spezifisches nationales Betreuungsprogramm noch eine spezielle Einrichtung für Sexualstraftäter. Mehrere Einrichtungen haben jedoch Gruppentherapien für Sexualstraftäter eingeführt. Darüber hinaus gibt es einige spezialisierte Einheiten, wie die ambulante Sprechstunde Claude Balier im CHUV im Kanton Waadt, das Forensische Institut Ostschweiz oder einige Kliniken für forensische Psychiatrie, die eine ambulante Behandlung anbieten.

Spezielle Einrichtungen für Sexualstraftäter gibt es unter anderem in England (die Gefängnisse von Whatton und Stafford), Irland (das Gefängnis von Arbour Hill) und Kanada (das Gefängnis von Percé in Quebec). Sollte die Schweiz ein solches Gefängnis bauen?

Sexualstraftäter gelten allgemein als Personen, die in der Haft wenig Probleme berei-

ten, insbesondere was das heteroaggressive Risiko betrifft. Eine ausschliesslich für Sexualstraftäter bestimmte Einrichtung kann jedoch die kriminelle Vernetzung fördern und zu einer gewissen Stigmatisierung beitragen. Darum sollte die Schweiz keine solche Einrichtung bauen.

Sollte die Schweiz ein nationales Register für Sexualstraftäter errichten?

Die Schweiz führt kein solches Register, was auch gut so ist. Sie hat andere Werkzeuge. Sie stützt sich auf verschiedene Datenbanken: das automatisierte Strafregister (VOSTRA), ViCLAS, das Verhaltensweisen oder besondere Umstände von Gewaltdelikten analysiert, den nationalen Polizeiindex oder das automatisierte Fingerabdruck-Identifikations-System (AFIS). Diese sensiblen Daten stehen Fachleuten zur Verfügung und dienen der öffentlichen Sicherheit sowie der Strafuntersuchung. In den USA werden gestützt auf Bundesgesetze Sexualstraftäter mit Namen, Foto, Adresse und weiteren Angaben in Registern erfasst, die für alle zugänglich sind. In einigen Staaten kann der freigelassene Straftäter sogar gezwungen werden, seinen Status selbst seinen Nachbarn mitzuteilen; in anderen Staaten muss er eine unverwechselbare Kleidung tragen. Diese stark stigmatisierten Personen finden keine Wohnung oder Arbeit und sind isoliert, was zu einem erhöhten Rückfallrisiko beiträgt. Vom eigentlichen Zweck dieser Register sind wir weit entfernt. In den schlimmsten Fällen werden die registrierten Personen belästigt, angegriffen und begen womöglich sogar Suizid.

Was sind die wichtigsten Schlussfolgerungen, die Sie aus Ihrer Untersuchung ziehen?

Ich halte fest, dass – trotz einer jahrzehntelangen Debatte in der wissenschaftlichen Gemeinschaft über die Wirksamkeit von Behandlungen – zahlreiche Studien die positi-

ven Auswirkungen belegen, die eine Betreuung haben kann. Wie ich bereits erwähnt habe, muss die Behandlung individualisiert werden, und es gibt keine pauschale Antwort, da die Sexualdelinquenz so heterogen ist. In diesem Zusammenhang scheint es mir notwendig, das Kriterium «Risiko» (das im Mittelpunkt der Betreuung steht und oft mit der Ausgrenzung des Straftäters in Verbindung gebracht wird) weniger stark zu berücksichtigen und den Schwerpunkt auf die Integration oder Reintegration in die Gesellschaft zu legen, und zwar bereits ganz zu Beginn des Vollzugs von strafrechtlichen Sanktionen. Die Faktoren, die zum Ausstieg aus der Kriminalität führen, sollten gefördert werden, nämlich den Prozess, der – zum Beispiel dank eines festen Arbeitsplatzes oder eines unterstützenden prosozialen Netzwerkes – zu einem Leben ohne Straftaten führt. Das ist wesentlich. Schliesslich plädiere ich für eine bessere wissenschaftliche Kommunikation im Bereich der von Mythen geprägten Sexualdelinquenz und für die Fortsetzung der in den letzten Jahren ergriffenen Präventionsmassnahmen, wofür beispielhaft die Gründung des Vereins «Kein Täter werden» im Jahr 2021 steht.

In welchem Zustand befindet man sich am Ende einer solchen Dissertation? Kommen Sie unversehrt davon?

Ich schliesse die Dissertation mit der Hoffnung ab, dass diese Arbeit nützlich sein wird. Ein besseres Verständnis der Sexualdelinquenz sollte es ermöglichen, besser gegen sie vorzugehen und den Schritt zur Tat zu verhindern. Auch wenn das untersuchte Thema nicht die Opfer betrifft, wage ich zu hoffen, dass ein besseres Verständnis der Sexualstraftäter und ihrer Herausforderungen dazu beitragen wird, dass es weniger Opfer von sexueller Gewalt geben wird.

Die Fragen stellte Patricia Meylan.

Aimée Zermatten, Juristin beim Bundesamt für Justiz und Mitglied der Jungen Akademie Schweiz, hat an der Universität Freiburg unter der Leitung von Prof. Dr. Nicolas Stanislas Queloz ihre juristische Dissertation verfasst. Sie verteidigte ihre Dissertation mit dem Titel «Le traitement pénal des délinquants sexuels – Analyse du cadre légal et de la pratique en Suisse» (Die strafrechtliche Behandlung von Sexualstraftätern – Analyse des gesetzlichen Rahmens und der Praxis in der Schweiz) am 19. Dezember 2022. Die Dissertation, die durch den Expertenausschuss mit der Auszeichnung *summa cum laude* angenommen wurde, wird demnächst veröffentlicht.



Die Gesundheitsversorgung, Sicherheit und Kosteneffizienz steigern

Telemedizinische Versorgung im Justizvollzug

Die Implementierung der telemedizinischen Versorgung in Justizvollzugsanstalten hilft Lücken in der Gesundheitsversorgung zu schliessen sowie die Versorgungs- und Behandlungsqualität zu sichern. Über 80 % der Patienten und Patientinnen werden mit der Behandlung auf Distanz abschliessend therapiert. Dies steigert die Sicherheit und Gesundheit und senkt die Kosten.

Christiane Brockes, Milorad Sekularac und Julian Mausbach

Gemäss dem Äquivalenzprinzip haben die Insassen von Justizvollzugsanstalten (JVA) einen gleichwertigen Anspruch auf medizinische Versorgung wie ausserhalb des Justizvollzuges. Aufgrund von mehreren Herausforderungen ist dieser Grundsatz zunehmend schwierig umzusetzen bzw. zu gewährleisten. Der generelle Mangel an medizinischen Grundversorgern extra muros hinterlässt in den JVA seine Spuren. Ärztinnen und Ärzte, die einen Grossteil der Gesundheitsversorgung in den JVA sicherstellen, erreichen ohne geregelte Nachfolge das Pensionsalter. Zusätzlich sind Ärztinnen und Ärzte in den JVA mit besonderen Herausforderungen konfrontiert, namentlich mit der Nähe und Distanz zu den Insassen, und bevorzugen meist andere Tätigkeitsfelder als die Gefängnismedizin. Erschwerend kommt hinzu, dass im Justizvollzug in den letzten 16 Jahren weltweit die Anzahl der Insassen um 20 % gewachsen ist und sich auch der demographische Wandel bemerkbar macht. Es gibt zunehmend ältere Insassen, die unter mehreren Krankheiten leiden (Multimorbidität) und eine intensivere Gesundheitsversorgung benötigen.

Erfolge im Ausland und ...

Grundsätzlich spielen digitale Gesundheitslösungen und Services eine immer wichtigere und nicht wegzudenkende Rolle. Mit

digitalen Angeboten werden medizinische Dienstleistungen unabhängig von Ort und Zeit erbracht und von der Bevölkerung gefordert. Bereits heute garantieren der Einsatz von Telemonitoring und telemedizinischer Betreuung mehr Sicherheit, Autonomie, Gesundheit und Wohlbefinden für die Patienten und Patientinnen.

Mit Blick ins Ausland sieht man, dass die telemedizinische Versorgung sich als erfolgreicher Lösungsansatz im Justizvollzug für die oben genannten Herausforderungen etabliert. Führend sind die Länder USA, Australien, Grossbritannien und Spanien. Informations- und Kommunikationstechnologien werden mit dem Ziel eingesetzt, Insassen auf Distanz medizinisch zu betreuen. Typische Beschwerdebilder sind medizinische, psychiatrische und zahnmedizinische Erkrankungen sowie Notfälle. In den USA und in Deutschland werden die telemedizinischen Konsultationen insbesondere synchron per Videokonferenz durchgeführt. Ein Vorreiter ist die JVA Würzburg, wo die Telemedizin bereits erfolgreich integriert wurde, um – auch zu Unzeiten – eine medizinische Versorgung der Insassen zu gewährleisten. Für Notfälle steht eine 24/7 Telemedizin bereit, während planbare allgemeinmedizinische und psychiatrische Konsultationen nach Vereinbarung durchgeführt werden. Über 90 % der telemedizinischen Konsultationen können in der JVA Würzburg abschliessend durchgeführt werden.

Auch in Nordrhein-Westfalen, wo die telemedizinische Behandlung seit 2020 in sieben JVA als Ergänzung zur Präsenzmedizin erprobt wurde, wird aufgrund der guten Erfahrungen die Videosprechstunde flächendeckend ausgerollt. Die Auswertungen zeigen, dass die Gesundheitsversorgung der Insassen verbessert worden ist und sie das Angebot sehr gut angenommen haben. Zudem müssen Kranke seltener zu Fachärzten ausserhalb der Gefängnismauern gebracht

werden. Weiter ermöglicht die Telemedizin eine bessere Unterstützung des Gesundheitspersonals.

... und in der Schweiz

Auch in der Schweiz ist die Telemedizin im Justizvollzug im Aufbau und trifft auf positive Resonanz bei allen Beteiligten, was auch die alcare AG bestätigen kann, die sich unter anderem auf die telemedizinische Dienstleistung im Justizvollzug spezialisiert hat. Zu den Vorreitern gehörten die JVA Lenzburg, das Untersuchungsgefängnis Basel-Stadt und die JVA Pöschwies, die ihren Insassen telemedizinische Dienstleistungen zur Verfügung gestellt haben. Ohne Qualitätsverlust können sie mit der notwendigen Sorgfaltspflicht mehr als 80 % der Gesundheitsprobleme auf Distanz zur vollen Zufriedenheit aller Beteiligten lösen und behandeln.

Für fast alle Fachgebiete geeignet

Das Spektrum der telemedizinischen Versorgung kann fast alle ärztlichen Fachgebiete umfassen, und zwar konkret dann, wenn der physische Kontakt nicht zwingend erforderlich ist. Das Potenzial einer telemedizinischen Konsultation im Justizvollzug ist vor allem bei der Erstkonsultation in der medizinischen Triage, bei der Betreuung und Behandlung von somatischen Krankheiten, in der Psychiatrie, aber auch bei Notfällen augenfällig. Um Sprachbarrieren zu überwinden und Missverständnisse zu vermeiden, kann in der telemedizinischen Konsultation auch direkt eine Sprachsoftware eingesetzt werden. Damit muss nicht mehr ein anderer Insasse als Dolmetscher einspringen, womit auch der Datenschutz problemlos gewährleistet ist.

Zunehmend wird das Telemonitoring als auch Präventivmassnahme eingesetzt, indem über Sensoren Vitalparameter und weitere Gesundheitsdaten in der Zelle gemessen werden. So können das objektive Erkennen von Veränderungen in Echtzeit und die sofortige

telemedizinische Intervention die Prognose von Risikofaktoren und die Sicherheit der Patienten und Patientinnen positiv beeinflussen. Zielführend ist das Telemonitoring insbesondere für chronisch kranke und ältere Insassen. Grossangelegte Studien der Universitätsklinik Charité in Berlin haben gezeigt, dass ein Telemonitoring bei kardiovaskulären Risikofaktoren die Sterblichkeit und die Rehospitalisationsrate jeweils um ein Drittel senkt.

Sofort per Telemedizin behandeln

Mithilfe der telemedizinischen Behandlung können Insassen sofort in der JVA ärztlich behandelt werden, auch wenn kein Arzt oder keine Ärztin vor Ort ist. Dies hat den Vorteil, dass Insassen nicht wegen – zunächst nicht erkannten – Trivialitäten in Spitäler transportiert werden müssen oder dass ein Arzt des Notfalldienstes ausrücken muss. Oftmals muss das Personal allein entscheiden, ob eine Behandlung dringlich ist. Dies führt zu mehr Verlegungen, welche die Ressourcen negativ beeinflussen. Es geht darum, keine Zeit zu verlieren und – gemäss dem Trend «von der Therapie zur Prävention» – direkt zu handeln und Notfälle zu vermeiden.

Weniger Transporte ...

Insassen müssen bei einem medizinischen Problem öfters die JVA verlassen, insbeson-

dere wenn kein Arztdienst vor Ort oder die Konsultation bei einem Facharzt notwendig ist und vom Insassen gewünscht wird. Diese Verlegungen sind mit viel Aufwand und Kosten für Sicherheitsvorkehrungen und die erforderlichen Spezialfahrzeuge verbunden. Aber auch für die Insassen sind diese Transporte oftmals problematisch. So können etwa das Tragen von Handschellen und die Bewachung durch Polizisten im öffentlichen Raum deren Würde beeinträchtigen.

... und Kosten

Verschiedene Studien und die Literatur haben das günstige Kosten-Nutzen-Verhältnis und Kostenreduktionen um 20 % nachgewiesen. Diese basieren teilweise auf der frühen bzw. sofortigen Behandlung von Symptomen im Sinne der Prävention, teilweise auf effizienten Prozessen sowie der Abnahme der Transporte von Insassen. Besonders zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, dass viele Häftlinge keine Krankenversicherung haben und die Kosten von den Kantonen oder Gemeinden übernommen werden müssen.

Eine gewinnbringende Ergänzung

Die Telemedizin kann die traditionelle ärztliche Versorgung in den JVA gewinnbringend ergänzen. Sie kann helfen, die Versorgungsqualität zu sichern und den Mangel an Ärz-

tinnen und Ärzten zu überbrücken. Zudem unterstützt und entlastet sie weitere Akteure wie Gesundheitsfachpersonen und das Vollzugspersonal. Dank der Reduktion von Transporten, der frühzeitigen Behandlung und den effizient gestalteten Prozessen können Kosten eingespart werden. Die positive Erfahrung weltweit, insbesondere in Deutschland und der Schweiz, kann die Basis für den Auf- und Ausbau einer flächendeckenden, fundierten, strukturierten und gewinnbringenden Implementierung der Telemedizin in den JVA sein. Wichtig ist die Bereitschaft der Akteure, die gegenwärtige Leistungserbringung kritisch zu hinterfragen, Misstrauen und Zweifel zu beseitigen, Akzeptanz zu schaffen und die Implementierung der Telemedizin schrittweise und in Begleitung wissenschaftlicher Evaluationen voranzutreiben.



Prof. Dr. med. Christiane Brockes ist CEO der alcare AG, Generalunternehmen für digitale Gesundheitsversorgung und telemedizinische Dienstleistungen. Sie lehrt «Klinische Telemedizin / e-Health» an der Universität Zürich und ist seit 25 Jahren in der Telemedizin tätig.

Milorad Sekularac hat an der Universität Zürich Medizin studiert und seine Masterarbeit zum Thema «Telemedizinisches Betreuungsangebot im Strafvollzug – eine internationale Betrachtung» geschrieben.

Dr. iur. Julian Mausbach ist Privatdozent an der Juristischen Fakultät der Universität Zürich und befasst sich intensiv mit dem Thema e-Health im Gesundheitswesen.

Das Spektrum der telemedizinischen Versorgung kann fast alle ärztlichen Fachgebiete umfassen.
Foto: JVA Lenzburg (Peter Schulthess, 2019)

Hohe Erwartungen kontrastieren mit den Kontrollmöglichkeiten

Analyse des SKJV über den Vollzug der Tätigkeits-, Kontakt- und Rayonverbote

Die Anordnung und Anpassung sowie die Durchsetzung der erweiterten Tätigkeits-, Rayon- und Kontaktverbote stellt die Kantone vor komplexe Herausforderungen. Das SKJV will zu einer einheitlichen Wissensvermittlung und zum fachlichen Austausch beitragen.

Am 1. Januar 2019 sind die erweiterten Tätigkeits-, Rayon- und Kontaktverbote in Kraft getreten (siehe Kästchen). Die damit verbundenen rechtlichen und praktischen Herausforderungen haben das Schweizerische Kompetenzzentrum für den Justizvollzug (SKJV) veranlasst, die Umsetzung dieser Verbote zu untersuchen. Die Online-Befragung von zwölf Kantonen (AG, BS, BE, GE, LU, SO, SG, TI, TG, VD, VS und ZH) ergab, dass am Stichtag (30. September 2021) 163 befristete und 140 unbefristete Tätigkeitsverbote sowie 78 Kontaktverbote und 36 Rayonverbote vollzogen wurden. Zudem verzeichnete die Befragung seit dem Inkrafttreten der neuen Gesetzesbestimmung eine starke Zunahme der Verbote.

Es habe sich noch keine gefestigte Vollzugspraxis etabliert, schreibt das SKJV in seiner am 2. Februar 2023 publizierten Analyse. Dies betrifft etwa die Anordnung von Bewährungshilfe durch die Behörden, die Prüfung von Tätigkeits-, Rayon- und Kontaktverboten nach Ablauf der Probezeit, die Möglichkeiten der Einschränkung oder der Aufhebung dieser Verbote. Die Vollzugsbehörden seien nicht mit all den gesetzlich vorgesehenen Möglichkeiten vollumfänglich vertraut.

Begrenzte Wirkung der Kontrollen

Für die Kontrolle der Verbote verfügen die Vollzugsbehörden über verschiedene Arbeitsinstrumente. Dazu gehören das Gespräch mit der betroffenen Person, das Einholen eines Strafregisterauszugs, die Kontrolle von Arbeitsverträgen und Dokumenten (z. B. Steuererklärung, Lohnabrechnung), die Selbstdeklaration der betroffenen Person und der Einbezug des

Täterumfelds sowie bei Kontakt- und Rayonverboten die elektronische Überwachung. «Aufs Ganze gesehen erfüllen diese primär auf Abschreckung beruhenden Kontrollinstrumente die Erwartungen an eine spezialpräventive Wirksamkeit nur bedingt», hält die Analyse des SKJV fest. Diese Instrumente seien auch kaum dazu geeignet, die Missachtung von Verboten direkt zu verhindern, sondern ermöglichten lediglich eine nachträgliche Sanktionierung. Zudem könne die Vollzugsbehörde bei Verboten von ausserberuflichen Tätigkeiten nur beschränkt Informationen einholen, und es bestehe Unsicherheit, zu welchen Kontrollen sie überhaupt berechtigt sei.

Zwar haben die meisten der befragten Kantone begonnen, Konzepte, Richtlinien oder Merkblätter zu erarbeiten, um die Umsetzung der Tätigkeits-, Rayon- und Kontaktverbote zu strukturieren und ihre Mitarbeitenden zu unterstützen. Im Zeitpunkt der Befragung hatte indessen laut Analyse nur ein einziger Kanton diesen Prozess bereits abgeschlossen. Zudem gibt es keine Richtlinien der Strafvollzugskonkordate für ein einheitliches Vorgehen.

Wissensvermittlung und Austausch

«Alles in allem hat sich in vielen Kantonen noch keine gefestigte und harmonisierte Vollzugspraxis entwickelt.» Aber auch jene Vollzugsbehörden, welche die organisatorische Umsetzung der Tätigkeits-, Rayon- und Kontaktverbote bereits abgeschlossen hätten, stellen laut SKJV fest, dass «die hohen gesellschaftlichen Erwartungen an deren Wirksamkeit mit den effektiven Kontrollmöglichkeiten kontrastieren». Es bestehe in der Praxis Bedarf nach einer einheitlichen Wissensvermittlung und nach fachlichem Austausch, um einen gesetzeskonformen und über die Kantons Grenzen hinweg harmonisierten Vollzug zu unterstützen. Das SKJV will deshalb in engem Austausch mit den Anspruchsgruppen entsprechende Grundlagen und Gefässe für die Praxis entwickeln.

Angesichts der eingeschränkten Kontrollmöglichkeiten der Vollzugsbehörden spricht sich das SKJV für eine verstärkte Sensibilisierung der Öffentlichkeit aus. Diese sollte sich insbesondere an Arbeitgeber und Organisationen richten, die Personen für die Betreuung von unmündigen oder besonders schutzbedürftigen Personen anstellen oder verpflichten. Sie könnten vermehrt den noch wenig bekannten Sonderprivatauszug verlangen und damit einen Beitrag zur Prävention leisten. (gal)

Link

Die Analyse des SKJV über den Vollzug der Tätigkeitsverbote und des Kontakt- und Rayonverbots ist auf der Website des SKJV (www.skjv.ch) abrufbar.

Tätigkeits-, Rayon- und Kontaktverbote

Wer in Ausübung einer beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit eine Straftat begeht, kann durch das Gericht mit einem Tätigkeitsverbot belegt werden, das bis zu zehn Jahre dauern kann (Art. 67 Abs. 1 StGB). Bei Sexualstraftaten an Minderjährigen oder anderen schutzbedürftigen Personen muss das Gericht ein lebenslangliches Verbot von Tätigkeiten aussprechen, die einen regelmässigen Kontakt mit Minderjährigen oder Schutzbedürftigen umfassen (Art. 67 Abs. 3 und Abs. 4 StGB). Dieses lebenslangliche Verbot kann weder überprüft noch aufgehoben werden, selbst wenn keine Wiederholungsgefahr mehr besteht. Ausserdem kann das Gericht einer Person, die – z. B. im Rahmen von häuslicher Gewalt – eine Straftat begeht, für eine Dauer von bis zu fünf Jahren den Kontakt zum Opfer verbieten. Zusätzlich kann es dem Täter durch ein Rayonverbot untersagen, den Wohn- oder Aufenthaltsort des Opfers zu betreten (Art. 67b StGB).

Wie Betroffene die Probezeit und die Bewährungshilfe erleben

Erkenntnisse aus einem Forschungsprojekt

Betroffene erleben die Probezeit sehr unterschiedlich. Alle sind jedoch mit der Herausforderung konfrontiert, als stigmatisierte Personen den Weg zurück in die Gesellschaft zu finden. Die Bewährungshilfe bietet vielfältige Unterstützung an, die allgemein geschätzt, zum Teil aber als begrenzt erlebt wird. Ein Forschungsprojekt hat ferner aufgezeigt, wie wichtig es für die Betroffenen ist, dass ihre individuellen Bedürfnisse und Perspektiven anerkannt werden.

Julia Emprechtinger, Lucile Franz, Daniel Lambelet und Marina Richter

Bewährungshilfe kann unter verschiedenen Facetten betrachtet werden: die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, die Organisation und die darin tätigen Professionellen oder das Erleben der Bewährungshilfe und der Probezeit durch die Betroffenen. Wir haben uns in unserem Forschungsprojekt für die letztere Perspektive entschieden. Die Probezeit zwischen Freiheitsstrafe und endgültiger Entlassung aus dem Justizvollzug ist vielfältig. Aus Platzgründen grenzen wir das Thema auf das Erleben des Justizvollzugsystems ein.

Einen Zugang zum Erlebten herstellen

Wie erleben Menschen die Probezeit und die damit einhergehende Bewährungshilfe? Das Ziel des Projektes war es, verschiedene Dimensionen der Erfahrung anzusprechen und über Emotionen einen Zugang zum Erlebten herzustellen. Dafür wurden insgesamt 16 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Kantonen Bern und Waadt in mehreren Schritten befragt.

In einem ersten Interview haben wir mit jeder Person über ihre Erfahrungen und ihre aktuelle Lebenssituation gesprochen. Welche Schwierigkeiten und Erfolge sehen sie? Welche Emotionen verbinden sie damit? Ein zweites Interview in Form eines Spaziergangs

hat uns an Orte und Wege geführt, die für die Person in ihrer aktuellen Situation von besonderer Bedeutung sind. So konnten wir mit den Teilnehmenden nicht nur über ihr Leben reden, sondern auch mit ihnen ein Stück weit Orte und Wege erleben. Schliesslich haben wir in beiden Kantonen die Teilnehmenden zu einer Gruppendiskussion eingeladen. Das Ziel war, die verschiedenen Wahrnehmungen zu diskutieren und so einen geteilten Erfahrungsraum zu schaffen. Im Folgenden skizzieren wir ausgewählte Themenfelder, die aus den Erfahrungen der teilnehmenden Personen herauskristallisiert werden konnten und ihre Sichtweisen wiedergeben.

Zwischen Hilfe und Kontrolle

Die Begleitung durch die Bewährungshilfe ist ein Teil des Lebens in der Probezeit der interviewten Personen. Auffällig ist, dass einige Personen die Bewährungshilfe als sehr präsenten und dominierenden Akteur erleben, während andere die Bewährungshilfe (sowie die Probezeit) als kaum wahrnehmbar beschreiben. Die Gründe für die Unterschiede sind nicht immer eindeutig. Jedoch wurde deutlich, dass sich an der Person der Bewährungshelferin als Vertreterin des Justizvollzugs, verschiedene Probleme kristallisieren, welche mit der Probezeit, dem Stigma als Haftentlassene und dem Auftrag der Bewährungshilfe zwischen Hilfe und Kontrolle zusammenhängen. Gleichzeitig wurden die Personen selbst oft geschätzt.

Vielfältige Unterstützung ...

Eine grosse Mehrheit der interviewten Personen skizziert den Bewährungshelfer oder die Bewährungshelferin als «sympathische» Person, mit der man gut reden könne und die es gut mit einem meine. In den Interviews wurden verschiedene Formen der Unterstützung thematisiert, die geschätzt werden. Dies kann eine emotionell-soziale Unterstützung sein, zum Beispiel könne man mit der Fach-

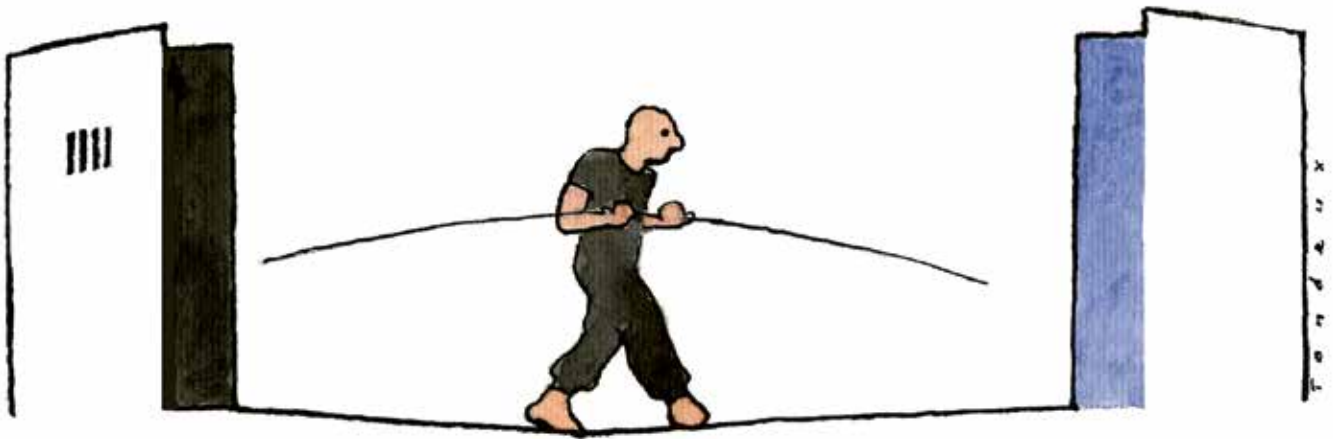
person Probleme besprechen, diese würden einen moralisch unterstützen und hilfreiche Tipps geben. Eine Teilnehmerin wurde von ihrer Bewährungshelferin zu einer sozialen Institution begleitet, was ihr ein entspanntes Ankommen ermöglichte.

Eine andere Form ist die materielle Unterstützung, indem der Zugang zu bestimmten materiellen Ressourcen erleichtert werden kann, wie zum Beispiel zur Finanzierung einer Ausbildung. Eine weitere Form ist die administrative Unterstützung, etwa bei der Aufarbeitung der Pensionsansprüche nach einer langen Haftzeit oder bei diversen Verträgen. Dabei nehmen weitaus nicht alle interviewten Personen diese Hilfen in Anspruch, weil sie selbst über die Kompetenzen verfügen und/oder ein unterstützendes soziales Netz haben.

... aber begrenzte Möglichkeiten

Kritisch äusserten sich Teilnehmende in Bezug auf die begrenzten Möglichkeiten der Fachpersonen der Bewährungshilfe im Justizsystem (u. a. Hilfe bei Schulden durch Gerichtskosten). Ebenso seien die Möglichkeiten der Fachpersonen begrenzt im Hinblick auf das weitere gesellschaftliche Umfeld, in dem straffällig gewordene Personen grosse Hürden erfahren, insbesondere bei der Arbeits- und Wohnungssuche. Gerade diese drei Aspekte Schulden, Arbeit und Wohnung stellen für viele der interviewten Personen zentrale Herausforderungen dar.

Dabei werden Fachpersonen der Bewährungshilfe zwar als Teil des Justizvollzugssystems verortet, gleichzeitig werden sie aber selber als vom System und den gesellschaftlichen Verhältnissen begrenzt beschrieben. Dies ermöglicht zum einen kooperatives Verhalten mit der Bewährungshilfe, gleichzeitig kann dies aber auch zu Frustrationserfahrungen führen. «Das würde ich mir wünschen, dass man bei der Bewährungshilfe, das Wort Hilfe unterstreichen könnte»,



Im Spannungsfeld zwischen Reintegration und Sicherheit. Zeichnung: Patrick Tondeux

wie ein Teilnehmer insbesondere in Bezug auf Unterstützung gegenüber der Vollzugsbehörde sagt.

Ein normales Leben unter besonderen Bedingungen führen

Das System des Justizvollzugs sieht einen schrittweisen Übergang ins «normale» Leben vor. Bedingung für das Arbeitsexternat als Übergang zur bedingten Entlassung ist, eine Arbeitsstelle zu finden. Ein nicht unbedeutender Teil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist nicht oder nur eingeschränkt arbeitsfähig und bezieht eine IV-Rente oder Sozialhilfe. Bei diesen Personen verläuft die stufenweise Reintegration nur – wenn überhaupt – über eine betreute Wohnform. Diese wird zum Teil als Hilfe erlebt, zum Teil aber als Verlängerung der Haft und unpassend für die eigenen Bedürfnisse. Gerade auch Frauen kritisierten, dass es aufgrund der im Vergleich zu Männern geringen Anzahl an verurteilten Frauen teilweise an passenden Angeboten im Justizvollzugssystem (z. B. für gemeinnützige Arbeit) bzw. für den Übergang ins selbstständige Leben in Freiheit mangle.

Ziel der Reintegration ist, ein deliktfreies Leben zu führen und nach Möglichkeit an den üblichen gesellschaftlichen Bereichen wie Arbeit, soziale Kontakte und eine eigene Wohnung teilzuhaben. Insbesondere Weisungen und Auflagen zu ambulanter Therapie, aber ebenso regelmässige Termine bei der Bewährungshilfe sind auf der anderen Seite Faktoren, die diese Normalität unterbrechen und bis zu einem gewissen Grad auch behindern.

Insbesondere Personen, die während der Probezeit einer geregelten Arbeit nachgehen, sehen in den vielen mit der bedingten Entlassung verbundenen Pflichtterminen eine beträchtliche Hürde. Man brauche einen sehr verständnisvollen und flexiblen Arbeitgeber, der eine Sonderbehandlung für die Termine mit der Bewährungshilfe, der ambulanten Therapie oder für die regelmässige Abgabe von Blut-/Urinproben ermöglicht. Haftentlassene Menschen haben ohnehin bereits mit Ablehnung auf dem Arbeitsmarkt zu kämpfen, sind aber auf eine Anstellung angewiesen, um in ihren Progressionsstufen voranzukommen. Diese Spannungen zwischen Auflagen des Justizsystems und den Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt nehmen viele als Belastung wahr.

Die Vorgaben sind aus der Perspektive des Sicherheitsdispositivs, das einen kontrollierten Übergang von der Haft in die Freiheit ermöglichen will, durchaus plausibel. Für die Betroffenen wird das Spannungsfeld zwischen Reintegration und Sicherheit jedoch individuell zu einer grossen Herausforderung: «Ich muss zwar alle meine Probleme selber lösen, aber die meisten Probleme habe ich nur, weil ich hier [in einer betreuten Wohnform] bin.» Andere geben an, die berufliche (Re)Integration auf nach der Probezeit zu verschieben, um diesem Spannungsfeld zu entgehen.

Immer wieder von vorne beginnen

Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben nicht nur Bewährungshilfe, sondern auch ambulante Psychotherapie als Aufla-

ge. Die Einschätzung, ob diese als hilfreich erlebt wird, hängt von vielen Faktoren ab, unter anderem von der Sympathie für die Therapeutin oder den Therapeuten oder der Einstellung zum Delikt. Wir konnten jedoch auch zwei übergreifende Themen auf der strukturellen Ebene identifizieren:

(1) Insbesondere Personen in stationärer Behandlung (Massnahmen), aber auch viele andere im Strafvollzug, sind während der Haftstrafe in psychotherapeutischer Behandlung. Vielen wird die Weiterführung einer ambulanten Therapie auferlegt, wenn sie bedingt entlassen werden. Häufige Therapeutenwechsel dürften vor allem während der Haft zum Alltag gehören und werden von den Betroffenen als mühsam beschrieben, da dadurch das Gefühl entsteht, immer wieder von vorne beginnen zu müssen und nicht weiterzukommen. Während der Probezeit berichten einige Personen über sehr stabile Therapiebeziehungen, die – trotz des Zwangskontexts – geschätzt werden. Andere wiederum stossen sich an nach wie vor häufigen, strukturell bedingten Wechseln in den Therapiebeziehungen, die ein Gefühl der Stagnation auslösen: «Sie bremsen mich jedes Mal wieder, und stellen mir die immer gleichen Fragen, wo ich mit meinem Delikt stehe.»

Zwischen Delikt und Zukunft

(2) Therapien im Justizvollzug sind in der Regel deliktorientiert ausgerichtet. Verstärkt durch die Risikoorientierung des Justizvollzugs, wird die Auseinandersetzung mit der Straftat als wichtige Orientierungsgrösse für

die Resozialisierung und die Minimierung des Rückfallrisikos gewertet. Der im System angelegte Blick in eine Zukunft mit möglichst geringem Risiko wird von den Klienten und Klientinnen jedoch mitunter als ein Verharren in der Vergangenheit erlebt, welches das Weiterkommen erschwert. Zum Teil jahrelang das Delikt im Fokus zu behalten, steht dann – aus Sicht der Betroffenen – in Widerspruch zur Anforderung, nach vorne zu blicken und ein neues Leben aufzubauen. Dabei sind einige gerne bereit, frühere Erfahrungen aufzuarbeiten und sich auf diese Weise persönlich weiterzuentwickeln. Die deliktorientierte Therapie, die sie zum Teil erlebt haben bzw. erleben, wird von manchen Betroffenen aber als zu einengend empfunden, insbesondere wenn das Delikt viele Jahre zurückliegt.

Begleitung durch eine anspruchsvolle Zeit

Die Probezeit nach der bedingten Entlassung ist für die betroffenen Personen eine anspruchsvolle Zeit. Die Erinnerungen an die Freiheitsstrafe sind noch frisch, eine mögliche Rückversetzung in den Freiheitsentzug wird von manchen als grosse Belastung er-

lebt. Gleichzeitig gilt es, unter schwierigen Bedingungen, ein neues Leben in Form von (eigenem) Wohnraum, einer stabilen Arbeitsstelle bzw. Beschäftigungsmöglichkeiten bei Arbeitsunfähigkeit und sozialen Kontakten (wieder) aufzubauen. Dazu kämpfen einige mit gesundheitlichen Problemen oder sehen sich mit grossen Schulden konfrontiert. Die Bewährungshelfer und Therapeutinnen sind in dieser Zeit Bezugspersonen aus dem professionellen Netzwerk, die punktuell oder dauerhaft als Hilfe erlebt und geschätzt werden. Ersichtlich geworden ist mit den 16 Fallgeschichten auch, dass der Hilfebedarf sich bei jeder Person unterschiedlich gestaltet.

Von den Personen selbst werden die Abläufe aber oftmals als standardisiert erlebt: «Sie haben einfach ihre Abläufe und sie lassen sich überhaupt nicht irgendwie auf Individualität ein. Sie sehen einfach, so viel Haftstrafe, dann hat sie auch noch so viele andere Probleme, fertig.» Grosses Potenzial entfaltet sich für die Bewährungshilfe dort, wo risikoorientierte Abläufe mit Ansätzen ergänzt werden, welche die von den Betroffenen selbst definierten Probleme und Prioritäten in den Blick nehmen. Die Grenzen des

Justizvollzugssystems können damit nicht versetzt werden. Wenn sie mit ihren Sorgen und Wünschen gesehen werden, fühlen sich Klientinnen und Klienten aber als Menschen anerkannt: «Man ist nicht nur eine Dossiernummer, man existiert als Mensch.»

Zum Forschungsprojekt

Das Projekt «Das Erleben der Probezeit. Eine vergleichende Studie der Erfahrungen von Personen «auf Bewährung» nach einer bedingten Entlassung» dauerte von März 2022 bis Mai 2023. Am Projekt arbeiteten Julia Emprechtinger, Lucile Franz und Marina Richter von der Forschungsgruppe CrimSo der Hochschule und höheren Fachschule für Soziale Arbeit HES-SO Valais-Wallis sowie Daniel Lambelet, assoziierter Professor an der Hochschule für Soziale Arbeit und Gesundheit Lausanne (HETSL). Es nahmen 16 Personen aus den Kantonen Bern und Waadt teil, die von der Bewährungshilfe im Rahmen einer Probezeit begleitet wurden.

Weitere Informationen über die Forschungsgruppe CrimSo (Soziale Arbeit im Justizvollzug) sind abrufbar auf www.hevs.ch/crimso.

Häufige Therapeutenwechsel lassen das Gefühl entstehen, immer wieder von vorne beginnen zu müssen und nicht weiterzukommen. Zeichnung: Patrick Tondeux



Der Desistance-Ansatz wird zum Standard

Verstärkte Unterstützung beim Ausstieg aus der Kriminalität

Aufgrund der positiven Erfahrungen im Modellversuch «Objectif Désistance» ist dieser personenzentrierte Ansatz definitiv in der Bewährungshilfe in der lateinischen Schweiz eingeführt worden. Dazu gehört namentlich die interkantonale Koordination und Animation.

Der Modellversuch «Objectif Désistance» der lateinischen Kommission für Bewährungshilfe verfolgte das Ziel (objectif), den Ausstieg aus der Kriminalität (désistance) zu unterstützen. Er unterschied zwischen der primären Desistance (keine Rückfälligkeit) und der sekundären Desistance (Bereitschaft zu einem Wandel der Identität). Er sah ein gemeinsames Interventionsmodell für die Bewährungsdienste in der lateinischen Schweiz vor, die Täter und Täterinnen nach der bedingten Entlassung betreuen.

Der Modellversuch umfasste drei Interventionsachsen: 1) Die Mitarbeitenden der Bewährungshilfe wurden in motivierender Gesprächsführung geschult, um die Bereitschaft zur Veränderung und eine bessere Selbstwahrnehmung der Klienten zu fördern. 2) Um die für die Veränderung erforderlichen Fähigkeiten und Kompetenzen der Klienten

zu unterstützen, wurde durch Austausch und Supervision das Arbeitsbündnis zwischen den Mitarbeitenden der Bewährungshilfe und den Klienten gestärkt. 3) Die Mitarbeitenden der Bewährungshilfe sowie interkantonale Koordinatoren/Animatoren förderten das soziale Kapital der Klienten, indem sie sie bei der Pflege und Stärkung ihres Beziehungsnetzes unterstützten.

Der Modellversuch begann am 1. Februar 2019 und musste wegen des Ausbruchs der Pandemie, die Treffen zwischen den Mitarbeitenden der Bewährungshilfe und ihren Klienten verunmöglichte, um ein Jahr bis zum 31. Januar 2023 verlängert werden. Insgesamt waren in den sieben Kantonen des Strafvollzugs konkordats der lateinischen Schweiz fast 50 Mitarbeitende der Bewährungshilfe, Koordinatoren/Animatoren und weitere Personen sowie über 500 auf Bewährung entlassene Personen einbezogen.

Günstige Tendenzen

Der Modellversuch wurde von der Schule für Kriminalwissenschaften an der Universität Lausanne durch einen Vergleich der Probanden mit einer Kontrollgruppe evaluiert. Bezüglich der primären Desistance erwies er sich laut Evaluationsbericht besonders bei den Ersttätern als wirkungsvoll. Zudem zeigte er bei den Wiederholungstätern ab 18 Monaten die Tendenz zu einem fortschreitenden Ausstieg aus der Kriminalität auf. Bezüglich der sekundären Desistance schwanden die Unterschiede zwischen den Probanden und der Kontrollgruppe. Insgesamt wäre trotz der günstigen Tendenzen des Desistance-Ansatzes eine langfristige Beobachtung erforderlich, um dessen Wirksamkeit noch besser zu belegen, hält der Evaluationsbericht fest.

Wissenstransfer geplant

Nach Einschätzung der lateinischen Kommission für Bewährungshilfe hat der Modellversuch dazu beigetragen, in der Gesellschaft

Klischees über verurteilte Personen und über den Straf- und Massnahmenvollzug abzubauen. Er hat zudem der Bewährungshilfe zusätzliche Instrumente für eine erfolgreichere Betreuung zur Verfügung gestellt und den Probanden Chancen auf einen Wandel, eine Integration und eine deliktfreie Zukunft eröffnet. Der Modellversuch erwies sich insofern als innovativ, als sich die Bewährungsdienste in der lateinischen Schweiz verstärkt an den Ressourcen und den Fähigkeiten der verurteilten Personen orientieren. Er führte zudem zu einer neuartigen interkantonalen Zusammenarbeit und bestätigte, dass nicht nur die Mitarbeitenden der Bewährungshilfe, sondern auch die Koordinatoren/Animatoren eine wichtige Rolle bei der Integration in die Gesellschaft spielen.

Das Strafvollzugs konkordat der lateinischen Schweiz hat deshalb den Desistance-Ansatz definitiv in der lateinischen Schweiz eingeführt. Die Entwicklung von Bildungsmodulen durch das Schweizerische Kompetenzzentrum für den Justizvollzug (SKJV) soll zudem einen Transfer der Errungenschaften des Modellversuchs in die Deutschschweiz ermöglichen. (gal)



Der Modellversuch umfasste drei Interventionsachsen: das Verhältnis des Klienten zu sich selber, die Beziehung zu seiner Bewährungshelferin und die Annäherung an sein soziales Umfeld und die Gesellschaft. Bild: Video der Waadtländer Stiftung für Bewährungshilfe (<https://www.youtube.com/watch?v=5L-TRMyWmlo>)

Link

Der Evaluationsbericht des Modellversuchs «Objectif Désistance» ist auf der Website der Schule für Kriminalwissenschaften an der Universität Lausanne (www.unil.ch/esc) und des Bundesamtes für Justiz (www.bj.admin.ch) abrufbar.

Untersuchungshaft für Brian bestätigt

Bundesgericht weist Beschwerde gegen Bestätigung von Untersuchungshaft durch Zürcher Obergericht ab

Das Bundesgericht hat mit Urteil vom 13. Februar 2023 die Beschwerde von Brian gegen den Beschluss des Zürcher Obergerichts abgewiesen, das im vergangenen Dezember die Anordnung von Untersuchungshaft bestätigt hatte. Das Obergericht hat laut Bundesgericht zu Recht das Vorliegen von Wiederholungsgefahr bejaht. Die für allfällige weitere Haftprüfungen erforderliche aktualisierte Risikoeinschätzung hat es bereits angeordnet.

Im Mai 2021 verurteilte das Obergericht des Kantons Zürich Brian wegen versuchter schwerer Körperverletzung und weiterer Delikte zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren und vier Monaten. Das Bundesgericht hob

das Urteil aus formellrechtlichen Gründen auf und wies die Sache zu neuer Beurteilung zurück (Urteil 6B_882/2021). Im Januar 2022 wurde Brian von der Justizvollzugsanstalt Pöschwies ins Gefängnis Zürich verlegt. Im vergangenen Oktober ordnete das Obergericht seine Entlassung an, weil die Fortsetzung der Sicherheitshaft angesichts der Dauer der zu erwartenden Freiheitsstrafe (in dem zurückgewiesenen Verfahren) nicht mehr verhältnismässig erscheine.

In einem zwischenzeitlich neu eingeleiteten Verfahren wirft die Staatsanwaltschaft I des Kantons Zürich Brian in weiteren 33 Anklagepunkten u. a. versuchte schwere Körperverletzung und weitere Delikte vor, die er ab 2018 mehrheitlich in der JVA Pöschwies

begangen haben soll. Die Staatsanwaltschaft liess ihn deswegen Anfang November (noch vor der Entlassung) erneut verhaften und das Zwangsmassnahmengericht des Bezirks Zürich versetzte ihn in Untersuchungshaft. Das Obergericht bestätigte die Untersuchungshaft am 14. Dezember 2022.

Keine Grundrechte verletzt

Das Bundesgericht weist die Beschwerde Brians ab. Das Obergericht verletzt kein Bundesrecht und keine Grundrechte des Betroffenen, wenn es davon ausgeht, dass einstweilen Wiederholungsgefahr besteht. In Anbetracht früherer schwerer Straftaten und einer deutlich ungünstigen Rückfallprognose besteht ein erhebliches Risiko, dass der Betroffene erneut gleichartige Gewaltdelikte begehen könnte. Nicht zu beanstanden ist, wenn die Vorinstanz derzeit von einer ungünstigen Rückfallprognose ausgeht. Sie stützt sich dabei auf ein psychiatrisches Gutachten von 2019, wonach bei einer Entlassung mittel- und langfristig ein deutlich erhöhtes Risiko für erneute Gewaltstraftaten bestehe.

Zutreffend hält das Obergericht allerdings fest, dass diese bereits vier Jahre alte Prognose im Hinblick auf allfällige weitere Haftprüfungen aktualisiert werden muss. Das Obergericht hat die Staatsanwaltschaft denn auch bereits angewiesen, unverzüglich eine aktuelle Risikoeinschätzung einzuholen. Der Umstand, dass der Beschwerdeführer die ihm neu vorgeworfenen Straftaten innerhalb der JVA Pöschwies begangen haben soll, lässt das Risiko nicht ohne Weiteres entfallen. (Red.)

Urteil 1B_22/2023 vom 13. Februar 2023



Brian bleibt wegen Wiederholungsgefahr in Untersuchungshaft. Foto: Peter Schulthess, 2019

Kein Beschwerderecht für die Staatsanwaltschaft

Bundesgericht passt Praxis dem gesetzgeberischen Willen an

Die Staatsanwaltschaft verfügt über kein Beschwerderecht gegen Entscheide der Zwangsmassnahmengerichte über die Anordnung, Verlängerung und Aufhebung von Untersuchungs- oder Sicherheitshaft gegen Beschuldigte. Mit der Anpassung seiner Praxis berücksichtigt das Bundesgericht in seinem Urteil vom 10. Januar 2023 den Entscheid des Parlaments, bei der Revision der Strafprozessordnung der Staatsanwaltschaft kein Beschwerderecht einzuräumen. Damit hat der Gesetzgeber klar seinen Willen zum Ausdruck gebracht, die bisherige bundesgerichtliche Rechtsprechung nicht zu übernehmen.

Artikel 222 der Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO) sieht vor, dass die verhaftete Person gegen Entscheide des Zwangsmassnahmengerichts über die Anordnung, die Verlängerung und die Aufhebung der Untersuchungs- oder Sicherheitshaft Beschwerde erheben kann. Ein entsprechendes Beschwerderecht für die Staatsanwaltschaft sieht die StPO nicht vor. Das Bundesgericht entschied 2011 in einem Grundsatzurteil, dass dieses Schweigen der StPO auf einem Versehen des Gesetzgebers beruhe; im Interesse einer funktionierenden Strafjustiz sei in solchen Fällen ein Beschwerderecht der Staatsanwaltschaft notwendig.

Bisherige Praxis ist per sofort aufzugeben

Im Rahmen der aktuellen Revision der StPO (voraussichtliches Inkrafttreten per 1. Januar 2024) hat sich der Gesetzgeber in Kenntnis der bisherigen bundesgerichtlichen Praxis gegen ein Beschwerderecht der Staatsan-

waltschaft gegen Entscheide über die Anordnung, Verlängerung und Aufhebung der Untersuchungs- oder Sicherheitshaft ausgesprochen. Damit wurde der gesetzgeberische Wille unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. Diese veränderte Situation erfordert auch in Anbetracht der Gewaltenteilung eine unverzügliche Anpassung der Rechtsprechung. Die bisherige Praxis zum staatsanwaltschaftlichen Beschwerderecht gegen Haftentscheide des Zwangsmassnahmengerichts ist per sofort aufzugeben.

Im konkreten Fall wurde der Beschwerdeführer im Februar 2022 wegen Mordverdachts in Untersuchungshaft genommen. Das Zwangsmassnahmengericht des Kantons Aargau ordnete im vergangenen Oktober seine unverzügliche Haftentlassung an. Das Obergericht hiess die Beschwerde der Staatsanwaltschaft gut. Im November wies das Zwangsmassnahmengericht ein Gesuch

der Staatsanwaltschaft um Haftverlängerung ab; das Obergericht hiess ihre Beschwerde wiederum gut.

Das Bundesgericht heisst die dagegen erhobenen Beschwerden des Mannes teilweise gut. Das Obergericht hätte in Anbetracht der nun erfolgten Anpassung der Praxis auf die Beschwerden der Staatsanwaltschaft nicht eintreten dürfen. Das hat indessen nicht die sofortige Haftentlassung des Beschwerdeführers zur Folge. Da es sich um eine nicht vorhersehbare Anpassung der Rechtsprechung handelt, muss das Zwangsmassnahmengericht neu über die Haftentlassung befinden. Namentlich stellt sich die Frage, ob es gleich entschieden hätte, wenn es darum gewusst hätte, dass sein Entscheid ohne Anfechtungsmöglichkeit sofort rechtskräftig werden würde. (Red.)

Urteil 1B_614/2022 vom 10. Januar 2023

Die Staatsanwaltschaft hat neu kein Beschwerderecht mehr gegen Haftentscheide der Zwangsmassnahmengerichte. Mit seinem Urteil berücksichtigt das Bundesgericht den im Rahmen der parlamentarischen Beratungen zur Revision der StPO klar geäusserten Willen des Gesetzgebers. Foto: Peter Schulthess, 2014



Kurzinformationen

BE: Neuer Direktor des Regionalgefängnisses Bern

Eugen Marty hat am 1. Januar 2023 die Leitung des Regionalgefängnisses Bern übernommen.



Der neue Direktor hat sich laut Medienmitteilung der Sicherheitsdirektion des Kantons Bern «aufgrund seiner langjährigen Erfahrung im Dienst der öffentlichen Sicherheit und jener von Privatunternehmen als der am besten qualifizierte Kandidat im Auswahlverfahren durchgesetzt». Er war während über 30 Jahren im Polizeidienst der Innerschweiz tätig, darunter 24 Jahre als Polizeioffizier. Er war Chef der Regionenpolizei des Kantons Schwyz und während 16 Jahren Chef der Zuger Sicherheitspolizei. Zuletzt arbeitete er als Senior Consultant und Geschäftsleitungsmitglied eines auf Sicherheit und Krisenmanagement spezialisierten Unternehmens in der Ostschweiz.

Das Regionalgefängnis Bern ist eines von fünf Regionalgefängnissen im Amt für Justizvollzug des Kantons Bern. Mit rund 60 Mitarbeitenden und 123 Plätzen stellt es die Drehscheibenfunktion für den bernischen Justizvollzug sicher und verzeichnet jährlich über 10 000 Ein- und Austritte.

VD: Neuer Leiter des Gefängnisses Bois-Mermet

Dominique Legros hat am 1. März 2023 die Leitung des Gefängnisses Bois-Mermet und der Anstalt Simplan in Lausanne übernommen.



Dominique Legros begann seine berufliche Tätigkeit 1996 als Polizeibeamter in Belgien. Ab 2012 war er zunächst als Erzieher im Massnahmenzentrum Pramont tätig, ab 2014 als Sicherheitsbeauftragter und Mitglied der Direktion. Zugleich ist er Ausbilder an der Polizeischule in Savatan VS sowie am Schweizerischen Kompetenzzentrum für den Justizvollzug (SKJV). Das Amt für Justizvollzug (Service pénitentiaire, SPEN) des Kantons Waadt würdigt in einer Medienmitteilung seinen multidisziplinären Ansatz und seine Kompetenzen, dank denen die Politik der Resozialisierung sowie zahlreiche Infrastrukturprojekte vorangetrieben werden können.

Das Gefängnis Bois-Mermet dient der Untersuchungshaft, dem Strafvollzug vor der Übernahme durch einen anderen Kanton und dem vorzeitigen Strafvollzug. Infolge der Überbelegung der letzten Jahre ist die Aufnahmekapazität auf 168 Plätze erhöht worden. Die Anstalt Simplan ist zuständig für den Vollzug von Freiheitsstrafen in Form der Halbgefangenschaft sowie des Arbeitsexternats und umfasst 40 Plätze für Frauen und Männer.

Weniger Haftplätze nötig

Die ursprünglich vorgesehene Anzahl Haftplätze für das neue Gefängnis am Standort Witzwil kann um 50 Plätze reduziert werden. Dies hat eine aktualisierte Bedarfsplanung des Amtes für Justizvollzug ergeben, wie die Sicherheitsdirektion des Kantons Bern in einer Medienmitteilung schreibt. Dafür wird die Justizvollzugsanstalt Thorberg auch künftig weiter genutzt.

Das Amt für Justizvollzug hat im Zuge der Vorbereitungsarbeiten zum Projektwettbewerb die künftig benötigte Anzahl Vollzugsplätze neu erhoben. In der bisherigen Planung wurde ein Bedarf von 150 Plätzen im geschlossenen Männervollzug sowie von 100 Plätzen in der Untersuchungshaft ausgewiesen. Die aktualisierte Bedarfsplanung gelangte zum Fazit, dass es in der Untersuchungshaft 50 Plätze weniger braucht. Für den geschlossenen Männervollzug sind hingegen die geplanten 150 neuen Plätze zwingend notwendig. Deshalb wird die Justizvollzugsanstalt Thorberg mit einem angepassten Angebot auch weiterhin genutzt. Die genaue Ausgestaltung des Angebots wird in einer nächsten Phase definiert.

Damit auch künftige Veränderungen in der Bedarfsplanung berücksichtigt werden können, verlangt die Sicherheitsdirektion eine flexible Planung der neuen Infrastruktur am Standort Witzwil. Für den Neubau soll eine Reservelandfläche vorgesehen werden, worauf ein späterer Erweiterungsbau mit 50 zusätzlichen Haftplätzen immer noch möglich wäre.

Ebenfalls am Standort Witzwil soll neu die Administrativhaft vollzogen werden. In einem ersten Schritt soll bis Ende 2025 eine bestehende Wohngruppe der offenen Anstalt als Administrativhaft vorerst für 20 Plätze eingerichtet werden.

Rückkehr in das Herkunftsland

Wenn ausländische Staatsangehörige im Freiheitsentzug keinen rechtmässigen Aufenthaltsstatus haben oder ihn aufgrund eines gerichtlichen Ausweisungsentscheids verlieren, bedeutet das oft, dass sie nach der Verbüssung ihrer Haftstrafe die Schweiz verlassen und Herkunftsland zurückkehren müssen. Wie kann man die Rückkehr der Betroffenen bestmöglich vorbereiten? Wie kann man erreichen, dass die im Freiheitsentzug verbrachte Zeit für die Vorbereitung der Wiedereingliederung im Herkunftsland genutzt wird? Antworten auf diese Fragen gibt die neue Website www.info-retour.ch.



Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Freiburger Netzwerks für psychische Gesundheit (FNPG) und des Schweizerischen Kompetenzzentrums für den Justizvollzug (SKJV) hat verschiedene Schlüsselakteure zusammengebracht, die gemeinsam durch die Nutzung von Synergien die komplexe Betreuungssituation verbessern wollen. Zahlreiche institutionelle Akteure können bei einem Ausweisungsentscheid aktiv werden: Während der Betreuung im Freiheitsentzug, bei der Entwicklung von Rückkehrprojekten mit verschiedenen Partnern und der bei der Vorbereitung der tatsächlichen Rückkehr in das Herkunftsland können Dutzende von lokalen, kantonalen, eidgenössischen und internationalen Stellen involviert sein. Die neue Website veranschaulicht anhand mehrerer Erfahrungsberichte die Rolle der einzelnen Akteure, indem sie die Etappen von der Inhaftierung bis zur Rückkehr in das Herkunftsland nachzeichnet.

Erster Fall von Suizidhilfe

Am 28. Februar 2023 hat ein in der Justizvollzugsanstalt Bostadel verwahrter Mann mit Unterstützung der Sterbehilfeorganisation Exit ausserhalb der Anstalt Suizid begangen. Er ist der erste Mensch im Freiheitsentzug, den Exit in den Tod begleitet hat.

«Das grundrechtlich garantierte höchstpersönliche Recht, die Art und den Zeitpunkt ihres Todes frei zu wählen, steht grundsätzlich auch allen inhaftierten urteilsfähigen Personen zu», hält die vor drei Jahren publizierte Orientierungshilfe des Schweizerischen Kompetenzzentrums für den Justizvollzug (SKJV) fest. Dieses Dokument enthält zentrale Grundsätze zur Beurteilung von Anträgen für einen assistierten Suizid im Freiheitsentzug, überlässt aber angesichts unterschiedlicher Auffassungen bezüglich der Voraussetzungen, der Zuständigkeiten, dem Sterbeort und dem Ablauf einer Freitodbegleitung die Detailregelungen den Kantonen.

Der assistierte Suizid des Verwahrten von Bostadel sei «weniger spektakulär, als es den Anschein macht», kommentiert die NZZ. «Doch er verweist auf ein wachsendes Problem: In den Schweizer Justizvollzugsanstalten leben immer mehr alte Menschen, die kaum mehr Aussicht auf ein Lebensende in Freiheit haben.» Gemäss einer Analyse des SKJV wird sich die Zahl hilfs- und pflegebedürftiger älterer Männer und Frauen im Massnahmenvollzug bis ins Jahr 2035 verdoppeln oder gar verdreifachen. Deshalb sind laut SKJV Lösungen gefragt, «die eine humane und adäquate Betreuung gewährleisten, ohne die Sicherheit des Personals und der Öffentlichkeit zu vernachlässigen».

GL: Leiterin der neuen Abteilung Justizvollzug

Barbara Rohner hat am 1. März 2023 ihre Stelle als Leiterin der neu geschaffenen Abteilung Justizvollzug des Kantons Glarus angetreten.



«Mit der 41-jährigen Juristin Barbara Rohner konnte eine ausgewiesene Fachperson für die Leitung der neuen Abteilung Justizvollzug gewonnen werden», wie das Departement Sicherheit und Justiz des Kantons Glarus in einer Medienmitteilung schreibt. Sie war namentlich als Bereichsleiterin im Schweizerischen Kompetenzzentrum für den Justizvollzug (SKJV), im Amt für Justizvollzug des Kantons Zürich sowie für die Fachkommission zur Überprüfung der Gemeingefährlichkeit von Straftätern und Straftäterinnen des Ostschweizer Strafvollzugskonkordats tätig.

Die Abteilung Justizvollzug ist die kantonale Strafvollzugsbehörde. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere die Einweisung von verurteilten Personen in Justizvollzugsanstalten, die Bewilligung von bedingten Entlassungen aus dem Normalstrafvollzug, Vollzugsentscheide im Massnahmenvollzug oder die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen. Der Abteilung Justizvollzug ist auch das Kantonsgefängnis Glarus unterstellt.

Grand-Marais: nur eine Bauetappe

Um den Bau der künftigen Justizvollzugsanstalt Grands-Marais zu optimieren, hat der Staatsrat des Kantons Waadt einen Zeitplan für die Realisierung in einer Etappe statt – wie bisher vorgesehen – in zwei Etappen genehmigt. Diese neue Planung wird laut Medienmitteilung des Staatsrats eine schrittweise Inbetriebnahme der 410 Plätze der neuen Anstalt ab 2030 ermöglichen, d. h. fünf Jahre früher als bei der Variante in zwei Etappen.



Das Projekt auf einer Parzelle in der Nähe der heutigen Etablissements de la plaine de l'Orbe (EPO) ist ein wichtiger Teil der Strategie zur Entwicklung der Infrastruktur des Justizvollzugs, die 2014 vom Staatsrat verabschiedet worden ist. Der Gebäudekomplex mit 410 Plätzen wird das Waadtländer Gefängnisssystem entlasten, das seit mehreren Jahren von Überbelegung betroffen ist.

Die künftige Justizvollzugsanstalt Grands-Marais wird die Betreuung der inhaftierten Personen verstärken und dadurch ihre Resozialisierung fördern. Sie wird zudem dem Personal und den Partnern des Amtes für Justizvollzug (Service pénitentiaire, SPEN) des Kantons Waadt ein qualitativ hochwertiges Arbeitsumfeld bieten. In finanzieller Hinsicht ermöglicht die Realisierung in einer einzigen Etappe, die Investitionskosten in Höhe von 279 Millionen CHF um 17 Millionen CHF zu senken.

Siegerprojekt für die Bostadel-Erweiterung

Die Justizvollzugsanstalt Bostadel in Menzingen ZG wird saniert und durch einen neuen Trakt erweitert. Das Preisgericht hat aus acht eingereichten Vorschlägen das Projekt «ALLESWIRDEINS» zum Sieger erkoren.



Mit dem Neubau einer Spezialabteilung für alte und langzeitverwahrte Gefangene könne nicht nur der Betrieb der JVA während der Sanierung des Hauptgebäudes aufrechterhalten, sondern auch eine optimale Betriebsgrösse sowie ein Angebot an spezialisierten Haftplätzen erreicht werden, schreibt die Baudirektion des Kantons Zug in einer Medienmitteilung. Die Positionierung des dreigeschossigen Neubaus schafft laut Preisgericht «auf selbstverständliche Weise die gewünschten Aussenbereiche für den Normalvollzug im Osten sowie für den Spezialvollzug im Westen des Areals». Es würdigt zudem die Aussenräume, die geringe Verschattung sowie die Qualität der Besonnung der Innenräume, insbesondere der Zellen.

Die Gesamtkosten für die Sanierung und Erweiterung der Justizvollzugsanstalt belaufen sich auf 67 Millionen CHF, an denen sich der Bund mit 16 Millionen CHF beteiligt. Der Neubau soll in den Jahren 2027 bis 2028 realisiert werden. Die Gesamtinstandsetzung des Hauptgebäudes soll von 2029 bis 2032 dauern.

Mehr schwere Gewaltdelikte

2022 hat die Polizei deutlich mehr Gewaltdelikte sowie Einbruch- und Einschleichenstähle als im Vorjahr registriert. Auf dem Vormarsch befand sich auch die digitale Kriminalität, wie aus der neuen Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) des Bundesamtes für Statistik (BFS) hervorgeht.

2022 wurden 1942 schwere Gewaltdelikte polizeilich registriert. Das sind 16,6 % mehr als im Vorjahr und so viele wie noch nie seit Einführung der PKS im Jahr 2009. Die Zahl der Vergewaltigungen nahm um 14,5 % auf 867 und jene der schweren Körperverletzungen um 17,2 % auf 762 zu. Wie im Vorjahr wurden 42 vollendete Tötungsdelikte registriert, wovon 25 im häuslichen Bereich verübt wurden.

2022 wurden erstmals seit zehn Jahren mehr Einbruch- und Einschleichenstähle registriert. Sie nahmen gegenüber dem Vorjahr um 14,6 % auf 35 732 zu und lagen damit auf einem leicht höheren Niveau als vor der Pandemie. Insgesamt wurden 174 702 Diebstähle verübt (+17,4 %). Bei der digitalen Kriminalität war eine Zunahme um 9,9 % auf 33 345 Straftaten zu verzeichnen. Die Zunahme geht insbesondere auf Fälle von Phishing, Sextorsion und Online-Anlagebetrug zurück.

2022 wurden insgesamt 86 693 Personen wegen Widerhandlungen gegen das Strafgesetzbuch (StGB) polizeilich registriert. Davon waren 10 585 Minderjährige (-3,1 %), 13 302 junge Erwachsene (+2,1 %) und 62 726 Erwachsene (+7,7 %).

Die Polizeiliche Kriminalstatistik ist auf der Website des Bundesamtes für Statistik (www.bfs.admin.ch) abrufbar.

BE: Drei neue Besetzungen



Manfred Stuber, bisher Direktor des Massnahmenzentrums St. Johannsen, hat am 1. April 2023 die Leitung der fünf Regionalgefängnisse im Kanton Bern übernommen. Seine Nachfolge übernahm seine bisherige Stellvertreterin Renata Sargent. Pascal Ludin, bisher Chef des Geschäftsfeldes Haft, trat auf den gleichen Zeitpunkt seine neue Funktion als stellvertretender Vorsteher des Amtes für Justizvollzug (AJV) an.

Als neuer Chef des Geschäftsfeldes Haft ist Manfred Stuber für die fünf Regionalgefängnisse Bern, Biel, Burgdorf, Thun und Moutier, für die Bewachungsstation im Inselspital sowie für die Einheit Transport und Haftplatzkoordination verantwortlich. In diesen Organisationseinheiten sind rund 250 Mitarbeitende tätig.



Mit Renata Sargent leitet erstmals eine Frau das offene Massnahmenzentrum St. Johannsen, das als Konkordatsanstalt der Behandlung von 80 psychisch belasteten oder suchtkranken Straftätern dient. Hier war sie als Wohngruppenleiterin, anschliessend als Bereichsleiterin Soziotherapie und zuletzt zehn Jahre als stellvertretende Direktorin und Leiterin Vollzug im Massnahmenzentrum tätig.



In seiner neuen Funktion als stellvertretender Amtsvorsteher widmet sich Pascal Ludin unter anderem übergeordnet den Themen Sicherheit, Qualitätsmanagement, systemrelevante Funktionen und Prozesse. Zudem ist er für verschiedene Projektleitungsaufgaben wie den Aufbau einer forensisch-psychiatrischen Versorgungskette in Partnerschaft mit den Universitären Psychiatrischen Diensten Bern verantwortlich.

Die Übernahme der Stellvertreterfunktion erlaubt Amtsvorsteherin Romilda Stämpfli, sich neben ihren direkten Führungsaufgaben stärker auf die strategische Weiterentwicklung des AJV zu fokussieren sowie ihre kantonsübergreifenden Verpflichtungen als Präsidentin der Konferenzen der Kantonalen Leitenden Justizvollzug sowie der Leitenden Justizvollzug der Nordwest- und Innerschweiz wahrzunehmen.

Neues Co-Präsidium der KKJPD

Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) hat am 13. April 2023 an ihrer Frühjahrversammlung die Nidwaldner Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser-Frutschi und den Neuenburger Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Sicherheit und Kultur Alain Ribaux als neues Co-Präsidium gewählt. Sie treten die Nachfolge von Regierungspräsident Fredy Fässler an, der sein Amt aus gesundheitlichen Gründen abgegeben hat.



Der St. Galler Sicherheitsdirektor hatte das Präsidium der KKJPD im November 2020 übernommen und das Gremium «mit viel Kompetenz und Umsicht geführt». In seine Präsidentschaft fielen laut Medienmitteilung der KKJPD «mit der Covid-19-Pandemie sowie dem Ukraine-Krieg und der damit einhergehenden Zunahme der Flüchtlingszahlen Herausforderungen, zu deren Bewältigung er dank seiner breiten Erfahrung und seiner menschlichen Art wesentlich beitrug».

Regierungsrätin Karin Kayser-Frutschi und Staatsrat Alain Ribaux haben die KKJPD als Co-Vizepräsidentin und Co-Vizepräsident seit dem Unfall von Fredy Fässler im Herbst 2022 interimistisch geführt. Die KKJPD hat deren Arbeit «mit der erstmaligen Wahl eines Co-Präsidiums gewürdigt».

GE: Neuer Leiter des Amtes für Justizvollzug

Claude Bettex hat am 1. Mai 2023 die Leitung des Amtes für Justizvollzug (Office cantonal de la détention, OCD) des Kantons Genf übernommen. Er folgte auf Philippe Bertschy, der seit März neu für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz tätig ist.



Claude Bettex ist Inhaber eines DAS Leadership im öffentlichen Sektor und verschiedener CAS in Verwaltungsführung und Management. Er war namentlich während 17 Jahren bei der Kantonspolizei Genf tätig, zuletzt als Chef der Kriminalpolizei. Von Januar 2022 bis April 2023 war er interimistischer Direktor des Gefängnisses Champ-Dollon. «Seine beruflichen Kompetenzen sowie seine Qualitäten als Manager und als Mensch werden es ihm ermöglichen, mit seinem Führungsteam und den Mitarbeitenden die zahlreichen Herausforderungen und Aufgaben des OCD zu bewältigen», schreibt der Genfer Staatsrat in einer Medienmitteilung. Er erwähnt insbesondere eine intensivierte Zusammenarbeit zwischen den zentralen Diensten des OCD und den sieben Strafvollzugsanstalten des Kantons sowie die Umsetzung des kürzlich verabschiedeten Gesetzes über die Justizvollzugsplanung.

GE: Neuer Direktor des Gefängnisses von Champ-Dollon

Hakim Mokhtar hat am 1. Mai 2023 die Leitung des Gefängnisses Champ-Dollon übernommen. Er folgte auf Claude Bettex, der auf den gleichen Zeitpunkt seine neue Stelle als Leiter des Amtes für Justizvollzug (Office cantonal de la détention, OCD) des Kantons Genf angetreten hat.



Hakim Mokhtar war bis Ende April 2023 ein Jahr als Direktor und zuvor sechs Jahre als stellvertretender Direktor der Strafanstalt La Brenaz tätig gewesen. Zu Beginn des Jahres 2022 hatte er als interimistischer stellvertretender Direktor des Gefängnisses Champ-Dollon den damaligen interimistischen Direktor Claude Bettex unterstützt. Mokhtar setzt sich stark in den Gremien des Strafvollzugskonkordats der lateinischen Schweiz ein und ist Mitglied der Prüfungskommission des Schweizerischen Kompetenzzentrums für den Justizvollzug (SKJV), schreibt das Departement für Sicherheit, Bevölkerung und Gesundheit des Kantons Genf in einer Medienmitteilung. Eine seiner ersten Amtshandlungen werde darin bestehen, seinen Stellvertreter oder seine Stellvertreterin zu rekrutieren.

AR: Neuer Direktor der Gefängnisse Gmünden

Urs Schindler ist am 17. Mai 2023 vom Regierungsrat des Kantons Appenzell Ausserrhoden zum Direktor der Gefängnisse Gmünden gewählt worden. Er hat die Gefängnisse Gmünden bereits seit Mitte Februar 2023 interimistisch geleitet, nachdem sich die bisherige Direktorin Alexandra Horvath entschieden hatte, eine neue Herausforderung anzunehmen.



Urs Schindler ist Justizvollzugsexperte und Sozialpädagoge. Er war mehrere Jahre stellvertretender Direktor und Erziehungsleiter des Massnahmenzentrums Kalchrain, verfügt über eine mehrjährige Erfahrung als KESB-Mitglied und leitete zuletzt ad interim das Regionalgefängnis Altstätten, schreibt der Regierungsrat des Kantons Appenzell Ausserrhoden in einer Medienmitteilung.

Die Gefängnisse Gmünden in Niederteufen umfassen die Strafanstalt Gmünden mit 62 Plätzen und das Kantonale Gefängnis mit 12 Plätzen. Die Strafanstalt Gmünden ist eine offene Institution, die Strafen an Männern im Normal- und Spezialvollzug sowie in Form von Halbgefangenschaft und im Arbeitsexternat vollzieht. Seit 2017 bietet sie auch einige Plätze für Frauen an. Das Kantonale Gefängnis dient der Untersuchungs- und Ausschaffungshaft.

TG: Neuer Leiter in Kalchrain

Andreas Wepfer übernimmt auf den 1. Juli 2023 die Leitung des Massnahmenzentrums Kalchrain. Er folgt auf Hansjörg Lüking, der im Juni in Pension gegangen ist.



Andreas Wepfer studierte an der Universität Zürich Psychologie und verfasste eine Dissertation zum Thema «Schweigen in der Psychotherapie – zum Umgang der Psychoanalyse mit dem Widerspenstigen». Danach führte er in Zürich eine eigene psychotherapeutische Praxis. Er arbeitete als Psychotherapeut beim Psychiatrisch-Psychologischen Dienst der Stadt Zürich, beim Schulpsychologischen Dienst Dietikon und in der Modellstation Somosa in Winterthur. Seit 2018 war Andreas Wepfer in der Burghof Pestalozzi-Jugendstätte in Dielsdorf tätig und leitete dort die Beobachtungsstation.

«Mit seinen Ausbildungen und seiner Berufserfahrung – speziell im psychologischen Bereich und in der Führung – bringt Andreas Wepfer die besten Voraussetzungen für die anspruchsvolle Leitungsfunktion und den Umgang mit jungen – auch straffälligen und psychisch kranken – Menschen mit», schreibt das Departement für Justiz und Sicherheit des Kantons Thurgau in einer Medienmitteilung.

ZH: Neuer Direktor des MZU

Im August 2023 übernimmt Carmelo Campanello die Leitung des Massnahmenzentrums Uitikon (MZU). Er folgt auf Gregor Tönnissen, der per Ende Mai 2023 in den Ruhestand getreten ist.



Carmelo Campanello hat Psychologie, Psychopathologie des Kindes- und Jugendalters und Kriminologie an der Universität Zürich studiert und verfügt über eine langjährige Führungserfahrung. Seit 2013 leitet er die Jugendstätte Burghof in Dielsdorf, davor hatte er als Abteilungsleiter in der Modellstation Somosa in Winterthur gewirkt. Sie sei überzeugt, dass Carmelo Campanello «das MZU weiterhin fachlich versiert, mit viel Engagement und unternehmerischem Geist führen wird», wird Amtsleiterin Mirjam Schlup in der Medienmitteilung von Justizvollzug und Wiedereingliederung zitiert.

Gregor Tönnissen hat das MZU laut Mirjam Schlup «fachlich weiterentwickelt und dafür gesorgt, dass es heute ein zeitgemässes Massnahmenzentrum ist, das junge Straftäter aus der ganzen Schweiz aufnehmen kann». Im MZU werde nach psychologischen und pädagogischen Prinzipien gearbeitet, viele junge Straftäter absolvierten eine Ausbildung. Dadurch verbessere sich ihre Chance auf ein Leben ohne weitere Delikte.

Veranstaltung: Wie (a)sozial ist Justizvollzug?

Das sechste Forum Justizvollzug ist dem Thema der sozialen Beziehungen gewidmet. Im Freiheitsentzug sind die inhaftierten Personen in ihren Beziehungen zur Aussenwelt stark eingeschränkt. Gleichzeitig müssen sie sich in einem neuen Beziehungsnetz zurechtfinden und ihren Alltag mit Personen teilen, die sie sich nicht selbst ausgesucht haben: die Fachleute des Justizvollzugs und die mit-inhaftierten Personen. Auch im Übergang in die Freiheit stellt die Pflege von alten und der Aufbau von neuen sozialen Beziehungen ein wichtiger Faktor für die Wiedereingliederung und Rückfallprävention dar.

Das Forum Justizvollzug 2023 stellt die Perspektive der inhaftierten Person in den Mittelpunkt und soll zum Nachdenken anregen, was die professionellen Akteure zur Stärkung der sozialen Beziehungen beitragen können. Für den stationären Vollzug werden der Erhalt und Wiederaufbau von Beziehung zu Angehörigen und Nahestehenden, die Möglichkeiten, ein Privat- und Intimleben zu führen, sowie der soziale Empfangsraum im Herkunftsland thematisiert. Auch die häufige Erosion der Aussenbeziehungen bei langen Haftstrafen oder stationären Massnahmen sind Teil der Diskussion. Für den ambulanten Vollzugskontext geht es insbesondere um die Bedeutung von beruflichen Massnahmen für die Förderung der Autonomie und Eigenverantwortung der strafverurteilten Personen.

Veranstalter: Schweizerisches Kompetenzzentrum für den Justizvollzug

Datum: 22./23. November 2023

Ort: Kultur- und Kongresshaus, Aarau

Sprachen: Deutsch und Französisch

Weitere Informationen: www.skjv.ch

Justizvollzug im Wandel der Zeit

Von einem dürftigen A4-Blatt zu einem ganzheitlichen Prozess

In den letzten 30 Jahren hat sich der Justizvollzug als Folge des Falls am Zollikerberg tiefgreifend gewandelt und weiterentwickelt. Zwar ist keine hundertprozentige Sicherheit möglich, doch die Verantwortlichen erfüllen ihre anspruchsvolle Aufgabe nach hohen fachlichen Standards. Verschiedene Projekte sollen gewährleisten, dass sie auch die künftigen Herausforderungen gemeinsam meistern können.

Joe Keel



Joe Keel war in seiner Laufbahn namentlich von 2008 bis 2018 als Leiter des Amtes für Justizvollzug des Kantons St. Gallen und danach bis zu seiner Pensionierung im Juni 2023 als Sekretär des Ostschweizer Strafvollzugskonkordats (OSK) tätig. Seither begleitet er in einem Teilpensum insbesondere das Projekt HORIZONT bis zu dessen Abschluss.

Seit über 30 Jahren bin ich für den Justizvollzug tätig. Das war so nicht geplant. Eine Einschränkung auf das Sanktionenrecht erschien mir als junger Jurist als Sackgasse. Dennoch übernahm ich aufgrund meines Interesses für das Strafrecht und für Personen, deren Lebensweg nicht geradlinig verläuft, die Leitung der Dienststelle Straf- und Massnahmenvollzug im Kanton St. Gallen. Es sollte für maximal fünf Jahre sein. Schon rasch merkte ich, wie vielfältig und spannend die Tätigkeit ist. Die interdisziplinäre Teamarbeit sprach mich ebenso sehr an wie die vielen engagierten Kolleginnen und Kollegen, die Gestaltungsspielräume, die hohe Verantwortung und die Sinnhaftigkeit der Tätigkeit. Zudem veränderten sich die Aufgaben immer wieder vom Leiter einer Vollzugsbehörde über die Leitung des 2008 geschaffenen Amtes für Justizvollzug des Kantons St. Gallen hin zum hauptamtlichen Sekretär des Ostschweizer Strafvollzugskonkordats (OSK). Auf der Zielgerade des Berufslebens darf ich einen Blick auf einige wichtige Entwicklungen in diesen Jahren und auch einige künftige Herausforderungen werfen.

Dürftige Informationsgrundlage

Ganz am Anfang meiner Tätigkeit hatten wir eine mehrjährige Zuchthausstrafe wegen eines Tötungsdeliktes zu vollziehen. Wir erhielten vom Gericht ein A4-Blatt mit den Personalien des Verurteilten, den Straftaten und der Sanktion. Unten einzutragen waren der Vollzugsbeginn sowie zwei weitere im Kopf auszurechnende Daten: das Vollzugsende sowie der Zeitpunkt nach Verbüßung von zwei Dritteln der Strafe. Mit diesem Minimum an Informationen musste man den Vollzug planen und den Mann in die geeignete Anstalt einweisen. Der eigentliche Vollzug wurde in dieser Zeit von den Strafanstalten ziemlich eigenständig durchgeführt und gestaltet. Vollzugsbehörde und auch Verteidigung oder Öffentlichkeit interessierten sich nicht gross, was in den Anstalten genau passierte. Der Vollzug war erfolgreich, wenn das Dossier dünn blieb, wenn es also während des Voll-

zugs nicht zu Störungen kam. Häufig wurde man als Vollzugsbehörde mit dem Vollzugsfall erst wieder konfrontiert, wenn es um die vorzeitige Entlassung ging. Bei diesem Entscheid war man in hohem Mass von den Einschätzungen anderer (Anstaltsleitung, Therapeut) abhängig.

Neues Vollzugszeitalter nach dem Fall am Zollikerberg

Im Herbst 1993 kam es zur schrecklichen Tat am Zollikerberg: Ein wegen Vergewaltigungen und Sexualmorden vorbestrafter Gefangener tötete während eines Hafturlaubs eine junge Frau. Dieses furchtbare Verbrechen schüttelte die ganze Vollzugslandschaft kräftig durch. Alles wurde hinterfragt und Glaubenssätze wie «Jeder Strafgefangene ist resozialisierbar, bei einigen dauert es einfach länger» wurden über den Haufen geworfen. Die Urlaubs- und Entlassungsrichtlinien wurden verschärft sowie eine Kommission geschaffen, welche die Verantwortbarkeit von Vollzugsöffnungen bei Gewalt- und Sexualstraftätern überprüfte.

Zudem wurde auch als Reaktion auf diesen Fall die Volksinitiative «Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährlich Sexual- und Gewaltstraftäter» lanciert. Obwohl die Fachwelt Widersprüche mit Verfassungs- und Völkerrecht monierte, wurde die Initiative 2004 von Volk und Ständen klar angenommen. Dies alles hatte Einfluss sowohl auf die Revision des Sanktionenrechts im StGB wie auch auf die Praxis der Gerichte und Vollzugsbehörden. Medial wurde jeder (vermeintliche) Vorfall skandalisiert und mit politischen Vorstössen wurden laufend Anpassungen verlangt.

Gesamtschweizerische Grundlagen

Die Verantwortlichen setzten sich in diesem Spannungsfeld zwischen der öffentlichen «Null-Risiko»-Erwartung und dem gesetzlichen Wiedereingliederungsauftrag dafür ein, das System laufend zu verbessern. Sie erkannten, dass der Straf- und Massnahmenvollzug als ganzheitlicher Prozess zu verste-



hen ist und sie vom bis dahin vorherrschenden «Silodenken» wegkommen mussten. Im Modellversuch Risikoorientierter Sanktionenvollzug (ROS) wurden dafür in den Kantonen Luzern, St. Gallen, Thurgau und Zürich von 2010 bis 2013 Arbeitsmittel und Prozesse entwickelt und ausgetestet. Der Vollzug wurde konsequent auf die individuellen Rückfallrisiken und deren zielgerichtete Bearbeitung ausgerichtet.

Gestützt auf den Bericht des Bundesrates zur «Überprüfung des Straf- und Massnahmenvollzuges in der Schweiz» vom März 2014 verabschiedete die KKJPD im November 2014 die «Grundlagen für den strafrechtlichen Sanktionenvollzug in der Schweiz». Das Dokument umschrieb, wie der zunehmenden Komplexität des Sanktionenvollzuges mit einer veränderten Insassenpopulation (hoher Anteil an ausländischen Inhaftierten aus verschiedensten Herkunftsländern, Insassen mit physischen und psychischen Leiden, steigende Zahl von betagten Insassen) in den Kantonen begegnet werden soll. Und es übernahm die Denkweise von ROS (Stichworte: Fallmanagement, Delikt- und Risikoorientierung, Übergangs- und Informationsmanagement).

Damit formulierte die KKJPD eine schweizweit gemeinsame Vorstellung über die zeitgemässe Ausgestaltung des Straf- und Massnahmenvollzuges. Interdisziplinäre Zusammenarbeit auf Augenhöhe, gemeinsame Fachsprache, auch dank Entwicklungen in der Forensik professionelle Risikoeinschätzungen sowie gezielte deliktorientierte Behandlungen und Interventionen oder allgemeines Risikobewusstsein seien als Stichworte genannt. Trotz dieser wichtigen Entwicklungen kann es weiter zu Vor- und Rückfällen kommen. Die gewünschte hundertprozentige Sicherheit ist nicht möglich. Wir haben aber die Gewissheit, dass wir den schwierigen gesetzlichen Auftrag nach den anerkannten fachlichen Standards erfüllen.

SKJV: ein Meilenstein

Eine wichtige Entwicklung war die Gründung des Schweizerischen Kompetenzzentrums für den Justizvollzug (SKJV) auf Anfang 2017. Es unterstützt den Justizvollzug mit hilfreichen Grundlagen (z. B. zu Gesundheitsthemen wie der psychiatrischen Versorgung oder der Medikation, zum assistierten Suizid oder zu Personen mit besonderen Bedürfnissen) und mit Bildungsangeboten für die

Der Fall am Zollikerberg stellt eine Zeitenwende im Justizvollzug dar. Foto: Die Polizei durchsucht ein Waldstück nach der vermissten und schliesslich ermordet aufgefundenen 20-jährigen Pfadführerin Pasquale Brumann. (Keystone)

Inhaftierten. In erster Linie ist das SKJV aber verantwortlich, dass das Justizvollzugspersonal entsprechend den sich ändernden Anforderungen aus- und weitergebildet wird. Als Beispiele seien neue Bildungsangebote zum Umgang mit Straftätern mit erhöhten Risiken und zum delikt- und risikoorientierten Fallmanagement sowie zur dynamischen Sicherheit genannt.

In all den Jahren hat sich der früher überwiegend von Männern ausgeübte Beruf des «Gefängniswärters» zu dem zunehmend auch von Frauen ergriffenen Beruf des Gefangenenbetreuers und der Gefangenenbetreuerin entwickelt, die neben Aufsichts- und Sicherheits- auch Betreuungsaufgaben wahrnehmen. Es wurde erkannt, dass eine gute Arbeitsbeziehung zwischen Personal und Inhaftierten zentral ist, um negative Veränderungen frühzeitig erkennen und mit den Inhaftierten erforderliche Veränderungsprozesse einleiten zu können.

Künftige Herausforderungen

Der Justizvollzug ist ein Abbild der sich verändernden Gesellschaft. Entsprechend müssen das System und die vielen interessierten Mitarbeitenden agil bleiben. Es bleibt eine Knochenarbeit, ein funktionierendes Justizvollzugssystem aufrechtzuerhalten und laufend weiterzuentwickeln. Als Beispiele aus der Vielzahl von Herausforderungen seien genannt die:

- Weiterentwicklung der strafprozessualen Haft und deren bessere Vernetzung mit dem strafrechtlichen Sanktionenvollzug (Freiheitsentzug als durchgehender Prozess von der Festnahme bis zur Entlassung bzw. Beendigung der Nachbetreuung);
- möglichst frühzeitige und noch konsequenter Ausrichtung des Vollzugs bei der Vielzahl ausländischer Inhaftierter, welche die Schweiz verlassen müssen, auf deren Rückkehr ins Heimatland mit entsprechenden Unterstützungsangeboten (Rückkehrorientierung und -beratung);
- Bewältigung des digitalen Wandels im stark interkantonal organisierten Justizvollzug sowie die digitale Befähigung der Inhaftierten (unter Berücksichtigung der Sicherheitsanforderungen) als Vorberei-

tung für die Rückkehr in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt;

- Planung, qualitative Weiterentwicklung und gemeinsame Finanzierung des stationären Vollzugsangebots, eingeschlossen Plätze in forensischen Kliniken und Wohnheimen;
- Angleichung der Arbeits- und Schnittstellenprozesse (koordinierte Zusammenarbeit der beteiligten Fachpersonen) und die Entwicklung gemeinsamer Qualitätsentwicklungs- und sicherungsprozesse;
- Erhaltung der Attraktivität der Berufsfelder im Justizvollzug (gerade auch mit Blick auf den allgemeinen Fachkräftemangel).

Um diese Herausforderungen gemeinsam meistern zu können, braucht es effiziente Strukturen und Prozesse. Dazu laufen Projekte, die sowohl die gesamtschweizerische Gremienlandschaft im Justizvollzug wie auch die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den beiden Deutschschweizer Konkordaten im Rahmen des Projekts HORIZONT betreffen. Die notwendigen Schärfungen und Präzisierungen der Aufträge der verschiedenen Player und der gegenseitigen Abgrenzungen sind nach meiner Beurteilung auf gutem Weg.

Dank zum Schluss

Die Arbeit im Justizvollzug bleibt nicht nur wegen der vielfältigen Themen und komplexen Zusammenhänge spannend und anspruchsvoll, sondern auch wegen des Umfelds. Lange wurde das System trotz der erwähnten Verschärfungen als «Kuschelvollzug» verspottet. Diese Kritik blendete aus, dass über 95 Prozent der Inhaftierten wieder in Freiheit entlassen werden (müssen) und darauf im Interesse der Gesellschaft bestmöglich vorzubereiten sind. Inzwischen hat das Pendel teilweise umgeschlagen und das System sieht sich mit dem Vorwurf des «Foltervollzugs» konfrontiert.

Auch wenn das Bohren der dicken Föderalismus-Bretter manchmal aufwändig und langwierig ist und nicht alles (auf Anhieb) klappt, ist der schweizerische Justizvollzug nach meiner Beurteilung insgesamt gut aufgestellt und darf sich sehen lassen. Ich bin dankbar, dass ich verschiedene Entwicklungen mitgestalten durfte.

Der Justizvollzug ist mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert, namentlich mit der Bewältigung des digitalen Wandels. Foto: Gefängnis Bois-Mermet (Peter Schulthess, 2017)

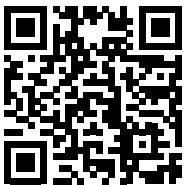


Ihre Meinung ist uns wichtig!

Umfrage zum Magazin #prison-info

Vor sechs Jahren haben wir die erste Ausgabe unseres Magazins #prison-info veröffentlicht. Es hat das info bulletin abgelöst, das erstmals vor fast 50 Jahren erschienen ist und sich im Laufe der Zeit vom schlichten Informationsblatt ohne redaktionelle Beiträge und Bilder inhaltlich und gestalterisch zu einer angesehenen Fachzeitschrift gewandelt hat. Dieser stetigen Qualitätsverbesserung hat sich auch das Magazin #prison-info verschrieben. Um auf diesem Weg weiter voranzukommen, sind wir auf Ihre Meinung angewiesen. Bitte teilen Sie uns mit, was Ihnen am Magazin #prison-info besonders gefällt und was wir besser machen können. Vermissen Sie wichtige Themen und Informationen? Wir freuen uns auf zahlreiche Antworten und sind gespannt auf Ihre Anregungen, Ihren Zuspruch und Ihre Kritik.

Über den QR-Code (oder über <https://find-mind.ch/c/WSpO-CXVe>) gelangen Sie direkt zu unserer Online-Umfrage. Teilnahme-schluss ist am 30. September 2023.



«Das Gefängnis ist ein Ort des Einschlusses, kann und muss aber zugleich ein Sprungbrett zur Emanzipation und Autonomie der inhaftierten Personen sein. Es geht darum, wieder eine verantwortungsvolle und dauerhafte Verbindung zu seinem sozialen Umfeld zu knüpfen, um die Trennung durch den geschlossenen Raum des Gefängnisses aufzuheben. Letzteres könnte so ... als Gelegenheit erlebt werden, wieder eine Zukunft zu finden.»

Staatsrat Vassilis Venizelos, Vorsteher des Departements für Jugend, Umwelt und Sicherheit
(La Région Nord vaudois, 20. April 2023)

Impressum

Herausgeber: Bundesamt für Justiz, Fachbereich Straf- und Massnahmenvollzug, Ronald Gramigna (ronald.gramigna@bj.admin.ch)

Redaktion: Folco Galli (folco.galli@bj.admin.ch)

Redaktionelle Mitarbeit: Christine Brand (brandschreibe@gmail.com), Patricia Meylan (patricia.meylan@unifr.ch)

Übersetzung: Raffaella Marra, Evelyne Carrel

Administration und Logistik: Marie-Lys Erard (marie-lys.erard@bj.admin.ch)

Layout, Druck und Versand: Produktion Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL)

Bestellung, Anfragen und Adressänderungen Printversion:

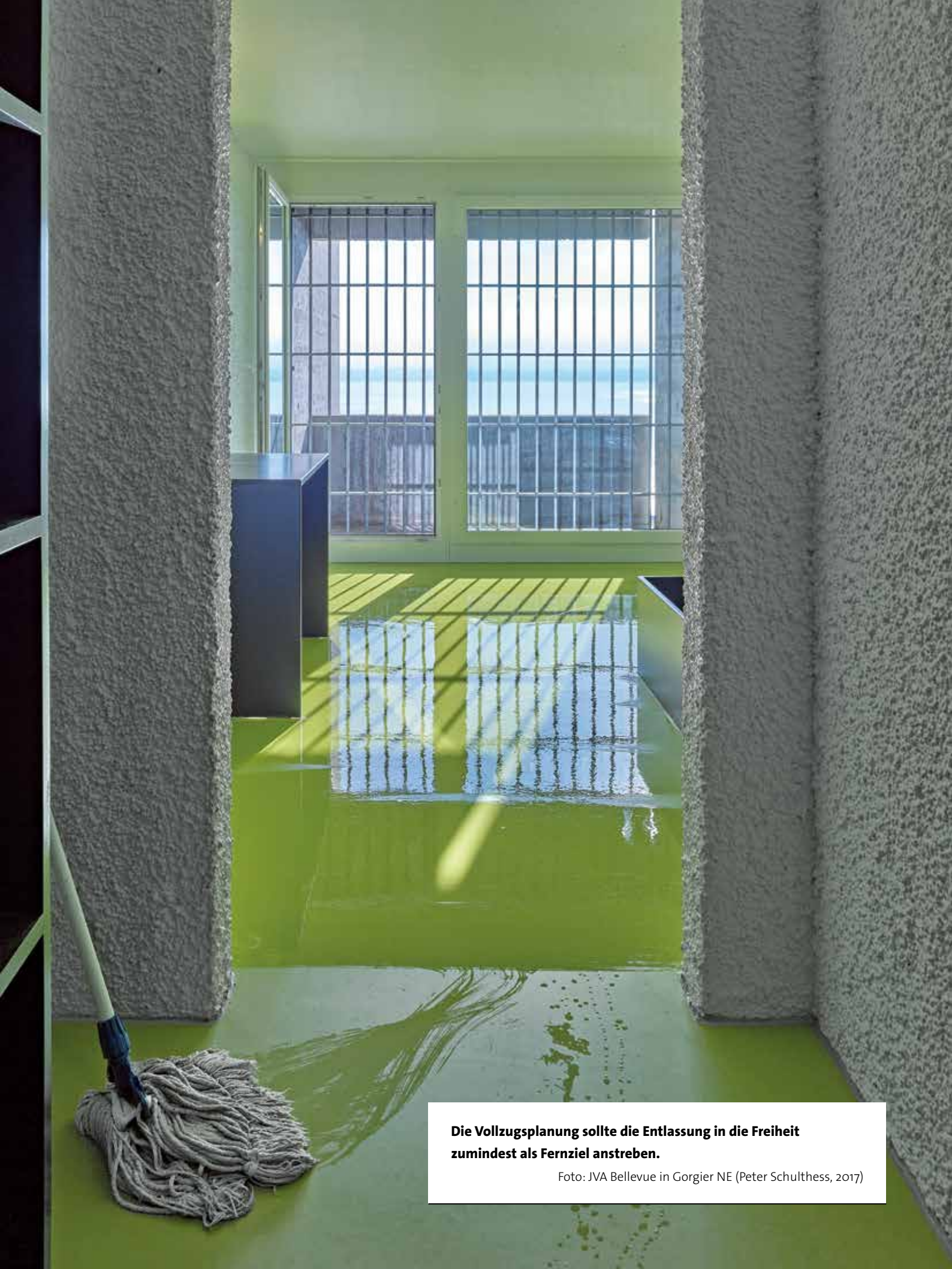
Bundesamt für Justiz, Fachbereich Straf- und Massnahmenvollzug, CH-3003 Bern, +41 58 462 41 46, marie-lys.erard@bj.admin.ch

Internetversion: www.prison-info.ch

Copyright / Abdruck: © Bundesamt für Justiz (Abdruck unter Quellenangabe erwünscht mit der Bitte um Zustellung eines Belegexemplars.)

Titelbild: Terrasse des Hauses C in der JVA Solothurn, Foto: Peter Schulthess, 2019

48. Jahrgang, 2023 / ISSN 2571-5119



**Die Vollzugsplanung sollte die Entlassung in die Freiheit
zumindest als Fernziel anstreben.**

Foto: JVA Bellevue in Gorgier NE (Peter Schulthess, 2017)

#prison-info

Die letzte Seite

Blick über die Grenze. Gemäss dem vom deutschen Bundesverfassungsgericht 2011 festgelegten Abstandsgebot hat sich der Vollzug der Sicherungsverwahrung wesentlich vom Vollzug einer Freiheitsstrafe zu unterscheiden. Seit 2014 befindet sich in Berlin die Einrichtung für Verwahrte getrennt von den übrigen Teilanstalten in einem Neubau auf dem Gelände der JVA Tegel. Sie bietet verteilt auf 6 Wohneinheiten mit je 10 Einzelzimmern Platz für 60 Verwahrte. Ihnen stehen Wohnküchen, Gemeinschafts- und Sporträume sowie arbeitstherapeutische Werkstätten sowie ein eigener Spazierhof zur Verfügung. Mit dem Konzept eines freiheitsorientierten und therapiegerichteten Verwahrungsvollzugs, das mit einer engmaschigen Betreuung umgesetzt wird, soll die von der verwahrten Person ausgehende Gefahr minimiert und die Dauer der Unterbringung auf das unbedingt erforderliche Mass reduziert werden.

Foto: JVA Tegel



#prison-info

La revue de l'exécution des peines et mesures

1/2023

Internement 4 – 33

Vers la création d'un réseau national pour le travail avec les proches

35

Le vécu du délai d'épreuve et de l'assistance de probation

50



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Office fédéral de la justice OFJ



Folco Galli,
rédacteur #prison-info

L'**internement** n'est pas une peine, mais une mesure de sûreté conçue pour être utilisée en dernier recours. Même ceux qui réclament avec force l'abolition des établissements pénitentiaires et autres prisons admettent que, pour protéger la société, il faut priver de liberté les quelques rares délinquants dangereux qui existent. Toutefois, l'internement doit être axé sur la réinsertion sociale et ne doit pas déboucher sur une impasse.

La **Commission nationale de prévention de la torture** (CNPT) a examiné, entre 2019 et 2021, la situation des personnes internées en Suisse et préconisé plusieurs améliorations dans son rapport final publié en 2022. Elle déplore notamment des lacunes d'ordre « systémique », la plupart des personnes internées étant placées dans des établissements pénitentiaires fermés, dans le cadre d'un régime de détention ordinaire. Or ces institutions ne permettent pas, selon elle, d'assurer un régime de détention distinct de l'exécution d'une peine, qui soit plus souple et, par conséquent, conforme à l'idée de sécurité publique qui sous-tend l'internement. La CNPT recommande donc vivement la création d'institutions spéciales ou de sections spéciales dans les établissements existants.

La section « **exécution de l'internement en petits groupes** », qui a été testée avec succès dans le cadre d'un projet pilote dans l'établissement pénitentiaire de Soleure à partir de 2019 et introduite définitivement en 2021, est l'une de ces sections spéciales. Dans cette section, des personnes internées peuvent, après avoir purgé leur peine privative de liberté, se retrouver entre elles pour mener une vie plus libre et plus autonome. Ce modèle ne peut cependant pas être appliqué de la même façon et de manière généralisée à toutes les personnes internées, d'une part, parce qu'il repose sur le volontariat et, d'autre part, parce qu'il requiert une capacité à se concerter et à vivre en groupe. Il peut en revanche être adapté aux compétences de chacune.

Le **concordat sur l'exécution des peines et des mesures de la Suisse centrale et du Nord-Ouest** a, lui aussi, ouvert ces dernières années des perspectives entièrement nouvelles en matière d'internement. Il a en effet adopté plusieurs réglementations qui reposent sur le principe central selon lequel, compte tenu du caractère préventif de l'internement, les conditions de détention des personnes internées doivent changer drastiquement une fois leur peine privative de liberté purgée. Ces personnes doivent avoir la possibilité de participer à l'organisation de leur quotidien, et ce quel que soit le lieu où l'internement est exécuté. Le **travail de terrain** démontre l'importance de ce principe pour une exécution de l'internement qui respecte des valeurs humanistes. La vie des personnes internées se caractérise par un quotidien monotone, dans lequel il ne se passe presque rien, et par l'absence de perspectives, ce qui n'est pas sans conséquences sur leur santé psychique. Le fait de faire l'expérience de l'individualité et de l'autonomie, mais aussi d'être perçues comme des êtres humains contribue, néanmoins, à améliorer leur bien-être.

Version en ligne :



Sommaire

Coup de projecteur : Internement

La Commission nationale de prévention de la torture (CNPT) a examiné l'exécution de l'internement et recommandé diverses améliorations. Dans la pratique, des initiatives ont été prises ces dernières années pour permettre aux personnes internées de participer à l'organisation de leur quotidien en détention.

- 4 CNPT : Des lacunes d'ordre systémique dans l'exécution de l'internement
- 8 Conçu pour être utilisé en dernier recours
- 12 « Il convient de veiller à la qualité des examens »
- 17 Participer à l'organisation du quotidien carcéral
- 21 Une vie majoritairement autonome, digne, simple et sûre
- 26 Des plans d'exécution individualisés, concrets et systématiquement ajustés
- 30 Faire l'expérience de l'individualité et de l'autonomie
- 34 Cinq questions à Regine Schneeberger
- 35 Vers la création d'un réseau national pour le travail avec les proches
- 38 Légère hausse du nombre de détenus et du taux d'occupation
- 40 82 nouveaux postes pour la prison de Zurich-Ouest

Section pour femmes

Une section pour femmes totalisant onze cellules sera créée dans l'établissement pénitentiaire de La Stampa afin de tenir compte des besoins des détenues de manière appropriée dans le cadre de l'exécution en milieu fermé et de limiter la détention hors du canton au strict nécessaire.

- 41 Accorder l'attention qui convient aux besoins des femmes
- 42 Une première étape sur une longue route
- 44 « Le traitement des délinquants sexuels doit être individualisé »
- 47 Améliorer les soins de santé, accroître la sécurité et diminuer les coûts
- 49 Des attentes élevées qui contrastent avec les possibilités de contrôle
- 50 Le vécu du délai d'épreuve et de l'assistance de probation
- 53 L'approche fondée sur la désistance pérennisée
- 54 Mise en détention provisoire confirmée pour Brian
- 55 Pas de droit de recours pour le ministère public
- 56 Brèves
- 61 Manifestation
- 62 Carte blanche : L'exécution des sanctions pénales au fil du temps
- 65 Votre avis nous intéresse !



Photo : Peter Schulthess



Photo : Peter Schulthess

Des lacunes d'ordre systémique dans l'exécution de l'internement

Rapport de la CNPT et prise de position de la CCDJP

Selon la Commission nationale de prévention de la torture (CNPT), l'exécution de l'internement en Suisse ne satisfait pas à toutes les normes régissant les droits humains. La raison en est principalement d'ordre systémique, la plupart des personnes internées étant placées dans un établissement pénitentiaire fermé, dans le cadre d'un régime de détention ordinaire.

La CNPT a examiné entre 2019 et 2021 – en se fondant sur une analyse approfondie des dossiers et sur des entretiens avec des personnes internées dans huit établissements – l'exécution de l'internement en Suisse. Le 27 octobre 2022, elle a publié un rapport dans lequel elle rend compte de ses constatations et formule des recommandations à l'intention des autorités. Dans sa prise de position relative à ce rapport, la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP) relève que la prise en compte du point de vue des autorités de placement et des institutions aurait permis une meilleure interprétation des données.

La CNPT a constaté lors de son examen que les modalités d'exécution de l'internement variaient considérablement et fondamentalement d'une autorité et d'un canton à l'autre. En effet, selon l'autorité de placement ou le canton, le nombre des allègements dans l'exécution octroyés varie du tout au tout, et les plans d'exécution sont conçus très différemment. Pour la CNPT, « pareilles différences sont à proscrire du point de vue des droits fondamentaux ». Aussi appelle-t-elle les concordats d'exécution des peines et mesures à uniformiser leurs pratiques en la matière. La CCDJP souligne, quant à elle, que cette demande est en contradiction avec le système fédéraliste de la Suisse. « L'exécution des sanctions pénales est une tâche cantonale. Les différences dans les modalités d'exécution de l'internement sont donc inhérentes au système et prévues par la Constitution fédérale [notre traduction]. » La CCDJP et les concordats harmonisent les directives lorsque cela s'avère judicieux et nécessaire.

La CNPT estime que l'examen aussi bien de l'internement que du changement de la sanction en

mesure thérapeutique institutionnelle est souvent effectué de manière stéréotypée et peu individualisée. En raison de la fréquence annuelle de l'examen de l'internement, il est quasi impossible de constater des changements et de vérifier de manière suffisamment factuelle que les conditions imposant un internement sont encore réunies. C'est la raison pour laquelle la CNPT recommande de procéder à l'examen de l'internement et du changement de la sanction tous les deux ans. La CCDJP salue cette proposition, même si elle doute que cette dernière permettra véritablement de résoudre le problème soulevé par la CNPT. Elle indique que la situation des personnes internées n'évolue généralement pas, même sur une longue période, car la réduction des risques en lien avec l'infraction est souvent l'objet d'un processus de très longue haleine chez ces personnes.

Expertises psychiatriques

La CNPT considère que, pour éviter toute impression de partialité, les expertises psychiatriques ultérieures visant à réévaluer le risque de récidive devraient de préférence être établies par des experts qui ne se sont pas encore occupés de la personne internée. Dans la mesure où les intervalles entre les expertises s'espacent au fur et à mesure que l'internement se prolonge, une nouvelle expertise psychiatrique devrait être établie au moins tous les cinq ans. La CCDJP pense, au contraire, qu'un expert qui s'est déjà occupé du cas est souvent mieux à même d'observer une évolution du pronostic légal depuis la dernière expertise. De plus, pour savoir si une expertise est suffisamment actuelle, il n'y a pas lieu de s'attacher en premier lieu au critère formel qu'est la date à laquelle elle a été établie. Ce qui est

« Pareilles différences sont à proscrire du point de vue des droits fondamentaux. »

« Les différences dans les modalités d'exécution de l'internement sont inhérentes au système et prévues par la Constitution fédérale. »

déterminant, c'est de savoir si l'évaluation médicale reflète toujours l'état actuel ou si ce n'est plus le cas en raison d'un changement.

La CNPT estime que l'expertise psychiatrique ne devrait être qu'un élément de l'appréciation générale. Dans un esprit de pluridisciplinarité, il conviendrait, selon elle, de prendre en compte, lors de l'établissement du pronostic de dangerosité, les rapports de toutes les personnes associées à l'exécution. Pour la CCDJP, cette pluridisciplinarité est déjà une réalité. Il faut toutefois, selon elle, apprécier au cas par cas l'importance à accorder aux différentes disciplines. Si un trouble mental est à l'origine d'une infraction grave, il convient de donner plus de poids à l'expertise médico-légale et aux rapports thérapeutiques nuancés que, par exemple, au rapport des autorités d'exécution.

Lieu d'exécution

« Le lieu d'exécution de l'internement doit se distinguer clairement de l'exécution des peines et être choisi pour le régime de détention adapté à l'internement », requiert la CNPT, qui indique par ailleurs que l'internement dans un établissement pénitentiaire de personnes souffrant de graves troubles mentaux soulève de grosses difficultés. Ces personnes devraient être admises dans un établissement doté de l'infrastructure psychiatrique

nécessaire et bénéficier d'une prise en charge adéquate. L'exigence d'une distinction claire des lieux d'exécution de l'internement et des peines est formulée en des termes « trop absolus » aux yeux de la CCDJP. Cette dernière rappelle la jurisprudence du Tribunal fédéral, selon laquelle le placement de personnes faisant l'objet d'une mesure d'internement dans un établissement fermé de privation de liberté est conforme aux droits fédéral et international. Elle convient, en revanche, eu égard à l'obligation d'assistance qui incombe aux autorités, de la nécessité de placer les personnes souffrant de graves troubles mentaux dans un établissement doté de l'infrastructure nécessaire.

La CNPT salue « l'attitude humaine et compréhensive » du personnel à l'égard des personnes internées et se félicite des efforts réalisés par certaines institutions pour « aménager l'exécution de l'internement de manière moins restrictive que l'exécution normale, malgré les contraintes infrastructurelles et systémiques » (voir « Exécution de l'internement en petit groupe : un nouveau modèle qui a fait ses preuves », p. 21). Elle parvient toutefois à la conclusion qu'il faut impérativement créer des institutions spéciales ou des quartiers spéciaux dans les établissements existants pour que l'internement soit conforme aux normes régissant les droits humains.

« Le lieu d'exécution de l'internement doit se distinguer clairement de l'exécution des peines. »



La CNPT salue « l'attitude humaine et compréhensive » du personnel à l'égard des personnes internées. Photo : Centre d'exécution des mesures de Bitzi (Peter Schulthess, 2019)

« Les allègements dans l'exécution de l'internement doivent dans tous les cas être examinés individuellement. »

Régime de détention

La création de quartiers spéciaux aide à satisfaire aux exigences du régime de détention prévu pour les personnes internées. La CNPT recommande en particulier de prévoir des cellules plus grandes pour les personnes internées ou l'attribution de deux cellules à une seule personne, de tenir compte de leurs besoins individuels en matière d'aménagement (meubles personnels par ex.), de leur réserver une salle de séjour commune et une cuisine. Elle préconise, en outre, d'examiner les horaires d'ouverture et de fermeture des cellules dans chaque cas concret et plus généralement d'y renoncer. Jusqu'à ce qu'un nombre suffisant de places soit disponible dans des quartiers ou des établissements spéciaux, il faut mettre en œuvre, pour les personnes exécutant leur internement dans des quartiers d'exécution des peines, un régime de détention spécial différent et moins restrictif. Dans sa prise de position, la CCDJP attire l'attention sur le fait que les cantons sont en train d'élaborer une nouvelle notice sur les modalités d'exécution de l'internement afin d'améliorer la situation dans le sens des recommandations formulées par la CNPT (cette notice a entre-temps été adoptée par la conférence concordataire du concordat d'exécution des peines et mesures de la Suisse centrale et du Nord-Ouest et est applicable depuis

le 1^{er} avril 2023 ; voir « Participer à l'organisation du quotidien carcéral », p. 17).

Plan d'exécution

La CNPT souligne le rôle central du plan d'exécution, qui sert à concrétiser le but de celle-ci, à savoir la resocialisation, sur une base individuelle et à exposer à la personne internée ses perspectives. Il faut donc toujours en établir un et le tenir à jour. Il n'existait pas de plan d'exécution dans un cinquième des cas examinés par la CNPT, et la moitié des plans d'exécution existants n'étaient pas à jour. L'établissement et la mise en œuvre de plans d'exécution complets et individualisés représentent un défi particulier. Il faut pour ce faire davantage de ressources, et les collaborateurs concernés doivent être formés et soutenus dans leur travail. La CCDJP reconnaît que le risque que les plans d'exécution des personnes internées ne soient pas toujours suffisamment individualisés ni tenus à jour semble réel. Elle approuve par conséquent la proposition visant à examiner la nécessité de prendre des mesures dans ce domaine et de former les collaborateurs concernés.

Allègements dans l'exécution

Pour la CNPT, les allègements dans l'exécution de l'internement sont indispensables à l'établissement



La CNPT et la CCDJP s'accordent à dire que les allègements dans l'exécution de l'internement doivent être examinés individuellement, avec le soin requis. Photo : Colonie ouverte des Etablissements de la plaine de l'Orbe (EPO) (Peter Schulthess, 2016)

du pronostic de dangerosité et importants en vue de la réinsertion sociale de l'intéressé. De graves récidives de criminels qui bénéficiaient d'un congé ont toutefois conduit à une pratique restrictive en la matière, ce qui constitue une « punition collective » injustifiée aux yeux de la CNPT, pour qui « les allègements dans l'exécution doivent dans tous les cas être examinés individuellement ». La CCDJP souligne, de son côté, que, dans le cas des délinquants internés, le mandat de sécurité prime en principe sur les efforts de réinsertion. Tant qu'une personne internée n'a pas mené de réflexion sur les infractions qu'elle a commises, leurs causes et leurs conséquences avec l'aide d'un spécialiste, qu'elle n'a pas fait face à ses actes et qu'elle n'a pas appris à reconnaître et éviter les situations à risque, on ne peut pas prendre la responsabilité de lui accorder des allègements dans l'exécution. La CCDJP convient toutefois de la nécessité d'examiner individuellement, avec le soin requis, les allègements dans l'exécution de l'internement.

Occupation et formation

La CNPT préconise de chercher des solutions flexibles et individuelles pour l'emploi des personnes internées. Il faut, selon elle, mettre l'accent sur les aspects de la réhabilitation, des relations sociales et des loisirs. Elle recommande en outre aux établissements de renoncer à l'obligation de travailler pour les personnes qui ont atteint l'âge de la retraite et de leur permettre de travailler sur une base volontaire. Les offres de formation doivent, elles aussi, tenir compte des besoins particuliers des personnes internées. La CCDJP relève, cependant, que la demande relative à la suppression de l'obligation de travailler pour les personnes internées âgées de plus de 65 ans va clairement à l'encontre de la jurisprudence du Tribunal fédéral. Cette obligation constitue de surcroît, selon elle, un élément important qui permet d'offrir aux personnes concernées, pendant l'exécution de leur mesure, une structure qui les aide à lutter contre la résignation et à ne pas se replier totalement sur elles-mêmes. La CNPT enfonce, en revanche, des portes ouvertes avec sa recommandation relative à des offres de formation tenant compte des besoins particuliers des personnes internées.

Loisirs

La CNPT estime que l'offre de loisirs proposée aux personnes internées devrait être élargie de manière spécifique et tenir compte des souhaits des personnes les plus âgées (par ex., gymnastique de santé ou pour séniors, cours de yoga ou jass). Elle recommande, en outre, le libre accès à un téléviseur personnel et à des consoles de jeu ainsi qu'un accès contrôlé à un ordinateur connecté à

l'Internet pour autant que la protection de l'individu lui-même ou des autres ne s'y oppose pas. Les personnes internées devraient, par ailleurs, pouvoir accéder librement à la pornographie légale et aux films contenant des scènes de violence. Pour la CNPT, les restrictions doivent être fondées dans le cas d'espèce, par exemple lorsqu'une expertise psychiatrique s'est prononcée sur le sujet. La CCDJP peut comprendre ces recommandations, mais elle estime que la charge de travail relative aux contrôles mis en place pour assurer la sécurité intérieure de l'établissement doit rester raisonnable.

Relations avec le monde extérieur

La CNPT recommande de permettre aux personnes internées d'avoir des contacts simples, réguliers et fréquents par téléphone ou vidéotéléphone pour maintenir des relations avec le monde extérieur, afin de contrer leur isolement graduel. Elle préconise en outre de veiller, lors de la planification de quartiers spéciaux pour les personnes internées, à la mise en place de salles de visite adaptées (avec accès par ex. à une cafétéria ou un jardin). La CCDJP approuve les deux recommandations de la CNPT. Les cantons et les concordats examinent des moyens d'accroître la fréquence des contacts par téléphone ou vidéotéléphone tout en tenant compte des aspects sécuritaires. (gal)

« Le risque que les plans d'exécution des personnes internées ne soient pas toujours suffisamment individualisés ni tenus à jour semble réel. »

L'internement en chiffres

Selon les informations dont dispose la CNPT, 100 personnes, réparties entre 17 cantons, étaient internées en Suisse en août 2019. Agées de 57 ans en moyenne, elles étaient toutes de sexe masculin. 71 % d'entre elles étaient de nationalité suisse, 29 % étaient étrangères. Plus de 80 % de ces personnes étaient placées dans un établissement pénitentiaire, le restant l'étant dans des cliniques psychiatriques ou des établissements d'exécution des mesures. La durée moyenne de la mesure était de 17,5 ans. La grande majorité des personnes concernées souffraient d'un trouble de la personnalité. Plus l'internement dure, plus les personnes souffrent de troubles mentaux.

Lien

Le rapport sur la conformité aux droits fondamentaux de l'exécution de l'internement en Suisse ainsi que la prise de position de la CCDJP et des cantons (en allemand uniquement) peuvent être consultés sur le site Internet de la CNPT (www.nkvf.admin.ch).

Conçu pour être utilisé en dernier recours

L'internement n'a pas pour but de punir mais d'assurer la sécurité

L'internement répond à un besoin de sécurité de la société. Il n'a pas pour but de punir, mais est conçu pour être utilisé en dernier recours, lorsque les autres sanctions ont échoué ou semblent vouées à l'échec. Il constitue, avec les peines privatives de liberté et les mesures thérapeutiques institutionnelles, un système cohérent de sanctions.

Le terme « sanctions » est un terme générique qui recouvre l'ensemble des peines et des mesures prévues par le code pénal (CP). Une peine est ordonnée dans le but de punir des infractions commises dans le passé et fixée d'après la culpabilité de l'auteur. Une mesure est, quant à elle, ordonnée dans le but d'empêcher que des infractions soient commises à l'avenir et tient compte de la dangerosité de l'auteur. Le droit des sanctions n'est pas un domaine des plus simples, et ce en raison tant de son interdisciplinarité – il mêle des aspects à la fois juridiques et médicaux – que des interactions multiples entre les sanctions. Nous allons ci-dessous nous intéresser de plus près à trois mesures faisant régulièrement l'objet de débats publics : l'internement ordinaire, l'internement à vie et le traitement institutionnel des troubles mentaux.

L'internement ordinaire

Un juge peut ordonner l'internement ordinaire au sens de l'art. 64, al. 1, CP si les conditions suivantes sont réunies :

- l'auteur a commis une infraction grave, par laquelle il a porté ou voulu porter gravement atteinte à l'intégrité d'autrui. L'infraction en question figure dans la liste (non exhaustive) d'infractions prévues par cette disposition formulée sous forme de clause générale ;
- il est sérieusement à craindre que l'auteur ne commette d'autres infractions du même genre (en raison des caractéristiques de sa personnalité, des circonstances dans lesquelles il a commis l'infraction et de son vécu ou d'un trouble mental en relation avec l'infraction) ;
- le traitement du trouble mental dont il souffre semble voué à l'échec.

Pour ordonner un internement, le juge doit se fonder sur une expertise réalisée par un expert indépendant, le but étant ici d'empêcher que la décision

s'appuie uniquement sur le rapport d'un médecin entretenant une certaine proximité avec l'auteur de l'infraction et dont la partialité ne peut pas être exclue. Le pronostic de dangerosité, établi sur la base de l'analyse de l'état psychique et de divers facteurs de risque, joue un rôle déterminant dans la décision. L'internement peut être ordonné indépendamment d'un trouble mental car tous les délinquants dangereux ne sont pas atteints d'un tel trouble.

Une mesure qui n'est pas limitée dans le temps

L'internement ne peut être exécuté qu'après la peine privative de liberté. Dans la mesure où il s'agit d'une mesure de sûreté, il est possible de restreindre les relations de la personne concernée avec le monde extérieur afin de garantir la sécurité publique. L'internement est maintenu tant qu'il est à craindre que cette personne ne commette de nouvelles infractions graves une fois qu'elle aura recouvré la liberté. L'autorité compétente examine donc régulièrement si les conditions de l'internement sont toujours remplies. Cette mesure n'est toutefois pas limitée dans le temps et peut donc, dans certaines circonstances, durer jusqu'au décès de l'intéressé.

L'internement n'exclut toutefois, lui non plus, pas une possible réinsertion de l'auteur de l'infraction. C'est la raison pour laquelle le CP prévoit – comme pour les autres sanctions privatives de liberté – des allègements progressifs dans l'exécution, comme le travail externe ou le travail et le logement externes, qui visent à préparer ce dernier à une libé-

L'internement n'excluant, lui non plus, pas une possible réinsertion de l'auteur de l'infraction, le CP prévoit – comme pour les autres sanctions privatives de liberté – des allègements progressifs dans l'exécution, comme le travail externe (photo : Établissement de St-Jean) ou le travail et le logement externes, qui visent à préparer ce dernier à une libération conditionnelle. Photo : Peter Schulthess, 2015

« L'internement est maintenu tant qu'il est à craindre que la personne concernée ne commette de nouvelles infractions graves une fois qu'elle aura recouvré la liberté. »

ration conditionnelle. Ces allègements ne lui sont octroyés que s'il n'est pas à craindre qu'il s'enfuie ou commette une nouvelle infraction. L'autorité d'exécution fait au préalable régulièrement apprécier le caractère dangereux de l'intéressé à une commission cantonale.

Libération conditionnelle

L'autorité compétente examine au moins une fois par an si l'auteur peut être libéré conditionnellement de l'internement et, au moins une fois tous les deux ans, si les conditions d'un traitement thérapeutique institutionnel sont réunies. Elle prend sa décision en se fondant sur un rapport de la direction de l'établissement, sur une expertise indépendante et sur l'audition d'une commission cantonale. L'expertise psychiatrique et le rapport de la commission revêtent une importance capitale. L'autorité compétente ne peut s'en écarter sans raisons valables.

L'auteur est libéré conditionnellement de l'internement dès qu'il est à prévoir qu'il se conduira

correctement en liberté. Un pronostic favorable concernant son comportement futur est donc requis. Les modalités sont beaucoup plus strictes que pour la libération conditionnelle d'une mesure thérapeutique institutionnelle ou d'une peine privative de liberté : tout doute doit pénaliser l'intéressé, et il convient d'établir la preuve de sa non-dangerosité. La libération conditionnelle est assortie d'un délai d'épreuve de deux à cinq ans, qui peut être prolongé par le juge à la requête de l'autorité d'exécution. Une assistance de probation peut ainsi être ordonnée et des règles de conduite peuvent être imposées à l'auteur pour la durée de la mise à l'épreuve. Celui-ci est libéré définitivement s'il a subi la mise à l'épreuve avec succès.

La réintégration dans l'internement est aussi possible sans que la personne libérée conditionnellement ait commis d'autres infractions. Il suffit que son comportement pendant le délai d'épreuve fasse sérieusement craindre qu'elle ne commette de nouvelles infractions graves. On songe par exemple



« La notion d'« internement à vie » peut prêter à confusion dans la mesure où un internement ordinaire peut, lui aussi, durer jusqu'au décès de l'intéressé. »

« Le système de sanctions constitue un véritable système de vases communicants, qui permet de tenir compte de l'évolution de la personne concernée au cours de l'exécution de la peine ou de la mesure. »

au délinquant sexuel qui est surpris en train de convaincre un enfant de le suivre. La protection des victimes *potentielles* prime.

Une mesure tout à fait exceptionnelle

La notion d'« internement à vie » (art. 64, al. 1a, CP) peut prêter à confusion dans la mesure où un internement ordinaire peut, lui aussi, durer jusqu'au décès de l'intéressé. Il s'en distingue toutefois par les conditions très strictes auxquelles il peut être ordonné, examiné et levé.

Le juge l'ordonne lorsque les conditions suivantes sont remplies :

- l'auteur a perpétré une des infractions sexuelles ou avec violence graves figurant dans la liste exhaustive fournie ;
- en commettant le crime, il a porté ou voulu porter une atteinte particulièrement grave à l'intégrité physique, psychique ou sexuelle d'autrui ;
- il présente un risque très élevé de récidive ;
- il est qualifié de durablement non amendable, dans la mesure où la thérapie semble, à longue échéance, vouée à l'échec.

Selon la jurisprudence du Tribunal fédéral, on entend par « durablement non amendable » un état inaltérable lié à la personnalité de l'auteur au sens d'une résistance définitive à toute forme de thérapie. Ce critère fait de l'internement à vie une mesure tout à fait exceptionnelle puisqu'un tel pronostic médical n'est guère possible à établir.

La libération soumise à des conditions strictes

Dans le cas de l'internement à vie aussi, la peine privative de liberté doit être exécutée au préalable. À l'instar de l'internement ordinaire, l'internement à vie est exécuté dans un établissement d'exécution des mesures ou dans un établissement pénitentiaire fermé. Il exclut, à l'inverse, tout congé ou autre allègement dans l'exécution pour les personnes concernées. Il peut cependant, lui aussi, faire l'objet d'un examen et être levé, mais les conditions à remplir sont à la fois nombreuses et strictes. Ainsi, le juge peut, à titre exceptionnel, libérer conditionnellement de l'internement à vie l'auteur, qui, à cause d'une invalidité persistante, de son âge ou d'une maladie grave, ne représente plus de danger pour la collectivité.

Traitement des troubles mentaux

Les mesures institutionnelles destinées au traitement des troubles mentaux (art. 59 CP) sont, au départ, des mesures purement thérapeutiques. Leur exécution prime une peine privative de liberté prononcée conjointement, la durée de la privation de liberté entraînée par l'exécution de la mesure étant imputée sur la durée de la peine. Contrairement à

l'internement, elles ne sont pas spécialement prévues pour les auteurs dangereux. Elles peuvent être ordonnées à l'encontre de toute personne :

- qui a commis un crime ou un délit sous l'effet d'un trouble mental ;
- et lorsqu'il est à prévoir que ces mesures détourneront la personne de nouvelles infractions.

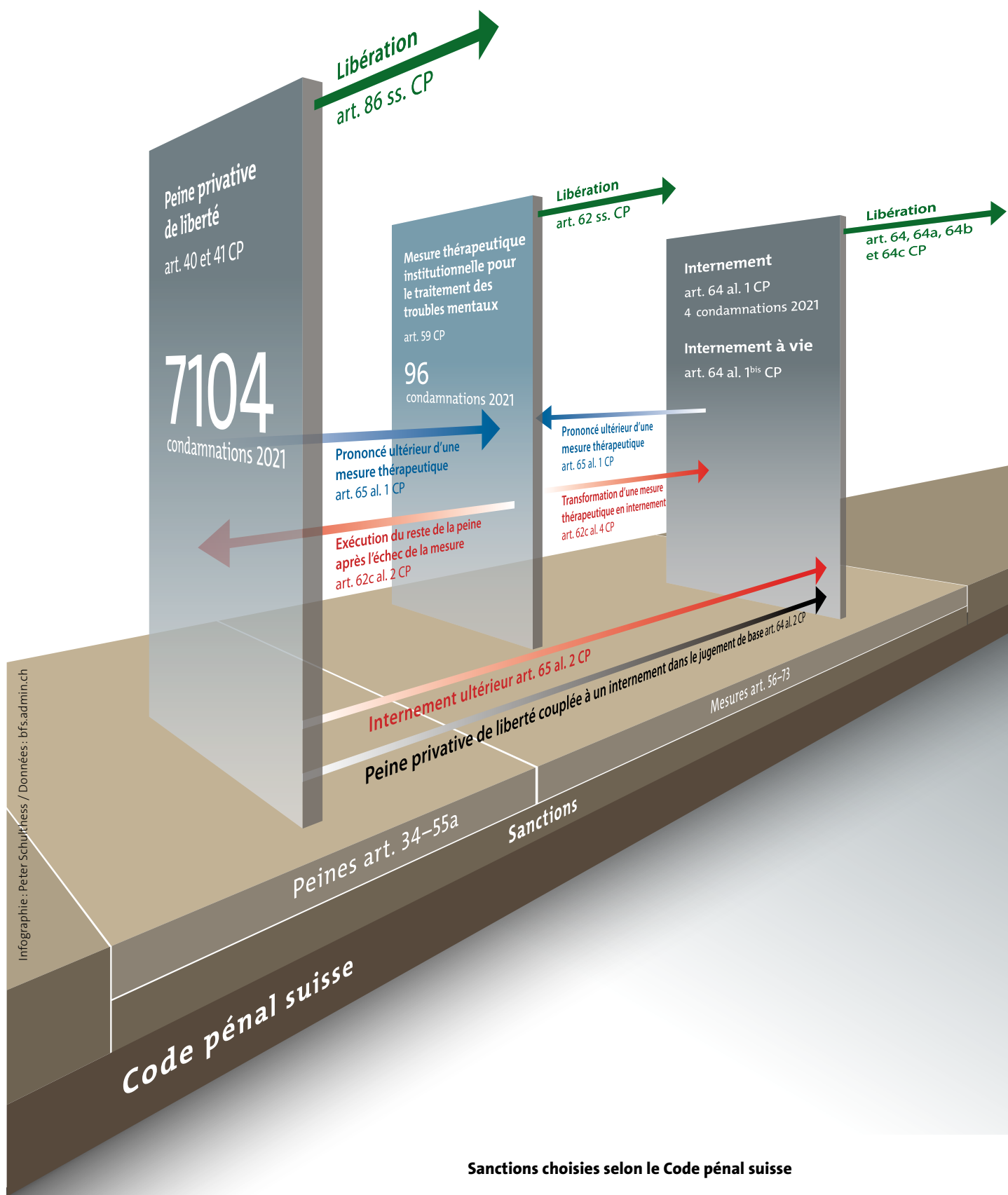
Le traitement s'effectue dans une clinique psychiatrique ou dans un établissement d'exécution des mesures. Actuellement, la Suisse dispose de 305 places en cliniques psychiatriques et de 373 places en établissements d'exécution des mesures. Une fois les différents projets de construction réalisés, le nombre de places en cliniques psychiatriques passera à 381 d'ici à 2026, ce qui permettra de pallier le manque de places thérapeutiques.

Le traitement s'effectue dans un établissement fermé tant qu'il y a lieu de craindre que l'auteur ne s'enfuie ou ne commette de nouvelles infractions, et ce même s'il n'a commis « qu' » un délit. Il peut aussi être effectué dans un établissement pénitentiaire, dans la mesure où le traitement thérapeutique nécessaire est assuré. Les personnes ayant commis une infraction très grave peuvent, elles aussi, être placées dans un établissement ouvert, mais uniquement s'il n'y a pas lieu de craindre qu'elles s'enfuient ou commettent de nouvelles infractions.

Changement ultérieur de sanction

Le système de sanctions constitue un véritable système de vases communicants (voir infographie), qui permet de tenir compte de l'évolution de la personne concernée au cours de l'exécution de la peine ou de la mesure. Voici les principaux changements possibles :

- une mesure thérapeutique institutionnelle peut être ordonnée ultérieurement à l'encontre d'une personne qui exécute une peine privative de liberté ou qui est internée ;
- si une mesure thérapeutique institutionnelle a déjà été ordonnée en raison d'une infraction au sens de l'art. 64, al. 1, CP et s'il est sérieusement à craindre que l'auteur ne commette d'autres infractions du même genre, le juge peut ordonner l'internement ultérieurement. (gal-schk)



« Il convient de veiller à la qualité des examens »

Entretien avec Frank Urbaniok à propos de l'évaluation des délinquants internés

Le psychiatre forensique Frank Urbaniok met en garde contre un durcissement des règles dans le traitement des personnes internées. Il estime que des mesures sont nécessaires concernant la mauvaise qualité de nombreuses expertises psychiatriques, mais aussi les mesures thérapeutiques institutionnelles.



Frank Urbaniok a dirigé pendant 21 ans le service de psychiatrie et de psychologie de l'ancien Office de l'exécution judiciaire du canton de Zurich. Depuis 2018, il travaille à son compte en tant qu'expert, thérapeute, superviseur et conseiller (www.frankurbaniok.com).

#prison-info : En tant qu'expert judiciaire, vous jouez un rôle prépondérant : vous évaluez si les délinquants sont amendables ou non, et donc si une mesure thérapeutique ou un internement s'impose. Comment gérez-vous cette responsabilité ?

La répartition des rôles est parfaitement claire : mon travail consiste à remettre au juge une expertise afin qu'il dispose de la meilleure base de décision possible. Et c'est lui, en tant que représentant de la société, qui procède ensuite à une pesée des intérêts. On peut bien entendu poser la question de savoir où se situent les lacunes dans la pratique mais, en principe, la procédure est bien encadrée.

Très souvent cependant, le juge suit votre avis. Vous portez donc une responsabilité à la fois envers la société et envers l'auteur de l'infraction.

La responsabilité n'est pas quelque chose qui me fait peur, bien au contraire ; elle a du bon. C'est cette responsabilité qui me pousse à effectuer mon travail en mon âme et conscience et à être exigeant, aussi bien envers moi-même qu'envers mes expertises. Lorsque les enjeux sont lourds de conséquences, comme c'est le cas ici, il faut faire son travail du mieux possible pour garantir une qualité optimale.

Les expertises que vous réalisez avant une condamnation sont une chose. Après une période de deux ans déjà, l'autorité compétente examine une fois par an si un délinquant peut être libéré de l'internement ou si une mesure thérapeutique institutionnelle peut être ordonnée à la place. Cette manière de procéder vous paraît-elle sensée ?

Ce réexamen annuel ne consiste pas en un examen complet incluant une expertise psychiatrique. C'est la personne chargée du cas, en général un juriste, qui se penche à nouveau sur ce dernier après une période d'un an. Sur le principe, c'est plutôt une

bonne chose que des mesures aussi restrictives que l'internement fassent régulièrement l'objet d'un réexamen. L'internement n'est pas une peine, mais une mesure à caractère préventif ; de nombreuses personnes internées ont purgé leur peine privative de liberté depuis longtemps. Nous parlons d'une pesée des intérêts, au centre de laquelle figurent les trois questions suivantes : Quel risque reste tolérable ? Quelles sont les possibilités d'influer sur l'auteur de l'infraction ? Quelles perspectives sont défendables ? Il n'est pas question ici de fixer la quotité d'une peine, il faut bien faire la part des choses. Il se pourrait qu'une personne soit internée à tort parce qu'un élément n'a pas été apprécié à sa juste valeur. C'est pourquoi je considère qu'il vaut mieux réaliser trop d'examen que pas assez. Mais il y a un « mais », et il est de taille : il convient de veiller à la qualité de ces examens.

C'est précisément sur ce point que la Commission nationale de prévention de la torture (CNPT) a réagi dans son dernier rapport : elle déplore que les examens annuels soient effectués de manière stéréotypée et peu individualisée. Elle propose d'espacer ces examens de deux ans mais, en contrepartie, d'en améliorer la qualité. Qu'en pensez-vous ?

La CNPT avance l'argument selon lequel le fait de réduire la fréquence des examens aura une incidence positive sur leur qualité. Je ne suis pas convaincu par cette approche. Deuxième point soulevé par la CNPT : elle demande une plus grande individualisation. Là encore, il s'agit d'une position de principe défendue par des personnes enfermées dans une tour d'ivoire. En tant qu'homme de terrain, moi je dis qu'il n'y a peut-être tout simplement rien d'individualisé là-dedans. Il se peut très bien qu'aucun changement ne soit intervenu chez un délinquant, ce qu'on voit tout de suite. C'est le cas, par exemple,

lorsqu'il continue de nier les faits et de ne pas coopérer. En pareille situation, il n'est pas nécessaire que je reprenne tout depuis le début et que j'effectue l'examen de manière individualisée. Il y a des éléments concrets à analyser, comme la réceptivité et le risque, et il se peut très bien qu'on n'ait rien à signaler pendant dix ans. C'est même très probable, puisque les personnes concernées sont internées pour une raison bien précise. On ne peut pas dire que le contenu d'un rapport est le même que celui de l'année précédente, qu'il semble stéréotypé ; il peut être tout à fait exact parce qu'aucun changement n'est intervenu. Il faut, bien entendu, rendre compte précisément des circonstances du cas d'espèce et des changements pertinents – pour autant qu'il y en ait –, et non pas inventer des faits dans le seul but que l'examen ait l'air « individualisé ». Ce qui me dérange dans l'argumentation de la CNPT, c'est qu'elle recommande de placer la barre plus haut pour ces examens, puis qu'elle dise que la charge de travail est devenue trop lourde et qu'il faut donc espacer ces examens de deux ans. Je trouve ce raisonnement complètement absurde. Pour moi, ce n'est pas la bonne manière de procéder.

Dans son rapport, la CNPT propose, par ailleurs, qu'une nouvelle expertise psychiatrique soit réalisée au moins tous les cinq ans dans le cas des personnes internées.

Je déconseille vivement la mise en place d'un cadre aussi rigide. Certes, on peut dire, en règle générale, qu'une expertise n'est plus d'actualité au bout de cinq ans, mais je suis contre un tel automatisme. En effet, on finira à un moment donné par tomber sur un cas où une nouvelle expertise serait nécessaire après une période de deux ans – parce que le client a, par exemple, réalisé des progrès –, mais où quelqu'un dira qu'il faut attendre cinq ans avant d'en faire une nouvelle... C'est pourquoi je désapprouve ce type de règle.

La CNPT déplore, en outre, le rôle trop décisif joué par l'expertise psychiatrique dans les cas où il faut statuer sur la poursuite d'un internement. Il faudrait, selon elle, associer à l'évaluation non seulement l'expert, mais aussi toutes les parties à l'exécution de l'internement, de sorte qu'une approche multidisciplinaire puisse être mise en œuvre. Avez-vous trop de pouvoir ?

Non, je ne pense pas. Quel est le but d'une expertise ? Une expertise psychiatrique est ce qui va permettre de pondérer les éléments à disposition et de les replacer dans le contexte. Il ne s'agit pas d'un rapport de conduite, ni d'un rapport bien intentionné de l'aumônier de prison. Le travail de

« Il se peut très bien qu'aucun changement ne soit intervenu chez un délinquant, ce qu'on voit tout de suite. »



L'examen de l'internement consiste en une pesée des intérêts, au centre de laquelle figurent les trois questions suivantes : Quel risque reste tolérable ? Quelles sont les possibilités d'influer sur l'auteur de l'infraction ?

Quelles perspectives sont défendables ?

Photo : Peter Schulthess, 2016

« L'expert ne se contente pas de donner un petit aperçu de la situation, mais prend en compte, évalue et pondère tous les éléments importants. »

l'expert consiste précisément à pondérer les différents éléments dont il dispose, et ce non pas parce qu'il est expert et qu'il en a besoin pour flatter son ego, mais parce que c'est là sa fonction. L'expert ne se contente pas de donner un petit aperçu de la situation, mais prend en compte, évalue et pondère tous les éléments importants. C'est pourquoi je pense qu'il est fondamentalement faux de dire que l'expert a trop de pouvoir. On peut débattre de la question de savoir si une expertise est bien faite ou non, mais on ne peut pas affirmer que cette dernière a trop de poids. Elle a exactement le poids qui lui revient de par sa fonction : l'expertise vise à évaluer le risque que présente le délinquant au moment où elle est réalisée ainsi que sa réceptivité, et doit pour ce faire prendre en considération tous les facteurs et observations qui sont pertinents.

La CNPT estime que les allègements dans l'exécution sont indispensables à l'appréciation du pronostic légal lorsque se pose la question d'une éventuelle libération de l'internement. Ces allègements comportent toutefois des risques. Ne peut-on réellement évaluer la dangerosité d'un délinquant que si ce dernier bénéficie de tels allègements ?

Non, c'est faux. Je ne dis pas qu'il ne faut pas procéder par étapes lorsqu'une perspective de libération se présente dans un cas d'espèce, mais affirmer qu'il est impossible d'établir un pronostic légal sans allègement dans l'exécution est tout simplement faux. Tout dépend toujours du cas. Parfois, je peux passer deux heures avec un client à simuler des situations et ensuite dire si des allègements peuvent lui être accordés ou non. Je vois mon client comme s'il était dans un film : je l'imagine à l'extérieur et j'arrive à percevoir précisément comment il fonctionne et comment il réagit face aux limites qui lui sont imposées – ça, j'arrive à le voir, je n'ai pas besoin pour cela de sortir de la pièce avec lui.

La CNPT propose également que ces expertises psychiatriques de suivi ne soient pas réalisées par un psychiatre qui s'est déjà occupé du cas car il peut en résulter une impression de partialité.

Là encore, je ne partage pas son point de vue. Je suis contre ce type d'automatisme. On établit des règles strictes, puis on finit toujours par tomber sur un cas particulier auquel ces règles ne s'appliquent pas. Je laisserais cette décision à la personne chargée du cas. On ne saurait imposer aux gens, sous prétexte qu'on n'a pas assez confiance en eux, des règles rigides qui réduisent leur marge de manœuvre. Si une expertise n'est pas de bonne qualité, il faut en refaire une meilleure, ce qui peut constituer une bonne raison de désigner un nouvel

expert. La personne qui mandate une expertise doit garder la mainmise sur la situation. Notre domaine tout entier, pour ne pas dire la société tout entière, souffre de l'idée erronée que l'on peut combler les lacunes existant dans le système à grand renfort de règles et que l'on s'en portera mieux ensuite. Je vous le dis : au final, c'est pire. Je fais le constat suivant tous les jours : lorsque les procédures ont une dynamique propre, beaucoup développent une vision restreinte des choses et ne se posent plus la question de savoir ce dont il retourne exactement dans le cas en question. Notre problème ne réside pas dans le manque de règles, c'est plutôt le contraire. J'observe une tendance qui veut que les gens analysent les processus et proposent de brillantes idées sans quitter leur bureau. Au final, on assiste à une bureaucratisation hallucinante. Les gens passent, en fin de compte, 50 à 60 % de leur temps à faire de la paperasse au lieu de se consacrer pleinement à leur véritable tâche. C'est aussi ce que l'on ressent à la lecture du rapport de la CNPT.

Vous avez parlé à plusieurs reprises de lacunes dans la pratique. Quels sont les principaux problèmes, selon vous ?

Ils concernent les expertises. Je vois aujourd'hui davantage d'expertises qu'avant, et des expertises venant de toute la Suisse, ce qui me contrarie beaucoup, car ce que je vois est totalement décevant. Certaines expertises sont de très bonne qualité, mais plus de la moitié d'entre elles sont tout simplement mal faites. Cela me chagrine, parce que je m'identifie à cette tâche, que je trouve très importante, et parce qu'une expertise, lorsqu'elle est faite correctement, peut se révéler très utile. Qu'une expertise soit bâclée et ne rende pas précisément compte des circonstances du cas d'espèce me dérange énormément.

Quand est-ce le cas, selon vous ?

Cette question nous permet d'aborder les péchés capitaux qui sont commis dans les expertises. Le premier consiste à penser en termes de catégories, c'est-à-dire à faire entrer les clients dans des boîtes. Nous devons adapter notre pensée aux phénomènes, et pas l'inverse. Le deuxième point : il faut apporter un éclairage psychologique à l'infraction. C'est ce que j'appelle le « mécanisme de l'infraction ». C'est là le cœur d'une expertise. Il y a pourtant encore des experts qui considèrent que ce n'est pas leur travail, que cela ne les intéresse pas et qui se contentent de poser un diagnostic. Les classifications des troubles mentaux utilisées en psychiatrie générale ne sont cependant pas conçues pour rendre compte de la dangerosité d'une personne. Ces psychiatres posent leur diagnostic d'après leur propre manière de pen-

ser, alors que le profil de risque, qui n'est pas défini dans les classifications des maladies, s'impose comme une évidence mais, eux, ils ne le voient pas, ils passent à côté.

Comment expliquer qu'autant d'expertises, comme vous le dites, soient d'aussi mauvaise qualité ?

Les tribunaux ont, eux aussi, leur part de responsabilité : beaucoup n'assurent pas le contrôle qualité. Il importerait pourtant pour la société qu'un tri soit effectué et que les expertises de mauvaise qualité soient identifiées, mais ce n'est fait que trop rarement. On trouve certains juges et procureurs que cela intéresse et qui le font très bien, mais d'autres laissent tout passer. Il s'agit là de lacunes dans la pratique.

La qualité de certaines expertises fait-elle défaut parce que la formation des experts est insuffisante ?

Il ne suffit pas de dire qu'il faut davantage de formation continue. Ce n'est utile pour aucune profession. Le talent y est, en effet, aussi pour quelque chose. Il faut avoir une bonne capacité d'analyse, être méticuleux, minutieux et structuré. Pour moi, le fond du problème réside dans le fait que travailler dans ce domaine à haut niveau d'exigences nécessite un profil très spécialisé, et que le besoin en experts qualifiés est plus important que le nombre de personnes qui peuvent être formées. Je pense que la discipline n'est pas au niveau où elle devrait être. On trouve de bons experts avec les qualifications requises, mais je ne suis pas du tout satisfait de ce que je vois. Pourtant, en théorie, tout serait bien réglé : les expertises sont une bonne chose, elles créent une valeur ajoutée parce qu'elles livrent de nouvelles informations qui permettent de comprendre le cas, parce qu'elles vont droit au but, parce qu'elles mettent le doigt sur le problème et montrent ce qu'il convient de faire. Elles sont utiles à la personne qui les mandate, aux victimes potentielles, mais aussi à l'auteur de l'infraction lui-même, car elles lui permettent, dans le meilleur des cas, de mieux comprendre sa propre problématique pour se reconstruire.

Comment qualifieriez-vous la situation des personnes internées en Suisse ? L'équilibre entre liberté individuelle et sécurité collective est-il respecté ? Ou a-t-on tendance à interner trop de personnes, y compris des personnes qui ne passeraient plus jamais à l'acte ?

Dire qu'elles « ne passeraient plus jamais à l'acte » est exagéré. Je trouve cette exigence trop élevée. On peut dire que la situation n'est « pas si mauvaise » ou qu'elle n'est « qu'à moitié mauvaise ». Les personnes internées ne forment cependant pas un

groupe homogène, certaines s'en sortent très bien en milieu ouvert. Quant à savoir s'il existe des cas dans lesquels on peut considérer que le risque de récidive n'est pas suffisamment élevé pour justifier un internement, je pense qu'ils sont peu nombreux. C'est pourquoi j'estime que le système fonctionne en fait assez bien et qu'il n'existe pas de gros problème dans le domaine des internements.

Dans quel domaine y'en a-t-il alors ?

A mon sens, il existe un problème dans le domaine des mesures thérapeutiques institutionnelles au sens de l'art. 59 CP. Ces mesures durent, en effet, trop longtemps. Nous sommes là encore enfermés dans un carcan bureaucratique. La mesure est à chaque fois ordonnée pour une durée de cinq ans. Lorsque le juge doit ensuite se prononcer sur une libération ou une transformation de la mesure en internement et que le cas n'est pas tout à fait clair, il prolonge la mesure de cinq ans. Et au bout de ces cinq ans, il la prolonge de cinq ans de plus. Certaines personnes qui subissent une mesure thérapeutique institutionnelle depuis 15 ans ne savent pas combien de temps celle-ci va durer, ce qui est problématique. La mesure thérapeutique institutionnelle est devenue un semi-internement, ce que je déplore vivement. A vrai dire, on sait après une période de deux ans si une thérapie est efficace ou pas. Dans les cas où on ne parvient pas, dans un délai de cinq ans, à faire baisser significativement le risque de récidive, il faudrait – à supposer que ce risque ne soit pas tolérable et que le délinquant ne puisse donc pas être libéré – transformer la mesure en internement. Ce serait également plus juste vis-à-vis de celui-ci.

Malgré toutes les mesures qui peuvent être prises, et même si toutes les lacunes pouvaient être comblées, la société du risque zéro, que l'opinion publique appelle de ses vœux, n'existera donc sans doute jamais dans ce domaine non plus ?

On ne peut pas opter pour la stratégie du risque zéro, car beaucoup trop de personnes se retrouveraient sinon enfermées. Il est cependant de notre devoir de réduire autant que possible les risques, quelles que soient les circonstances. Il existe de nombreuses possibilités pour prévenir la récidive et les infractions graves, et nous devons toutes les exploiter.

Propos recueillis par Christine Brand

« La mesure thérapeutique institutionnelle est devenue un semi-internement. »



Pour Frank Urbaniok, il existe un problème dans le domaine des mesures thérapeutiques institutionnelles, qui « durent trop longtemps ».

Photo : Établissement de détention Bellechasse (Peter Schulthess, 2016)

Participer à l'organisation du quotidien carcéral

Entretien avec Tanja Zangger à propos de nouvelles réglementations en matière d'internement

Ces quatre dernières années, le concordat de la Suisse centrale et du Nord-Ouest sur l'exécution des peines et des mesures a adopté plusieurs nouvelles réglementations en matière d'internement. « Travailler en devant concilier protection de la population et resocialisation des détenus, et donc prendre en compte les intérêts de toutes les parties et pas seulement d'une, est une tâche compliquée et lourde de responsabilités », souligne la secrétaire ad intérim du concordat, Tanja Zangger.

#prison-info : Qu'est-ce qui a poussé le concordat de la Suisse centrale et du Nord-Ouest sur l'exécution des peines et des mesures à mettre en place, sous votre direction, un groupe de travail sur l'internement en 2016 ?

Tanja Zangger : Un certain nombre de questions et de défis se posaient sur le terrain. Je dirigeais alors un service de la Section de la probation et de l'exécution des sanctions pénales du canton de Berne et, avec d'autres acteurs de terrain, je me suis adressée au concordat afin de savoir si d'autres cantons étaient dans le même cas et s'il existait un besoin de chercher ensemble des solutions. C'est dans ce contexte que le concordat nous a chargés de mettre sur pied un groupe de travail. Nous devions notamment nous pencher sur les aspects suivants : l'examen juridique et prospectif des sorties et des congés, les conditions de détention, la planification de l'exécution, les conditions auxquelles une thérapie peut être ordonnée et le placement en établissements privés (par ex., établissements médico-sociaux). Ce dernier aspect est important principalement pour la raison suivante : si les personnes internées forment un groupe homogène, de par le fait qu'il s'agit presque exclusivement d'hommes qui ont commis des infractions extrêmement graves à caractère violent ou sexuel et qui sont, pour la plupart, récidivistes, elles forment aussi un groupe hétérogène, car elles ont des besoins différents liés à leur âge et à leur état de santé psychique et physique.

Des représentants du concordat de la Suisse orientale ont également participé à ce groupe de travail. Pourquoi le concordat de la Suisse latine n'y était-il pas représenté ?

L'absence de représentants de la Suisse latine s'explique par des divergences dans les pratiques. En Suisse alémanique, les personnes internées sont souvent placées au-delà des limites des concordats : une personne du canton de Berne peut, par exemple, être placée dans celui de Zurich, et une personne du canton de Zurich être placée en Argovie ou dans le canton de Zoug. A cet égard, je tiens à préciser que la composition du groupe de travail pouvait varier. Selon le thème abordé, il y avait plus ou moins de représentants d'établissements pénitentiaires ou d'autorités de placement.

Sur la base des travaux de ce groupe de travail, la conférence concordataire a adopté en 2020, dans un premier temps, un schéma de contrôle pour l'octroi de sorties et de congés aux personnes internées. Quelle est l'idée fondamentale à la base de ce document ?

Le principe de resocialisation s'applique également aux personnes internées. Dans leur cas aussi, il convient d'examiner régulièrement si des mesures appropriées peuvent être mises en œuvre pour leur permettre une resocialisation progressive. La protection de la population et la resocialisation des détenus sont deux impératifs qui, s'ils ne sont pas antinomiques, sont difficiles à concilier. Trouver le juste équilibre, et donc prendre en compte les intérêts de toutes les parties et pas seulement d'une, est une tâche compliquée et lourde de responsabilités. Le schéma de contrôle fournit des orientations pour l'examen de trois questions complexes : les conditions légales pour l'octroi d'une sortie ou d'un congé sont-elles remplies ? En se basant sur le pronostic d'assouplissement, quel est le risque de récidive ou de fuite ? Quelles mesures de sécurité



Tanja Zangger est la secrétaire ad intérim du concordat de la Suisse centrale et du Nord-Ouest sur l'exécution des peines et des mesures. Elle a dirigé, de 2016 à 2023, le groupe de travail sur l'internement.

« La protection de la population et la resocialisation des détenus sont deux impératifs qui, s'ils ne sont pas antinomiques, sont difficiles à concilier. »



Une libération conditionnelle reste un objectif à atteindre, y compris en cas d'internement (photo: Etablissement pénitentiaire de Lenzbourg). Photo: Peter Schulthess, 2019

faut-il prendre pour prévenir ce risque ou, du moins, le réduire significativement ?

Le schéma de contrôle a-t-il fait ses preuves dans la pratique ?

D'après les retours d'informations que nous avons reçus, le schéma de contrôle est jugé utile. Même si l'examen des conditions d'octroi des sorties et des congés reste une tâche difficile, le schéma facilite la préparation et la traçabilité des décisions. Si un incident devait malgré tout se produire, on pourrait montrer ce sur quoi l'examen a porté et ce qui a fait pencher la balance.

Il ressort de la notice sur l'exécution de l'internement adoptée en 2021 que la priorité doit être donnée à la protection de la sécurité publique. Quelle place est accordée aux mesures de resocialisation ?

Le but principal de l'internement est de protéger la population contre d'autres infractions graves à caractère violent ou sexuel. La notice précise cependant aussi que toute privation de liberté s'inscrit dans une perspective de libération et qu'une libération conditionnelle reste un objectif à atteindre, y compris en cas d'internement. Elle va ainsi dans le sens de la jurisprudence du Tribunal fédéral. C'est la raison pour laquelle les mesures de resocialisa-

tion, aussi bien celles mises en œuvre à l'intérieur des murs de la prison que celles mises en œuvre à l'extérieur, jouent un rôle essentiel. Elles permettent de travailler sur les facteurs de risque criminogènes et, par conséquent, de réduire le risque de récidive individuel. Comprenant des interventions dans différents domaines (par ex., thérapie, accompagnement socioprofessionnel, encadrement), les mesures de resocialisation intramuros peuvent livrer des informations importantes en vue d'apprécier si, par exemple, une personne s'en tient à ce qui a été convenu. L'octroi d'allègements dans l'exécution hors de l'établissement, tels que les sorties, n'est envisagé que dans un second temps, voire pas du tout. Les mesures individuelles de resocialisation sont indiquées dans le plan d'exécution. Cette tâche, qui incombe au personnel d'encadrement, peut paraître simple, mais elle ne l'est pas.

Dans ce contexte, en quoi le traitement thérapeutique est-il important ?

Le traitement thérapeutique peut constituer un aspect central des mesures de resocialisation intramuros et extramuros. C'est pourquoi il faut soutenir la volonté de la personne internée de suivre un traitement et entreprendre des démarches dans ce sens. C'est un véritable défi dans la pratique, car de nombreuses personnes internées ne veulent pas suivre de thérapie ou ne souhaitent pas poursuivre leur traitement après en avoir suivi un pendant des années sans que leur situation ne change. Il convient de distinguer la thérapie axée sur l'infraction et les troubles des soins psychiatriques de base. Ces derniers visent à aider la personne internée à mieux affronter son quotidien en prison, mais ne permet pas de dire dans quelle mesure le risque de récidive a diminué.

Selon la notice, l'internement peut exceptionnellement être exécuté dans des établissements privés, en fonction de l'état de santé de la personne concernée. Quelles sont les conditions à remplir ?

Le placement de personnes faisant l'objet d'une mesure d'internement dans des établissements privés n'entre pas dans le champ d'application de l'art. 379 CP. Un avis de droit de Jonas Weber et Jann Schaub, de l'Université de Berne, est toutefois parvenu à la conclusion que les personnes nécessitant des soins particuliers peuvent être placées dans des établissements de ce type si trois conditions sont remplies. Premièrement, leur besoin de soins doit être particulièrement important et s'inscrire (vraisemblablement) dans la durée. Deuxièmement, les établissements d'exécution des peines et des mesures ne permettent pas une prise en charge adéquate. Troisièmement, l'établissement privé doit

être à même de garantir le dispositif de sécurité qui s'impose.

Compte tenu de l'évolution démographique, les placements dans des établissements privés resteront-ils une exception ?

L'infrastructure des établissements d'exécution des peines et des mesures et la prise en charge qu'ils proposent ne sont pas adaptées aux personnes âgées et nécessitant des soins. Selon une analyse du Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP), leur nombre va doubler, voire tripler, d'ici 2035. C'est pourquoi je ne pense pas que ce type de placements restera une exception.

Le 24 mars 2023, la conférence concordataire a adopté une nouvelle notice relative aux conditions de détention des personnes internées. A quelle préoccupation répond-elle ?

En Suisse, l'exécution des sanctions pénales n'est pas axée sur la privation de liberté à vie, mais sur la resocialisation. Après avoir purgé sa peine, une personne internée reste cependant enfermée, à titre préventif, en raison de sa dangerosité, pour une durée généralement très longue. C'est pourquoi ses conditions de détention doivent être radicalement différentes. Les personnes qui sont dans ce cas devraient avoir la possibilité de participer à l'organisation de leur quotidien.

Lors de l'élaboration de la nouvelle notice, le groupe de travail a consulté non seulement des acteurs de terrain, mais aussi des experts externes. Qu'en est-il ressorti ?

Le groupe de travail, qui réunissait notamment tous les directeurs d'établissements pénitentiaires fermés de Suisse alémanique, constituait une nouveauté à plusieurs égards. Il a procédé à des auditions de représentants de l'Université de Berne, du Centre suisse de compétence pour les droits humains (CSDH) et de la Commission nationale de prévention de la torture (CNPT) afin de clarifier plusieurs questions juridiques telles que : Que faut-il entendre par assouplissements dans le régime d'exécution ? Ces assouplissements doivent-ils être accordés uniquement aux personnes internées ou aussi aux personnes condamnées à une peine privative de liberté à vie ? Doivent-ils être mis en œuvre uniquement dans des sections distinctes ? Le groupe de travail a en outre entendu Irene Marti de l'Université de Berne, qui a étudié de manière approfondie dans sa thèse la situation des personnes internées. Elle nous a fait part, en quelque sorte en leur nom, de leurs besoins quotidiens. Ses explications sur l'importance de la stimulation personnelle

pour maintenir les personnes internées en bonne santé mentale – par exemple au travers de formations continues choisies en fonction des centres d'intérêt – ont été très instructives.

Une autre nouveauté a été que le groupe de travail a également interrogé des personnes internées. Pourquoi cela ?

A l'initiative des directeurs d'établissement, le groupe de travail a également interrogé des personnes internées afin de connaître plus précisément leurs besoins. L'enquête, qui était facile d'accès (par ex. sous forme d'ateliers), a confirmé une grande partie de ce que nous avions envisagé. Les personnes internées ont salué la création de sections distinctes, même si elles ont souligné que le transfert devait se faire sur une base volontaire et parfois fait part de leur crainte d'y être « oubliées ». Elles ont en outre exprimé avec insistance leur souhait de disposer de jours de repos, ce qui nous a amenés à ajouter ce point dans la nouvelle notice. Il est ainsi prévu que les personnes internées bénéficient de trois à cinq jours de repos par an. Si cette enquête a permis de sonder l'état d'esprit des personnes concernées, elle sert aussi de base pour la mise en œuvre de la nouvelle notice.

La notice recommande un transfert, sous certaines conditions, dans une section dédiée à l'internement. Quelles conditions doivent être remplies pour ce faire ?

Avant toute chose, je tiens à préciser que la notice s'en tient au principe fixé par le code pénal et confirmé par le Tribunal fédéral, selon lequel l'internement doit être exécuté dans un établissement

« Je ne pense pas que les placements dans des établissements privés de personnes internées nécessitant des soins resteront une exception. »



Compte tenu de l'évolution démographique, les placements dans des établissements privés de personnes internées nécessitant des soins ne devraient pas rester une exception.
Photo : Peter Schulthess, 2016

fermé d'exécution des peines et des mesures, dans le cadre d'un régime de détention ordinaire. Pour être transférée dans une section spéciale, la personne internée doit notamment être apte à vivre en groupe, ce qui implique qu'elle peut aussi en être exclue si elle ne remplit pas (ou plus) cette condition ainsi que d'autres.

Jusqu'à présent, seul l'établissement pénitentiaire de Soleure dispose d'une section dédiée à l'internement. Que met en œuvre le concordat pour créer d'autres places de ce type ?

Dans le cadre de notre analyse régulière des besoins, nous menons des discussions avec les cantons afin de connaître l'offre de places existante ou à planifier. Il est déjà certain que l'établissement pénitentiaire de Bostadel va se doter d'une section spéciale pour détenus âgés et subissant un internement de longue durée. Deux autres établissements pénitentiaires sont en train d'examiner la possibilité de créer des sections spéciales dans le cadre de projets de construction qui sont en cours.

Que faut-il prévoir pour les quelques femmes internées ?

Dans son rapport sur l'exécution de l'internement, la CNPT a indiqué, à juste titre, qu'il n'était pas nécessaire d'envisager la création d'un quartier spécial réservé aux femmes. Peu de femmes étant concernées, cela reviendrait en effet à un isolement de fait. Ce qui importe, c'est que la notice s'applique aussi à l'exécution ordinaire. Quel que soit le lieu où l'internement est exécuté, le principe essentiel que nous avons déjà mentionné et selon lequel les personnes concernées doivent, compte tenu du caractère préventif de cette mesure, avoir la possibilité de participer à l'organisation de leur quotidien, s'applique aussi bien aux hommes qu'aux femmes.

Quelles autres recommandations formulées dans la notice sont particulièrement importantes ?

Les recommandations concernant la pratique d'une activité régulière (travail ou occupation) méritent une attention particulière. Selon la jurisprudence du Tribunal fédéral, l'obligation de travailler perdure au-delà de l'âge ordinaire de la retraite. Il convient toutefois de prendre en compte de manière appropriée les besoins individuels de la personne internée. En outre, les recommandations concernant les cellules ont pour but de permettre aux intéressés d'aménager ces dernières de manière personnelle à leurs frais. Compte tenu de l'évolution démographique, une autre recommandation gagne par ailleurs en importance : les établissements pénitentiaires devraient donner aux collaborateurs la possibilité d'effectuer des stages dans des établis-

sements pour personnes âgées, des établissements de soins et des établissements psychiatriques, mais aussi encourager la formation initiale et continue spécifique et garantir l'accès à la supervision.

Dans quelle mesure ces trois notices peuvent-elles contribuer à une harmonisation de la pratique au sein du concordat de la Suisse centrale et du Nord-Ouest ?

Les notices ne sont pas juridiquement contraignantes, mais elles ont favorisé une compréhension commune des modalités d'exécution de l'internement. Elles sont, par ailleurs, prises en considération lors de la réalisation de projets de construction ainsi que dans la pratique des tribunaux.

Quelle importance revêtent-elles pour le concordat de la Suisse orientale ?

Les notices ne sont pas directement applicables dans ce concordat. Lors de sa conférence de printemps, la commission pénitentiaire a toutefois chargé le secrétaire du concordat de préparer une nouvelle notice qui reprenne de manière synthétique les réglementations adoptées par le concordat de la Suisse centrale et du Nord-Ouest en vue de remplacer la recommandation de 2008 sur l'exécution de l'internement. Le contenu des réglementations des deux concordats suisses alémaniques devrait, par conséquent, être harmonisé dans un avenir proche.

Qu'est-il prévu maintenant que ces trois notices ont été adoptées ? Le groupe de travail va-t-il être maintenu ?

Ces trois notices ont permis de poser des jalons importants. Il s'agit désormais de mettre en œuvre les nouvelles réglementations. Plusieurs institutions travaillent actuellement sur des approches visant à améliorer les conditions de détention des personnes internées dans les infrastructures existantes. Par ailleurs, les nouvelles réglementations sont prises en considération – comme nous l'avons déjà évoqué – lors de la réalisation de projets de construction. Le groupe de travail a été dissous. Il n'en reste pas moins la forte interconnexion qu'il a favorisée entre les différents acteurs.

Propos recueillis par Folco Galli

« Ces trois notices ont permis de poser des jalons importants. Il s'agit désormais de mettre en œuvre les nouvelles réglementations. »

Lien

Les trois notices relatives à l'exécution de l'internement (30.6, 30.7 et 30.8) sont disponibles (en allemand uniquement) sur le site Internet du concordat de la Suisse centrale et du Nord-Ouest sur l'exécution des peines et des mesures (www.konkordate.ch/home).

Une vie majoritairement autonome, digne, simple et sûre

« Exécution de l'internement en petits groupes » : un nouveau modèle qui a fait ses preuves

Six personnes faisant l'objet d'une mesure d'internement sont placées dans une section de l'établissement pénitentiaire de Soleure où elles peuvent bénéficier d'une plus grande autonomie et être soumises à moins de restrictions. Cette nouvelle forme d'exécution de l'internement a fait ses preuves, mais elle ne convient pas de la même manière à toutes les personnes concernées, nécessitant des adaptations afin de tenir compte des compétences de chacune.

L'« exécution de l'internement en petits groupes », testée à partir de 2019 dans le cadre d'un projet pilote et introduite définitivement en 2021, permet aux personnes internées de mener une vie plus libre et plus autonome après avoir purgé leur peine privative de liberté. Comme l'internement est une mesure de sûreté sans caractère punitif, cette nouvelle forme d'exécution limite les restrictions à la liberté au minimum nécessaire pour garantir pleinement la sécurité interne et publique. Selon le descriptif du projet, l'accent est mis sur une gestion de vie sûre, l'occupation d'un emploi qui a du sens et la pratique d'activités de loisirs satisfaisantes. Il s'agit ainsi de créer et de maintenir un cadre qui soit propice à l'acquisition de compétences sociales de base et qui permette aux personnes internées de mener une vie majoritairement autonome, digne, simple et sûre dans un environnement apaisé.

Des détenus qui restent entre eux

Selon le rapport final du projet, les six détenus du bâtiment C, qui se situe légèrement à l'écart des autres bâtiments tout en restant dans le périmètre de sécurité de l'établissement pénitentiaire, forment un groupe hétérogène de par la diversité des infractions commises et de leurs expériences en détention. Dans cet environnement, ils sont toutefois parvenus à « apprécier mutuellement leurs points forts et à faire face de manière adéquate aux traits de caractère difficiles des uns et des autres ». Les réactions des intéressés sont majoritairement positives. La sécurité au sein de la section, notamment, participe, selon eux, à une meilleure qualité de vie. Ils restent, pour ainsi dire, entre eux et n'ont

plus besoin de s'imposer face aux autres détenus de l'établissement.

L'assouplissement des conditions de détention dans cette section permet aux détenus de jouir d'une plus grande liberté dans l'organisation de leur quotidien, ce qui a des effets positifs, selon le rapport final : « Le fait de se responsabiliser et d'intervenir dans l'organisation du quotidien de la section leur permet de maintenir et de mettre en pratique des aptitudes qui leur sont nécessaires dans la vie. » Dans le bâtiment C, comme dans tout l'établissement, une structure journalière claire est essentielle. Pendant les heures d'ouverture des cellules – soit de 6 h 45 à 22 h au plus tard les jours ouvrés, et de 8 h 30 à 20 h 30 au plus tard le week-end –, les détenus ont libre accès à l'ensemble du bâtiment ainsi qu'à la terrasse et à la cour de la section. Ils sont encadrés et surveillés par une équipe de trois personnes. Les plus âgés ont, eux aussi, l'obligation de travailler, leur temps de travail étant toutefois adapté en fonction de leur âge et de leur état de santé. Tous ont également accès à des activités de loisirs facultatives qui ont pour but, comme le travail, de prévenir les préjudices de la détention.

Aucun élément perturbateur admis

Selon le rapport final, le projet « exécution de l'internement en petits groupes » prend une « très bonne direction » et est sans cesse amélioré. « Il y a encore une marge de progression », affirme le directeur Charles Jakober, qui considère que d'autres assouplissements sont possibles. Il précise cependant aussi que cette forme d'exécution ne convient pas à toutes les personnes internées. Certaines compé-



Charles Jakober : « Certaines compétences sont nécessaires pour pouvoir vivre dans cette section. »

tences sont, selon lui, nécessaires pour pouvoir vivre dans cette section. C'est pourquoi la responsable de l'exécution des peines ne décide d'une nouvelle admission qu'au terme d'une « période d'essai » d'une semaine et après consultation des détenus qui y évoluent déjà. D'après M. Jakober, « cette période d'essai permet de garantir qu'aucun élément perturbateur n'est admis ». Jusqu'à présent, seuls deux détenus qui ne se conformaient pas aux règles et qui semaient le trouble ou refusaient de coopérer ont dû être exclus. « Il est de notre devoir de protéger cette section et de maintenir la qualité de vie des autres détenus. »

« Leur section »

Le directeur évoque des détenus « prévenants et calmes » lorsqu'il décrit l'état d'esprit qui règne dans la section. Certes, des altercations auraient lieu de temps en temps (en raison, par ex., d'aliments périmés retrouvés dans le réfrigérateur), mais ils n'en viendraient jamais aux insultes ni même aux mains. Ils seraient capables de se concerter entre eux et de vivre en groupe, et voudraient que cette section soit maintenue. « C'est leur section, une section où ils peuvent, dans une large mesure, prendre des décisions par eux-mêmes et vivre de façon autonome, mais qui leur permet aussi de développer un sens aigu des responsabilités. Ils peuvent s'impliquer énormément et même aménager – avec l'équipe

d'encadrement – les parties communes. » Selon le directeur, ce modèle fonctionne grâce à eux, c'est pourquoi ce serait une erreur de le proposer à toutes les personnes internées. « On peut cependant aussi l'adapter en prévoyant des assouplissements moins importants. » Un autre petit groupe devrait ainsi être constitué dans l'établissement pénitentiaire de Soleure, mais les détenus concernés jouiront d'une moins grande autonomie, car ils ont davantage besoin de l'aide de l'équipe d'encadrement.

Un regard critique extérieur

« Dès le début du projet, nous avons mis en place un groupe de suivi interdisciplinaire (voir encadré), qui permet de toujours avoir un regard critique extérieur et qui contribue au contrôle de la qualité », explique Charles Jakober. « Ce groupe nous encourage en outre à prévoir d'autres assouplissements, à inciter régulièrement les détenus à suivre une thérapie et à ne pas perdre de vue l'objectif ultime qu'est la resocialisation. » Il convient toutefois d'exploiter toutes les possibilités dans le cadre sécurisé de la section et de ne pas prendre de risques inconsidérés. Quand on lui demande s'il faut renoncer à fermer les cellules à clé pendant la nuit, il répond : « La plupart des détenus ont commis des homicides et sont des délinquants à haut risque. Si un incident devait se produire pendant la nuit, cela sonnerait le glas de ce modèle d'exécution de l'internement. » Et c'est un

Les détenus ont libre accès à l'ensemble du bâtiment C ainsi qu'à la terrasse et à la cour de la section.
Photo : Peter Schulthess, 2019



risque qu'il ne veut pas prendre, car cette section « offre la possibilité à des délinquants qui ont peu de chances d'être libérés de vieillir en toute dignité ».

Un cadre familial

« Nous sommes en phase de consolidation », explique le responsable de la section, Gerhard Imfeld. « Le groupe s'est formé et consolidé au cours des dernières années. Il n'y a pas d'allées et venues permanentes, comme c'est le cas dans une unité de détention ordinaire. Ce cadre familial permet d'entretenir une plus grande proximité avec les détenus, mais aussi d'avoir des discussions plus approfondies avec eux et de mieux prendre en compte leurs besoins et leurs craintes. » Ces discussions ont lieu non seulement sous forme d'entretiens individuels, mais aussi de manière plus informelle et décontractée, par exemple pendant les repas, qui sont livrés en semaine par les cuisines et généralement pris en commun dans le séjour. Le week-end et les jours fériés, les détenus peuvent cuisiner eux-mêmes avec l'aide du personnel d'encadrement, ce qu'ils apprécient beaucoup.

Le nettoyage quotidien est assuré par un détenu qui travaille à 50 % dans la section. Tous sont néanmoins tenus de participer aux tâches ménagères pendant leur temps libre. Ainsi, ils s'occupent eux-mêmes de leur lessive et sont responsables du rangement de leur cellule. Ils doivent également effectuer d'autres tâches, comme le nettoyage des salles de bain, de la cuisine et des fenêtres ou l'entretien des jardins. Gerhard Imfeld décrit la cohabitation en ces termes : « Même si on observe des frictions occasionnelles, les détenus font attention les uns aux autres et s'entraident. » Les détenus peuvent vivre de manière plus autonome, ce qui implique toutefois aussi qu'ils se responsabilisent. « C'est ce qui explique qu'on peut leur accorder une plus grande confiance. »

Plus d'autonomie et de responsabilités

« Nous aidons les détenus à aménager leur quotidien et leur temps libre », continue d'expliquer le responsable de la section. Ainsi, les détenus organisent la vie de groupe avec les responsables de l'exécution des peines et le personnel d'encadrement lors des séances de groupe mensuelles ou organisées en fonction des besoins. Ces séances permettent de répartir les « petites tâches », d'échanger des informations, de régler certains détails (comme la question de savoir s'il est à nouveau prévu de laisser les cellules ouvertes jusqu'à 00 h 30 le soir de la Saint Sylvestre) et d'aborder des questions fondamentales (par ex., les responsabilités qu'impliquerait l'adoption d'un chat). Le rapport final du projet souligne l'importance de ce point : ce qui est bien

plus important que les assouplissements qui leur sont accordés, tels que l'utilisation d'un ordinateur personnel, la possibilité d'aménager leur cellule de manière personnelle et l'accès facilité à la terrasse et à la cour extérieure, ce sont les efforts visant à leur permettre non seulement de participer davantage aux décisions et de décider beaucoup plus par eux-mêmes, mais aussi de prendre plus de responsabilités.

Tirer le meilleur parti de la situation

« Nous encourageons les détenus à tirer le meilleur parti de leur situation », poursuit Gerhard Imfeld. L'équipe d'encadrement les incite, par exemple, à recourir à l'art-thérapie ou aux autres offres thérapeutiques et de loisirs proposées. Elle fait, par ailleurs, en sorte que les contacts avec le monde extérieur se déroulent au mieux : les sorties accompagnées par un membre de l'équipe et un membre du service de sécurité, qui ne peuvent cependant pas être accordées à tous les détenus, font l'objet de discussions approfondies en amont et en aval. Des contacts avec l'extérieur existent également sous d'autres formes. Ainsi, trois détenus entretiennent des relations épistolaires soutenues.

Sur les six détenus que compte la section, deux ont plus de 65 ans et un autre aura bientôt l'âge de l'AVS. « Nous sommes en train de devenir une colocation pour personnes âgées », fait savoir le responsable de la section, qui pointe ainsi du doigt l'évolution démographique. Cette dernière a différents effets. D'un côté, le fait de bénéficier d'une rente AVS permet aux détenus de disposer d'une plus grande marge de manœuvre pour s'acheter, par exemple, un ordinateur, une télévision, des meubles ou un matelas médical. De l'autre, des sujets tels que la vieillesse et la fragilité liée à l'âge – un détenu bénéficie régulièrement d'une prise en charge par un service de soins à domicile – ainsi que la confrontation avec la fin de vie et la mort vont prendre de l'importance.

Témoignage d'un détenu

Comment les personnes concernées vivent-elles cette nouvelle forme d'exécution de l'internement ? Hans (nom d'emprunt), en exécution de peine depuis 1998 et interné depuis 2013, a accepté de répondre à la question. En 2019, il est le premier étranger à avoir été admis au sein de la section après avoir effectué la période d'essai d'une semaine. « Dès que j'ai franchi la porte, j'ai su que je voulais rester ici », raconte-t-il avant d'ajouter : « Depuis que je suis arrivé ici, ma qualité de vie s'est radicalement améliorée. » La taille du groupe est, selon lui, idéale. Les détenus auraient certes, de temps en temps, des divergences d'opinions, mais ces der-



Gerhard Imfeld : « Ce cadre familial permet d'entretenir une plus grande proximité avec les détenus. »

« Nous aidons les détenus à aménager leur quotidien et leur temps libre. »

« C'est ici que je passe mes vieux jours. »

nières n'affecteraient en rien la cohésion de groupe ni le sentiment d'appartenance à ce dernier. « On s'entend bien. » Pour Hans, cette entente est due au fait qu'on sollicite l'avis du groupe avant toute nouvelle admission. Les différences d'âge n'ont, pour lui, rien de problématique non plus : « Les plus âgés sont certes plus lents, mais les plus jeunes peuvent avoir un effet stimulant. »

Hans salue l'engagement de l'équipe d'encadrement, affirmant : « On fait attention à nous ici. » Les détenus de la section s'entraident toutefois aussi. Hans, qui ne travaille qu'à 50 % dans le secteur « construction et entretien » en raison de plusieurs affections physiques, fait par exemple la lessive d'un codétenu qui souffre de graves problèmes de santé. Il bénéficie de six sorties accompagnées par an. Les cinq heures dont il dispose ne lui permettent pas d'aller bien loin, mais il a l'immense chance de pouvoir passer du temps avec sa famille pendant ces sorties. En outre, il apprécie particulièrement la possibilité qui est donnée aux détenus de la section d'organiser eux-mêmes leur temps libre. Lui-même passe une grande partie de son temps libre sur son ordinateur ou devant la télévision dans sa chambre. Le fait que les détenus de la section parlent de « chambre » et non pas de cellule n'est

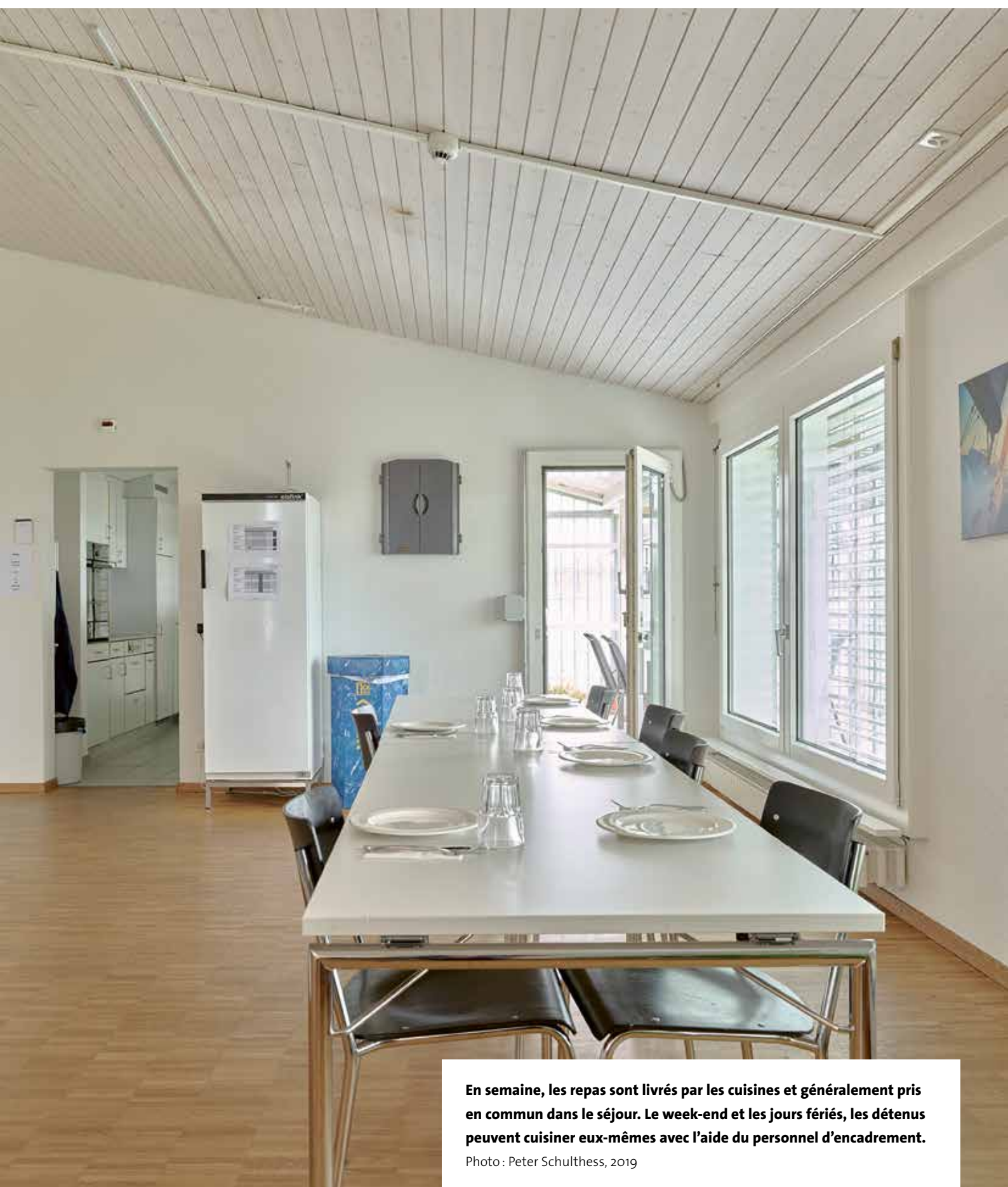
pas une façon pour eux d'enjoliver la réalité, mais correspond à leur ressenti. « Bienvenue dans mon chez moi », lance-t-il d'un ton engageant en montrant sa chambre, qui n'est certes pas très grande, mais qu'il a aménagée avec sa touche personnelle en l'adaptant à ses besoins (notamment avec un matelas spécial).

Des souhaits, Hans en a peu. Il aimerait notamment que l'accès aux activités sportives soit plus simple. Pour pratiquer son sport favori, le tennis de table, au moins quatre personnes doivent s'inscrire à chaque fois. Comme il s'est toujours comporté correctement pendant ses années de détention, on lui a proposé un transfert dans un établissement ouvert il y a un an et demi, mais c'était sans compter sur une recommandation négative de la commission spécialisée concordataire. Sa déception est encore perceptible dans ses propos : « On m'a laissé espérer. » En même temps, il affirme : « Je ne sais pas du tout si j'y serais allé au risque de perdre tout ce que j'avais ici. Je suis reconnaissant de pouvoir vivre dans cette section. » C'est pourquoi il peut dire avec calme et sérénité : « C'est ici que je passe mes vieux jours. » (gal)

« Nous avons fait de grandes avancées »

Mis en place à l'initiative du directeur Charles Jakober, le groupe de suivi soutient, en tant que groupe consultatif, la mise en œuvre et le développement du projet « exécution de l'internement en petits groupes ». Largement représentatif, il réunit des scientifiques, des acteurs de terrain ainsi que des spécialistes de la psychiatrie légale. Il assure par ailleurs l'interface avec le concordat de la Suisse centrale et du Nord-Ouest sur l'exécution des peines et des mesures, explique Jonas Weber, professeur de droit pénal et de criminologie à l'Université de Berne. Compte tenu de l'énorme potentiel que revêt cette nouvelle forme d'exécution de l'internement, le groupe de suivi a été maintenu après l'achèvement réussi du projet pilote. Jonas Weber dresse le bilan suivant : « Nous avons fait de grandes avancées dans ce projet pilote : nous avons pu accorder aux personnes internées nettement plus de libertés et d'autonomie, et ce tout en respectant le principe de distanciation et sans lésiner sur la sécurité. » Il souligne cependant que, du point de vue des droits humains, il faudrait, à l'avenir mettre davantage l'accent sur la préparation

de la libération et le développement de la personnalité. « Nous devrions constamment chercher à préparer les personnes internées à leur libération, notamment en leur accordant des allègements dans l'exécution, mais aussi prendre des mesures en faveur de leur resocialisation. » Il faudrait, par ailleurs, leur donner davantage la possibilité d'effectuer un travail d'introspection et de développer leur personnalité dans le cadre d'une thérapie au sens large. Dans une publication parue il y a deux ans, Jonas Weber indiquait que l'internement se trouvait de plus en plus dans une impasse en raison de l'extrême réticence à accorder des allègements dans l'exécution. Selon lui, l'« exécution de l'internement en petits groupes » peut constituer une piste pour en sortir. Il est toutefois conscient que certaines personnes internées seraient dépassées par des allègements importants. Il estime qu'il faudrait leur permettre de mener une vie en détention digne et qui a du sens, comme c'est le cas dans le bâtiment C. « Pour elles, l'internement reste une impasse, mais une impasse moins triste. »



En semaine, les repas sont livrés par les cuisines et généralement pris en commun dans le séjour. Le week-end et les jours fériés, les détenus peuvent cuisiner eux-mêmes avec l'aide du personnel d'encadrement.

Photo : Peter Schulthess, 2019

Des plans d'exécution individualisés, concrets et systématiquement ajustés

Le rapport de la CNPT salue la pratique vaudoise

Le plan d'exécution tient un rôle central dans l'exécution de l'internement. La Commission nationale de prévention de la torture (CNPT) insiste sur ce point. Or, dans la moitié des dossiers analysés, les plans n'étaient pas à jour, et dans 20 % des cas, il n'y avait pas de plan ! Mais la Commission distribue aussi des félicitations, notamment au canton de Genève, au canton de Vaud, à l'Établissement pénitentiaire de Pöschwies et aux Établissements de la Plaine de l'Orbe. Cité deux fois, le modèle vaudois peut être envisagé comme un exemple. Entretien avec Charles Galley, adjoint du chef d'Office d'exécution des peines du canton de Vaud.



Charles Galley, adjoint au chef d'Office à l'Office d'exécution des peines du canton de Vaud.

#prison-info : Dans son rapport, la CNPT présente le plan d'exécution comme un instrument « très important » dans l'exécution de l'internement. En quoi est-il si important ?

Charles Galley : La personne internée doit progresser en direction d'objectifs déterminés. Le plan d'exécution de la sanction (PES) permet de poser la cartographie d'un chemin individualisé orienté vers ces buts. On attend alors de cette personne qu'elle progresse sur ce chemin et qu'elle soit, dans la mesure de ses capacités, actrice de ses changements. Le caractère « très important » conféré au PES réside dans le fait qu'il doit permettre de guider cette personne, de lui donner une direction vers ce que les autorités attendent d'elle. Le PES est également une référence pour les intervenants qui accompagnent la personne condamnée au quotidien. Ils ont ainsi connaissance de ce qui doit être travaillé. Ils possèdent une vision globale du projet d'évolution, ce qui confère un sens plus large à leurs interventions. C'est également un outil précieux pour les autorités judiciaires qui examinent régulièrement les situations.

Quelles sont les attentes des autorités ?

Elles attendent de l'individu concerné qu'il se réfère aux moyens à sa disposition pour opérer un travail sur lui-même – dans une visée idéalement thérapeutique – et pour améliorer les aspects socio-professionnels de sa vie dans le but de réduire le risque qu'il présente pour la sécurité publique.

Elles attendent de lui, si c'est possible, qu'il soit réinséré un jour. Pour toute personne privée de liberté, il faut espérer une possible évolution.

La CNPT « se félicite que les plans d'exécution établis par les offices d'exécution des peines des cantons de Genève et de Vaud abordent de manière circonstanciée et actuelle les besoins des personnes internées ». Quelle est, pour vous, l'importance de ces félicitations ?

C'est très positif que la Commission nationale de prévention de la torture reconnaisse la qualité de notre travail. Et dès lors que ce travail est effectué de manière interdisciplinaire, le mérite revient à toutes et tous. L'importance de cette reconnaissance réside dans le fait qu'elle nous conforte dans la justesse de notre manière de travailler, dans les valeurs qui nous habitent – comme le respect et la dignité des personnes condamnées – mais également dans la rigueur nécessaire à la prise en charge de ces situations complexes. Cette reconnaissance nous encourage à poursuivre sur cette voie.

Comment le plan d'exécution d'une sanction est-il élaboré ?

Il s'établit de manière interdisciplinaire dans le but d'obtenir une connaissance globale de la personne condamnée. Cette méthode permet ensuite de poser des objectifs qui vont toucher plusieurs sphères de la vie de cette personne, ce que nous appelons les « besoins criminogènes ». Il faut ensuite lui donner

les moyens d'atteindre ces objectifs. Ce plan doit être suffisamment concret et réaliste pour permettre à son bénéficiaire de progresser. Les moyens en question sont d'ordre divers.

Combien de temps dure l'élaboration d'un plan d'exécution ?

L'élaboration d'un tel plan n'est pas laissée au hasard. La période d'évaluation et d'observation s'étend de 18 à 24 mois, parfois moins, pour les personnes condamnées à un internement. C'est après ce délai que le PES est généralement réalisé. La phase de récoltes de données, d'observation, d'évaluations et d'accompagnement commence le plus tôt possible, soit dès l'arrivée de la personne dans l'établissement d'exécution de la sanction, tout en tenant compte de ce qui a déjà été fait durant la période de détention avant jugement. Évidemment, si cela fait sens, des démarches concrètes seront réalisées déjà dans le courant de cette première période d'observation.

Vous avez évoqué que le travail est effectué de manière interdisciplinaire ...

A cette phase initiale d'examen succède la rencontre interdisciplinaire qu'on appelle communément « le réseau ». Celui-ci requiert, au sein des établissements vaudois, la présence et l'implication de tous les intervenants, à l'instar du surveillant-chef, du psychologue ou du médecin psychiatre, de l'intervenant social ou encore du chef d'atelier et d'un représentant de l'Office d'exécution des peines (OEP). Le chargé d'évaluation criminologique est également

présent. Sa fonction consiste à évaluer les risques généraux et spécifiques ainsi qu'à poser les axes prioritaires du travail psychosocial. C'est le moment, pour chaque intervenant, d'informer les autres de ses observations. Il s'agit également de faire état des souhaits émis par l'interné dans la perspective du réseau et donc des projets qui lui tiennent plus particulièrement à cœur.

A l'occasion de la « restitution du plan », la personne concernée rencontre tous les intervenants. De quoi s'agit-il ?

Une fois les objectifs de travail posés et la planification définie, les intervenants présents au réseau et l'OEP rencontrent la personne en exécution de sanction à laquelle le PES est adressé. Le PES lui est restitué. Il faut comprendre qu'on lui explique tant ce qui est ressorti des discussions que la raison pour laquelle tel ou tel aspect est envisagé. Il est fait mention des objectifs posés, des axes de travail et des étapes du calendrier. L'idée est de rechercher l'adhésion de la personne condamnée pour augmenter les chances de succès du plan. Il s'agit de l'inciter à prendre des responsabilités en fonction de ses capacités. Le PES est ensuite finalisé et validé par l'OEP. In fine, lorsqu'il concerne les personnes condamnées à un internement, le PES est très souvent présenté à la Commission interdisciplinaire consultative pour délinquants dangereux du canton de Vaud afin que l'autorité puisse bénéficier de son éclairage avant les prises de décisions.

« Pour toute personne privée de liberté, il faut espérer une possible évolution. »

« Ce plan doit être suffisamment concret et réaliste pour permettre à son bénéficiaire de progresser. »



La CNPT n'a constaté un examen et un ajustement systématiques et réguliers des plans d'exécution qu'aux Établissements de la Plaine de l'Orbe (photo) et à l'EP Pöschwies. Photo : Peter Schulthess, 2019

« Lorsque la liberté de mouvement est entravée, il reste malgré tout une part de liberté sur le plan psychique que chaque personne condamnée va rechercher en fonction de ses aspirations. » Elle peut accéder à des thérapies, à des activités sportives, intellectuelles, culturelles ou récréatives. Photo : Peter Schulthess, 2019

« Chaque bilan peut se voir comme une photographie qui illustre le chemin parcouru en direction des objectifs posés par le PES. »

« Notre pratique n'est pas de penser en termes d'âge, mais de penser en termes de besoins. »



La Commission note qu'elle n'a constaté un examen et un ajustement systématique et régulier des plans d'exécution qu'aux EPO et à l'EP Pöschwies. Le canton de Vaud est à nouveau cité en exemple. Quel est le secret de cette systématique ?

Le secret réside dans la systématique justement. Tous les 18 à 24 mois, un nouveau réseau est planifié. Il va donner lieu à un nouveau PES qui prendra la dénomination de « bilan de phase ». Chaque bilan peut se voir comme une photographie qui illustre le chemin parcouru en direction des objectifs posés par le PES. C'est en les juxtaposant que l'on peut percevoir le chemin effectivement parcouru.

Quel est le but fixé au plan d'exécution d'un internement de nature pénale ?

Le but premier est la diminution du risque. Il faut donner, à l'interné, les moyens de diminuer le risque qu'il présente pour la société pour le cas où il retrouverait la liberté.

Par « diminuer le risque » faut-il comprendre « diminuer la dangerosité » présentée par le condamné ?
Nous n'employons que rarement le terme « dangerosité ».

Pourquoi ?

Parce que la représentation attachée à ce terme est trop figée. Dès lors, comme notre travail s'inscrit dans une logique dynamique, nous préférons parler de « gestion du risque ». Nous postulons en effet que le risque peut se moduler en fonction de

l'avancée du condamné sur les plans thérapeutiques, sociaux ou professionnels, voire situationnels. Nos décisions suivent une logique de gestion du risque.

L'auteur d'infractions graves peut être condamné à une peine privative de liberté et à une mesure d'internement. L'une et l'autre demandent l'élaboration d'un plan d'exécution. Existe-t-il deux plans différents pour un même condamné, à savoir le plan d'exécution de la peine d'abord et celui de la mesure ensuite ?

Non. Les plans d'exécution ne diffèrent dans le canton de Vaud ni dans leur but ni leur forme. Pour les deux types de sanctions, les objectifs sont basés sur la gestion des risques dans une logique d'évolution vers des orientations pro-sociales, c'est-à-dire qui vont dans le sens de ce qui est admis par la société. La pratique commande alors de ne pas dissocier les deux phases d'exécution. Pour conserver du sens au projet construit avec la personne en détention, il faut que ce plan soit conçu dans la continuité.

Après une longue durée en détention, plus de 30 ans par exemple, quelle peut être la motivation de l'interné pour avancer dans un projet de vie ?

Lorsque la liberté de mouvement est entravée, comme c'est le cas en milieu carcéral, il reste malgré tout une part de liberté sur le plan psychique que chaque personne condamnée va rechercher en fonction de ses aspirations ou de ses ressentis en lien avec l'incarcération. Au sein de l'établissement, la personne internée peut, si elle le souhaite,

accéder à des thérapies, à des activités sportives, intellectuelles, culturelles ou récréatives. Elle peut apprendre, entre autres, à se structurer, à gérer son agressivité, à se libérer d'une addiction, bref, à sortir des mécanismes qui l'ont enfermée au point de se retrouver devant la justice. Même internée, cette personne peut prétendre à des projets de vie. Pour chacun, il faut garder l'espoir qu'une évolution est possible, même si cet espoir s'inscrit souvent sur le très long terme. Malgré tout, après de nombreuses années, certains présentent toujours un risque de récidive évalué comme étant élevé ; ce qui amène les autorités à ne pas envisager d'ouverture et à maintenir un cadre carcéral strict.

La Commission rappelle que l'internement étant une mesure, il ne poursuit pas un but punitif. Qu'est-ce qu'un PES peut prévoir pour qu'une personne internée ne se sente pas punie ?

La nature juridique de l'internement n'a effectivement pas, dans l'absolu, de vocation punitive. Mais la privation de liberté qui lui est inhérente est de facto ressentie par l'interné comme étant punitive. Réduire l'aspect punitif de la réalité carcérale peut néanmoins être travaillé au travers du PES ainsi que par l'accompagnement au quotidien. Chaque corps de métier tente de déterminer les intérêts, les envies, ou encore les besoins de la personne internée.

L'internement étant généralement de longue, voire de très longue durée, des internés sont âgés. Le PES est-il corrigé en conséquence ?

L'OEP tient compte de l'évolution des personnes condamnées dans le cadre des réévaluations du PES, soit lors des bilans de phase. Cependant, notre pratique n'est pas de penser en termes d'âge, mais de penser en termes de besoins. Quel que soit l'âge de la personne privée de liberté, internée ou non, si elle présente une fragilité particulière, elle peut être placée dans une unité spéciale, comme on en trouve aux EPO, et bénéficier d'une prise en charge individualisée ; si elle a un problème de santé, elle peut bénéficier de soins médicaux et d'une adaptation de son quotidien défini en partie par un certificat médical.

Certains internés en arrivent à considérer l'établissement de détention comme leur maison. Le PES orienté vers la réinsertion perd son sens non ?

Nous ne partons jamais de l'idée qu'une personne condamnée à une sanction privative de liberté ne pourra pas changer. C'est notamment la raison pour laquelle, à intervalles réguliers, nous procédons à des bilans de phase. Certes avec le temps, l'âge avançant, les objectifs changent et ils sont adaptés aux situations qui se présentent.

Si les conditions sont remplies, une personne en exécution de peine avant internement peut, si son évolution le permet, bénéficier d'une libération conditionnelle. Toutefois, cela ne s'est encore jamais produit dans le canton de Vaud durant l'exécution de la peine privative de liberté. Notre pratique vise surtout à amener une personne en exécution d'un internement vers un processus d'évolution suffisant et une diminution du risque qu'elle représente pour envisager un changement de sanctions et passer sous le régime de la mesure thérapeutique institutionnelle. Ce processus complexe nécessite avant tout une évolution positive, conservée sur la durée et attestée par les observations des intervenants du terrain. Ensuite, si les évaluations criminelles et expertales le permettent, l'autorité judiciaire compétente peut modifier la sanction. Afin de favoriser l'amorce d'un processus de soin, nous pouvons également envisager de placer des condamnés à l'Etablissement fermé de Curablis qui est une structure spécialisée dans la prise en charge médicale et thérapeutique des mesures.

Dans son rapport, la CNPT souligne que les chances de libération d'un interné sont faibles. Comment, dans ces conditions, est-il possible de le motiver à collaborer à l'élaboration d'un PES ?

Si la personne condamnée ne participe pas à ce qui est attendu d'elle, au moins minimalement, ses chances d'évolution sont nulles. En effet, pour évaluer le risque, nous avons besoin d'informations de sa part. Alors nous devons tenter de nouer une relation avec elle. Pour le respect de sa dignité, et parce qu'avec le temps, il est rare de trouver une personne qui va tout refuser en bloc systématiquement. Nous nous devons de continuellement essayer de trouver la brèche qui donnera accès à une part plus authentique de la personne avec laquelle un travail peut débuter. Nous devons croire que l'espoir d'un changement est toujours là.

Propos recueillis par Patricia Meylan

« Même internée, cette personne peut prétendre à des projets de vie. »

« Nous nous devons de continuellement essayer de trouver la brèche qui donnera accès à une part plus authentique de la personne avec laquelle un travail peut débuter. »

Faire l'expérience de l'individualité et de l'autonomie

Quelques aspects importants dans le quotidien des personnes internées



Irene Marti est ethnologue et membre du « Prison Research Group » à l'Institut de droit pénal et de criminologie de l'Université de Berne.

Le fait de faire l'expérience de l'individualité et de l'autonomie mais aussi d'être perçues comme des êtres humains a une incidence positive sur la qualité de vie des personnes internées. Les rencontres inopinées, l'atmosphère des lieux et les stimulations sensorielles multiples peuvent également améliorer leur bien-être.

Irene Marti

Cette contribution met en lumière quelques aspects du quotidien qui sont essentiels à la qualité de vie des personnes qui resteront probablement internées jusqu'à la fin de leur vie. Elle s'appuie sur des données recueillies au moyen de méthodes de recherche ethnographiques (observation participative, entretiens de différents types, analyse de documents) dans le cadre d'un projet de recherche sur l'internement dans les établissements pénitentiaires de Lenzbourg et de Pöschwies, soutenu par le Fonds national suisse (FNS).

Outre l'absence de perspectives liée à la durée indéterminée de la privation de liberté, la vie des personnes internées se caractérise surtout par la contrainte, l'impossibilité de décider par elles-mêmes et la monotonie, ce qui n'est pas sans conséquences sur leur santé psychique. Les plus jeunes et ceux qui viennent d'arriver, notamment, expriment leur crainte de voir leurs facultés mentales décliner et de se « perdre » :

« Beaucoup de personnes internées ici restent simplement assises dans leur cellule, ne sortent plus du tout, se sont totalement isolées, se replient sur elles-mêmes, ne s'intéressent plus aux gens, aux émotions, n'aiment plus avoir des discussions comme celle qu'on est en train d'avoir. Beaucoup sont comme ça. Et je sais bien que je suis interné, et je vis constamment avec la peur de devenir moi aussi comme ça. »

La cellule, un endroit qui permet une certaine intimité

Il est essentiel pour les personnes concernées de trouver ou de créer des espaces privilégiés où elles peuvent faire l'expérience de l'individualité et de l'autonomie, mais aussi de la familiarité et de l'appartenance. Ces espaces privilégiés peuvent être associés à des personnes ou à des lieux particuliers. Pour de nombreuses personnes internées, il est important de pouvoir aménager leur cellule, le lieu où elles peuvent trouver de la tranquillité et une certaine intimité, de manière à la rendre agréable à vivre.

« J'ai des perruches qui m'ont été offertes par un collègue. [...] J'ai aussi acheté des plantes. [...] J'ai mis un tapis par terre. Et aux murs, j'ai accroché quelques photos [...]. Quand je rentre dans ma chambre, je sais pas si je suis chez moi ou en prison (rires). En ce moment, je vois pas trop la différence, parce que ça fait déjà dix ans que je suis ici. »

Pour d'autres, au contraire, il est primordial de marquer une distance avec le système à travers l'aménagement de leur cellule : la cellule doit rester une cellule.

« Ma cellule est aménagée de manière fonctionnelle. [...] J'ai pas de posters aux murs, [...] c'est propre, j'ai tout ce dont j'ai besoin. Mais elle est pas aménagée comme un appartement, à mon goût ou autre. Je me dis que ça m'appartient pas, [...] que c'est pas

La cellule (photo : établissement pénitentiaire de Pöschwies) est le lieu où les détenus peuvent trouver de la tranquillité et une certaine intimité.
Photo : Peter Schulthess, 2013



mon chez moi. Et je veux surtout pas l'aménager comme si j'étais chez moi.»

Dans l'absolu, les personnes internées souhaitent qu'on reconnaisse leur statut, notamment en mettant à leur disposition des cellules au « caractère carcéral moins marqué » (qui soient équipées, par ex., de mobilier qui peut être déplacé et de fenêtres plus grandes), et qu'on leur offre davantage de possibilités d'aménager et d'utiliser l'espace qui leur est alloué de manière personnelle et individuelle. Cela leur permettrait de se percevoir moins comme des détenus que comme des êtres humains qui vont passer leur vie dans cet endroit.

« Pour moi personnellement, c'est pas une cellule faite pour une personne qui restera internée jusqu'à la fin de sa vie, c'est une cellule de prison préventive. [...] Tout est fixé à un mur en béton. On peut plus rien déplacer. Avant, je pouvais mettre la table en travers de ma cellule ou devant mon lit. Et m'installer un peu comme je voulais, y compris pour regarder la télévision. Maintenant, je suis obligé de l'avoir dans le dos. Mais si je la veux sur la table, je vois pas pourquoi ce serait pas possible. Ce sont des choses qui m'énervent. En tant que personne internée. Si j'avais que trois ou quatre ans à tirer, je dirais : ok. Mais en étant interné, je vois pas pourquoi je devrais vivre comme ça. »

Le travail : une possibilité d'autonomie

Le travail peut aussi être l'occasion pour les détenus de faire l'expérience de l'individualité et de l'autonomie. En fonction de leur activité, les détenus ont soit l'obligation d'être physiquement présents à l'atelier, soit la possibilité de circuler plus librement (c'est-à-dire de manière plus autonome et moins directement surveillée) dans l'ensemble du bâtiment ou même dans l'enceinte de l'établissement. Les détenus affectés au nettoyage et à l'entretien, notamment, sont non seulement mobiles physiquement mais aussi flexibles mentalement, car ils bénéficient généralement d'une plus grande autonomie et d'une plus grande liberté de mouvement. Ceux qui occupent ces « postes de confiance » accomplissent leurs tâches dans tous les bâtiments de la prison, travaillent en grande partie seuls et de manière autonome et peuvent décider plus librement de leur rythme de travail.

« Je suis auxiliaire d'étagage depuis dix mois [...]. Je suis mon propre chef, personne ne me dit ce que j'ai à faire, personne ne m'impose mon rythme, je fais tout, je m'organise tout seul. Je fais ça, puis ça, puis encore ça, puis je fais une pause, puis ça, puis je refais une pause, puis ça, et c'est comme ça que je gère mon temps. [...] Le travail me fait du bien en quelque sorte, je bouge tout le temps. »

La prise en compte et la valorisation des aptitudes et des compétences individuelles des détenus,



par un chef d'atelier par exemple, sont tout aussi primordiales.

« Je tisse, je fais des tapis, et je suis apprécié parce que je connais de très nombreux processus de travail, y compris dans d'autres secteurs, en interne, alors on vient me demander : Vous avez déjà fait ça, savez-vous comment il faut procéder, comment ça fonctionne ? [...] Avant, je faisais un peu de tout. Je travaillais avec le bois, le verre, [...] du papier, des étiquettes, des petites cartes, puis avec le chalumeau, j'ai fabriqué des boîtes, des lanternes, puis j'ai fait de la soudure [...], et puis un chef d'atelier a eu besoin d'un successeur pour la fabrication des tapis. Quelqu'un qui soit digne de confiance, où on peut dire : oui, il est capable de faire ça, il serait capable de faire ça. Puis ils sont venus me chercher. [...] Et ça me plaît. »

Stimulations sensorielles multiples

Ce quotidien marqué par la routine et la monotonie n'est pas non plus sans conséquences sur la perception du temps chez les personnes internées : « Vivre constamment la même chose, au même rythme, c'est usant et ça me démoralise petit à petit. » Il leur arrive toutefois, de temps en temps, de vivre des moments qui sortent de l'ordinaire. Il peut s'agir, par exemple, d'événements organisés par l'établissement (par ex., la fête de Noël, des grillades) ou de situations imprévues et inhabituelles (par ex., une rencontre avec des animaux). Ces moments jouent un rôle capital pour elles, car ils viennent interrompre temporairement le rythme strict imposé par l'institution et donner du relief à leur vie.

« Nous devons monter l'échafaudage, puis est arrivée la pause de 10 h. J'étais en haut sur le toit en train de préparer des trucs [...] Et alors que j'étais

Le travail (photo : établissement pénitentiaire de Pöschwies) est l'occasion pour les détenus de faire l'expérience de l'individualité et de l'autonomie, mais aussi d'être considérés.
Photo : Peter Schulthess, 2016

« Le travail peut aussi être l'occasion pour les détenus de faire l'expérience de l'individualité et de l'autonomie. »

assis tout là-haut, j'ai vu le troupeau de moutons. En soi, ça n'a rien d'exceptionnel, mais il faut pas oublier que j'ai pas vu de moutons depuis plusieurs années, c'est bizarre en fait. Et j'étais assis là-haut et j'ai juste apprécié [...] de voir ces moutons. [...] Je suis resté assis comme ça à les regarder pendant une demi-heure, en fumant une cigarette après l'autre. C'est complètement idiot. [...] Mais pour moi, c'était un moment spécial, totalement différent. Et ce sont des moments comme ça, spéciaux, beaux, marrants, insoucians, drôles, cool, que l'on recherche ici en prison comme à l'extérieur. Parce que la vie c'est quoi d'autre, au fond, que de rechercher ce genre de moments ? »

L'emplacement des cellules ainsi que la taille des fenêtres et la vue depuis ces dernières sont, eux aussi, primordiaux. Une cellule située au deuxième étage permet, par exemple, au détenu qui l'occupe de regarder par-delà le mur d'enceinte et d'avoir une vue sur le « monde libre ». Si cette vue est douloureuse pour certains, car elle leur rappelle d'autant plus leur exclusion de la société, la plupart considèrent les connexions visuelles et sonores avec le monde extérieur comme essentielles à leur bien-être.

« Ce qui m'importe, c'est la vue. Je vois quand même un peu de verdure, la forêt ; en hiver, on voit encore un peu plus, on voit aussi la route, les voitures, on voit un peu la vie à l'extérieur. C'est très, très important pour moi. De ne pas être complètement isolé. De pouvoir quand même voir l'horizon, c'est important pour moi. [...] C'est pour ça qu'il est important pour moi que ma cellule se trouve en haut et pas en bas. [...] Je me mets souvent à la fenêtre pour regarder la forêt et je profite simplement du moment. Ça m'apaise aussi. »

Des moments de normalité

Goûter à la « normalité » est un autre aspect important dans le quotidien des personnes internées. Ces moments de normalité surviennent en premier lieu au travers de rencontres humaines, lorsque les rôles et les statuts (souvent antagonistes) institutionnellement définis sont relégués au second plan et que des rencontres « d'homme à homme » ont lieu à la place. Ils peuvent se produire pendant les temps de loisirs officiels. La pratique d'activités sportives permet, en effet, aux détenus d'interagir non seulement avec les autres détenus mais aussi avec les professeurs (pour la plupart des agents pénitentiaires) en tant que coéquipiers ou adversaires égaux. Les sports collectifs peuvent ainsi faire disparaître temporairement les barrières et la hiérarchie préétablies entre les deux groupes et permettre des rencontres. Ou pour reprendre les propos d'un chef d'atelier :

« Bien sûr qu'ils [les détenus] savent que je suis quand même le chef, mais je leur dis toujours : à partir du moment où j'enfile ma tenue de sport, je ne veux plus que vous me considériez comme votre chef. Je suis votre adversaire ou votre professeur de sport. [...] On constate qu'ils sont alors très différents, qu'ils se détendent. Oui, ils ne sont pas obligés de jouer un rôle, ils ont même le droit de jurer un peu, de montrer leurs émotions [...] et de se défouler un peu [...], d'être simplement des sportifs et non pas des détenus. »

Le travail est, lui aussi, l'occasion de retrouver un semblant de normalité. En effet, les espaces de travail sont la plupart du temps perçus par les détenus comme des lieux où le caractère carcéral est moins marqué et qui leur rappellent souvent leur lieu de travail à l'extérieur. Cela tient à la fois aux équipements qui s'y trouvent et aux interactions sociales qui s'y déroulent entre « travailleurs ». En outre, il est fréquent que les détenus doivent traiter des commandes de clients externes, ce qui leur permet d'avoir un contact direct avec le monde extérieur et d'être « utiles » à la société.

« Travailler au garage, c'était vraiment super. [...] Le garage fait partie des endroits de la prison où on se sent le moins à l'étroit [...] C'est toujours ouvert [...] ; bien sûr, il est derrière un mur, c'est clair, mais les voitures viennent de l'extérieur et on fait la révision et plein d'autres choses pour les voitures, et, oui, on retrouve beaucoup de normalité là-bas. »

Relations avec le monde extérieur...

Même si les visites aident généralement les personnes internées à garder espoir, elles peuvent devenir difficiles à supporter, car le contact avec les personnes de l'extérieur leur rappelle constamment qu'elles sont en détention pour une durée indéterminée et donc ce qu'elles ont perdu et ne (re)vivront peut-être jamais. C'est la raison pour laquelle certaines d'entre elles cessent toute relation avec le monde extérieur. Le plus souvent, cependant, ce sont les proches à l'extérieur qui décident de couper les ponts.

Le maintien des liens avec le monde extérieur dépend aussi des possibilités de communication (par ex., jours et heures d'accès au téléphone, durée des appels), ainsi que des modalités des visites et de l'atmosphère du parloir. Alors que les visites se déroulent généralement à l'intérieur de l'établissement, dans une pièce où les détenus et leurs visiteurs se retrouvent autour d'une table, certains détenus de l'établissement pénitentiaire de Lenzbourg ont, par exemple, aussi accès à une cour extérieure où ils peuvent se déplacer de manière plus autonome, comme dans un parc public. Ils y sont aussi moins directement surveillés par le personnel qu'au parloir. De nombreux détenus qui ont accès à cette cour

« Même si les visites aident généralement les personnes internées à garder espoir, elles peuvent devenir difficiles à supporter. »

la considèrent comme leur « endroit préféré » ou le « plus bel endroit » de la prison.

« Les gens de l'extérieur disent toujours : c'est pas grave si on peut pas aller dehors. Mais pour moi, ça fait une différence de rester assis à table pendant deux heures ou d'aller se promener dehors. [...] A l'intérieur, c'est tellement statique, standardisé. On est séparés par une vitre, c'est comme si on était dans une petite boîte, et on sait qu'on va rester assis là pendant deux heures. Bien sûr, c'est bien de pouvoir voir quelqu'un, c'est déjà ça. Mais dehors, c'est beaucoup, beaucoup plus ouvert. »

...et relations à l'intérieur

Comme les relations avec le monde extérieur finissent, dans la plupart des cas, par se rompre avec le temps, les relations sociales nouées à l'intérieur des murs de la prison occupent une place de plus en plus importante. C'est le cas, tout d'abord, des relations avec les autres détenus. Les détenus internés se retrouvent cependant souvent confrontés à un dilemme : les détenus plus jeunes qui purgent une peine d'une durée limitée leur permettent certes de se changer les idées et d'avoir accès à des informations provenant de l'extérieur, mais ils seront tôt ou tard libérés, ce qui constitue souvent une expérience douloureuse pour ceux qui doivent rester enfermés. De plus, ils ont souvent d'autres centres d'intérêt que les détenus plus âgés condamnés à de longues peines, et se livrent plus fréquemment à des activités illégales (par ex., trafic de drogue ou connexion non autorisée à Internet), portant ainsi atteinte à certains privilèges accordés à tous, comme la possibilité de détenir un ordinateur dans sa cellule.

Les personnes internées préfèrent, par conséquent, souvent entretenir des relations avec des détenus qui sont « dans la même situation » qu'elles, c'est-à-dire qui ont commis une infraction du même type et/ou qui exécutent, eux aussi, une mesure ordonnée pour une durée indéterminée. Le fait de vivre un quotidien répétitif, dans lequel il ne se passe presque rien, rend cependant aussi ces relations difficiles : « Parfois, on [lui et un codétenu] reste assis ensemble en silence, parce qu'on trouve pas de sujets de conversation ; on a tout dit sur notre passé... notre jeunesse, le sport, les vacances, la famille. »

Telles sont les raisons pour lesquelles certaines personnes internées considèrent les membres du personnel comme leurs principales personnes de référence, voire les seules qui leur restent. Bien que l'équilibre institutionnel entre proximité et distance s'en trouve fragilisé et que les collaborateurs puissent se retrouver face à un dilemme, certains sont prêts, même sans mandat explicite, à prendre en compte la situation particulière de ces détenus et à les aider – dans le cadre de la marge



d'appréciation dont ils disposent – à entrevoir des perspectives derrière les barreaux.

Organisation du temps et de l'espace

Faire l'expérience de l'individualité et de l'autonomie, mais aussi être perçues comme des êtres humains, sont essentiels à la qualité de vie des personnes internées, dont certaines seront exclues de la société jusqu'à la fin de leur vie. Lorsque la prison devient, par la force des choses, le centre de vie, l'organisation interne du temps et de l'espace prend par ailleurs de l'importance. Le fait pour les détenus de pouvoir sortir du rythme et de la routine qui leur sont imposés – par exemple grâce à des rencontres inopinées – peut avoir des effets positifs sur leur perception du temps. L'aménagement des pièces et l'atmosphère des lieux jouent, eux aussi, un rôle capital. Ainsi, équiper les cellules de mobilier que les détenus peuvent déplacer à leur guise (en lieu et place de mobilier fixe, comme c'est habituellement le cas) ou leur donner la possibilité de percevoir depuis leur fenêtre des stimulations sensorielles provenant de l'extérieur peut déjà faire une énorme différence s'agissant de leur bien-être et de leur manière de vivre cette détention à durée indéterminée.

De nombreux détenus de l'établissement pénitentiaire de Lenzbourg considèrent la cour extérieure où se déroulent les visites comme leur « endroit préféré » ou le « plus bel endroit » de la prison.

Photo : Peter Schulthess, 2019

« Lorsque la prison devient, par la force des choses, le centre de vie, l'organisation interne du temps et de l'espace prend par ailleurs de l'importance. »

Bibliographie

Irene Marti : Doing Indefinite Time : An Ethnography of Long-Term Imprisonment in Switzerland. Basingstoke, Palgrave Macmillan, 2023.
Open Access DOI : 10.1007/978-3-031-12590-4

Cinq questions à Regine Schneeberger

« Une communication claire me paraît essentielle dans le contexte contraignant d'un établissement pénitentiaire »

Regine Schneeberger Georgescu a pris les rênes de l'établissement pénitentiaire de Thorberg le 1^{er} octobre dernier. Licenciée en travail social, pédagogie et psychologie et titulaire d'un MAS en sciences forensiques, elle a notamment œuvré à l'Office de l'exécution judiciaire du canton de Berne et au Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP) avant d'occuper le poste de directrice suppléante à Thorberg. En 2023, elle a obtenu un MBA in Change Management and Leadership à la haute école spécialisée du Burgenland, en Autriche.



#prison-info : Vous avez déjà collaboré à l'élaboration du concept d'« exécution judiciaire sur mesure » dans le cadre de vos fonctions de directrice suppléante à Thorberg. Qu'est-ce qui a pu être mis en place dans l'établissement à ce jour ?

Regine Schneeberger : L'« exécution sur mesure » désigne une exécution personnalisée qui repose sur les standards en vigueur et les concepts qui régissent l'exécution en milieu fermé. Nous avons progressé dans l'instauration d'une nouvelle culture des relations avec les détenus. Le personnel pénitentiaire est plus attentif à leurs souhaits et à leurs préoccupations et règle un grand nombre de choses directement sur place.

Quels autres changements sont programmés d'ici la fin de cette réorientation ?

L'« exécution sur mesure » implique également diverses adaptations au niveau des infrastructures. Nous avons entamé ce processus en mars 2023. Il est prévu d'aménager des cuisines pour les détenus et des bureaux pour le personnel d'encadrement aux différents étages, des salles de formation, une médiathèque, un magasin, un espace de visite attrayant et de nouveaux ateliers de travail, mais aussi une cantine pour le personnel dans le château, dont les capacités ne sont pas pleinement exploitées aujourd'hui. La mise en œuvre progresse en parallèle dans le cadre de différents sous-projets.

Vous vous entretenez souvent personnellement avec les détenus et vous mangez toutes les deux semaines avec les nouveaux arrivants. Qu'apportent ces rencontres ?

Le fait de partager le repas de midi dans la section d'entrée permet un premier contact informel. Nous bavardons comme on le fait hors milieu carcéral. Nous essayons de trouver un langage commun ; nous évoquons le pays d'origine des détenus, la prison préventive par laquelle ils ont transité avant d'arriver chez nous, la nourriture, etc. J'en profite aussi pour faire passer mon message : « Dans cet établissement, nous parlons les uns avec les autres et nous cherchons des solutions. Le personnel pénitentiaire peut vous aider à résoudre pratiquement tous les problèmes qui se posent. Merci de ne vous adresser à moi qu'en ultime recours. »

Je discute également souvent à bâtons rompus dans le cadre de la routine quotidienne, dans les ateliers de travail et dans les étages. Certains entretiens sont bien sûr aussi programmés, par exemple avec les autorités et les avocats, lors de cas complexes ou encore lorsque le détenu doit être entendu en relation avec une mesure disciplinaire. En règle générale, ces discussions se déroulent sereinement et les détenus se montrent calmes et respectueux. Il arrive évidemment que nous devions faire preuve de davantage de fermeté et prendre des décisions qui ne leur plaisent pas. Une communication claire me semble essentielle dans le contexte contraignant d'un établissement pénitentiaire, pas seulement pour moi, mais pour l'ensemble du personnel.

Comment jugez-vous l'ambiance dans l'établissement de Thorberg sur la base de vos contacts réguliers avec les collaborateurs et les détenus ?

L'« exécution sur mesure » ne peut pas être imposée ; elle doit être mise en place en collaboration avec le personnel, qui participe activement aux projets. Il est également important de développer une culture ouverte du dialogue et de l'erreur. L'ambiance au sein de l'équipe me paraît meilleure qu'il y a trois ans, à mon arrivée dans l'établissement. Pour ce qui est des détenus, ils sont ici parce qu'ils y sont forcés, de sorte qu'il est logique que leur séjour suscite du mécontentement. Beaucoup admettent toutefois que nous nous efforçons d'améliorer la situation dans l'établissement et nous en sommes reconnaissants. Certains estiment néanmoins que les choses évoluent trop lentement, ce que je peux comprendre.

La plupart des détenus devront quitter la Suisse après avoir purgé leur peine. Comment prennent-ils cela et en quoi pouvez-vous contribuer à leur réinsertion sociale ?

La plupart des personnes incarcérées à Thorberg n'entretiennent pas un lien étroit avec la Suisse, de sorte qu'elles sont contentes de retourner dans leur famille au terme de leur peine. Mais souvent, le chômage sévit dans leur pays et elles sont inquiètes, car elles devront réussir à se débrouiller. D'autres détenus ont grandi ici et doivent quitter la Suisse alors qu'ils n'ont aucune attache avec leur pays d'origine. Pour eux, l'avenir suscite d'immenses craintes. À part des discussions avec leurs référents et d'autres professionnels ainsi que les programmes d'aide au retour, nous ne pouvons malheureusement pas leur offrir grand-chose dans pareil cas.

Vers la création d'un réseau national pour le travail avec les proches

Rapport final sur la situation des enfants dont l'un des parents est détenu

Cet automne, un forum d'échange interdisciplinaire posera la première pierre d'un réseau national pour le travail avec les proches de personnes incarcérées. Cet événement marquera un pas vers la mise en œuvre d'une recommandation centrale du rapport final « La situation des enfants dont l'un des parents est détenu en Suisse ».

Fin 2021, l'Office fédéral de la justice (OFJ) a chargé la Haute école zurichoise des sciences appliquées (ZHAW) d'analyser, en collaboration avec la Haute école de travail social et de la santé Lausanne (HETSL), la situation des enfants dont l'un des parents se trouve en détention. Pour le suivi de cette étude, l'OFJ a constitué un groupe d'accompagnement composé de représentants de plusieurs disciplines ; celui-ci comprenait notamment des spécialistes de la pratique de l'exécution des sanctions pénales. La ZHAW a adressé son rapport final à l'OFJ en automne 2022. Le document se fonde en particulier sur 79 entretiens avec des enfants et des parents concernés ainsi qu'avec des experts issus du domaine scientifique et du terrain ; il comporte dix recommandations.

Sur cette base, l'OFJ a élaboré un rapport sommaire, complété par des suggestions pour la mise en œuvre des recommandations. L'Office fédéral de la statistique (OFS), le Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP), la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP), la Conférence des chefs des services pénitentiaires cantonaux (CCSPC), les trois concordats sur l'exécution des peines et mesures, la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS) et la Conférence en matière de protection des mineurs et des adultes (COPMA) ont pris acte de ce document.

Un rôle secondaire

En Suisse, il n'existe pas de statistique sur le nombre d'enfants dont l'un des parents est détenu ni d'études sur les conséquences de cette détention sur les enfants. Il ressort du rapport final que les enfants ne jouent qu'un rôle secondaire dans la planification de l'exécution ; les aspects spécifiques à la sécurité prévalent. Les possibilités de contact sont réglementées de manière très différente selon les établissements pénitentiaires et les régions. La Suisse latine dispose de meilleures offres de soutien grâce à des associations privées. Les acteurs sont de plus en plus sensibilisés à cette problématique et mettent en place de nouvelles offres, mais des efforts restent à faire, notamment au niveau de l'aménagement des salles de visite et d'autres locaux ainsi que de la conception de l'exécution pour que les enfants soient pris en considération. Par ailleurs, les nouvelles offres devraient tenir compte des besoins très différents des enfants et des proches.

Bonnes pratiques

Le rapport final note qu'il existe déjà diverses bonnes pratiques. Il met en particulier en avant le travail de la fondation Relais Enfants Parents Romand (REPR) et du centre d'accueil Pollicino au Tessin. Ces deux organisations soutiennent aussi bien les proches que le parent détenu à travers des services de consultation, un accompagnement lors des visites ou la promotion des échanges entre les personnes concernées. Ces domaines devraient encore être développés en Suisse alémanique. L'association Perspektive Angehörige und Justizvollzug (Perspective — Proches et Prisons), créée en 2018, a fait un premier pas dans cette direction en mettant en place une plateforme d'information pour les proches de détenus. Parmi les bonnes pratiques, le rapport mentionne également la création ou la planification d'accès et de locaux adaptés aux enfants dans les établissements péni-

tentiaires ainsi que l'élaboration de guides pour les visites des enfants.

Le rapport final comprend dix recommandations, qui sont reproduites ci-après en italiques. Les prises de position des acteurs consultés par l'OFJ et les retours de différents cantons montrent que ces recommandations et les propositions relatives à leur mise en œuvre ont été accueillies avec intérêt et ont déjà donné lieu à divers projets.

Sensibilisation globale

Sensibiliser davantage toutes les institutions concernées (services de police, ministère public, autorités et établissements pénitentiaires, autres organisations non judiciaires) aux conséquences potentielles de la détention d'un parent sur les enfants ; sensibiliser également l'ensemble de la société, y compris les écoles, afin d'éviter la stigmatisation des enfants concernés.

La problématique des enfants dont l'un des parents est détenu est complexe, car différents intérêts s'affrontent, comme les droits et le bien-être de l'enfant, la réinsertion sociale et la sécurité. Elle touche de nombreuses personnes et gagne en importance dans les médias. La promotion d'une parentalité positive est une préoccupation croissante des établissements pénitentiaires.

Statistiques et recherche

Documenter et rendre visible la problématique à l'aide d'informations nationales sur la situation des enfants dont l'un des parents est détenu ; évaluer le nombre d'enfants concernés en interrogeant les détenus sur leur situation familiale.

L'Office fédéral de la statistique propose de réaliser, dans le cadre du relevé de la privation de liberté et de la détention préventive (FHE), une nouvelle enquête en 2024 sur la question « Quels établissements collectent quelles informations sur les enfants des personnes qu'ils détiennent ? ». Cela permettra

de voir dans quelle mesure les données disponibles dans les établissements pénitentiaires ont évolué depuis la première enquête en 2020. Actuellement, il est déjà prévu de recenser le nombre d'enfants par personne détenue.

Intensifier la recherche sur les conséquences de la détention sur les enfants en Suisse ; étudier de manière différenciée les effets de la détention (effets négatifs et positifs, différenciés selon le sexe, etc.). Étudier plus précisément les effets du contact et évaluer les offres spécifiques.

Dans le cadre du financement de projets pilotes dans le domaine de l'exécution des peines et des mesures, l'OFJ soutient le projet des cantons de Berne et de Zurich « Ressourcensorientierte Betreuung und Sozialarbeit in der Untersuchungshaft » (prise en charge et travail social axés sur les ressources en détention préventive), qui se déroule sur cinq ans. Un accent particulier est mis ici sur le travail avec les familles. Le projet fait l'objet d'un suivi et d'une évaluation scientifiques. Les cantons examinent en outre la possibilité pour le CSCSP de mener une recherche dans ce domaine.

Situation familiale et point de vue de l'enfant

Considérer dès le début les enfants comme des proches (lors de l'arrestation par la police, du procès et des décisions du tribunal et du ministère public, lors de la planification et de la mise en œuvre de l'exécution) ; élaborer des concepts ad hoc et mettre en place des délégués aux enfants dans les établissements.

La CCSPC étudiera les guides et concepts disponibles au sein des différentes instances (police, ministère public, autorités d'exécution, etc.) et examinera dans quelle mesure ils pourraient être développés, harmonisés ou adaptés aux conditions régionales.

La CDAS mènera une enquête auprès des responsables des services sociaux et des services de la jeunesse des cantons pour savoir s'il existe des guides sur les relations avec les enfants de détenus et, le cas échéant, lesquels. Celle-ci sera complétée par une en-

quête de la COPMA auprès des autorités de protection de l'enfant et de l'adulte (APEA). Ces relevés visent à sensibiliser encore mieux les responsables aux interfaces et à la nécessité d'une collaboration entre les instances de la protection de l'enfance et celles de la poursuite pénale ou de l'exécution des sanctions.

Prendre aussi systématiquement en compte les enfants lors de la construction ou de la transformation d'établissements d'exécution.

L'OFJ est en train de réviser son manuel des constructions dans le domaine de l'exécution des peines et mesures et prévoit notamment les nouvelles recommandations suivantes : aménager les accès aux zones de visite et les locaux de visite de manière à ce qu'ils soient adaptés aux familles et aux enfants et prévoir une place de jeux lorsque les visites sont possibles à l'extérieur. Il convient par ailleurs d'améliorer la flexibilité et la fréquence des contacts avec l'extérieur par des moyens techniques. Divers établissements ont déjà

installé des systèmes multimédias dans les cellules. Ces dispositifs améliorent les possibilités de contact et facilitent les choses aux enfants, aux personnes qui s'en occupent, aux parents détenus ainsi qu'au personnel pénitentiaire. À la demande des cantons, l'OFJ examinera dans quelle mesure il peut soutenir financièrement ce type de mesures.

Contacts, réglementations et ressources

Promouvoir et développer des possibilités de contact adaptées aux familles (parloirs familiaux, après-midi parents-enfants, visites de cellules et de lieux de travail, p. ex.) ; il convient en particulier d'améliorer les possibilités de contact en détention préventive.

Assouplir l'ensemble des possibilités de contact telles que visites, (vidéo)téléphonie et lettres ; organiser les visites en fonction des enfants (créer un accès adapté, aménager les salles de visite de manière à ce qu'elles soient adaptées aux enfants, informer les enfants en fonction de leur âge).





Le rapport final préconise d'étendre à toute la Suisse les diverses offres destinées aux enfants comme celles de la fondation REPR en Suisse romande et du centre d'accueil Pollicino au Tessin.
Photo : Peter Schulthess, 2018

Harmoniser les possibilités de contact dans les établissements pénitentiaires ; établir des réglementations uniformes contraignantes ; créer, le cas échéant, des bases légales supplémentaires pour la pratique ; relever systématiquement et de manière standardisée la situation familiale des détenus.

Fournir des ressources supplémentaires pour le travail avec les proches, en développant en particulier les services sociaux dans les établissements pénitentiaires ; former le personnel pénitentiaire aux différents aspects du bien-être de l'enfant et élaborer des directives pratiques pour les formations et les formations continues des différents groupes professionnels.

Il ressort du rapport final que la situation de chaque enfant, du parent détenu, mais aussi du parent non détenu, est très différente. C'est pourquoi il est indispensable que les guides et les offres soient élaborés de façon interdisciplinaire et fassent appel à des connaissances spécialisées dans les domaines des droits de l'enfant, de la psychologie du développement et de la médecine légale. La CCSPC analysera ces recommandations et formulera une proposition pour la suite des démarches.

Mise en réseau, échanges et collaboration

Créer des espaces d'échange d'expériences et de connaissances ; promouvoir la collaboration entre tous les acteurs au niveau tant intra-muros qu'extra-muros et clarifier les rôles ; créer un réseau national pour le travail avec les proches.

Dans le cadre de l'élaboration du rapport, les recommandations ont été discutées lors

d'un atelier qui a réuni 22 spécialistes issus de tous les domaines (poursuite pénale, exécution des sanctions, protection des enfants, associations privées). Bien que ces discussions aient servi en premier lieu à valider les résultats de l'étude, tous les participants ont jugé cet échange interdisciplinaire utile. De ce fait, l'OFJ organisera un forum d'échange interdisciplinaire cet automne afin de poser la première pierre d'un réseau national pour le travail avec les proches. Cet organe devrait notamment contribuer à relier les différentes initiatives, à éviter les doublons et à promouvoir la collaboration entre les différents acteurs tout en clarifiant les rôles et les compétences.

Plus de services d'accueil et un bureau national de médiation

Créer ou développer des services d'accueil à bas seuil pour les proches, notamment en Suisse alémanique ; instaurer un bureau national de médiation pour les droits de l'enfant

La fondation REPR a conclu des contrats de prestations avec certains cantons pour les offres destinées aux proches de détenus. Le centre d'accueil tessinois Pollicino dispose lui aussi d'un contrat de prestations avec le canton du Tessin. Les deux concordats alémaniques examinent si et dans quelle mesure il leur est possible de soutenir l'association Perspektive afin qu'elle puisse développer des offres similaires en Suisse alémanique.

À la suite de l'adoption de la motion Noser 19.3633, le Conseil fédéral est chargé de créer les bases légales en vue de la mise en place d'un bureau national de médiation pour les droits de l'enfant. Cet organe aura

pour mission de conseiller les enfants et les personnes qui leur sont proches sur la manière de faire valoir leurs droits. Il s'agit notamment de savoir où et comment les enfants peuvent être soutenus dans leur droit d'entretenir des relations personnelles avec leur parent détenu. (gal)

Liens

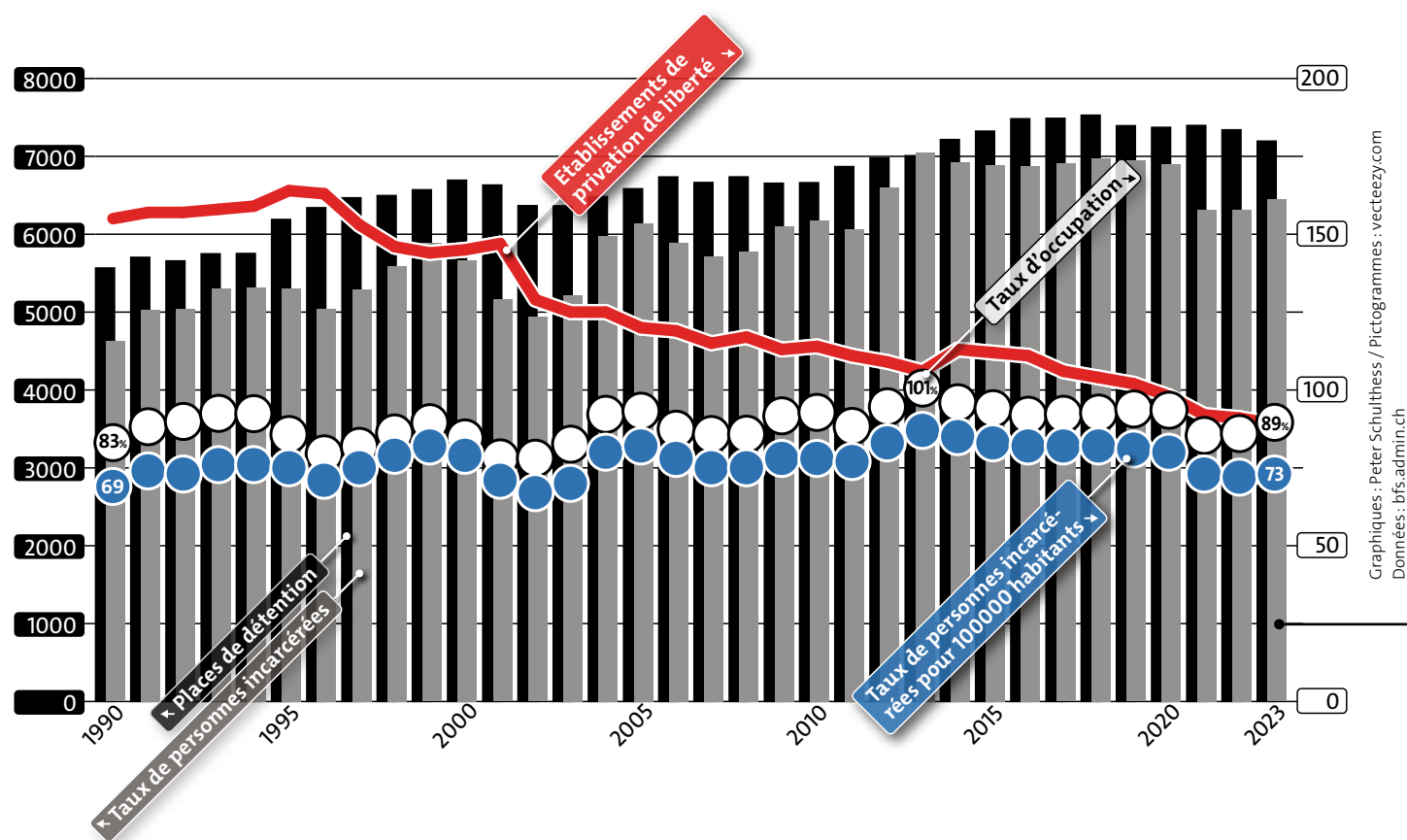
Le rapport final « La situation des enfants dont l'un des parents est détenu en Suisse », de même que le rapport de l'OFJ, sont disponibles sur le site internet de l'Office fédéral de la justice (www.bj.amin.ch) et sur celui de la Haute école des sciences appliquées de Zurich (www.zhaw.ch).

Maintenir la relation

Le droit de l'enfant à maintenir la relation avec le parent détenu est inscrit à l'article 9 de la Convention des Nations Unies relative aux droits de l'enfant (CDE) : « Les États parties respectent le droit de l'enfant séparé de ses deux parents ou de l'un d'eux d'entretenir régulièrement des relations personnelles et des contacts directs avec ses deux parents, sauf si cela est contraire à l'intérêt supérieur de l'enfant. » Sur cette base, le Conseil de l'Europe a adopté en 2018 des recommandations concernant les enfants de détenus. Celles-ci spécifient que les enfants doivent pouvoir maintenir le contact avec leur parent durant son incarcération. Les détenus, de leur côté, doivent être soutenus pour qu'ils puissent assumer leur rôle de parents durant la privation de liberté. Selon l'article 273 du code civil suisse, « le père ou la mère qui ne détient pas l'autorité parentale ou la garde ainsi que l'enfant mineur ont réciproquement le droit d'entretenir les relations personnelles indiquées par les circonstances ».

Légère hausse du nombre de détenus et du taux d'occupation

Relevé de l'OFS sur la privation de liberté



Selon le relevé de l'Office fédéral de la statistique (OFS) sur la privation de liberté, la Suisse comptait **6445 personnes** détenues au 31 janvier 2023, ce qui représente une augmentation de 2 % (135 personnes) par rapport au même jour de référence en 2022. Il y avait donc **73 personnes** détenues pour 100 000 habitants.

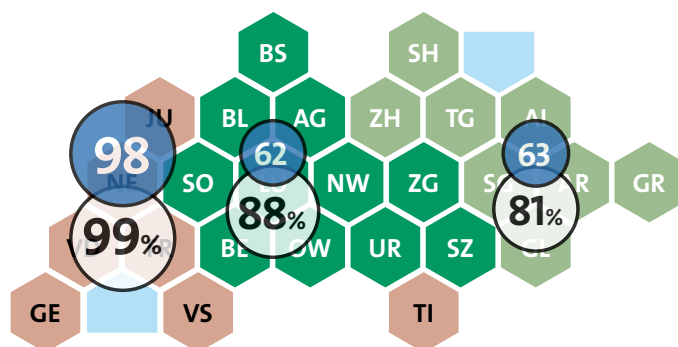
De 1990 à 2023, le nombre de **personnes incarcérées** a connu une forte hausse, passant de 4625 à 6445. Leur effectif pour 100 000 habitants est, quant à lui, resté globalement stable durant la même période. Une comparaison des cinq dernières années montre que l'effectif des détenus reste inférieur à ce qu'il

était avant la pandémie de COVID-19. Certes, les mesures prises pour faire face à cette dernière (notamment le report de l'exécution des peines privatives de liberté de courte durée et de substitution) ont entre-temps été levées, mais le recul de la criminalité observé pendant cette pandémie continue de se faire sentir.

Sur un total de **7196 places** disponibles dans les 89 établissements de privation de liberté que compte la Suisse, **89,6 % étaient occupées**. Le taux d'occupation était donc en hausse de **3,6 %** par rapport à l'année précédente mais restait nettement inférieur à celui enregistré entre 2012 et 2021.

En comparaison à long terme, il était aussi globalement stable.

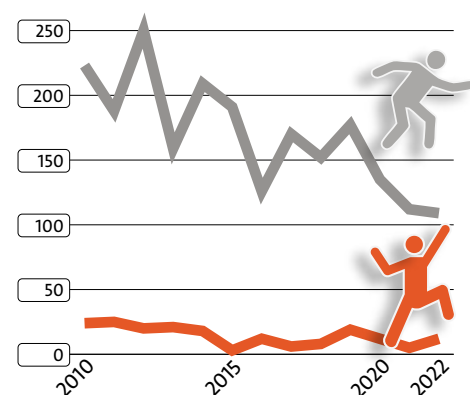
Le nombre d'**établissements de privation de liberté** a diminué de manière quasi continue entre 1990 et 2023, passant de 155 à 89. La tendance étant à la fermeture des établissements de petite taille au profit d'établissements plus grands, leur capacité totale a augmenté durant cette période, de 5567 à 7196 places de détention.



En ce qui concerne l'effectif des détenus et le taux d'occupation, il existait des **différences** significatives entre les deux concordats alémaniques d'exécution des peines et le concordat latin .

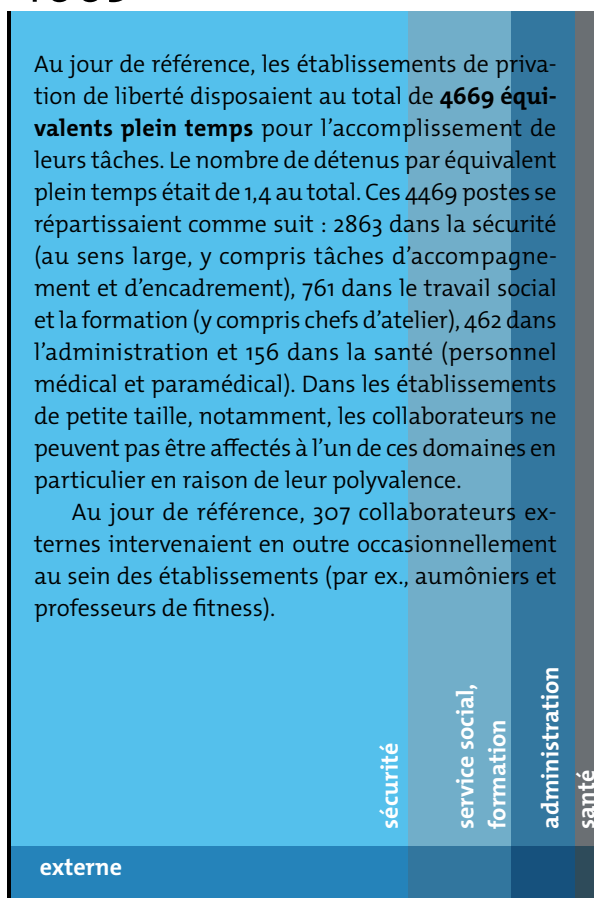
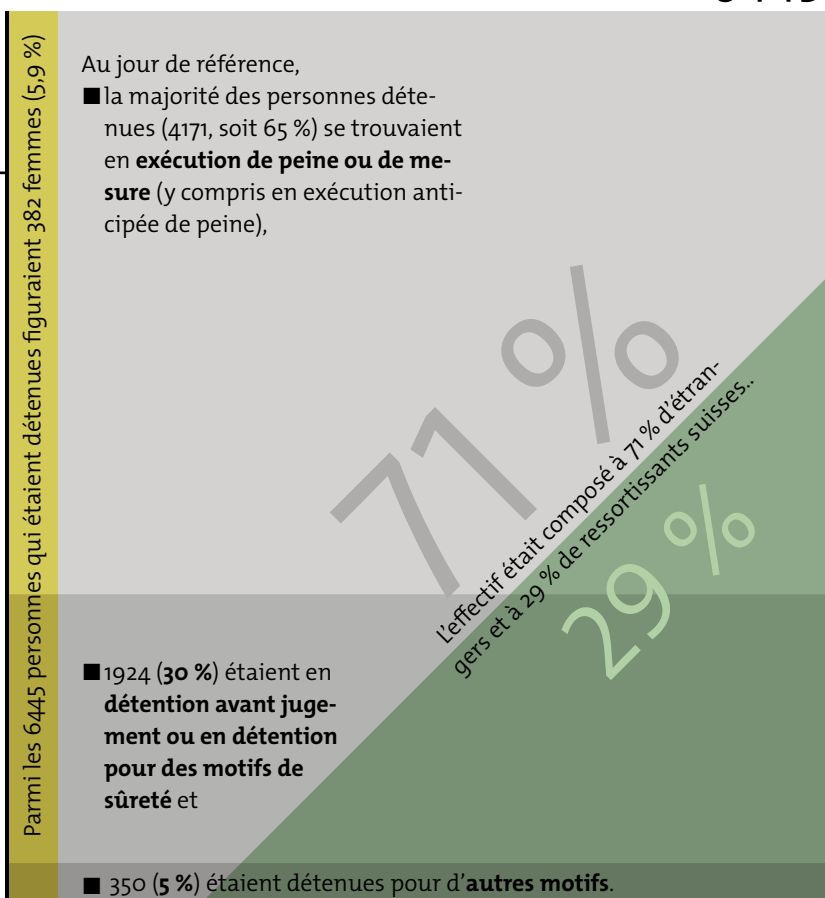
● Au 31 janvier 2023, la **Suisse centrale et du Nord-Ouest** comptait 2093 détenus (soit 62 pour 100 000 habitants), la **Suisse orientale** 1756 (soit 63 pour 100 000 habitants) et la **Suisse latine** 2596 (soit 98 pour 100 000 habitants).

○ Le taux d'occupation s'élevait à 87,5 % en **Suisse centrale et du Nord-Ouest**, à 80,5 % en **Suisse orientale** et à 99 % en **Suisse latine**.



En 2022, **12 évactions** d'établissements fermés et **109 fuites** d'établissements ouverts ont été recensées. Si le nombre d'évasions a considérablement augmenté par rapport à l'année précédente (+ 7 %), il restait inférieur à la moyenne annuelle enregistrée depuis leur premier recensement en 2010. Le nombre de fuites a, quant à lui, légèrement diminué par rapport à l'année précédente (- 3 %), pour atteindre son plus bas niveau.

6445 : 4669



82 nouveaux postes pour la prison de Zurich-Ouest

Pas d'incident grave malgré un personnel en sous-effectif

Le Conseil d'État zurichois a approuvé la création de 82 nouveaux postes pour la prison de Zurich-Ouest (GZW). Les besoins en personnel, calculés sur la base de planifications dépassées, avaient été sous-estimés.

La prison de Zurich-Ouest (GZW) fait partie du Centre de justice et police (PJZ) et constitue la porte d'entrée et la plaque tournante de l'exécution judiciaire dans le canton. L'unité d'arrestation provisoire est en activité depuis avril 2022, avec une capacité d'accueil de 124 places. L'unité de détention provisoire, qui comptera 117 places, ouvrira quant à elle au deuxième semestre 2023. Après la mise en service de la prison, il est apparu rapidement que les besoins en personnel définis sur la base de la loi sur le PJZ avaient été «largement sous-estimés», indique le Conseil d'État dans un communiqué de presse publié le 6 avril 2023.

La planification initiale tablait sur le fait que le travail continu demande trois fois plus de personnel que le travail en une seule

équipe. Un calcul erroné, car selon les prescriptions du Secrétariat d'État à l'économie (SECO), le nombre de collaborateurs nécessaires est cinq fois plus élevé dans ce système. Par ailleurs, la prise en charge prend davantage de temps que prévu, un nombre croissant de détenus présentant des troubles psychiques.

Les conséquences de la sous-dotation sont «manifestes», note le Conseil d'État. Le personnel, soumis à une forte pression, a accumulé un grand nombre d'heures supplémentaires en peu de temps. Le taux de fluctuation est élevé et le climat de travail est tendu. Grâce au formidable investissement des collaborateurs, aucun incident grave n'a été enregistré. «Cette situation, si elle devait perdurer, mettrait toutefois en péril la sécurité de l'exploitation et, par là même, de la plaque tournante du système de sécurité zurichois», souligne le Conseil d'État.

Nouveau calcul des postes nécessaires

L'Office de l'exécution judiciaire et de la réinsertion (Justizvollzug und Wiedereinglie-

derung; JuWe) a donc commandé une analyse indépendante. Celle-ci a abouti à la conclusion que 105 postes supplémentaires étaient nécessaires pour garantir la stabilité de l'exploitation de la prison à long terme en respectant toutes les prescriptions relatives au droit du travail et du personnel. Sur cette base, le Conseil d'État a décidé d'approuver 23 postes à durée limitée et 82 nouveaux postes «afin d'assurer le bon fonctionnement de l'ensemble des processus en lien avec le PJZ et les organisations partenaires». Le système de sécurité cantonal ne doit pas être mis en péril.

Des cas «absolument isolés»

À ce jour, une crise a pu être évitée. Le manque criant d'effectif a certes conduit à relâcher trop tôt, à la suite d'une méprise, quatre personnes ayant fait l'objet d'une arrestation provisoire. Il s'agit toutefois «de cas absolument isolés» si on considère les 12 000 entrées et sorties annuelles, souligne Roland Zurkirchen, chef de la division Prisons préventives du canton de Zurich. En outre, ces quatre cas concernaient des infractions mineures. Grâce aux nouveaux postes qui seront créés, l'unité de détention provisoire pourra entrer en service au deuxième semestre 2023 — une étape importante pour les collaborateurs, car elle leur évitera de devoir travailler en permanence dans le système par roulement éprouvant de l'arrestation provisoire. (gal)



Le personnel de la prison de Zurich-Ouest est soumis à une pression importante. La création des postes supplémentaires permettra bientôt de renforcer l'équipe.
Photo : Keystone

Accorder l'attention qui convient aux besoins des femmes

Une section pour femmes prévue à La Stampa

Une section pour femmes sera créée dans une aile séparée de l'établissement pénitentiaire de La Stampa afin de tenir compte des besoins des détenues de façon appropriée dans le cadre de l'exécution en milieu fermé et de limiter la détention hors du canton au strict nécessaire, écrit le Conseil d'État tessinois dans un message adopté le 29 mars dernier.

Mis en service en 1968, l'établissement pénitentiaire de La Stampa comportait à l'origine une section pour femmes dédiée à la détention avant jugement et à l'exécution ordinaire. Cette section a été fermée en 2008. Elle souffrait en effet de sous-occupation chronique alors qu'en parallèle, le besoin en places de détention pour hommes augmentait. Depuis, les femmes condamnées dans

le canton du Tessin purgent les peines de privation de liberté de courte durée dans la prison de La Farera et celles de longue durée à Hindelbank (BE) ou à La Tuilière (VD).

Les femmes incarcérées à la prison de La Farera exécutent leur peine sous le régime strict de la détention avant jugement, qui n'est pas orientée vers la réinsertion dans la société inscrite dans le code pénal. Des ressources considérables sont engagées pour remédier à ce problème, souligne le Conseil d'État dans son message. Les femmes concernées peuvent quitter leurs cellules pour des activités communes telles que travail et formation, mais cela représente moins de la moitié du temps auquel elles auraient droit. Quant à la détention dans un autre canton, elle ne facilite pas les contacts avec les proches prévus par le code pénal. L'augmen-

tation de la population carcérale féminine ces dernières années n'a fait qu'aggraver la situation.

Mise en service en 2025

En conséquence, le Conseil d'État entend créer à La Stampa une section pour femmes qui totalisera onze cellules (dont une pour mère et enfant) pour l'exécution en milieu fermé afin de tenir compte des besoins des détenues de manière appropriée et de limiter la détention hors du canton au strict nécessaire. Le gouvernement tessinois souhaite également prendre en considération l'évolution sociétale dans un autre domaine, à savoir le vieillissement de la population carcérale. Des locaux seront adaptés pour accueillir les détenus âgés et ceux qui présentent des handicaps. La transformation de l'établissement coûtera 1,25 million de francs. À cette somme s'ajoutent des frais de personnel de 1,8 million de francs par an pour l'exploitation de la section pour femmes. Le Conseil d'État estime que celle-ci devrait entrer en service 20 mois après l'approbation du crédit par le Grand Conseil.

Sécurité dynamique

« La création d'une section pour femmes dans un établissement pour hommes présuppose impérativement une approche centrée sur la sécurité dynamique », souligne le Conseil d'État. Ce concept, qui met les interactions entre les personnes détenues et le personnel pénitentiaire au centre de l'exécution, a déjà été appliqué en 2020 et 2021 lors de la dissolution de la section réservée aux délinquants sexuels, dissolution décidée elle aussi dans une optique de resocialisation. Ces délinquants ont pu, après avoir été mis en contact



Jusqu'en 2008, La Stampa abritait une section pour femmes. Photo : Peter Schulthess, 2006

à plusieurs reprises avec d'autres détenus et après la formation ad hoc du personnel pénitentiaire, être logés dans les autres sections de l'établissement sans que cela entraîne de problèmes au niveau de la sécurité, relève le Conseil d'État dans son message.

Préserver la dignité des détenues

La section pour femmes — cellules, locaux communautaires, salles de travail et de formation et cour de promenade — sera aménagée dans une aile distincte. Un programme hebdomadaire définira en détail, pour certaines activités qui se déroulent en dehors de la section — achats au kiosque, rendez-vous chez le coiffeur, services religieux —, qui occupe les locaux quand et garantira ainsi la séparation entre hommes et femmes. Les activités mixtes (notamment dans le domaine de la formation, du travail en cuisine et à la blanchisserie), limitées au strict nécessaire, auront lieu sous l'étroite surveillance du personnel pénitentiaire. Pour le Conseil d'État, il convient d'accorder une attention particulière à la préservation de la dignité des détenues dans un environnement typiquement masculin. Le personnel sera systématiquement présent lors des moments passés en commun ; il encouragera en outre une culture de l'intégration et du respect mutuel. (gal)

Lien

Le message du Conseil d'État peut être consulté sur le site internet du canton du Tessin (www4.ti.ch).

Une première étape sur une longue route

Le conseiller d'État sortant Mauro Poggia dresse un bilan

La planification pénitentiaire dont le canton de Genève s'est doté permet de répondre aux besoins en matière d'infrastructures et de déployer ainsi pleinement le concept de réinsertion et de désistance. La réforme de la prison de Champ-Dollon est en route et poursuit elle aussi l'objectif d'améliorer la resocialisation des personnes incarcérées et leurs conditions de détention.

« Genève doit faire face à ses responsabilités », a souligné le conseiller d'État Mauro Poggia lors d'une conférence de presse qui s'est tenue le 25 mai 2023, à quelques jours de la fin de son mandat. En adoptant la loi sur la planification pénitentiaire, mais aussi la stratégie pénitentiaire et le plan directeur des infrastructures qui l'accompagnent, le Grand Conseil a effectué un geste politique fort et donné un gage de confiance aux collaborateurs actifs dans la chaîne sécuritaire, a-t-il ajouté.

La loi sur la planification pénitentiaire prévoit en particulier que Genève doit disposer d'établissements de privation de liberté adaptés, en quantité et en qualité suffisantes, afin d'assurer une prise en charge adéquate des personnes détenues. Elle ancre la nécessité de construire de nouveaux établissements et de rénover ceux qui doivent l'être pour permettre de déployer complètement le concept de réinsertion et de désistance de l'Office cantonal de la détention (OCD).

La prison de Champ-Dollon sera détruite

Différents projets sont prévus, dont le financement devra être avalisé par le Grand Conseil :

- La prison de Champ-Dollon sera détruite après 2030. En lieu et place, un nouveau bâtiment de 300 places sera construit pour la détention avant jugement des hommes.
- L'établissement pénitentiaire de La Brenaz (168 places) sera agrandi et offrira

352 places supplémentaires pour l'exécution de peine des hommes.

- Pour les femmes, des infrastructures distinctes de celles des hommes sont prévues, tant en détention avant jugement qu'en exécution de peine. Les détenues bénéficieront ainsi de conditions de détention et de prise en charge identiques à celles des hommes.
- Un nouvel édifice de 15 places sera bâti à côté de l'établissement Curabilis pour accueillir les jeunes adultes de moins de 25 ans condamnés à une mesure thérapeutique.

En parallèle, des mesures seront prises en vue d'augmenter le nombre de personnes exécutant leur peine sous une forme alternative (surveillance électronique, semi-détention ou travail d'intérêt général).

Réforme de Champ-Dollon

Lors de la conférence de presse, Claude Bettex, directeur général de l'OCD, et Hakim Mokhtar, directeur de Champ-Dollon, ont fait le point sur la réforme de la plus grande prison de Suisse. Les repas en commun, qui avaient été supprimés depuis les émeutes de 2014, ont été réintroduits dans l'aile est de la prison depuis le 1^{er} février 2023 et seront progressivement étendus à d'autres secteurs. En outre, depuis le début de l'année, les détenus en exécution de peine sont peu à peu transférés dans cette même aile, où ils représentent désormais 79 % de la population carcérale, contre 25 % précédemment ; cela permet de leur offrir des conditions de détention qui se rapprochent davantage de ce régime. Par ailleurs, il est prévu d'installer des cabines téléphoniques supplémentaires, de même que des parloirs à distance (de type Skype) et d'augmenter le nombre de parloirs familiaux. Grâce à différentes mesures organisationnelles, le taux de satisfaction du personnel pénitentiaire est passé de 18 % à 45 % en six mois.

L'adoption de la loi sur la planification pénitentiaire et la réforme en cours à Champ-Dollon sont le fruit de plusieurs années de travail, a conclu Mauro Poggia. Il s'agit là d'une première étape. Le chemin qui

mènera à l'aboutissement de ces ambitieux projets sera encore long, mais le processus est clairement engagé. (gal)

La réforme de la prison de Champ-Dollon vise à améliorer la réinsertion des personnes incarcérées et leurs conditions de détention. Le bâtiment sera détruit après 2030 et remplacé par un nouvel édifice.
Photo : Peter Schulthess, 2019



« Le traitement des délinquants sexuels doit être individualisé »

Une recherche interdisciplinaire lève le tabou et brise les mythes

La délinquance sexuelle pose des problèmes spécifiques et complexes. Pour les résoudre, la Suisse ne peut compter ni sur un programme standard de prise en charge ni sur un établissement réservé aux délinquants sexuels. Sous le titre « Le traitement pénal des délinquants sexuels – Analyse du cadre légal et de la pratique en Suisse », une thèse de doctorat en droit répertorie les profils, analyse le cadre médico-légal, brise les fausses croyances et esquisse des solutions. Entretien avec, Aimée Zermatten, l'auteure de cette recherche.

#prison-info : Votre thèse s'ouvre sur un passage de « Réponse à un acte d'accusation » de Victor Hugo. Dans les dernières lignes, on peut lire : « je suis ce monstre énorme ». Le délinquant sexuel est-il un monstre ?

Aimée Zermatten : La société actuelle réprouve fortement la délinquance sexuelle. Et le mouvement s'est amplifié, en 2017, avec la vague #MeToo. Les discours politiques et médiatiques recourent au terme « monstre » pour personnifier un délinquant sexuel, en particulier celui qui abuse d'enfants. Qualifier un tel auteur de monstre permet de s'en distancier. C'est une manière de dire : « il n'est pas comme nous, nous ne sommes pas comme lui ». Reste que le droit suisse ne traite pas le délinquant sexuel comme un monstre, mais comme une personne physique. Il est essentiel que la science juridique ne tombe pas dans l'émotionnel et reste objective.

C'est un criminel-né peut-être ?

Non. Et il n'existe pas non plus de profil type du délinquant sexuel ayant une portée universelle.

Un malade alors ?

Pas forcément. L'expression « délinquance sexuelle » n'appartient pas au vocabulaire médical. Certaines personnes souffrant d'un

trouble paraphilique (comme la pédophilie) ne passeront jamais à l'acte, alors que d'autres sans trouble paraphilique pourront commettre une infraction sexuelle à l'encontre d'un enfant. La « délinquance sexuelle » est une notion définie par la criminologie et le droit pénal.

Le délinquant sexuel n'est pas un monstre, il n'est pas génétiquement prédestiné ni forcément malade. Quelles autres fausses croyances vos recherches ont-elles permis de dégager ?

La délinquance sexuelle est perçue comme une masse homogène composée d'individus caractérisés comme violeurs ou abuseurs d'enfants. Au contraire, cette forme de criminalité regroupe des auteurs dont les actes varient fortement. Selon le droit pénal suisse, le comportement réprimé peut consister, par exemple, en un baiser lingual imposé à un enfant, la masturbation devant une victime prise au dépourvu, la consommation de pornographie dure, un acte d'ordre sexuel avec un enfant, une contrainte sexuelle ou un viol avec cruauté. Les délinquants sexuels forment une population criminelle hétérogène. Une autre fausse croyance soutient que les auteurs d'infractions contre l'intégrité sexuelle ne peuvent s'empêcher de récidiver. Les statistiques apportent la preuve du contraire. Selon des données (2003-2013) de l'Office fédéral de la statistique, la récidive spécifique (récidive pour la même infraction, selon un intervalle de trois ans) pour des actes à caractère sexuel est plus basse que pour d'autres types d'infractions. La récidive spécifique est ainsi de 11 % pour une infraction à la loi fédérale sur la circulation routière, de 19 % pour une infraction à la loi fédérale sur les stupéfiants et les substances psychotrope, mais elle est de 3 % pour les actes d'ordre sexuel avec des enfants (art. 187 CP) et de 1 % pour les viols (art. 190 CP).

Quelles sont les autres fausses croyances relatives aux délinquants sexuels ?

Un mythe dépeint le violeur comme un homme cagoulé planqué dans un buisson qui bondit sur n'importe quelle femme faisant son jogging ; un autre mythe voit le pédo-criminel comme un inconnu qui propose des bonbons à un enfant dans un parc public avant de l'embarquer dans sa camionnette. La réalité est autre : dans la majorité des cas de violences sexuelles, victime et auteur se connaissent. L'abuseur appartient au cercle familial, à l'entourage plus ou moins proche ; il peut s'agir d'un cousin, d'un ex-partenaire, d'un voisin, d'un entraîneur, d'un collègue de travail, etc. Il est également erroné de croire que les personnes abusées deviennent à leur tour des délinquants sexuels. En résumé, il est faux de prétendre qu'il existe un type unique de délinquant sexuel sous les traits de l'abuseur sexuel d'enfants ou du violeur, multirécidiviste, incurable qui appâte sa victime avec des friandises sur le chemin de l'école ou qui l'attend derrière un arbre ou dans une ruelle sombre.

Malgré tout, les délinquants sexuels partagent-ils des caractéristiques communes ?

Oui. En principe, il s'agit d'hommes. La criminalité sexuelle féminine existe mais elle est marginale (et différente). Les délinquants sexuels présentent fréquemment, mais pas toujours, des facteurs favorisant l'agression sexuelle comme des préférences sexuelles déviantes, à savoir des pratiques sexuelles illégales ou extrêmement rares. Plus largement que le reste de la population (y compris le cercle des autres délinquants), ils souffrent de troubles psychiques, en particulier des troubles paraphiliques ou des troubles de la personnalité. Leurs compétences sociales sont souvent déficitaires : faible estime d'eux-mêmes, absence d'empathie, manque de confiance en eux. Ils peinent à construire des



« Le traitement des délinquants sexuels doit être individualisé. » Dessin : Patrick Tondeux

relations, notamment à nouer des contacts intimes. Et leur cadre familial est en principe défavorable. Souvent, ils ont une consommation abusive d'alcool ou de stupéfiants, ou des deux. Ils se trouvent aussi généralement dans le déni ou présentent des distorsions cognitives. C'est-à-dire qu'ils travestissent la réalité, par exemple, en niant les faits qui leur sont reprochés ou en prétextant que la victime abusée les a séduits, ou en affirmant que la femme violée était consentante. S'agissant des délinquants sexuels récidivistes, les facteurs prédictifs d'une nouvelle infraction sont souvent : des préférences sexuelles déviantes, un cadre de vie instable et une orientation antisociale.

Votre thèse est interdisciplinaire. Ses composantes sont d'ordre criminologique, sociologique, médical, psychiatrique et psychologique. Demeure qu'il s'agit avant tout d'un travail juridique. Comment cette thèse en droit pénal définit-elle le délinquant sexuel ? Elle le définit comme une personne, qui en raison d'un trouble, a commis au moins une

des infractions suivantes prévues par le droit pénal suisse : actes d'ordre sexuel avec des enfants ; actes d'ordre sexuel avec des personnes dépendantes ; contrainte sexuelle ; viol ; actes d'ordre sexuel commis sur une personne incapable de discernement ou de résistance ; actes d'ordre sexuel avec des personnes hospitalisées, détenues ou prévenues ; abus de détresse ; exhibitionnisme ; zoophilie et nécrophilie.

Dans votre thèse, vous écrivez que bien plus que les autres crimes et délits, les infractions contre l'intégrité sexuelle ont une part d'indicible et qu'elles suscitent un effroi empreint de curiosité. Vous écrivez aussi qu'à la criminalité sexuelle, l'opinion publique répond par la peur, le dégoût voire la haine. Mais pourquoi donc avez-vous choisi de rédiger une thèse dans le domaine de la délinquance sexuelle ?

L'explication vient de la réalité du terrain à laquelle j'ai été confrontée lorsque je travaillais dans une autorité d'exécution des sanctions pénales (2008-2016). Nous avions des

thérapeutes, des structures spécialisées et même des mesures dans le Code pénal (art. 60 et 63 CP) pour traiter les délinquants toxico-dépendants. En revanche, il n'existait pas de prise en charge type pour les délinquants sexuels. Et le suivi de ces personnes pose, en pratique, des questions multiples et spécifiques qui appellent des réponses complexes. Par exemple : quelle est la sanction « juste » pour l'auteur d'un viol ? L'autorité peut-elle contraindre un délinquant sexuel récidiviste à prendre une médication inhibant son appétence sexuelle ? Comment protéger la société tout en garantissant la protection des droits fondamentaux ? Comment favoriser et accompagner la réinsertion des criminels sexuels une fois qu'ils ont purgé leur peine ?

Vous recensez et définissez des typologies comme celle du violeur de type enragé, de type puissant, de type sadique, de type opportuniste, ou de type vindicatif, celle de l'abuseur d'enfants intrafamilial, ou encore

celle du cyber délinquant sexuel. A quoi servent ces typologies ?

Elles fournissent des indicateurs importants pour la prise en charge du délinquant, pour le choix du traitement. L'utilité des typologies est précieuse, elle doit être reconnue.

Alors justement, en quoi consiste un traitement pénal adéquat ?

Le traitement pénal se conçoit d'une part comme la réponse de la société, sous la forme d'une sanction, à un comportement répréhensible de nature sexuelle ; et d'autre part, comme l'accompagnement du délinquant sexuel vers son retour dans la collectivité et la protection de cette dernière (c'est la phase de l'exécution avec un éventuel suivi thérapeutique, une assistance de probation, etc.). Il est essentiel que le traitement pénal soit individualisé ; qu'il s'intéresse à l'auteur dans sa globalité en prenant en compte l'infraction commise, ses caractéristiques personnelles, notamment ses éventuels troubles, ses facteurs de risque, sa réceptivité au traitement, ses ressources ainsi que le milieu dans lequel il vit et vivra, et encore ses perspectives et capacités de réinsertion. Il faut savoir que la Suisse n'a pas de programme national de prise en charge spécifique ni d'établissement réservé aux criminels sexuels. Plusieurs institutions ont toutefois mis en place des thérapies de groupe pour les délinquants sexuels. En outre, il existe quelques unités spécialisées, à l'instar de la consultation ambulatoire Claude Balier au CHUV dans le canton de Vaud, du Forensisches Institut Ostschweiz en Suisse orientale, ou encore de quelques cliniques de psychiatrie forensique qui offrent des soins ambulatoires.

Des établissements réservés aux criminels sexuels existent notamment en Angleterre (les prisons de Whatton et de Stafford), en Irlande (la prison de Arbour Hill) et au Canada (la prison de Percé au Québec). La Suisse devrait-elle construire une telle prison ?

Il est reconnu que les délinquants sexuels sont généralement des personnes qui posent peu de problèmes en détention, notamment pour ce qui est du risque hétéro-agressif. Toutefois, un établissement destiné aux seuls criminels sexuels peut favoriser le réseautage criminel et concourir à une certaine stigmatisation. Alors non, la Suisse ne devrait pas construire un tel établissement.

La Suisse doit-elle se doter d'un registre national des délinquants sexuels ?

La Suisse ne tient pas un tel registre et c'est très bien ainsi. Elle a d'autres outils. Elle s'appuie sur différentes bases de données : le casier judiciaire informatisé (VOSTRA), le ViCLAS analysant les comportements ou les circonstances propres aux infractions violentes, l'index national de police ou encore le système automatique d'identification des empreintes digitales (AFIS). Ces données sensibles sont à disposition de professionnels. Elles servent des buts de sécurité publique et d'enquête. Aux Etats-Unis, dans le respect de lois fédérales, les délinquants sexuels sont fichés (nom, photo, adresse, etc.) dans des registres accessibles par toutes et tous. Dans certains Etats, le délinquant libéré peut même être contraint de communiquer lui-même son statut à ses voisins ; dans d'autres Etats, il doit porter un vêtement distinctif. Fortement stigmatisées, ces personnes ne trouvent ni logement ni emploi et sont isolées, ce qui contribue à augmenter le risque de récidive. On est bien loin du but premier de ces registres. Dans les pires cas, les personnes fichées sont harcelées, agressées et peuvent même finir par se suicider.

Quelles sont les principales conclusions que vous tirez de vos recherches ?

Je retiens que malgré un débat qui perdure depuis des décennies dans la communauté scientifique sur l'effectivité des traitements, de nombreuses études montrent les effets positifs que peuvent avoir les prises en charge. Comme je l'ai indiqué, le traitement doit être individualisé et une réponse globale n'existe pas, tant la délinquance sexuelle est hétérogène. Dans ce cadre, il me paraît nécessaire de s'éloigner un peu du critère « risque » (au centre de la prise en charge et souvent associé à la mise à l'écart du délinquant) pour mettre l'accent sur l'intégration ou la réintégration dans la société, ceci déjà

au tout début de l'exécution des sanctions pénales. Il faut favoriser les facteurs entraînant la désistance, à savoir le processus permettant de parvenir à une vie sans infractions (par exemple, bénéficier d'un emploi stable, avoir un réseau prosocial soutenant). C'est essentiel. Enfin, je plaide une meilleure communication scientifique dans le domaine de la délinquance sexuelle peuplé de mythes et la poursuite des efforts entrepris ces dernières années en matière de prévention (par exemple, l'Association « Kein Täter werden » lancée en Suisse en 2021).

Dans quel état se trouve-t-on au terme d'une telle thèse ? En sortez-vous indemne ?

J'en sors avec l'espoir que ce travail sera utile. Mieux comprendre la délinquance sexuelle doit permettre de mieux l'appréhender afin d'éviter le passage à l'acte. Même si le thème analysé ne porte pas sur les victimes, j'ose espérer qu'une meilleure compréhension des délinquants sexuels et des défis qu'ils posent contribuera à ce qu'il y ait moins de victimes de violences sexuelles.

Propos recueillis par Patricia Meylan

Aimée Zermatten, juriste à l'Office fédéral de la justice et membre de la Jeune Académie Suisse, a rédigé une thèse de doctorat en droit à l'Université de Fribourg, sous la direction du Prof. Dr Nicolas Stanislas Queloz. Elle a soutenu sa thèse intitulée « Le traitement pénal des délinquants sexuels – Analyse du cadre légal et de la pratique en Suisse » le 19 décembre 2022. Le collège d'experts a accepté la thèse avec la mention summa cum laude. La thèse sera publiée prochainement.



Améliorer les soins de santé, accroître la sécurité et diminuer les coûts

La télémedecine en milieu carcéral

Le déploiement de la télémedecine dans les établissements pénitentiaires contribue à combler les lacunes dans la prise en charge médicale ainsi qu'à garantir la qualité des soins et du traitement. Plus de 80 % des patients peuvent être traités à distance avec succès, ce qui permet d'accroître la sécurité et d'améliorer la santé tout en diminuant les coûts.

Christiane Brockes, Milorad Sekularac et Julian Mausbach

En vertu du principe d'équivalence, les personnes détenues dans les établissements pénitentiaires ont droit à la même qualité de soins que le reste de la population. Plusieurs éléments rendent ce principe de plus en plus difficile à appliquer et à garantir. Le manque général de médecins de premier recours extra-muros a également des répercussions dans les établissements de privation de liberté. Les médecins qui assurent une grande partie des soins dans les prisons atteignent souvent l'âge de la retraite sans avoir trouvé de remplaçants. En outre, la prise en charge en milieu carcéral comporte des difficultés particulières, notamment en ce qui concerne la proximité et la distance par rapport aux détenus, et d'autres domaines d'activité sont généralement préférés à la médecine pénitentiaire. À cela s'ajoute le fait que la population carcérale a augmenté de 20 % dans le monde ces seize dernières années et que l'évolution démographique se fait sentir : le nombre de détenus âgés qui souffrent de plusieurs maladies (multimorbidité) et qui nécessitent des soins médicaux plus poussés est en hausse.

Des succès à l'étranger ...

Les solutions et les services numériques jouent un rôle toujours plus important dans le domaine de la santé et sont désormais incontournables. Les offres digitales per-

mettent de fournir des prestations médicales sans contrainte de temps ni de lieu et sont réclamées par la population. Aujourd'hui déjà, le recours à la télésurveillance et à la télémedecine garantit davantage de sécurité et d'autonomie aux patients et contribue à améliorer leur santé et leur bien-être.

Un coup d'œil hors de nos frontières montre que la télémedecine est considérée comme une solution efficace pour faire face aux défis mentionnés plus haut dans l'exécution des peines et mesures. Les États-Unis, l'Australie, la Grande-Bretagne et l'Espagne jouent un rôle de premier plan dans ce domaine. Les technologies de l'information et de la communication sont utilisées pour assurer la prise en charge médicale des détenus à distance lors de maladies qui relèvent de la médecine, de la psychiatrie et de la médecine dentaire ainsi que dans les situations d'urgence. Aux États-Unis et en Allemagne, les téléconsultations se font surtout en temps réel, par visioconférence. L'établissement de Würzburg fait figure de pionnier ; la télémedecine a déjà été intégrée avec succès dans l'institution pour garantir des soins médicaux aux détenus à toute heure du jour et de la nuit. Un service de télémedecine est disponible 24 heures sur 24 et 7 jours sur 7 pour les urgences ; les consultations de médecine générale et de psychiatrie qui peuvent être planifiées se déroulent quant à elles sur rendez-vous. À Würzburg, le traitement peut être réalisé par téléconsultation dans plus de 90 % des cas.

En Rhénanie du Nord-Westphalie, où la télémedecine a été testée depuis 2020 dans sept établissements pénitentiaires pour compléter les prestations médicales offertes sur place, les expériences positives ont conduit à déployer les consultations vidéo sur l'ensemble du territoire régional. L'évaluation met en évidence une amélioration des soins de santé prodigués aux détenus, qui ont très bien accepté cette offre. Ce système diminue

en outre le nombre de transports extra-muros pour consulter un médecin spécialiste. Enfin, la télémedecine permet de mieux soutenir le personnel de santé.

... et en Suisse

La télémedecine a aussi fait son entrée dans les établissements pénitentiaires helvétiques et rencontre un accueil favorable auprès de toutes les personnes concernées, comme le confirme la société Alcare, spécialisée entre autres dans la fourniture de prestations de télémedecine en milieu carcéral. Parmi les précurseurs, on trouve l'établissement pénitentiaire de Lenzbourg, la prison préventive de Bâle-Ville et l'établissement pénitentiaire de Pöschwies. Les prestations mises à disposition permettent de résoudre et de traiter avec la diligence requise plus de 80 % des problèmes de santé à distance sans perte de qualité et à la satisfaction générale.

Un système adapté à pratiquement toutes les spécialités médicales

La télémedecine couvre pratiquement toutes les spécialités médicales et peut être utilisée concrètement dans tous les cas où un contact physique n'est pas indispensable. Son potentiel en milieu carcéral apparaît surtout lors de la première consultation pour effectuer un triage médical, lors de la prise en charge et du traitement de maladies somatiques, en psychiatrie, mais aussi dans les situations d'urgence. Pour surmonter la barrière de la langue et prévenir les malentendus, un logiciel spécifique peut être utilisé directement lors de la téléconsultation, ce qui évite de devoir faire appel à un autre détenu pour la traduction ; la protection des données est assurée sans problème.

La télésurveillance est également de plus en plus utilisée à des fins de prévention : des capteurs mesurent les paramètres vitaux et d'autres données de santé en cellule. Ce système permet de repérer objectivement des

changements en temps réel. L'intervention immédiate par télémedecine peut influencer positivement le pronostic en présence de facteurs de risque, de même que la sécurité des patients. La télésurveillance est particulièrement utile pour les détenus âgés qui souffrent de maladies chroniques. De vastes études menées par l'Hôpital de la Charité à Berlin ont montré qu'elle diminue d'un tiers la mortalité et le taux de réhospitalisation lors de facteurs de risque cardiovasculaire.

Un traitement immédiat grâce à la télémedecine

La télémedecine permet de traiter les détenus immédiatement dans l'établissement, même en l'absence d'un médecin sur place. Elle présente l'avantage d'éviter des transports à l'hôpital pour des cas bénins non identifiés comme tels dans un premier temps ; grâce à la téléconsultation, il n'est pas nécessaire non plus de faire venir un médecin du service d'urgence. Bien souvent, le personnel doit décider seul si un traitement doit être administré sans délai. Cela entraîne davantage de transferts — d'où des répercussions négatives sur les ressources. Le recours à la télémedecine permet de ne pas perdre de temps et — conformément à la tendance qui veut que l'on passe du traitement à la prévention — d'agir directement pour éviter les situations d'urgence.

Moins de transports...

En cas de problème de santé, les détenus doivent souvent quitter l'établissement, en particulier lorsqu'il n'y a pas de service médical sur place ou qu'une consultation chez un spécialiste est nécessaire et souhaitée. Les mesures de sécurité et les véhicules spéciaux requis pour ces transferts demandent un investissement considérable en temps et en argent. Pour les détenus, ces transports sont aussi difficiles à vivre ; le fait d'être menottés et sous escorte policière dans l'espace public peut porter atteinte à leur dignité.

... et de coûts

Différentes études, de même que la littérature sur le sujet, ont mis en évidence un rapport coût-bénéfice favorable et une réduction des dépenses de 20 %. Cette baisse s'explique en partie par le traitement précoce ou immédiat des symptômes dans une optique préventive, et en partie par des processus efficaces et par la diminution des transports de détenus. À cet égard, il convient de rappeler que bon nombre de personnes incarcérées n'ont pas d'assurance-maladie, de sorte que les coûts doivent être pris en charge par les cantons ou les communes.

Un complément utile et profitable

La télémedecine peut compléter la prise en charge médicale classique dans les établisse-

ments pénitentiaires en apportant de multiples bénéfices. Elle peut contribuer à garantir la qualité des soins et à pallier le manque de médecins. En outre, elle soutient et soulage d'autres intervenants comme les professionnels de la santé et le personnel pénitentiaire. La baisse des transports, le traitement précoce et les processus efficaces permettent de réaliser des économies. Les expériences positives faites à travers le monde, en particulier en Allemagne et en Suisse, peuvent servir de base pour déployer et développer la télémedecine dans tous les établissements pénitentiaires de Suisse en assurant une mise en œuvre structurée qui s'appuie sur de solides connaissances et apporte de nombreux avantages. À cet égard, il est important que les acteurs concernés soient prêts à porter un regard critique sur la pratique actuelle en matière de fourniture de prestations, à dissiper la méfiance et les doutes, à favoriser l'acceptation et à avancer pas à pas dans la mise en place de la télémedecine dans le cadre d'un processus évalué scientifiquement.



Christiane Brockes est titulaire d'un doctorat en médecine. Elle dirige la société Alcare, spécialisée dans la santé numérique et la télémedecine, et enseigne la télémedecine clinique et la cybersanté à l'Université de Zurich. Elle travaille depuis 25 ans dans le domaine de la télémedecine. Milorad Sekularac a étudié la médecine à l'Université de Zurich. Il a consacré son travail de master à l'offre de prise en charge par télémedecine en milieu carcéral dans une perspective internationale.

Julian Mausbach, docteur en droit, est chargé de cours à la faculté de droit de l'Université de Zurich et s'intéresse de près à l'utilisation des technologies de l'information et de la communication (eHealth) dans le système de santé.

La télémedecine couvre pratiquement toutes les spécialités médicales. Photo : Établissement pénitentiaire de Lenzburg (Peter Schulthess, 2019)

Des attentes élevées qui contrastent avec les possibilités de contrôle

Analyse du CSCSP sur l'exécution des interdictions d'exercer une activité, de l'interdiction de contact et de l'interdiction géographique

Tant le prononcé que l'adaptation et l'application des interdictions étendues d'exercer une activité, de contact et géographique posent des problèmes complexes aux cantons. Le Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP) entend contribuer à un transfert uniforme des connaissances et à des échanges professionnels.

Les extensions de l'interdiction d'exercer une activité, de l'interdiction de contact et de l'interdiction géographique sont entrées en vigueur le 1^{er} janvier 2019. Les défis complexes qu'elles posent d'un point de vue juridique et pratique ont amené le CSCSP à analyser leur mise en œuvre. Une enquête en ligne menée auprès de douze cantons (AG, BE, BS, GE, LU, SG, SO, TG, TI, VD, VS et ZH) a ainsi révélé que 163 interdictions d'exercer à durée déterminée, 140 interdictions d'exercer à durée indéterminée, 78 interdictions de contact et 36 interdictions géographiques étaient exécutées à la date de référence (30 septembre 2021). Elle a par ailleurs montré une forte augmentation du nombre de cas depuis l'entrée en vigueur de la nouvelle réglementation.

Dans son analyse publiée le 2 février 2023, le CSCSP relève qu'aucune pratique définie en matière d'exécution n'a encore pu s'établir. Sont concernés le prononcé d'une assistance de probation par les autorités, le contrôle des interdictions ACG à l'issue du délai d'épreuve et les possibilités de limitation ou de levée de ces interdictions. Les autorités d'exécution ne sont pas pleinement familiarisées avec toutes ces possibilités.

Efficacité limitée des contrôles

Les autorités d'exécution disposent d'une série d'instruments de travail pour contrôler les interdictions ACG. En font partie l'entretien avec la personne concernée, la demande

d'un extrait du casier judiciaire, le contrôle des contrats de travail et d'autres documents (déclaration d'impôt, fiche de salaire, etc.), l'autodéclaration de la personne concernée et la prise en compte de l'entourage de l'auteur, ainsi que la surveillance électronique dans les cas d'interdictions de contact et d'interdictions géographiques. « Dans l'ensemble, ces instruments de contrôle, qui reposent avant tout sur la dissuasion, ne répondent que partiellement aux attentes d'une prévention spéciale efficace », indique le CSCSP dans son analyse. Ces instruments ne sont, d'après lui, pas vraiment adaptés pour prévenir directement le non-respect des interdictions, mais ils permettent seulement de le sanctionner a posteriori. En cas d'interdiction d'exercer une activité non professionnelle, les compétences de l'autorité d'exécution pour obtenir des informations sont en outre limitées. Il existe également une incertitude quant aux contrôles que celle-ci est effectivement autorisée à effectuer.

Certes, la plupart des cantons interrogés ont commencé à élaborer des concepts, des directives ou des notices pour structurer la mise en œuvre des interdictions ACG et pour soutenir leurs collaborateurs dans ce processus. Il ressort toutefois de l'analyse que seul un canton avait déjà achevé ce processus au moment de l'enquête. Il n'existe par ailleurs pas de directives pour une procédure uniforme au niveau des concordats.

Transfert de connaissances et échanges

« Dans de nombreux cantons, il n'a pas encore été possible de développer une pratique définie et harmonisée en matière d'exécution. » Même les autorités d'exécution qui ont déjà finalisé le processus de mise en œuvre organisationnelle des interdictions ACG sont arrivées, selon le CSCSP, à la conclusion que « les attentes élevées de la société quant à

leur efficacité contrastaient avec les possibilités effectives de contrôle ». Afin de soutenir une mise en œuvre des interdictions ACG conforme aux dispositions légales et harmonisée au-delà des frontières cantonales, les acteurs de terrain doivent pouvoir s'appuyer sur un transfert uniforme des connaissances ainsi que sur des échanges professionnels. C'est pourquoi le CSCSP entend développer, dans le cadre d'un projet de suivi, des bases et des outils appropriés pour les acteurs de terrain.

Compte tenu des possibilités limitées de contrôle de la part des autorités d'exécution, le CSCSP se dit favorable à une sensibilisation accrue du public. Celle-ci devrait s'adresser en particulier aux employeurs et aux organisations qui engagent ou obligent quelqu'un à s'occuper de personnes mineures ou particulièrement vulnérables. Ils pourraient exiger plus souvent l'extrait spécial du casier judiciaire, qui est encore trop peu connu, et ainsi apporter une contribution à la prévention. (gal)

Lien

L'analyse sur l'exécution des interdictions d'exercer une activité, de l'interdiction de contact et de l'interdiction géographique est disponible sur le site Internet du CSCSP (www.skjv.ch).

Le vécu du délai d'épreuve et de l'assistance de probation

Résultats d'un projet de recherche

Le délai d'épreuve est vécu de manière très différente par les probationnaires. Tous sont cependant confrontés au défi de réussir à se réinsérer dans la société malgré la stigmatisation dont ils font l'objet. Pour ce faire, l'assistance de probation leur offre diverses formes de soutien, qui sont généralement appréciées, mais parfois aussi considérées comme limitées. Un projet de recherche a, par ailleurs, montré à quel point il est important pour eux qu'on prenne en compte leurs besoins et leur point de vue.

Julia Emprechtinger, Lucile Franz, Daniel Lambelet et Marina Richter

L'assistance de probation peut être considérée sous différents angles : le cadre politique et juridique, l'organisation et les professionnels qui travaillent dans ce domaine ou le vécu de l'assistance de probation et du délai d'épreuve par les personnes concernées. C'est sur ce dernier aspect que notre projet de recherche s'est concentré. Le délai d'épreuve, qui est une phase transitoire entre l'incarcération et la libération définitive, revêt de multiples facettes. Pour des raisons de place, nous nous cantonnons à l'expérience des personnes qui y sont soumises face au système d'exécution des peines et mesures.

Accéder au vécu des probationnaires

Comment les personnes concernées vivent-elles le délai d'épreuve et l'assistance de probation qui l'accompagne ? Le projet visait à explorer les différentes dimensions de leur expérience et à accéder à leur vécu au travers de leurs émotions. Pour ce faire, un total de seize participants des cantons de Berne et de Vaud ont été interrogés en plusieurs étapes. Un premier entretien a permis de discuter avec chaque personne de son expérience et de sa situation de vie actuelle. Nous nous sommes notamment intéressés aux difficultés et aux réussites rencontrées, mais avons

aussi voulu savoir quelles émotions y étaient associées. Un deuxième entretien, organisé sous la forme d'une promenade, nous a conduits dans des endroits qui leur tenaient particulièrement à cœur dans leur situation. Nous avons ainsi pu non seulement parler de leur vie, mais aussi nous imprégner de ces endroits avec elles. Enfin, les participants des deux cantons ont été invités à prendre part à une discussion de groupe, dont l'objectif était d'échanger sur leurs différentes perceptions et ainsi de créer un espace de partage. Ci-après, nous allons présenter dans les grandes lignes quelques aspects qui ont pu ressortir des expériences vécues par les participants et qui reflètent leurs points de vue.

Entre aide et contrôle

L'assistance de probation fait partie de la vie des personnes que nous avons interrogées. Il est frappant de constater que, pour certaines d'entre elles, elle est très, voire trop, présente alors que, pour d'autres, elle est (au même titre que le délai d'épreuve) à peine perceptible. Les raisons de ces différences de perceptions ne sont pas toujours claires. Il est toutefois apparu que la personne de l'agent de probation cristallise, en tant que représentante du système pénitentiaire, différents problèmes rencontrés par les probationnaires en lien avec le délai d'épreuve, la stigmatisation en tant qu'anciens détenus et la mission de ce professionnel, qui doit maintenir un équilibre délicat entre aide et contrôle. Dans le même temps, les personnes elles-mêmes étaient souvent appréciées.

Diverses formes de soutien...

Une grande majorité des personnes interrogées décrivent l'agent de probation comme une personne « sympathique », avec laquelle il est agréable de discuter et qui a de bonnes intentions à leur égard. Dans les entretiens, il a été question de diverses formes de soutien très appréciées. Il peut s'agir d'un soutien

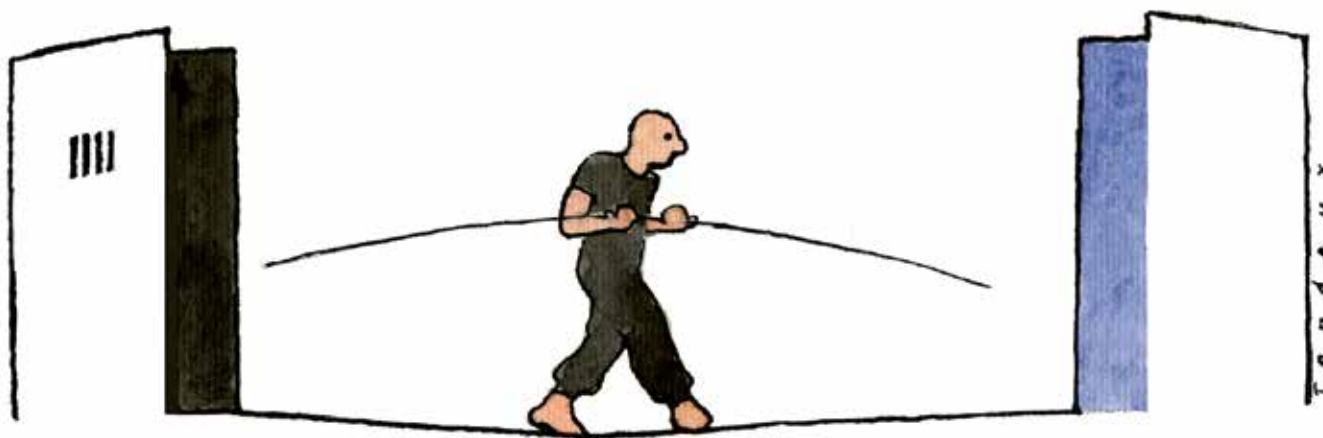
sur le plan émotionnel et social : le probationnaire peut, par exemple, discuter de problèmes avec le professionnel, qui va alors lui apporter un soutien moral et lui donner des conseils utiles. Une participante qui devait se rendre dans une institution sociale a ainsi été accompagnée par son agente de probation, ce qui lui a permis d'arriver détendue.

Il peut également s'agir d'un soutien matériel, l'accès à certaines ressources matérielles pouvant être facilité, par exemple pour financer une formation. L'agent de probation peut, en outre, accompagner le probationnaire dans ses démarches administratives, par exemple s'enquérir de ses avoirs de retraite après une longue détention ou lui venir en aide pour divers contrats. Les personnes interrogées ne recourent de loin pas toutes à ces aides, car elles disposent elles-mêmes des compétences requises et/ou d'un réseau de personnes qui les épaulent.

...mais des possibilités limitées

Des participants se sont montrés critiques à l'égard des possibilités restreintes dont disposent les agents de probation pour agir au sein du système judiciaire (notamment, l'aide qu'ils devraient pouvoir apporter en cas de dettes dues aux frais de justice). Ils considèrent, par ailleurs, que ces professionnels ont une marge de manœuvre limitée en ce qui concerne le domaine social au sens large, qui est le domaine dans lequel les personnes ayant commis des infractions rencontrent des obstacles majeurs, notamment lors de leur recherche d'emploi et de logement. Ce sont précisément ces trois aspects – dettes, travail et logement – qui constituent les principaux défis que de nombreuses personnes interrogées ont à relever.

Si les probationnaires voient les agents de probation comme des acteurs du système pénitentiaire, ils les décrivent en même temps comme étant eux-mêmes limités par ce système et par le contexte social, ce qui



Des probationnaires pris en étau entre les impératifs de réinsertion et de sécurité. Illustration : Patrick Tondeux

les amène à se montrer coopératifs, mais peut aussi être source de frustration. « Ce que je souhaiterais c'est que, comme son nom l'indique, l'assistance de probation assure sa fonction d'assistance », fait savoir un participant à propos notamment du soutien vis-à-vis de l'autorité d'exécution.

Mener une vie normale dans des circonstances particulières

Le système pénal prévoit une transition progressive vers la vie « normale ». Pour pouvoir être placée en régime de travail externe, qui est l'une des phases de progression vers la libération conditionnelle, la personne doit trouver un emploi. Or une partie non négligeable des participants sont en incapacité de travail totale ou partielle et donc au bénéfice d'une rente AI ou de l'aide sociale. Dans leur cas, la réinsertion progressive passe uniquement – si tant est qu'elle soit possible – par un foyer de transition. Si certains voient cette forme de logement comme une aide, d'autres la considèrent comme un prolongement de la détention et estiment qu'elle ne correspond pas à ce dont ils ont besoin. Les femmes ont également déploré le fait qu'en raison du faible nombre de femmes condamnées par rapport aux hommes, il manque parfois des offres adaptées dans le système pénitentiaire (par ex., pour le travail d'intérêt général) ou pour la transition vers une vie autonome en liberté.

La réinsertion a pour but de permettre aux personnes concernées de vivre sans commettre d'infractions et de participer, dans la mesure du possible, à tous les secteurs de la société, par exemple obtenir un travail, nouer des relations sociales et trouver un logement.

Cependant, les règles de conduite et l'obligation de suivre une thérapie ambulatoire, mais aussi les rendez-vous réguliers avec l'agent de probation, sont autant de facteurs qui viennent interrompre ce processus et qui les empêchent, dans une certaine mesure, de reprendre le cours normal de leur vie.

Les personnes qui ont un travail régulier pendant le délai d'épreuve, notamment, considèrent que les nombreux rendez-vous qu'elles ont à respecter pendant leur libération conditionnelle, que ce soit avec l'agent de probation, avec le thérapeute ou pour les prises de sang et d'urine, constituent un sérieux obstacle. Il faut, selon elles, un employeur très compréhensif et flexible, qui leur accorde un traitement de faveur. Les personnes qui sortent de prison se heurtent déjà aux refus des employeurs, mais elles ont besoin d'un emploi pour évoluer au sein du système progressif d'exécution des sanctions pénales. Prises en étau entre les contraintes du système judiciaire et les conditions du marché du travail, nombreuses sont celles qui vivent cette situation comme un fardeau.

Ces obligations se justifient tout à fait sous l'angle de la sécurité, le dispositif devant permettre d'assurer une transition contrôlée de la détention à la liberté. Cependant, cette prise en étau entre les impératifs de réinsertion et de sécurité représente un défi de taille pour chacune des personnes concernées : « Je dois certes résoudre moi-même tous mes problèmes, mais la plupart sont dus au fait que je me trouve ici [dans un foyer de transition]. » Certaines expliquent d'ailleurs attendre l'expiration du délai d'épreuve pour s'insérer (ou se réinsérer) sur le marché du travail afin d'échapper à cette problématique.

Un éternel recommencement

De nombreux participants se sont vu imposer non seulement une assistance de probation, mais aussi une psychothérapie ambulatoire. Le fait que cette dernière soit ressentie comme utile ou non dépend de nombreux facteurs, notamment de la sympathie éprouvée pour le thérapeute ou de l'attitude face à l'infraction commise. Nous avons toutefois pu identifier deux thèmes transversaux au niveau structurel :

(1) Les personnes faisant l'objet d'une mesure thérapeutique institutionnelle, en particulier, mais aussi beaucoup d'autres en exécution de peine, suivent un traitement psychothérapeutique pendant leur détention. Nombre d'entre elles ont l'obligation de se soumettre à un traitement ambulatoire lorsqu'elles sont libérées conditionnellement. Les changements fréquents de thérapeute semblent faire partie de leur quotidien, surtout pendant la détention, et sont qualifiés de « pénibles » par les personnes concernées, car ils leur donnent le sentiment d'un éternel recommencement et l'impression de ne pas progresser. Certains participants font état de relations thérapeutiques très stables pendant le délai d'épreuve, ce qu'ils apprécient malgré le contexte coercitif. D'autres, au contraire, font face dans leurs relations thérapeutiques à des changements structurels toujours aussi fréquents, qui provoquent chez eux un sentiment de stagnation : « Et ils me freinent chaque fois, pour me reposer les mêmes questions, où j'en suis avec mon délit. »

Entre infraction et futur

(2) Les thérapies suivies pendant la détention sont généralement axées sur l'infraction

commise. Si on y ajoute une exécution de la sanction orientée vers les risques, la réflexion sur l'infraction apparaît comme un facteur important pour la resocialisation et la réduction du risque de récidive. Ce regard inhérent au système vers un avenir comportant le moins de risques possible donne néanmoins parfois le sentiment aux clients de rester bloqués dans le passé, ce qui rend leur progression plus difficile. Le fait de rester focalisés sur l'infraction, parfois pendant des années, va – selon les intéressés – à l'encontre de la demande qui leur est faite d'aller de l'avant et de prendre un nouveau départ. Dans ce contexte, certains sont prêts à effectuer un travail d'introspection sur leurs expériences passées afin de poursuivre leur développement personnel. La thérapie axée sur l'infraction, que certains ont suivie ou suivent encore, est cependant parfois perçue comme une trop grosse contrainte, en particulier lorsque l'infraction remonte à de nombreuses années.

Accompagnement pendant une période compliquée

Le délai d'épreuve qui suit la libération conditionnelle est une période compliquée pour les personnes qui y sont soumises. Les souvenirs de la peine privative de liberté sont encore

vifs et l'éventualité d'un retour en prison est une charge lourde à porter pour certaines d'entre elles. Parallèlement, ces personnes doivent (re)construire une nouvelle vie dans des conditions difficiles : trouver un logement (personnel) ainsi qu'un emploi stable ou, pour celles qui ne sont pas en capacité de travailler, des possibilités d'occupation, mais aussi nouer des relations sociales. De plus, certaines sont confrontées à des problèmes de santé ou à des dettes importantes. Durant cette période, les agents de probation et les thérapeutes sont des personnes de référence issues du monde professionnel, qui leur apportent une aide ponctuelle ou durable appréciée. Il ressort également des seize témoignages reçus que la nature de l'aide requise est différente pour chaque personne.

Toutefois, les personnes elles-mêmes perçoivent souvent les processus comme étant standardisés : « Ils s'en tiennent à leurs processus et ne prennent pas du tout en compte les spécificités du cas. Ils voient simplement que la personne a écopé de telle ou telle peine et qu'elle a tels autres problèmes, point. » L'assistance de probation déploie tout son potentiel lorsque les processus orientés vers les risques sont combinés à des approches qui prennent en considération les problèmes et les priorités définis par les personnes concer-

nées elles-mêmes. On ne peut certes pas modifier le cadre du système judiciaire, mais les clients se sentent reconnus lorsqu'on prend en compte leurs désirs et leurs préoccupations : « On n'est pas qu'un numéro de dossier, on existe. »

A propos du projet de recherche

Le projet « Le vécu de la probation. Une étude comparative de l'expérience des personnes en libération conditionnelle astreintes à un suivi probatoire en Suisse romande et alémanique » a duré de mars 2022 à mai 2023. Julia Emprechtinger, Lucile Franz et Marina Richter, du groupe de recherche CrimSo (Travail social dans la justice pénale) de la Haute école et école supérieure de travail social HES-SO Valais, ainsi que Daniel Lambelet, professeur associé à la Haute école de travail social et de la santé Lausanne (HETSL), ont collaboré sur ce projet, auquel ont participé seize personnes des cantons de Berne et de Vaud qui étaient astreintes à une assistance de probation pendant la durée de leur mise à l'épreuve.

De plus amples informations sur le groupe de recherche CrimSo sont disponibles sur la page www.hevs.ch/crimso.

Les changements fréquents de thérapeute leur procurent un sentiment d'éternel recommencement et l'impression de ne pas progresser. Illustration : Patrick Tondeux



L'approche fondée sur la désistance pérennisée

Soutien accru à la sortie de la délinquance

Suite aux expériences positives faites dans le cadre du projet pilote « Objectif désistance », cette approche centrée sur la personne a été définitivement introduite dans l'assistance de probation en Suisse latine. Elle comprend notamment un dispositif intercantonal de coordination et d'animation.

Mené par la Commission latine de probation, le projet pilote « Objectif désistance » avait pour but de soutenir les probationnaires dans leur processus de sortie de la délinquance, ce dernier étant évalué au travers de deux niveaux de désistance : la désistance primaire (absence de récidive) et la désistance secondaire (motivation au changement d'identité). Il prévoyait un modèle d'intervention commun à l'ensemble des services de probation de Suisse latine qui accompagnent les délinquants à leur libération conditionnelle.

Ce projet pilote s'articulait autour de trois axes d'intervention : 1) la formation des agents de probation aux techniques d'entretien motivationnel dans le but de développer chez les probationnaires une motivation au changement et une meilleure perception de eux-mêmes ; 2) le renforcement, au travers

d'échanges et de supervisions, de l'alliance de travail entre les agents de probation et les probationnaires dans le but de soutenir les capacités et les compétences nécessaires au changement ; 3) la promotion par les agents de probation et les coordinateurs-animateurs intercantonaux du capital social des probationnaires en aidant ces derniers à tisser ou à renforcer les liens avec leur communauté d'attache.

Lancé le 1^{er} février 2019, le projet pilote a dû être prolongé d'un an, jusqu'au 31 janvier 2023, en raison de la pandémie, qui a rendu impossibles les rencontres entre les agents de probation et leurs clients. Il a impliqué les sept cantons du Concordat latin sur l'exécution des peines et des mesures, près d'une cinquantaine de collaborateurs des entités de probation tout rôle confondu et plus de 500 personnes sous mandat d'assistance de probation.

Des tendances favorables

Le projet pilote a été évalué par l'Ecole des sciences criminelles de l'Université de Lausanne, qui a, pour ce faire, procédé à une comparaison entre un groupe expérimental et un groupe de contrôle. Selon le rapport d'évaluation, on observe des effets particulièrement favorables au niveau de la désistance primaire chez les primo-délinquants ainsi qu'une tendance à la sortie progressive de la délinquance 18 mois après le premier entretien de probation chez les récidivistes. S'agissant de la désistance secondaire, les différences entre les deux groupes s'estompent. En définitive, malgré des tendances favorables à l'approche orientée désistance, un suivi sur le long terme serait nécessaire pour attester plus robustement de son efficacité.

Un transfert des acquis prévu

Selon la Commission latine de la probation, le projet pilote a contribué à mettre à mal les stéréotypes entretenus dans la société sur

les personnes condamnées et sur l'exécution des sanctions pénales. Il a en outre mis à la disposition des agents de probation des outils supplémentaires visant à leur permettre d'assurer une prise en charge plus efficace, et a créé chez les probationnaires des opportunités de changement, d'intégration et de vie future sans infractions. Le projet pilote présente un caractère novateur en ce sens que les services de probation latins orientent davantage leur suivi sur les ressources et les capacités des personnes condamnées. Il a en outre débouché sur une collaboration intercantonale inédite et confirmé que non seulement les agents de probation, mais aussi les coordinateurs-animateurs jouent un rôle important dans l'insertion sociale.

Le concordat latin a donc pérennisé l'approche de la désistance en Suisse latine. Le développement de modules de formation par le Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP) doit en outre permettre un transfert des acquis du projet pilote en Suisse alémanique. (gal)



Le projet pilote comprenait trois axes d'intervention : le rapport du probationnaire à lui-même, la relation avec son agent de probation ainsi que le rapprochement à sa communauté d'attache et à la société dans laquelle il évolue. Illustration : vidéo de la Fondation vaudoise de probation (<https://www.youtube.com/watch?v=SL-TRMyWmIo>)

Lien

Le rapport relatif à l'évaluation du projet pilote « Objectif désistance » peut être consulté sur le site de l'Ecole des sciences criminelles de l'Université de Lausanne (www.unil.ch/esc) et sur celui de l'Office fédéral de la justice (www.bj.admin.ch).

Mise en détention provisoire confirmée pour Brian

Le Tribunal fédéral rejette un recours contre la décision de la Cour suprême zurichoise confirmant une mise en détention provisoire

Par arrêt du 13 février 2023, le Tribunal fédéral rejette le recours de Brian contre la décision de la Cour suprême zurichoise, qui a confirmé, en décembre dernier, sa mise en détention provisoire. Selon le Tribunal fédéral, la Cour suprême a conclu à juste titre à l'existence d'un risque de récidive. Elle a d'ores et déjà ordonné une évaluation actualisée de ce risque, requise en vue d'un éventuel contrôle ultérieur de la détention.

En mai 2021, la Cour suprême du canton de Zurich a condamné Brian à une peine privative de liberté de six ans et quatre mois pour tentative de lésions corporelles graves et autres délits. Le Tribunal fédéral a annulé le jugement pour des raisons formelles et a

renvoyé la cause pour nouvelle décision (arrêt 6B_882/2021). En janvier 2022, Brian a été transféré de l'établissement pénitentiaire (EP) de Pöschwies à la prison de Zurich. En octobre dernier, la Cour suprême a ordonné sa mise en liberté, estimant que son maintien en détention pour motifs de sûreté n'apparaissait plus proportionné au regard de la durée de la peine privative de liberté prévisible (dans la procédure ayant fait l'objet du renvoi).

Dans le cadre d'une nouvelle procédure engagée entretemps, le Ministère public I du canton de Zurich retient contre Brian 33 autres chefs d'accusation, notamment de tentative de lésions corporelles graves et autres délits, qu'il aurait pour la plupart commis au sein de l'EP de Pöschwies dès 2018.

Le Ministère public l'a dès lors à nouveau mis en état d'arrestation début novembre (avant même sa libération) et le Tribunal des mesures de contrainte du district de Zurich l'a placé en détention provisoire, décision confirmée par la Cour suprême le 14 décembre 2022.

Pas de violation des droits fondamentaux

Le Tribunal fédéral rejette le recours de Brian. La Cour suprême ne viole ni le droit fédéral ni les droits fondamentaux du recourant en admettant que celui-ci présente à ce stade un risque de récidive ; au vu des infractions graves commises par le passé et d'un pronostic de récidive clairement défavorable, il existe un risque sérieux que l'intéressé puisse à nouveau commettre des infractions de violence du même genre. Le fait que l'autorité précédente considère à l'heure actuelle le pronostic quant au risque de récidive comme étant défavorable ne prête pas flanc à la critique. Elle se fonde à cet égard sur une expertise psychiatrique de 2019, qui retient un risque sensiblement plus élevé de réitération d'infractions de violence à moyen et long terme en cas de mise en liberté.

La Cour suprême constate toutefois à juste titre que ce pronostic, qui date de quatre ans déjà, doit être actualisé en vue d'un éventuel contrôle ultérieur de la détention. Ainsi, la Cour suprême a d'ores et déjà chargé le Ministère public de requérir sans délai une évaluation actualisée du risque de récidive. Le fait que le recourant ait commis les nouvelles infractions qui lui sont reprochées au sein de l'EP de Pöschwies ne permet pas d'écarter d'emblée ce risque. (réd.)

Arrêt 1B_22/2023 du 13 février 2023



Brian reste en détention provisoire en raison du risque de récidive. Photo : Peter Schulthess, 2019

Pas de droit de recours pour le ministère public

Le Tribunal fédéral adapte sa pratique à la volonté du législateur

Le ministère public n'a pas qualité pour recourir contre les décisions du tribunal des mesures de contrainte ordonnant, prolongeant ou levant la détention provisoire ou la détention pour des motifs de sûreté d'un prévenu. Le Tribunal fédéral a adapté sa pratique. L'arrêt du 10 janvier 2023 tient compte du fait qu'en décidant, lors de la révision du code de procédure pénale, de ne pas accorder au ministère public le droit de recourir, le législateur a clairement exprimé sa volonté de ne pas reprendre la jurisprudence du Tribunal fédéral rendue jusque-là.

L'article 222 du code de procédure pénale (CPP) confère au détenu la possibilité d'attaquer les décisions du tribunal des mesures de contrainte ordonnant une mise en détention provisoire ou une mise en détention pour des motifs de sûreté ou encore la prolongation ou le terme de cette détention. Le CPP ne prévoit pas un tel droit de recours pour le ministère public. Dans un arrêt de principe rendu en 2011, le Tribunal fédéral a jugé que ce silence du CPP résultait d'un oubli du législateur et que dans l'intérêt d'une bonne administration de la justice pénale, un droit pour le ministère public de saisir l'autorité de recours était nécessaire dans pareils cas.

Une pratique à abandonner immédiatement

Dans le cadre de la révision du CPP (dont l'entrée en vigueur est prévue pour le 1^{er} janvier 2024), le législateur, en connaissance de la pratique du Tribunal fédéral appliquée jusque-là, s'est prononcé contre un droit de recours du ministère public contre les déci-

sions ordonnant, prolongeant et levant une détention provisoire ou une détention pour des motifs de sûreté. La volonté du législateur a ainsi été exprimée sans équivoque. Cette situation nouvelle requiert, compte tenu également du principe de la séparation des pouvoirs, une adaptation sans délai de la jurisprudence. La pratique reconnaissant un droit de recours au ministère public contre les décisions de détention rendues par le tribunal des mesures de contrainte doit être abandonnée immédiatement.

Dans le cas d'espèce, le recourant, soupçonné d'avoir commis un assassinat, a été placé en détention provisoire en février 2022. En octobre, le tribunal des mesures de contrainte du canton d'Argovie a ordonné sa mise en liberté immédiate. Le ministère public a recouru contre cette décision auprès de la Cour suprême argovienne et obtenu gain de cause. En novembre, le tribunal des mesures

de contrainte a rejeté une demande de prolongation de la détention provisoire déposée par le ministère public ; la Cour suprême a à nouveau admis le recours de ce dernier.

Le Tribunal fédéral admet partiellement les recours déposés par l'intéressé contre ces décisions. Au vu de l'adaptation de la pratique désormais intervenue, la Cour suprême n'aurait pas dû entrer en matière sur les recours du ministère public. Cela n'entraîne pas pour autant la libération immédiate du recourant. Dès lors qu'il s'agit d'une adaptation de jurisprudence non prévisible, le tribunal des mesures de contrainte devra à nouveau statuer sur la mise en liberté. La question se pose notamment de savoir s'il aurait rendu la même décision s'il avait su que, faute de possibilité de recourir, celle-ci entrerait immédiatement en force. (réd.)

Arrêt 1B_614/2022 du 10 janvier 2023



Brèves

BE : Nomination à la tête de la prison régionale de Berne

Eugen Marty a pris la direction de la prison régionale de Berne (PR Berne) le 1^{er} janvier 2023.



Selon le communiqué de presse publié par la Direction de la sécurité du canton de Berne, le nouveau directeur « s'est imposé comme le candidat le plus qualifié lors de la procédure de sélection grâce à sa longue expérience au service de la sécurité publique et de celle d'entreprises privées ». Eugen Marty a travaillé pendant plus de 30 ans dans des corps de police de Suisse centrale, dont 24 en tant qu'officier de police. Il a notamment été chef de la police régionale du canton de Schwytz et chef de la police de sécurité zougnoise pendant 16 ans. À son dernier poste, il a été consultant senior et membre de la direction d'une entreprise spécialisée dans la sécurité et la gestion de crise en Suisse orientale.

La PR Berne est l'une des cinq prisons régionales de l'Office de l'exécution judiciaire du canton de Berne. Comptant 123 places de détention et quelque 60 collaboratrices et collaborateurs, elle fait office de plaque tournante pour l'exécution judiciaire bernoise et enregistre chaque année plus de 10 000 entrées et sorties.

VD : Nomination du directeur de la prison du Bois-Mermet

Dominique Legros a pris la direction de la prison du Bois-Mermet et de l'établissement du Simplon à Lausanne le 1^{er} mars 2023.



Dominique Legros a débuté sa carrière comme inspecteur de police en Belgique en 1996. En 2012, il a intégré le centre d'exécution des mesures de Pramon (VS) en tant qu'éducateur. En 2014, il devient responsable de la sécurité et membre de la direction de l'établissement. En parallèle, il intervient comme formateur à l'École de police de Savatan (VS) ainsi qu'au Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP). Dans son communiqué de presse, le Service pénitentiaire vaudois (SPEN) souligne l'approche pluridisciplinaire et les compétences du nouveau directeur qui lui permettront de développer la politique de réinsertion et de nombreux projets en matière d'infrastructures.

La prison du Bois-Mermet est destinée à la détention avant jugement, à l'exécution de peine en attente de transfert et à l'exécution anticipée de peine. Compte tenu de la surpopulation enregistrée ces dernières années, elle a augmenté sa capacité d'accueil à 168 places. L'établissement du Simplon accueille quant à lui des personnes condamnées à des peines privatives de liberté exécutées en semi-détention et en travail externe ; il compte 40 places (hommes et femmes).

Witzwil : Moins de places de détention nécessaires que prévu

La nouvelle prison de Witzwil pourra compter 50 places de détention de moins que prévu. C'est ce qui ressort de l'actualisation des besoins prévisionnels réalisée par l'Office de l'exécution judiciaire, annonce la Direction de la sécurité du canton de Berne dans un communiqué de presse. En contrepartie, l'établissement de Thorberg restera en service.

Dans le cadre de la préparation du concours de projets, l'Office de l'exécution judiciaire a revu le calcul du nombre de places de détention nécessaires. La planification précédente reposait sur un besoin prévisionnel de 150 places d'exécution en milieu fermé pour hommes et de 100 places de détention préventive. Après actualisation, le nombre de places de détention préventive est revu à la baisse de 50 unités. En ce qui concerne l'exécution en milieu fermé pour hommes en revanche, il est impératif de réaliser les 150 nouvelles places prévues. C'est pourquoi l'établissement pénitentiaire de Thorberg restera en service avec une offre adaptée. Les modalités exactes de cette offre seront définies dans une phase ultérieure.

La Direction de la sécurité demande que la nouvelle infrastructure de Witzwil ait une conception flexible afin de pouvoir tenir compte des variations à venir des besoins prévisionnels. Dans cette optique, il faudrait prévoir une réserve de terrain, sur laquelle on pourrait construire ultérieurement une extension pour disposer de 50 places de détention supplémentaires.

Le site de Witzwil sera également le lieu d'exécution de la détention administrative. Dans un premier temps, il est prévu d'aménager 20 places à cet effet dans un groupe d'habitation situé dans le secteur ouvert de l'établissement d'ici la fin 2025.

Retour au pays d'origine

Lorsqu'une personne étrangère détenue en Suisse n'a pas de statut de séjour ou qu'elle le perd à la suite d'une décision judiciaire d'expulsion, elle doit quitter la Suisse après avoir purgé sa peine et retourner dans son pays d'origine. Comment préparer au mieux le retour de personnes concernées ? Comment faire en sorte que le temps passé en prison soit mis à profit pour favoriser la réinsertion dans le pays d'origine ? Le nouveau site internet www.info-retour.ch apporte des réponses à ces questions.



Un groupe de travail piloté par le Réseau fribourgeois de santé mentale (RFSM) et le Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP) a réuni différents acteurs clés pour travailler collectivement à l'amélioration de ces prises en charge complexes en exploitant les synergies. De nombreux acteurs institutionnels peuvent intervenir lors d'une décision d'expulsion : pendant la prise en charge en détention, lors de l'élaboration de projets de retour avec différents partenaires et lors du retour effectif dans le pays d'origine, des douzaines d'entités locales, cantonales, fédérales et internationales sont potentiellement concernées. Le nouveau site internet illustre, à travers plusieurs témoignages, le rôle de chacun de ces acteurs en suivant les différentes étapes, depuis le début de la détention jusqu'au retour dans le pays d'origine.

Premier cas de suicide assisté

Le 28 février 2023, un détenu interné dans l'établissement pénitentiaire de Bostadel a mis fin à ses jours en faisant appel à l'organisation d'aide au suicide Exit. Il s'agit du premier cas de suicide assisté dans le contexte de la privation de liberté. À noter qu'il a eu lieu hors de l'établissement.

« En principe, toute personne détenue capable de discernement dispose du droit hautement personnel, garanti par la Constitution, de choisir la manière dont elle souhaite mourir et le moment de son décès », indique le Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP) dans son guide succinct publié il y a trois ans. Ce document expose des principes centraux pour l'évaluation des demandes de suicide assisté en détention. Compte tenu des positions divergentes en ce qui concerne les conditions à remplir, les responsabilités, le lieu de décès et la procédure, il laisse aux cantons le soin d'élaborer des réglementations détaillées.

Le suicide assisté du détenu interné à Bostadel est « moins spectaculaire qu'il n'y paraît », commente la NZZ. « Il met toutefois en avant un problème dont l'ampleur va croissant : les établissements pénitentiaires helvétiques comptent une proportion toujours plus importante de détenus âgés qui n'ont pratiquement plus aucune chance de finir leur vie en liberté. » Selon une analyse du CSCSP, l'effectif de femmes et d'hommes âgés ayant besoin d'assistance et de soins au sein du domaine de l'exécution des mesures devrait doubler, voire tripler d'ici 2035. Il est par conséquent indispensable de trouver des solutions « afin de leur offrir une prise en charge humaine, appropriée et ne négligeant ni la sécurité du personnel, ni celle du public », souligne le CSCSP.

GL : Nomination à la tête du nouveau service pénitentiaire

Barbara Rohner a pris ses fonctions de cheffe du service pénitentiaire du canton de Glaris le 1^{er} mars 2023.



« Nous avons trouvé en la juriste Barbara Rohner, âgée de 41 ans, une spécialiste chevronnée pour diriger le service pénitentiaire nouvellement créé », écrit le Département de la sécurité et de la justice du canton de Glaris dans un communiqué de presse. Barbara Rohner a notamment travaillé comme responsable de domaine au Centre suisse de compétences en matière de sanctions pénales (CSCSP), à l'Office de l'exécution judiciaire du canton de Zurich et à la Commission d'évaluation de la dangerosité des délinquants du Concordat d'exécution des peines et mesures de la Suisse orientale.

Le service pénitentiaire est l'autorité cantonale chargée de l'exécution des sanctions pénales. Ses tâches englobent en particulier le placement des personnes condamnées dans les établissements pénitentiaires, l'octroi de la libération conditionnelle de l'exécution ordinaire, les décisions d'exécution dans le cadre de l'exécution des mesures ou de l'exécution des peines privatives de liberté de substitution. La prison cantonale de Glaris lui est rattachée.

Grand-Maraïs verra le jour en une seule étape

Afin d'optimiser la construction de la future prison des Grands-Maraïs, le Conseil d'État vaudois a validé un calendrier de réalisation en une seule étape au lieu des deux envisagées. Selon le communiqué de presse publié par celui-ci, cette nouvelle planification rendra possible une mise en service progressive des 410 places du site dès 2030, soit cinq ans plus tôt que la variante en deux phases.



Situé sur une parcelle à proximité des actuels Établissements de la plaine de l'Orbe (EPO), le projet constitue un maillon essentiel de la stratégie de développement des infrastructures pénitentiaires adoptée en 2014 par le Conseil d'État. Le complexe de 410 places permettra de soulager le système carcéral vaudois, qui souffre de surpopulation depuis plusieurs années.

La future prison des Grands-Maraïs renforcera également la prise en charge des personnes détenues en favorisant leur réinsertion sociale. Elle offrira enfin un cadre de travail de qualité au personnel et aux partenaires du Service pénitentiaire de l'État de Vaud (SPEN). Sur le plan financier, la réalisation en une seule étape permettra de réduire les coûts d'investissement de 17 millions de francs, sur une enveloppe de 279 millions.

Extension de Bostadel : désignation du projet lauréat

Parmi les huit propositions reçues pour la réfection et l'extension de l'établissement pénitentiaire de Bostadel à Menzingen (ZG), le jury a opté pour le projet « ALLESWIRDEINS ».



La construction d'une section spéciale destinée aux détenus âgés et aux détenus faisant l'objet d'un internement de longue durée permettra non seulement de maintenir les activités pendant la rénovation du bâtiment principal, mais aussi d'atteindre une taille d'exploitation optimale et d'offrir des places de détention spécialisée, écrit la Direction des travaux du canton de Zoug dans un communiqué de presse. Selon le jury, le positionnement du nouveau bâtiment de trois étages « crée de manière évidente les secteurs extérieurs souhaités pour l'exécution ordinaire à l'est et pour le régime spécial à l'ouest. » Le jury a également apprécié les espaces extérieurs, le faible ombrage et la qualité de l'ensoleillement des espaces intérieurs, notamment des cellules.

Le coût total de la réfection et de l'agrandissement de l'établissement s'élève à 67 millions de francs. La Confédération y participera à hauteur de 16 millions. La construction de l'extension sera réalisée en 2027 et 2028 ; elle sera suivie de la rénovation totale du bâtiment principal de 2029 à 2032.

Hausse des violences graves

En 2022, la police a enregistré nettement plus d'actes de violence et de vols par effraction ou par introduction clandestine qu'en 2021. La criminalité numérique a également pris de l'ampleur, comme le révèle la dernière Statistique policière de la criminalité (SPC) publiée par l'Office fédéral de la statistique (OFS).

En 2022, les violences graves enregistrées par la police ont augmenté de 16,6 % par rapport à l'année précédente. 1942 infractions ont ainsi été recensées — un record depuis le début du relevé statistique en 2009. Le nombre de viols s'élève à 867 (+14,5 %) et celui des lésions corporelles graves à 762 (+17,2 %). 42 homicides consommés ont été enregistrés, comme en 2021, dont 25 dans la sphère domestique.

En 2022, les vols par effraction ou par introduction clandestine ont augmenté pour la première fois en dix ans pour s'établir à 35 732 (+14,5 %). Ces cambriolages se situent ainsi à un niveau légèrement supérieur à celui d'avant la pandémie. Au total, 174 702 vols ont été dénoncés (+17,4 %). Pour ce qui est de la criminalité numérique, on dénombre 33 345 infractions, ce qui représente une hausse de 9,9 %. Les augmentations concernent plus particulièrement les cas d'hameçonnage, de sextorsion et de fraude à l'investissement en ligne.

En 2022, le nombre total de personnes prévenues pour des infractions au code pénal (CP) s'est élevé à 86 693. Ce chiffre se répartit comme suit : 10 585 mineurs (-3,1 %), 13 302 jeunes adultes (+2,1 %) et 62 726 adultes (+7,7 %).

La Statistique policière de la criminalité peut être consultée sur le site internet de l'Office fédéral de la statistique (www.ofs.admin.ch).

BE : Trois nouvelles nominations



Manfred Stuber a été nommé chef de la section de la détention au sein de l'Office de l'exécution judiciaire (OEJ) le 1^{er} avril 2023 et a ainsi pris la responsabilité des cinq prisons régionales du canton de Berne. Il dirigeait auparavant l'établissement de St-Jean, qui passe aux mains de son ex-adjointe, Renata Sargent, et succède à Pascal Ludin, désigné chef suppléant de l'OEJ à cette même date.

En tant que chef de la section de la détention, Manfred Stuber assume la responsabilité des cinq prisons régionales de Berne, Bienne, Berthoud, Thoune et Moutier, mais également de la division cellulaire à l'Hôpital de l'Île et de l'unité Transports et coordination des places de détention. Ces différentes unités organisationnelles emploient environ 250 personnes.



Renata Sargent est la première femme à exercer la plus haute fonction dans l'établissement pénitentiaire de St-Jean. Le centre concordataire d'exécution de mesures en milieu ouvert dispose de 80 places pour prendre en charge des auteurs d'infractions souffrant de dépendance ou de troubles psychiques. Renata Sargent y a assumé auparavant la fonction de cheffe de groupe d'habitation et

la responsabilité du domaine Sociothérapie avant d'occuper le poste de directrice suppléante et responsable de l'exécution.



Dans sa nouvelle fonction de chef suppléant de l'OEJ, Pascal Ludin traite notamment de questions relatives à la sécurité, à la gestion de la qualité, ainsi qu'aux fonctions et processus d'importance systémique. Par ailleurs, il assume diverses tâches de conduite de projets, notamment en vue de la mise en place d'une chaîne de soins de psychiatrie forensique dans le cadre d'un partenariat avec les Services psychiatriques universitaires de Berne.

Grâce au soutien de son nouveau suppléant, la cheffe de l'OEJ, Romilda Stämpfli, pourra, en plus des tâches de direction qui lui incombent directement, se consacrer davantage au développement stratégique de l'office ainsi qu'à ses obligations supracantoniales à titre de présidente de la Conférence des chefs des services pénitentiaires cantonaux et de la Conférence des chefs des services pénitentiaires cantonaux de la Suisse du Nord-Ouest et de la Suisse centrale.

CCDJP : nouvelle coprésidence

Dans le cadre de son assemblée de printemps du 13 avril 2023, la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP) a nommé coprésidents Karin Kayser-Frutschi, directrice de la justice et de la sécurité du canton de Nidwald, et Alain Ribaux, chef du Département de l'économie, de la sécurité et de la culture du canton de Neuchâtel. Ils succèdent au président de gouvernement saint-gallois Fredy Fässler, qui a quitté ses fonctions pour des raisons de santé.



Le directeur de la sécurité de Saint-Gall, qui avait repris la présidence de la CCDJP en novembre 2020, a dirigé celle-ci « avec beaucoup de compétence et de circonspection ». Selon le communiqué de la CCDJP, sa présidence a été marquée « par des défis tels que la pandémie de Covid-19, la guerre en Ukraine et l'augmentation du nombre de réfugiés qui en a résulté, défis qu'il a largement contribué à relever grâce à sa vaste expérience et à sa grande humanité ».

Karin Kayser-Frutschi et Alain Ribaux, tous deux conseillers d'État, ont assuré conjointement l'intérim à la tête de la conférence depuis l'accident de Fredy Fässler en automne 2022. La CCDJP a rendu hommage à leur travail « en élisant pour la première fois une coprésidence ».

GE : Nouveau directeur général à l'Office cantonal de la détention

Claude Bettex a pris la direction de l'Office cantonal de la détention (OCD) de Genève le 1^{er} mai 2023. Il succède à Philippe Bertschy, qui a rejoint le Comité international de la Croix-Rouge en mars.



Claude Bettex est titulaire d'un DAS en leadership du secteur public et de plusieurs CAS dans la gestion et le management. Il a travaillé pendant 17 ans à la police cantonale genevoise, où il a occupé en dernier lieu le poste de chef de la police criminelle. De janvier 2022 à avril 2023, il a assuré la direction de la prison de Champ-Dollon par intérim. « Tant ses compétences professionnelles que ses qualités managériales et humaines lui permettront de relever, avec son équipe de direction et les collaboratrices et collaborateurs de l'office, les multiples enjeux et défis de l'OCD », écrit le Conseil d'État genevois dans un communiqué de presse. Parmi les missions qui incombent au nouveau directeur, il mentionne en particulier l'intensification de la collaboration entre les services centraux de l'OCD et les sept établissements pénitentiaires du canton ainsi que la mise en œuvre de la loi-cadre relative à la planification pénitentiaire, tout récemment votée par le parlement.

GE : Nouveau directeur à la prison de Champ-Dollon

Hakim Mokhtar a pris la direction de la prison de Champ-Dollon le 1^{er} mai 2023. Il succède à Claude Bettex, nommé au poste de directeur général de l'Office cantonal de la détention (OCD) dès cette même date.



Jusqu'à la fin avril, Hakim Mokhtar dirigeait l'établissement de la Brenaz, poste qu'il a occupé pendant un an après avoir été directeur adjoint de la prison durant six ans. Début 2022, il avait déjà été directeur adjoint par intérim de Champ-Dollon afin d'apporter son soutien à Claude Bettex, alors nouvellement nommé *ad interim* à la tête de Champ-Dollon. Hakim Mokhtar est très impliqué dans les instances concordataires et fait partie de la commission d'examen du Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP), écrit le Département de la sécurité, de la population et de la santé dans son communiqué de presse. L'une de ses premières actions consistera à mener le processus de recrutement de son adjoint ou adjointe.

AR : Nomination à la direction des prisons de Gmünden

Le 17 mai 2023, le Conseil d'État d'Appenzell Rhodes-Extérieures a nommé Urs Schindler à la tête des prisons de Gmünden, qu'il dirigeait déjà *ad interim* depuis la mi-février à la suite du départ d'Alexandra Horvath, qui a décidé de relever un nouveau défi.



Spécialiste de l'exécution des sanctions pénales et éducateur social, Urs Schindler a occupé pendant plusieurs années le poste de directeur adjoint et de responsable éducatif au Centre d'exécution des mesures de Kalchrain. Il dispose d'une expérience de plusieurs années en tant que membre de l'APEA et a dirigé en dernier lieu la prison régionale d'Altstätten *ad interim*, écrit le Conseil d'État d'Appenzell Rhodes-Extérieures dans un communiqué de presse.

Les prisons de Gmünden à Niederteufen comprennent l'établissement pénitentiaire de Gmünden, d'une capacité de 62 places, et la prison cantonale, qui compte 12 places. L'établissement pénitentiaire est une institution ouverte qui prend en charge des hommes soumis au régime ordinaire ou spécial de l'exécution, à la semi-détention et au travail externe ; depuis 2017, il peut aussi accueillir quelques femmes. La prison cantonale est destinée à la détention provisoire et à la détention en vue du renvoi ou de l'expulsion.

TG : Nouveau directeur à Kalchrain

Andreas Wepfer prendra la direction du Centre d'exécution des mesures de Kalchrain le 1^{er} juillet 2023. Il succédera à Hansjörg Lükking, qui est parti à la retraite en juin.



Andreas Wepfer a étudié la psychologie à l'Université de Zurich et a rédigé une thèse intitulée « Schweigen in der Psychotherapie – zum Umgang der Psychoanalyse mit dem Widerspenstigen » (le silence en psychothérapie – comment la psychanalyse gère le refus). Il a ensuite ouvert un cabinet de psychothérapie à Zurich. Il a officié comme psychothérapeute au Service psycho-psychiatrique de la Ville de Zurich et au service de psychologie scolaire de Dietikon, ainsi qu'à la station pilote de Somosa à Winterthour. Depuis 2018, il travaillait au Burghof Pestalozzi Jugendstätte à Dielsdorf, un centre pour jeunes adultes où il dirigeait la station d'observation.

« Avec sa formation et son expérience professionnelle, notamment dans le domaine de la psychologie et dans des fonctions dirigeantes, Andreas Wepfer a le profil idéal pour assurer la direction de l'établissement et la gestion des jeunes, parmi lesquels on trouve des délinquants et des personnes souffrant de troubles psychiques », écrit le Département de la justice et de la sécurité du canton de Thurgovie dans un communiqué de presse.

ZH : Nouveau directeur au centre d'exécution des mesures d'Uitikon

Carmelo Campanello prendra la direction du centre d'exécution des mesures d'Uitikon (MZU) en août 2023. Il succédera à Gregor Tönnissen, qui est parti à la retraite à la fin mai.



Carmelo Campanello a étudié la psychologie, la psychopathologie de l'enfant et de l'adolescent et la criminologie à l'Université de Zurich et dispose d'une longue expérience dans des fonctions de direction. Il dirige le centre pour jeunes Burghof à Dielsdorf depuis 2013. Auparavant, il a travaillé à la station pilote de Somosa à Winterthour comme responsable de section. La cheffe de l'Office de l'exécution judiciaire et de la réinsertion (JuWe), Mirjam Schlupp, est convaincue que Carmelo Campanello « continuera à diriger le MZU de manière professionnelle, avec beaucoup d'engagement et d'esprit d'entreprise », indique le JuWe dans son communiqué de presse.

Selon Mirjam Schlupp, Gregor Tönnissen a « professionnalisé le MZU pour en faire un centre d'exécution des mesures moderne, qui peut accueillir de jeunes délinquants de toute la Suisse ». Cet établissement travaille selon une approche psychopédagogique ; un grand nombre de jeunes délinquants y effectuent une formation, ce qui augmente leurs chances de ne plus commettre d'infractions à l'avenir.

Manifestation : À quel point le système pénitentiaire est-il (a)social ?

Le sixième Forum de la détention et de la probation sera dédié au sujet des relations sociales. Dans le domaine de la privation de liberté, les relations des personnes détenues avec le monde extérieur sont fortement restreintes. Parallèlement, ces personnes doivent trouver leurs marques dans un nouveau réseau relationnel et partager leur quotidien avec un entourage qu'elles n'ont pas choisi : le personnel pénitentiaire et les personnes codétenues. Pendant la période de transition préparant au retour à la vie en société, le maintien d'anciens liens sociaux et la création de nouveaux représentent des facteurs importants pour la réinsertion et la prévention de la récidive.

Le Forum de la détention et de la probation 2023 met le point de vue de la personne détenue au centre de ses préoccupations. L'objectif est de stimuler la réflexion sur la contribution que les acteurs professionnels peuvent apporter pour renforcer les rapports sociaux. Pour le milieu fermé, le colloque abordera le maintien et la restauration des relations avec les parents et les proches, les possibilités de maintenir une forme de vie privée et intime, ainsi que les liens avec le pays d'origine. L'érosion des relations avec l'extérieur, fréquente en cas de peines privatives de liberté ou de mesures institutionnelles de longue durée, fera également partie de la discussion. Pour le milieu ouvert, l'accent sera mis sur l'importance des mesures professionnelles visant à l'autonomie et à la responsabilité individuelle de la personne condamnée.

Organisation : Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales

Date : 22 et 23 novembre 2023

Lieu : Kultur- und Kongresshaus, Aarau

Langues : français et allemand

Informations complémentaires : www.skjv.ch

L'exécution des sanctions pénales au fil du temps

De la maigre feuille A4 à un processus global

L'exécution des peines et des mesures a évolué ces trente dernières années. L'affaire de Zollikerberg a entraîné des changements radicaux. S'il n'est pas possible de garantir une sécurité absolue, les responsables accomplissent la tâche complexe qui leur incombe en se conformant à des standards professionnels exigeants. Différents projets visent à leur permettre de relever ensemble les défis qui les attendent.

Joe Keel



Au cours de sa carrière, Joe Keel a notamment dirigé l'Office de l'exécution judiciaire du canton de Saint-Gall de 2008 à 2018 avant de travailler comme secrétaire du Concordat sur l'exécution des peines et des mesures de la Suisse orientale jusqu'à sa retraite en juin 2023. Depuis, il accompagne encore à temps partiel le projet HORIZONT jusqu'à son terme.

Je travaille dans le domaine de l'exécution des peines et des mesures depuis plus de 30 ans. Ce n'était pas dans mes plans au départ. Quand j'ai entamé ma carrière de juriste, je pensais que je m'engagerais dans une impasse en me cantonnant au droit des sanctions. Mon intérêt pour le droit pénal et pour les personnes qui n'ont pas un parcours linéaire m'a toutefois amené à prendre la direction du Service d'exécution des peines et mesures saint-gallois. Il était prévu que je reste cinq ans au maximum. Très vite, je me suis rendu compte à quel point le travail était varié et passionnant. La collaboration interdisciplinaire me plaisait beaucoup, tout comme la motivation des collègues, la marge de manœuvre, la haute responsabilité et l'utilité de la mission. Par ailleurs, les tâches ont régulièrement changé ; je suis passé de la direction d'une autorité d'exécution à celle de l'Office de l'exécution judiciaire du canton de Saint-Gall, créé en 2008, puis au poste de secrétaire du Concordat sur l'exécution des peines et des mesures de la Suisse orientale (OSK). Arrivé au terme de ma vie professionnelle, j'aimerais revenir sur certaines évolutions importantes qui ont marqué ces années et évoquer quelques-uns des défis à venir.

Des informations lapidaires

Tout au début de mon parcours, nous avons eu à exécuter une peine de réclusion de plusieurs années pour homicide. Nous avons reçu du tribunal une feuille A4 sur laquelle figuraient les données personnelles du condamné, l'infraction à l'origine de la condamnation et la sanction. En dessous, il fallait inscrire le début de l'exécution de la sanction et deux autres dates à calculer de tête : la fin de l'exécution et le moment où le détenu aurait purgé les deux tiers de sa peine. Armés de ces maigres informations, nous devions planifier l'exécution et placer l'homme dans l'établissement approprié. À cette époque, les établissements pénitentiaires jouissaient d'une relative auto-

nomie dans l'aménagement et la réalisation de l'exécution proprement dite. L'autorité d'exécution, la défense et le public ne s'intéressaient guère à ce qui se passait exactement derrière les murs de la prison. L'exécution était réputée réussie lorsque le dossier restait mince, c'est-à-dire quand il n'y avait pas de problème au cours du processus. Souvent, l'autorité d'exécution ne revoyait le cas que lorsqu'il était question de libération anticipée, une décision pour laquelle elle dépendait dans une large mesure de l'appréciation d'autres professionnels ou services (thérapeute, direction de l'établissement).

L'affaire de Zollikerberg, ou le début d'une nouvelle ère

En automne 1993, un drame effroyable secouait le quartier de Zollikerberg (ZH) : un délinquant sexuel condamné pour viols et assassinats avait tué une jeune femme durant un congé. Ce crime atroce a ébranlé l'ensemble du paysage de l'exécution. Il a tout remis en question ; les théories du type « tout détenu peut être réintégré dans la société ; certains ont juste besoin de plus de temps » ont été balayées. Les directives relatives aux congés et à la libération ont été durcies et une commission a été créée pour examiner si des allègements dans l'exécution pouvaient raisonnablement être octroyés à des délinquants sexuels ou violents.

C'est également en réaction à cette affaire que l'initiative populaire « Internement à vie pour les délinquants sexuels ou violents très dangereux et non amendables » a été lancée. Malgré les critiques des milieux spécialisés, qui soulignaient que le texte était contraire au droit constitutionnel et au droit international, l'initiative a été acceptée par le peuple et par les cantons en 2004. Ces divers événements ont eu une influence aussi bien sur la révision du droit des sanctions dans le code pénal que sur la pratique des tribunaux et des autorités d'exécution. Les médias ont crié au



scandale à chaque incident (présupposé), tandis que des interventions politiques exigeaient régulièrement des adaptations.

Des bases nationales

Tirailés entre le « risque zéro » réclamé par le public et le mandat de resocialisation inscrit dans la loi, les responsables se sont attelés à améliorer le système en reconnaissant qu'il fallait considérer l'exécution des peines et des mesures comme un processus global et que l'époque où chacun travaillait dans son coin sans s'occuper des autres était révolue. Dans le cadre du projet pilote « Exécution des sanctions orientée vers les risques » (ROS), des outils de travail et des processus ont été développés et testés de 2010 à 2013 dans les cantons de Lucerne, Saint-Gall, Thurgovie et Zurich. L'exécution a été axée systématiquement sur le risque individuel de récidive et sa gestion ciblée.

En s'appuyant sur le rapport du Conseil fédéral « Contrôle de l'exécution des peines et des mesures en Suisse » de mars 2014, la CCDJP a adopté en novembre de cette même année les « Principes régissant l'exécution des sanctions pénales en Suisse ». Ce document donnait des pistes aux cantons pour gérer la complexité croissante de l'exécution liée

aux changements intervenus dans la population carcérale (forte proportion de détenus étrangers originaires de pays très différents, détenus souffrant de troubles somatiques et psychiques, augmentation du nombre de détenus âgés). Il reprenait également les concepts clés du ROS : gestion de cas, orientation en fonction du délit et vers les risques, gestion de la transition et de l'information.

La CCDJP a formulé ainsi une conception commune à toute la Suisse pour moderniser l'exécution des peines et des mesures. La collaboration interdisciplinaire d'égal à égal, l'adoption d'un langage commun, une évaluation professionnelle du risque grâce notamment aux avancées de la médecine légale, ainsi que des traitements et des interventions axés sur le délit et la prise de conscience des risques en constituaient les éléments centraux. Malgré ces développements fondamentaux, des incidents et des récidives peuvent survenir ; la sécurité absolue n'existe pas. Nous avons cependant la certitude d'accomplir le difficile mandat légal selon les standards professionnels reconnus.

La création du CSCSP, une étape clé

La mise en place du Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanc-

L'affaire de Zollikerberg marque un tournant dans l'exécution des peines et des mesures. Photo : La police fouille une parcelle de forêt après la disparition de Pasquale Brumann, une cheftaine scout de 20 ans, qui sera finalement retrouvée assassinée. (Keystone)

tions pénales (CSCSP) début 2017 marque une étape importante. Cet organe soutient l'exécution à travers des documents utiles (p.ex. sur des questions de santé, comme la prise en charge psychiatrique ou la médication, le suicide assisté ou les personnes ayant des besoins particuliers) et des offres de formation destinées aux détenus. Mais le CSCSP est avant tout responsable d'assurer au personnel pénitentiaire une formation et une formation continue qui lui permettent de répondre à des exigences qui ne cessent d'évoluer. Mentionnons, à titre d'exemple, les nouvelles offres de formation sur la gestion des délinquants présentant un risque accru, la gestion de cas en fonction du délit et orientée vers le risque ainsi que la sécurité dynamique.

Au fil des ans, le métier de « gardien de prison », exercé majoritairement par des hommes au départ, s'est transformé. La profession d'agent de détention attire de plus en plus de femmes aujourd'hui et comprend désormais, outre les tâches de surveillance

et de sécurité, des tâches d'encadrement. L'importance d'une bonne relation de travail entre le personnel et les détenus pour déceler le plus tôt possible des évolutions négatives et pouvoir engager les processus de changement nécessaires a été reconnue.

Défis à venir

L'exécution des peines et des mesures est le reflet d'une société qui évolue. Cela implique que le système et les nombreux collaborateurs concernés doivent rester agiles. Maintenir et développer en permanence un système d'exécution qui fonctionne demeure un travail de titan. Voici quelques-uns des multiples défis que nous allons devoir relever :

- Développement de la détention avant jugement prononcée dans le cadre d'une procédure pénale et meilleure interconnexion avec l'exécution des sanctions pénales (considérer la privation de liberté comme un processus continu, depuis l'arrestation jusqu'à la libération et à la fin de l'assistance postpénale).
- Orientation de l'exécution vers le retour dans le pays d'origine le plus tôt possible et de façon encore plus systématique pour les nombreux détenus étrangers qui devront quitter la Suisse, avec des offres de soutien ad hoc (informations et conseils en vue du retour).

- Gestion de la transformation numérique dans un système d'exécution des peines et mesures organisé en grande partie de manière intercantonale et développement des compétences numériques des détenus (dans le respect des exigences de sécurité) afin de préparer la réinsertion dans la société et le retour sur le marché du travail.
- Planification, développement qualitatif et financement commun de l'offre d'exécution stationnaire, y compris les places dans les cliniques forensiques et les foyers d'habitation.
- Harmonisation des processus de travail et de la gestion des interfaces (collaboration coordonnée entre les spécialistes concernés) et élaboration de processus communs en vue d'améliorer et de garantir la qualité.
- Maintien de l'attractivité des différents champs d'activité dans le domaine de l'exécution des peines et des mesures (en particulier dans la perspective de la pénurie générale de main-d'œuvre qualifiée).

La maîtrise de ces défis passe par des structures et des processus efficaces définis en commun. Des projets sont en cours dans ce domaine et concernent aussi bien les organes d'exécution au niveau national que le renforcement de la collaboration entre les deux concordats alémaniques dans le cadre du projet HORIZONT. Les travaux en vue de clarifier et préciser les tâches des différents

acteurs et de délimiter les responsabilités et compétences respectives me semblent en bonne voie.

Un système bien outillé dans l'ensemble

Le travail dans le domaine de l'exécution des peines et mesures reste passionnant et exigeant, non seulement à cause des thèmes variés et des liens complexes, mais aussi en raison du contexte. Malgré les durcissements mentionnés plus haut, on a longtemps raillé un système jugé trop clément envers les détenus, une critique qui néglige le fait que plus de 95 % des personnes incarcérées seront — ou devront être — remises en liberté et qu'il est nécessaire de les y préparer le mieux possible dans l'intérêt de la société. Aujourd'hui, le vent a tourné et le système se voit désormais reprocher son excessive dureté.

Malgré les lenteurs et les écueils inhérents au fédéralisme, malgré le fait que tout ne joue pas toujours (du premier coup), le système d'exécution des sanctions pénales en Suisse ne me semble pas si mauvais ; dans l'ensemble, il me paraît bien outillé pour relever les défis. Je suis heureux d'avoir pu contribuer à certaines améliorations.

De nombreux défis attendent l'exécution des peines et des mesures ; il s'agira notamment de gérer la transformation numérique. Photo : Prison du Bois-Mermet (Peter Schulthess, 2017)

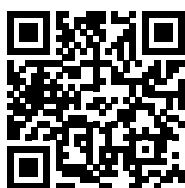


Votre avis nous intéresse !

Sondage sur le magazine #prison-info

Le premier numéro de #prison-info a été publié il y a six ans. Ce magazine remplaçait le bulletin info, dont la parution s'est étalée sur près d'un demi-siècle. Au fil du temps et des changements apportés au contenu et à la mise en page, la simple feuille d'information sans travail éditorial ni illustrations s'est muée en une revue spécialisée appréciée. Soucieux de continuer à améliorer la qualité de notre magazine, nous souhaitons connaître votre avis. Dites-nous ce qui vous plaît tout particulièrement dans #prison-info et ce que nous pourrions faire encore mieux. Y a-t-il des thèmes que vous aimeriez trouver dans notre magazine, des informations importantes qui vous semblent manquer ? Nous attendons vos suggestions et vos commentaires — positifs ou négatifs — avec intérêt et espérons recevoir de nombreuses réponses.

Scannez le code QR pour accéder directement à notre sondage en ligne (ou <https://findmind.ch/c/3HXw-QWtG>). Délai de participation : 30 septembre 2023.



« Une prison est un lieu d'enfermement, mais peut et doit en même temps constituer un tremplin vers l'émancipation, l'autonomie des personnes détenues. Il s'agit en somme de renouer un lien responsable et durable avec son milieu de vie afin de décroïsonner l'espace fermé de la prison. Ce dernier pourrait alors être vécu ... comme une occasion de retrouver un avenir. »

Vassilis Venizelos, conseiller d'Etat, chef du Département de la jeunesse, de l'environnement et de la sécurité (La Région Nord vaudois, 20 avril 2023)

Impressum

Editeur: Office fédéral de la justice, Unité Exécution des peines et mesures, Ronald Gramigna (ronald.gramigna@bj.admin.ch)

Rédaction: Folco Galli (folco.galli@bj.admin.ch)

Collaboration rédactionnelle: Christine Brand (brandschreibe@gmail.com), Patricia Meylan (patricia.meylan@unifr.ch)

Traduction: Raffaella Marra, Evelyne Carrel

Administration et logistique: Marie-Lys Erard (marie-lys.erard@bj.admin.ch)

Mise en page, impression et distribution: OFCL – Centre média de la Confédération, Berne

Commandes, questions et changements d'adresse sur papier:

Office fédéral de la justice, Unité Exécution des peines et mesures, CH-3003 Berne, +41 58 462 41 46, marie-lys.erard@bj.admin.ch

Version Internet: www.prison-info.ch

Copyright / Reproduction: © Office fédéral de la justice (Reproduction autorisée moyennant l'indication de la source et l'envoi d'un justificatif.)

Photo de couverture: Secteur cellulaire aux EPO; Photo: Peter Schulthess, 2019. Il ressort de l'enquête de la CNPT que la grande majorité des personnes internées sont placées dans des établissements pénitentiaires fermés (plus de la moitié dans un cadre de détention ordinaire et un tiers dans des sections spéciales).



La planification de l'exécution devrait viser le retour à la vie en liberté au moins comme objectif à long terme.

Photo : Etablissement d'exécution des peines de Bellevue à Gorgier NE
(Peter Schulthess, 2017)

#prison-info

Dernière page

Coup d'œil au-delà des frontières. Le principe de distanciation posé par la Cour constitutionnelle allemande en 2011 implique que les modalités d'exécution de l'internement de sécurité (Sicherungsverwahrung) se démarquent clairement de celles de la peine privative de liberté. Depuis 2014, l'institution qui accueille les personnes internées à Berlin est séparée des autres divisions ; elle se trouve dans un nouveau bâtiment sis dans l'enceinte de l'établissement pénitentiaire de Tegel. Offrant 60 places, elle compte 6 unités d'habitation de 10 chambres individuelles chacune. Des cuisines, des locaux communautaires et des salles de sport sont à disposition, de même que des ateliers de thérapie par le travail et une cour de promenade distincte. L'exécution centrée sur la thérapie et orientée vers le retour à la liberté s'accompagne d'un encadrement étroit et vise à réduire le danger qui émane de la personne internée tout en limitant la durée de l'internement au strict nécessaire.

Photo : Établissement pénitentiaire de Tegel

